

Michael Müller  
Jørn Precht *Hrsg.*

# Narrative des Populismus

Erzählmuster und -strukturen  
populistischer Politik



Springer VS

---

# Narrative des Populismus

---

Michael Müller · Jørn Precht  
(Hrsg.)

# Narrative des Populismus

Erzählmuster und -strukturen  
populistischer Politik

*Herausgeber*

Michael Müller  
Institut für Angewandte Narrations-  
forschung, Hochschule der Medien  
Stuttgart, Deutschland

Jørn Precht  
Institut für Angewandte Narrations-  
forschung, Hochschule der Medien  
Stuttgart, Deutschland

ISBN 978-3-658-22373-1      ISBN 978-3-658-22374-8 (eBook)  
<https://doi.org/10.1007/978-3-658-22374-8>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2019

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer VS ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature  
Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

---

## Vorwort

Über den politischen Populismus, seine Auswirkungen und wie man mit ihm umgehen soll, wurde in den letzten Jahren sowohl in der Politik als auch in den Medien sehr viel geredet. Grund dafür waren vor allem das Erstarken rechter Parteien und Bewegungen in Deutschland und im europäischen Ausland, aber auch der BREXIT und die Wahl von Donald Trump zum Präsidenten. Als wesentliche Merkmale des Populismus werden oftmals seine Gleichgültigkeit gegenüber Fakten, das Aufzeigen von (scheinbar) einfachen Lösungen sowie das Versprechen, Entwicklungen der Moderne (Globalisierung, Fluchtbewegungen) rückgängig zu machen, angeführt („make America great again“).

Bei genauerer Betrachtung der Glaubenssätze populistischer Strömungen kann man feststellen, dass sich Geschichten (Narrative) hinter deren Argumentation verbergen. Narrative, die entweder eine Geschichte erzählen, wie es zum gegenwärtigen negativen Zustand gekommen ist, oder Narrative darüber, wie aus dem Negativzustand wieder ein positiver Zustand hergestellt werden kann. Für diese Narrationen greifen Populisten oft auf tief in der jeweiligen Kultur verankerte Erzähltraditionen zurück.

Dieser Band, in dem die Beiträge einer Tagung des Instituts für Angewandte Narrationsforschung (IANA) der Hochschule der Medien Stuttgart im Sommer 2017 publiziert werden, möchte die narrativen Strukturen hinter populistischer Kommunikation und „Weltanschauung“ herausarbeiten, analysieren und diskutieren – und so das, was rund um populistische Strömungen geschieht, vielleicht ein wenig besser verstehbar machen.

Michael Müller  
Jörn Precht

---

# Inhaltsverzeichnis

<b>Narrative, Erzählungen und Geschichten des Populismus. Versuch einer begrifflichen Differenzierung</b> . . . . .	1
Michael Müller	
<b>Umriss des populistischen Narrativs als Identitätspolitik</b> . . . . .	11
Karin Priester	
<b>Narrative der Demokratie: Reden über das Volk, die Politik und den Populismus</b> . . . . .	27
Markus Arnold	
<b>Volkserzählungen. Narrative des Volkes, Narrative über das Volk</b> . . . . .	63
Wolfgang Bergem	
<b>Vermittelter Eklektizismus: Zur scheinbaren Vielfalt populistischer Narrative</b> . . . . .	81
Daniel-Pascal Zorn	
<b>Verbreitung populistischer Narrative in den Kommentarspalten des sozialen Netzwerks Facebook</b> . . . . .	93
Jørn Precht	
<b>Lügenpresse, gesunder Volkskörper, tatkräftiger Macher: Erzählformen des Populismus</b> . . . . .	115
Frank Gadinger	
<b>Unbemerkte Botschaften. Wie Populismus in die Leitmedien einfließt</b> . . . . .	147
Friederike Herrmann	

---

# Herausgeber- und Autorenverzeichnis

---

## Über die Herausgeber

**Michael Müller** studierte Literaturwissenschaft, Philosophie, Logik und Wissenschaftstheorie an der Universität München und promovierte dort mit einer Arbeit zu den Romanen Friedrich Maximilian Klingers. Nach einer Tätigkeit als Kulturmanager bei der Siemens AG machte er sich selbstständig und berät seit mehr als 20 Jahren Unternehmen auf der Basis narrativer Ansätze. Seit 2010 ist er Professor für Medienanalyse und Medienkonzeption an der Hochschule der Medien Stuttgart und leitet dort das „Institut für Angewandte Narrationsforschung (IANA)“.

**Jørn Precht**, Magister Germanistik/Anglistik der Universität Stuttgart sowie Diplom Drehbuch der Filmakademie Baden-Württemberg, erhielt 2000 den Sat.1 Talents Award für das beste Sitcom-Konzept, schrieb preisgekrönte Kurzfilme und 2004 mit am Buch für die Kinokomödie ‚Abgefahren‘. Sein MFG-geförderter Stoff ‚Der Mann, der Europa erfand‘ wurde 2009 für den Deutschen Drehbuchpreis vorgeschlagen. Precht ist seit 2008 Hörspielautor des Verlages Klett Sprachen und schreibt für die ZDF-Serien ‚SOKO Stuttgart‘ und ‚Petzi‘. Seit April 2012 ist Precht Professor für Transmediales Storytelling, Dramaturgie und Stoffentwicklung für AV- und Online-Medien an der Hochschule der Medien in Stuttgart. Er ist Mitbegründer des Instituts für Angewandte Narrationsforschung (IANA). Im Filmbüro Baden-Württemberg ist Precht seit 2002 Vorstand. 2017 erschien sein Roman „Das Geheimnis des Dr. Alzheimer“. Zusammen mit der Journalistin Eva-Maria Bast schrieb er die Bände „Stuttgarter Geheimnisse“ und „Flensburger Geheimnisse“ aus der mehrfach preisgekrönten Buchreihe „Geheimnisse der Heimat“ sowie 2018 unter dem gemeinsamen Pseudonym „Charlotte Jacobi“ den 1. Weltkriegs-Roman „Die Villa am Elbstrand.“

## Autorenverzeichnis

**Markus Arnold** Institut für Wissenschaftskommunikation und Hochschulforschung, Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, Wien, Österreich.

**Wolfgang Bergem** Philosophische Fakultät/Politikwissenschaft, Universität Siegen, Siegen, Deutschland.

**Frank Gadinger** Käte Hamburger Kolleg, Duisburg, Deutschland.

**Friederike Herrmann** Journalistik und Kommunikationswissenschaft, Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt, Eichstätt, Deutschland.

**Michael Müller** Institut für Angewandte Narrationsforschung, Hochschule der Medien Stuttgart, Stuttgart, Deutschland.

**Jørn Precht** Institut für Angewandte Narrationsforschung, Hochschule der Medien Stuttgart, Stuttgart, Deutschland.

**Karin Priester** Institut für Soziologie, Universität Münster, Münster, Deutschland.

**Daniel-Pascal Zorn** Bochum, Deutschland.



# Narrative, Erzählungen und Geschichten des Populismus. Versuch einer begrifflichen Differenzierung

Michael Müller

Der Begriff des Narrativs hat derzeit Konjunktur in ganz verschiedenen Wissens- und Diskursbereichen und findet sich zunehmend auch in journalistischen Texten; nicht immer klar ist dabei jedoch, was der Autor genau darunter versteht. Es mehrten sich auch schon die Stimmen, die für eine Aufgabe dieses Begriffs plädieren, da er ein reiner, inhaltsleerer Modebegriff sei. Wie die Sammelbände von Arnold et al. (Hrsg., 2012), Gadinger et al. (Hrsg., 2014) sowie Hofmann et al. (Hrsg., 2014) gezeigt haben, ist jedoch eine narrative Beschreibung bzw. Analyse politischer und öffentlicher Diskurse äußerst fruchtbar; nicht zuletzt will auch dieser Band zeigen, wie man mittels narrativen Werkzeugen ein Phänomen wie den Populismus besser beschreiben und damit verstehen kann.

## 1 Was ist ein Narrativ?

Da durch den häufigen Gebrauch der Begriff des Narrativs etwas unklar geworden ist, möchte ich den Versuch einer Definition unternehmen, und auf deren Basis die Begriffe „Geschichte“ und „Erzählung“ genauer fassen. Natürlich gibt es bereits unterschiedliche Definitionsansätze zu diesem Begriff; verschiedene Autoren beziehen sich dabei auf unterschiedliche theoretische Ansätze. Markus Arnold (2012) verwendet Greimas' Aktantenmodell zur Definition von „Narration“ (S. 20 ff.), Gadinger et al. (2014, S. 9 ff.) beziehen sich auf

---

M. Müller (✉)

Institut für Angewandte Narrationsforschung, Hochschule der Medien Stuttgart,  
Stuttgart, Deutschland

E-Mail: muellermi@hdm-stuttgart.de

Koschorkes Ansatz einer allgemeinen Erzähltheorie, um nur einige neuere Arbeiten zu politischen Narrativen zu erwähnen.

Ich möchte hier noch einen Schritt basaler werden und zur Definition von „Narrativ“ die von Gerald Prince (1973) formulierten Minimalbedingungen für eine narrative Struktur benutzen, die in der literaturwissenschaftlichen Erzähltheorie weitgehend als Standard angesehen werden; danach hat ein semiotisches Kommunikat eine narrative Struktur, wenn aus ihm propositionale Beschreibungen von drei temporalen Zuständen ableitbar sind, und zwar

- a) einem Ausgangszustand,
- b) einem Ereignis, das eine Veränderung auslöst;
- c) einem Endzustand, der sich vom Ausgangszustand in mindestens einem Merkmal unterscheidet (vgl. dazu auch Titzmann 2013).

Relevant ist dabei, dass sich diese Propositionen jeweils auf die gleiche Referenzgröße – in der Regel die Hauptfigur einer Erzählung – beziehen. Die Referenzgröße kann jedoch auch ein Raum, ein Land, eine Stadt etc. sein.

Die narrative Grundstruktur einer fiktiven Liebesgeschichte ließe sich damit folgendermaßen beschreiben:

- a) X ist einsam und unzufrieden;
- b) X verliebt sich in Y und beginnt eine Beziehung;
- c) X ist glücklich und zufrieden.

Am Beispiel populistischer Positionen lassen sich etwa aus Aussagen vom Typus „Make America great *again*“ gleich zwei zugrunde liegende Narrative, ein in die Vergangenheit und ein in die Zukunft gerichtetes, ableiten, die von der Aussage präsupponiert werden:

1) Vergangenheitsorientiertes Narrativ:

- a) Das Land ist in einem positiven Zustand („great“);
- b) negative Kräfte (z. B. „Eliten“) haben die Macht bzw. Deutungshoheit übernommen;
- c) das Land ist in einem negativen Zustand.

2) Zukunftsorientiertes Narrativ:

- a) Das Land ist in einem negativen Zustand;
- b) das „Volk“ wird die Macht übernehmen;
- c) das Land wird (wieder) in einem positiven Zustand sein.

Beide Narrative sind klar aufeinander bezogen: Der Endzustand von Narrativ (2) ist identisch mit dem Ausgangszustand von Narrativ (1); es ist damit klar, dass insgesamt über diese Narrative eine rückwärtsgewandte Haltung eingenommen wird: Es geht nicht darum, etwas völlig Neues zu schaffen, sondern einen idealisierten Zustand der Vergangenheit wiederherzustellen.

Ein Narrativ lässt sich also definieren als eine Abfolge von drei Propositionen, die den oben beschriebenen Bedingungen genügen (Ausgangszustand, Transformation, Endzustand, Konstanz der Referenzgröße). Damit ein Kommunikat ein Narrativ präsupponiert, müssen diese drei Propositionen nicht explizit Teil des Kommunikats sein, sondern es genügt, wenn sie implizit semantisch und logisch folgerbar sind. Um dies nochmals an dem Beispiel „make America great again“ zu demonstrieren:

- „Amerika“ wird explizit als Referenzgröße genannt.
- Aus „make ... great again“ folgt semantisch: Es gab eine Zeit, in der Amerika „great“ war, und zum jetzigen Zeitpunkt ist es nicht „great“ – denn sonst müsste man es ja nicht wieder groß machen.
- Zwischen diesen beiden Zuständen muss etwas geschehen sein, das die Referenzgröße „Amerika“ vom Zustand „great“ in den Zustand „nicht great“ überführt hat. Wodurch diese Transformation ausgelöst wurde, lässt sich aus unserem Beispiel-Imperativ nicht erschließen; folgern lässt sich allerdings rein logisch, dass eine Transformation stattgefunden haben muss. In der obigen Rekonstruktion des Narrativs („Eliten haben die Macht übernommen“) wurden weitere Kommunikate aus dem populistischen kontextuellen Feld herangezogen.
- Aus der imperativischen Struktur des Kommunikats folgt, dass in der Zukunft ein Zustand hergestellt werden soll, der wieder „great“ ist.
- Da der Jetzt-Zustand mit „nicht great“ semantisiert ist, folgt daraus logisch, dass eine Transformation zum Endzustand erfolgen muss. Auch hier kann nur die Notwendigkeit einer Transformation gefolgert werden, nicht ihr Inhalt: die „Machtübernahme durch das Volk“ wurde oben wie schon in ähnlicher Weise das vergangenheitsorientierte Narrativ kontextuell erschlossen.

Die Rekonstruktion der beiden (aufeinander bezogenen) Narrative, die in dem simplen Kommunikat „Make America great again“ präsupponiert werden, konnte zeigen, welche Modelle hinter diesem spezifischen populistischen Kommunikat stecken. Narrative sind also nicht Geschichten, sondern semiotisch-semantische Strukturen, die einerseits Geschichten zugrunde liegen, aber auch Diskursen und Diskursteilen. Warum dies so ist, dazu liefern Narrative

Psychologie (z. B. Bruner 1997; Sarbin 1986) und Gehirnforschung (episodisches bzw. autobiografisches Gedächtnis; vgl. Roth 2003; Markowitsch und Welzer 2005) in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten immer dichtere Antworten: Es scheint so zu sein, als ob Narrative diejenige Struktur seien, in der wir Menschen Kausalitäten, Zeitfolgen und damit Sinn konstruieren; nicht umsonst sind die „großen Erzählungen“ (Lyotard 2012) eben Erzählungen und weisen damit narrative Strukturen auf. Man kann also vermuten, dass Narrative diejenige Struktur abbilden, in der wir Veränderungen und Sinnkonstruktionen denken und kommunizieren – auf individueller Ebene (Autobiografie) ebenso wie auf kultureller (Religion) oder auf politischer Ebene (von der Ideologie bis zu jeder zukunftsorientierten politischen Handlungsmaxime).

---

## 2 Geschichten und Erzählungen

Narrative sind also zunächst Strukturen, die eine bestimmte Form haben (eine geordnete Dreiermenge aus Propositionen, die die oben geschilderten Bedingungen erfüllen), und die Kommunikaten gleich welcher Art zugrunde liegen können. Dies können entweder Kommunikate sein, die auf ihrer semiotischen Oberflächenstruktur selbst narrativ strukturiert, als auch solche, die an der Oberfläche nicht narrativ sind. Der erstere Fall wäre der einer Geschichte: Ein konkreter Fall wird explizit von der Ausgangssituation über die Transformation bis zur Endsituation erzählt. Eine vom Autor konstruierte Geschichte mit rechtspopulistischem Inhalt, wie sie in der Zeit nach der sogenannten „Flüchtlingskrise“ häufiger erzählt worden sein könnte: „Hans T. war im städtischen Gartenbauunternehmen angestellt. Dann kamen sehr viele Flüchtlinge in die Stadt, die die Verwaltung finanzieren und deshalb Arbeitsplätze abbauen musste. Auch Hans T. verlor seinen Job. Heute lebt er von Hartz IV.“ Hier werden die eine narrative Struktur bildenden Propositionen an der Textoberfläche explizit thematisiert. In diesem Fall soll von einer *Geschichte* die Rede sein.

Das Kommunikat „Make America great again“ erzählt dagegen an der zeichenhaften Oberfläche keine Geschichte; es hat die grammatikalische Struktur eines Imperativs. Doch wie oben vorgeführt wurde, präsupponiert dieser Imperativ eine narrative Struktur. Das bedeutet: Jeder Geschichte liegt strukturell naturgemäß ein Narrativ zugrunde, doch Narrative können auch Äußerungen und Diskursen, die an der Oberfläche nicht narrativ sind (also kein „Storytelling“ betreiben) zugrunde liegen.

Der dritte in diesem Kontext wichtige Begriff ist der der *Erzählung*. Er soll hier die Kommunikation einer Geschichte in einer konkreten

Kommunikationssituation bedeutet. Eine Erzählung hat damit immer einen konkreten Erzähler (den Sender), mehr oder weniger konkrete Adressaten (je nachdem, ob die Kommunikationssituation face-to-face oder eine medial vermittelte ist) sowie konkrete Kontexte. Ganz offensichtlich macht es einen Unterschied, ob die (fiktive) Geschichte von Hans T. von mir in diesem Buch als Beispiel für populistische Geschichten zitiert wird, oder ob sie auf einer Pegida-Kundgebung als wahre Geschichte erzählt wird. Der Kontext der Erzählung einer Geschichte färbt ihre Bedeutung mit.

Zusammenfassend also noch einmal die gegenseitige Abgrenzung der drei Begriffe *Narrativ*, *Geschichte*, und *Erzählung*:

Ein *Narrativ* ist eine geordnete Menge aus drei Propositionen, die die oben beschriebenen Minimalbedingungen für eine narrative Struktur erfüllen. Ein *Narrativ* liegt einem Kommunikat oder einer Menge von miteinander in Relation stehenden Kommunikaten zugrunde, wenn die entsprechenden Propositionen daraus semantisch oder rein logisch ableitbar sind.

Eine *Geschichte* ist ein Kommunikat, das an der zeichenhaften Oberfläche eine narrative Struktur hat, also Zeichenfolgen, die mehr oder weniger explizit das zugrunde liegende *Narrativ* repräsentieren.

Eine *Erzählung* ist die Kommunikation einer Geschichte in einer konkreten unmittelbaren oder medial vermittelten Kommunikationssituation.

---

### 3 Gesellschaftliche Meta-Narrative

Wenn Narrative bzw. narrative Strukturen diejenigen Strukturen sind, in denen unser Gehirn Veränderungen denkt, (Alltags-)Kausalitäten herstellt und sozialen Sinn erzeugt, dann sind natürlich gerade Narrative von Bedeutung, die in einer Gesellschaft in ganz unterschiedlichen kommunikativen Kontexten – in fiktionalen wie in Film und Literatur ebenso wie in journalistischen, politischen oder in der Alltagskommunikation – immer wieder aktiviert werden. Solche Narrative können als gesellschaftliche *Meta-Narrative* bezeichnet werden, da sie gewissermaßen auf einer Meta-Ebene ganz unterschiedliche Typen von Kommunikaten inhaltlich strukturieren. Dabei sind diese Meta-Narrative einer Gesellschaft oder einer sozialen Gruppe nicht unbedingt bewusst, sondern werden zum Beispiel als angebliche anthropologische Konstanten oder „überkulturelle Wahrheiten“ unhinterfragt vorausgesetzt. Häufig beruht das, was als „Wert“ oder die „Werte“ einer Gesellschaft bezeichnet wird, auf Meta-Narrativen. So etwa kann dem Wert „Leistung“, der in den westlichen Gesellschaften eine hohe Stellung einnimmt, nur Bedeutung

zugeschrieben werden über das Narrativ von der Leistungsgesellschaft, das letztlich aus der Aufklärung des 18. Jahrhunderts stammt. Eine Person ist arm/ausgegrenzt/gesellschaftlich deklassiert. Dann erbringt diese Person eine überragende Leistung (im Beruf, als Künstler, als „Star“). Am Ende ist die Person erfolgreich und wohlhabend. Ein Narrativ gibt einem Wert erst seinen Sinn bzw. den Kontext, weshalb es erstrebenswert sein soll, sich diesem Wert adäquat zu verhalten.

Je (historisch) älter bzw. je hierarchiehöher in der Realitätskonstruktion einer Gesellschaft die jeweiligen Metanarrative sind, auf desto mehr Affirmation werden sie in großen Teilen der Bevölkerung stoßen – und dies vor allem auch, weil sie von den meisten Menschen eben nicht als kulturelle und damit arbiträre Setzungen wahrgenommen werden, sondern als Teile einer „objektiven“ Realität.

Vor allem rechtspopulistische Gruppierungen bedienen sich solcher tief in der jeweiligen Kultur verankerter Metanarrative, die eben von vielen Menschen für selbstverständlich gehalten werden. Die Aktivierung derartiger Narrative kann dann – und das wird ja auch explizit so konzeptionalisiert – als „gesunder Menschenverstand“ oder „überzeitliche Wahrheit“ durchgehen.<sup>1</sup> Wie stark rechtspopulistische Gruppen auf gesellschaftliche Metanarrative rekurren, mag eine kurze Analyse der im Namen der rechtspopulistischen Gruppierung „Pegida“ anzitierten Narrative zeigen.<sup>2</sup> Nahezu jedes Wort der Selbstbezeichnung dieser Gruppierung als „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlands“ rekuriert auf ein oder gleich mehrere gesellschaftliche Metanarrative.

**Narrativ „Patriotismus“:** Häufig wird alltagssprachlich „Patriotismus“ synonym zu „Vaterlandsliebe“, also als emotionale Besetzung des eigenen Landes verstanden. Von seiner Prägung im 19. Jahrhundert her steckt jedoch in diesem Begriff, vor allem in Deutschland seit der Reichsgründung im 19. Jahrhundert, eine Abgrenzung gegenüber anderen „Vaterländern“ und das Narrativ von der Notwendigkeit der Verteidigung des eigenen „Vaterlands“ gegenüber äußeren und inneren Feinden. Das dahinterliegende Narrativ kann also folgendermaßen zusammengefasst werden: Es gibt ein soziales Konstrukt, das als Nation bezeichnet wird und zu Beginn unbehelligt existiert. Dann wird dieses Gebilde

---

<sup>1</sup>Untersuchenswert wäre es im übrigen, ob sich Rechts- und Linkspopulisten durch die Art der Narrative, auf die sie rekurren, unterscheiden. So scheint mir im aktuellen Rechtspopulismus mit seiner eher rückwärtsgewandten Ideologie („again“) eher eine Aktivierung alter, vorhandener gesellschaftlicher Narrative zu geschehen, während der Linkspopulismus eher futuristische Narrative („klassenlose Gesellschaft“, „nicht-kapitalistische Gesellschaft“ etc.) aktiviert.

<sup>2</sup>Eine ausführlichere Analyse findet sich in Müller und Grimm (2016, S. 102 ff.).

von äußeren und/oder inneren Feinden bedroht. Irgendwann wird sich die Nation von diesen Feinden befreien. Dass der Begriff des Patriotismus im aktuellen Rechtspopulismus im Sinne dieses kämpferischen Narrativs benutzt wird, zeigen ja nicht zuletzt die Abgrenzungsbestrebungen gegen angebliche äußere oder innere „Gefährder“ – ob das die EU im Falle des Brexit, Länder mit hohen Exportüberschüssen im Rahmen der Trump'schen Einführung von Importzöllen oder Einwanderer bzw. Asylanten seien.

**Narrativ „Europäer“:** Hier wird vor allem wohl das Narrativ von der Entstehung der europäischen Kultur aktiviert, vor allem in Zusammenwirken mit dem Begriff „Abendland“ als Abgrenzung zu anderen Kulturräumen. Zudem wird hier – trotz der Europafeindlichkeit von Pegida – auch das Narrativ der europäischen Einigung anziert. In einer semantischen Schwebelage bleibt, was genau „patriotische Europäer“ sein sollen, da Europa ja zumindest im traditionellen Sinne kein „Vaterland“ ist. Dabei sind zwei Lesarten möglich: Entweder steckt dahinter die Haltung, dass „Europa“ als Kulturraum wichtiger geworden ist als die Nationalstaaten, oder es steht der Anspruch dahinter, dass der Kulturraum Europa eine Verbindung zwischen patriotischen Franzosen, patriotischen Deutschen, patriotischen Italienern, nicht aber etwa zu patriotischen Irakern herstellt. Durch den Konnex zu „Abendland“ ist die erste Lesart rein auf semantischer Ebene die primäre, auch wenn sie sonstigen europafeindlichen Äußerungen der Pegida-Protagonisten widerspricht; doch logische Stringenz ist wohl ohnehin keine Stärke populistischer Positionen.

**Narrativ „Islamisierung“:** Mit der Warnung vor der Islamisierung wird eines der am stärksten in der europäischen Geschichte verwurzelten Narrative aktiviert, das sich an Ereignisse im Mittelalter und der frühen Neuzeit (Reconquista auf der iberischen Halbinsel, die „Türken vor Wien“, etc.) anschließt. Mit dem Islamisierungsnarrativ setzt Pegida bei einer der Urängste Europas an, die tief in der europäischen Identität verankert sind. Das Narrativ einer schleichen- den Islamisierung wurde auch vor der Entstehung von Pegida schon in Diskursen verwendet, etwa in den sich um die Bücher von Thilo Sarrazin (2012) und Akif Pirinçci (2014) entspinne- nden Diskussionen; der Begriff der „Kopftuchmädchen“, der von Sarrazin stammt, ist viel verbreitet worden.

**Narrativ „Abendland“:** Das dahintersteckende Narrativ von der Gefährdung des Abendlandes durch den Antagonisten „Morgenland“ ist eng mit dem der Islamisierung verbunden. Hinter diesem Narrativ steckt folgendes Muster: Es gibt die stark unterschiedlichen Kulturen des Abend- und des Morgenlandes. Es wird zum Konflikt zwischen ihnen kommen. Der Ausgang ist offen. In einer neueren Fassung ist dieses Narrativ mit dem Buch „Der Kampf der Kulturen“ von Samuel Huntington (deutsch 2002) breit diskutiert worden.

Wie bereits durch die Referenzen in den oben beschriebenen Beispielen verdeutlicht, können Metanarrative an der Oberfläche der jeweiligen Kommunikate sehr unterschiedliche Formen annehmen: die eines Rekurses auf historisches Wissen (Patriotismus), die einer Polemik (Sarrazin, Piriñci), die einer kultursoziologischen Studie (Huntington). Diese Kommunikate selbst sind nicht narrativ, also keine „Geschichten“ oder „Erzählungen“, doch ihren Diskursen liegt eine narrative Struktur, ein Narrativ zugrunde. Diese Narrative können von ganz unterschiedlichen Diskurs-Beteiligten aktiviert werden; als zwei Beispiele seien Aktivierungen des Islamisierung-Narrativs in der Presse im Umfeld der „Blütezeit“ von Pegida im Winter 2014/2015 angeführt, die beide am 22.1.2015 veröffentlicht wurden. In der an diesem Tag erscheinenden Ausgabe des STERN begann eine neue Serie zum Thema „Islam und Europa“, betitelt mit „Der ewige Zorn“; die erste Folge dieser Serie kündigte die Beschreibung von „200 Jahre(n) blutige Konfrontation“ an, und zwar „von Napoleon bis zu den Anschlägen von Paris“. Mit diesen Anschlägen ist der kurz vorher stattgefundene Überfall auf die Redaktion des Satireblattes „Charlie Hebdo“ gemeint, dessen Täter sich auf IS bzw. Al-Qaida nahestehende Gruppen beriefen, und der als Anlass für die Thematisierung dieses Thema vom STERN aufgegriffen wird. Man darf jedoch auch annehmen, dass sich die Kontextualisierung innerhalb des Narrativs der Auseinandersetzung zwischen Europa und Islam auf die Verwendung dieses Narrativs durch Pegida zurückführen lässt; denn in der Regel wird dschihadistischer Terror in der deutschen Presse eher selten in den Kontext der mittelalterlichen Konflikte gestellt. Meist ist man bemüht, einen „guten Islam“ vom „bösen“ getrennt zu halten und damit die Geschichte des Islam auszuklammern, da man sonst die entsprechenden Gräueltaten auch dem „guten Islam“ vorwerfen – und natürlich auch dem Christentum die Grausamkeiten im Rahmen von Kreuzzügen und Ketzerverfolgungen anrechnen könnte.

Das zweite Beispiel vom gleichen Tag ist ein kurzer Beitrag in der ZEIT von Ulrich Greiner, einem Journalisten, der nicht für leichtfertig-populistisches Argumentieren bekannt ist. In seinem Artikel in der ZEIT stellt er Überlegungen über die Wertigkeiten der beiden monotheistischen Religionen Christentum und Islam an:

Der Gedanke, die monotheistischen Religionen seien einander im Wesentlichen ähnlich, es empfehle sich also, von beiden Missgeburten Abstand zu halten, führt in die Irre. Es ist kein geringer Unterschied, dass die eine Religion von einem kriegsführenden Feldherrn gegründet wurde und die andere von einem gekreuzigten Wanderprediger; dass die eine Religion an die Theokratie glaubt und die andere an die zwei Reiche Gottes: „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist.“ (Mt 22) (Greiner 2015, S. 52).



Davon abgesehen, dass eine solch eindeutige Wertung der beiden Religionen angesichts ihrer Geschichte absurd ist, scheint sie auch seltsam anachronistisch in einer Zeit, in der sogar in den offiziellen christlichen Theologien darüber diskutiert wird, ob die unterschiedlichen Religionen nicht verschiedene, mehr oder weniger gleichwertige Wege zum „Heil“ böten. Jedenfalls bedient Ulrich Greiner im zeitlichen Kontext, in dem sein Artikel erschienen ist, das über Pegida und natürlich auch die Pariser Anschläge virulente „Abendland vs. Morgenland“-Narrativ – ob mit Absicht oder ohne, sei dahingestellt, und ist auch nicht relevant. Denn es scheint eines der Merkmale von Metanarrativen zu sein, dass sich zu bestimmten Zeiten mediale Äußerungen häufen, die bestimmten Narrativen zuordenbar sind. So ist etwa auch der Roman „Unterwerfung“ des französischen Autors Michel Houellebecq (2015) nicht „geplant“ nach dem Attentat auf Charlie Hebdo erschienen – die Abfolge der Ereignisse hat aber zu einer Häufung des „Abendland vs. Morgenland“-Narrativs im Diskurs geführt.

Sind zu einer bestimmten Zeit in einem konkreten gesellschaftlichen Diskurs bestimmte Narrative virulent, können ganz unterschiedliche Geschichten bzw. Erzählungen als Ausprägungen dieses Narrativs funktionalisiert werden. So kann etwa von rechtspopulistischer Seite jede Geschichte über Korruptionsfälle in Politik und Wirtschaft im Rahmen des Narrativs „Dominanz der ‚Eliten‘ über das ‚Volk‘“ (früher war das ‚Volk‘ gut vertreten; dann sind die ‚Eliten‘ immer dominanter geworden; heute hat das ‚Volk‘ keinen Einfluss mehr) als Beweis-Geschichte funktionalisiert werden. Dieselben Geschichten könnten jedoch auch von Linkspopulisten im Rahmen des Narrativs „Ausbeutung des einfachen Volks durch das Kapital“ funktionalisiert werden.

Wie die Autoren dieses Bandes aufzeigen, existieren typische populistische Narrative, wie zum Beispiel das von der Dominanz der Eliten über ein nicht näher bestimmtes ‚Volk‘. Die Frage ist, ob es auch typisch populistische „Geschichten“ gibt, gleichgültig, ob wir nun von einem Rechts- oder Linkspopulismus sprechen. Denn Geschichten über die Delinquenz von Geflüchteten (wie zum Beispiel die Geschichte von der Kölner Domplatte am Jahreswechsel 2015/2016) können sowohl im Sinne eines (etwas abgewandelten) Islamisierungs-Narrativ funktionalisiert werden, als auch im Rahmen eines (fiktiven?) Narrativs über das Versagen der Behörden bei der Integration der Geflüchteten. Das bedeutet: Will man politische Strömungen wie etwa den Populismus verstehen, sollte man sich die zugrunde liegenden Narrative ansehen, und erst in zweiter Linie die Geschichten an der Oberfläche der Kommunikation. Die Funktion der Einzelgeschichten ist immer die des „Beweises“ eines Narrativs, wobei in der Regel Einzelfälle generalisiert werden: So sind die! Damit sie jedoch diese Beweisfunktion übernehmen können, muss das zugrunde liegende (Meta-)Narrativ in der jeweiligen Kultur schon existent sein.

## Literatur

- Arnold, M., Dressel, G. & Viehöver, W. (Hrsg.) (2012). *Erzählungen im Öffentlichen. Über die Wirkung narrativer Diskurse*. Wiesbaden: Springer VS.
- Arnold, M. (2012). Erzählen. Die ethisch-politische Funktion narrativer Diskurse. In: Arnold, M., Dressel, G. & Viehöver, W. (Hrsg.). *Erzählungen im Öffentlichen. Über die Wirkung narrativer Diskurse*. Wiesbaden: Springer VS, S. 17–63.
- Bruner, J. (1997). *Sinn, Kultur und Ich-Identität. Zur Kulturpsychologie des Sinns*. Heidelberg: Carl-Auer.
- Gadinger, F., Jarzebski, S. & Yildiz, T. (Hrsg.) (2014). *Politische Narrative. Konzepte – Analysen – Forschungspraxis*. Wiesbaden: Springer VS.
- Gadinger, F., Jarzebski, S. & Yildiz, T. (2014). Politische Narrative. Konturen einer politikwissenschaftlichen Erzähltheorie. In: Dies. (Hrsg.). *Politische Narrative. Konzepte – Analysen – Forschungspraxis*. Wiesbaden: Springer VS, S. 3–38.
- Greiner, U. (2015). *Freiheit hat ihren Preis. Selbstkritik und göttlicher Auftrag: Der alte Konflikt zwischen Islam und Christentum darf nicht verniedlicht werden*. In: DIE ZEIT Nr. 4, 22. Januar 2015, S. 52.
- Hofmann, W., Renner, J. & Reich, K. (Hrsg.) (2014). *Narrative Formen der Politik*, Wiesbaden: Springer VS.
- Huntington, S. P. (2002). *Der Kampf der Kulturen: Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*. München: Goldmann.
- Houellebecq, M. (2015). *Unterwerfung. Roman*. Köln: DuMont.
- Lyotard, F. (2012). *Das postmoderne Wissen. Ein Bericht*. 7. Aufl. Wien: Passagen.
- Markowitsch H.J. & Welzer, H. (2005). *Das autobiographische Gedächtnis. Hirn-organische Grundlagen und biosoziale Entwicklung*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Müller, M. & Grimm, P. (2016). *Narrative Medienforschung. Einführung in Methodik und Anwendung*. Konstanz: UVK.
- Pirinci, A. (2014). *Deutschland von Sinnen: Der irre Kult um Frauen, Homosexuelle und Zuwanderer*. Waltrip: Edition Sonderwege.
- Prince, G. (1973). *A Grammar of Stories. An Introduction*. The Hague, Paris: Mouton.
- Roth, G. (2003). *Fühlen, Denken, Handeln. Wie das Gehirn unser Verhalten steuert*. Frankfurt/Main: Suhrkamp. (stw 1678).
- Sarbin, T.R. (Ed.) (1986). *Narrative Psychology. The Storied Nature of Human Conduct*. Westport: Praeger.
- Sarrazin, T. (2012). *Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen*. 7. Aufl. München: DVA.
- Titzmann, M. (2013). Narrative Strukturen in semiotischen Äußerungen. In: Krah, H. & Titzmann, M. (Hrsg.). *Medien und Kommunikation. Eine interdisziplinäre Einführung*. 3. Aufl. Passau: Stutz, S. 113–141.

**Michael Müller** studierte Literaturwissenschaft, Philosophie, Logik und Wissenschaftstheorie an der Universität München und promovierte dort mit einer Arbeit zu den Romanen Friedrich Maximilian Klingers. Nach einer Tätigkeit als Kulturmanager bei der Siemens AG machte er sich selbstständig und berät seit mehr als 20 Jahren Unternehmen auf der Basis narrativer Ansätze. Seit 2010 ist er Professor für Medienanalyse und Medienkonzeption an der Hochschule der Medien Stuttgart und leitet dort das „Institut für Angewandte Narrationsforschung (IANA)“.

# Umriss des populistischen Narrativs als Identitätspolitik

Karin Priester

## 1 Einleitung

Hatte vor etwa zehn Jahren der Begriff des Mythos Konjunktur, so heute der des Narrativs. Häufig fungiert er nur als Modewort und bezeichnet ein ungenau umrissenes Feld von ideologischen Aussagen oder rhetorischen Versatzstücken. Der „narrative turn“ in den Geistes- und Sozialwissenschaften setzte Ende der 1970er Jahre ein, als der Philosoph Jean-François Lyotard 1979 sein Werk über das postmoderne Wissen veröffentlichte (Lyotard 1979). Darin konstatierte er das Ende der universalen Großideologien, die er die großen Metaerzählungen nannte, wobei Erzählung (*récit*) gleichbedeutend mit Diskurs ist.<sup>1</sup> Sowohl der Aufklärungsdiskurs in der Tradition Kants – die Erzählung von der Emanzipation des Menschen – als auch der Diskurs des deutschen Idealismus, insbesondere Hegels, von der Entfaltung des Wissens als spekulativer Geist würden nicht mehr geglaubt und hätten ihre Legitimation verloren. An ihre Stelle träten in der Postmoderne kleine Erzählungen oder Narrative, die sich nicht mehr auf den Universalismus berufen, sondern auf regionale oder nationale Traditionsbestände.

---

<sup>1</sup>Für den einflussreichen poststrukturalistischen Politiktheoretiker Ernesto Laclau ist dagegen nach dem „linguistic turn“ jede Form von Praxis ein Diskurs, beispielsweise auch die Wirtschaft. Die im Marxismus übliche Unterscheidung zwischen Basis und Überbau ist damit hinfällig. Vgl. Laclau (2005). Zur Kritik vgl. Priester (2014).

---

K. Priester (✉)

Institut für Soziologie, Universität Münster, Münster, Deutschland

E-Mail: priestek@uni-muenster.de

Auch der Populismus gehört zu diesen kleinen Narrativen und hat die Frage aufgeworfen, ob es sich eher um eine Mobilisierungsstrategie oder um eine Ideologie handele. Versteht man Populismus nur als Strategie, Stil oder rhetorische Anrufungspraxis, zeigt er eine ideologische Promiskuität und kann von unterschiedlichsten Bewegungen oder Strömungen vereinnahmt werden. Dann ist Hitler ebenso ein Populist wie Mao Tse Tung.

Populismus kann, so betrachtet, auch von den Eliten ausgehen, die sich in Krisensituationen auf das Volk berufen. Neuerdings wird die Logik der Medien, ihre Tendenz zu Visualisierung, Personalisierung, Zuspitzung und Vereinfachung, für den Erfolg von Populismus verantwortlich gemacht. Dieser Ausdehnung und Verdünnung des Begriffs „Populismus“ ist entgegenzutreten: Wissenschaftlich führt das zu *conceptual stretching*, vor dem Giovanni Sartori gewarnt hat: Begriffe werden nichtssagend, wenn sie zu weit ausgedehnt werden und laufen Gefahr, einem oberflächlichen Halbwissen Vorschub zu leisten. Ein Begriff, der alles Mögliche bezeichnet, bezeichnet in Wirklichkeit nichts mehr, sondern ist nur noch eine Chimäre, die „irgendwie“ unsere Gegenwart präge, aber auch schon in der Antike existiert haben soll: ein vages Gespenst und nichts mehr.

Populisten beziehen sich weder auf eine teleologische Geschichtsphilosophie noch auf vormoderne Zustände, sondern seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert auf eine Erinnerungsarbeit im Rahmen und auf dem Boden der Moderne. Es ist daher sinnlos, von Populismus in der Antike zu sprechen und ihn mit beliebigen Volksbewegungen oder -erhebungen gleichzusetzen, die es in der Geschichte immer gegeben hat. Von Populismus kann erst seit der Errungenschaft der Volkssouveränität gesprochen werden.

In der Tradition des amerikanischen Soziologen Edward Shils (1956) der schon in den 1950er Jahren den Populismus als ideologisches Phänomen begriff, gehen auch Populismusforscher wie Margaret Canovan, Cas Mudde, Hanspeter Kriesi und andere vom Populismus als einem Narrativ oder einer „dünnen Ideologie“ aus. In Anlehnung an den Ideologietheoretiker Michael Freeden (1996) gilt Populismus als schwache Ideologie, die sich an umfassendere Ideologien anlehnen könne. Aber seine Optionsmöglichkeiten sind nicht unendlich, sondern begrenzt durch das populistische Kernelement des Anti-Elitismus.

Der Populismus verfügt über keine elaborierte Ideologie oder Doktrin, aus der sich bestimmte Programmatiken ableiten lassen. Populisten können daher wirtschafts- und sozialpolitisch ganz konträre Positionen vertreten, sei es im Zeitverlauf ihrer Bewegungen oder in ihrem Verhältnis zu populistischen Bewegungen oder Parteien in anderen Ländern. Dennoch gibt es im Populismus unverwechselbare Kernelemente oder eine bestimmte Weltansicht. Zu diesen Kernelementen gehören a) der Anti-Elitismus, b) der Bezug auf das Eigene und die Ablehnung

von Universalismus, Kosmopolitismus und Globalisierung, c) der Bezug auf das Volk als primordiale politische Kategorie sowie die Polarisierung von Volk und Elite, d) die Deutung der biografisch erlebbaren Geschichte als Prozess des Niedergangs und der Dekadenz, und e) die Moralisierung politischen Handelns.

Narrative können sich Mythen als sinnstiftenden Erzählungen annähern und beruhen dann auf erfundenen oder imaginierten Erinnerungen. Im Populismus ist die Erinnerung an ein Goldenes Zeitalter, das es wiederherzustellen gelte, zentral. Nach Art der Dialektik von Entfremdungstheorien gehen Populisten von der Entfremdung des Volkes von seiner ursprünglichen Rolle in der Gesellschaft aus. Yves Mény und Yves Surel betonen den Prozesscharakter dieser Weltsicht: a) Das Volk ist die Grundlage der politischen Gemeinschaft, b) seine Souveränität wird von bestimmten Akteuren oder Prozessen missachtet oder hintertrieben, c) dies müsse angeprangert und der Platz des Volkes in der Gesellschaft wieder hergestellt werden (Mény und Surel 2000, S. 181).

Wer aber sind die Akteure oder Prozesse, die den negativ konnotierten Ist-Zustand herbeigeführt haben? Generell handelt es sich um Prozesse eines beschleunigten sozialen Wandels, die von unterschiedlichen Akteuren forciert und als alternativlos dargestellt würden: Vom Finanzkapital, von multinationalen, global agierenden Konzernen, von technokratischen oder bürokratischen Steuerungseliten, von den untereinander kaum noch unterscheidbaren Parteien des Mainstreams und nicht zuletzt von sozialmoralischen Deutungseliten, insbesondere den Medien, aber auch von Kirchenvertretern oder Intellektuellen. Populisten sind keine eingefleischten Anti-Modernisten, aber sie stehen eher auf der Seite der kleinen, überschaubaren, organisch gewachsenen Gemeinschaften als aufseiten der „kalten“, abstrakten Gesellschaft.

---

## 2 Merkmale des populistischen Narrativs

Im ersten Teil meiner Ausführungen versuche ich, die allgemeinen Kernelemente von Populismus näher zu spezifizieren. Im zweiten Teil gehe ich auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede eines großen europäischen Landes (Frankreich) und eines kleinen, an der Peripherie Europas gelegenen Landes (Griechenland) ein. Hanspeter Kriesi (2014, S. 369) vertritt die These, Rechtspopulismus mobilisiere zur Verteidigung der nationalen Identität, der nationalen politischen Gemeinschaft und des Nationalstaats. Für Linkspopulisten sei dagegen die Verteidigung des nationalen Wohlfahrts- und Sozialstaates (*welfare state*) sowie der heimischen Industrie zentral. Diese Unterscheidung erscheint mir zu grobschlächtig. Ich veretrete die These, dass sich Populisten als transversal verstehen und sich weder

links noch rechts verorten. Von Jörg Haider in den 1990er Jahren bis Beppe Grillo in jüngster Zeit reklamieren sie für sich, jenseits von rechts und links zu stehen. Nigel Farage (UKIP) erklärte: „I’m not on the right or left. I’m a radical. (...) There is no left and right anymore. Left and right’s irrelevant“ (zit. n. Cowley 2014). Entsprechend dieser Transversalität hybridisieren oder mischen sie rechte und linke Aspekte. Ein populistisches Narrativ kann daher sowohl die nationale Identität als auch den Sozialstaat verteidigen.

## 2.1 Der Bezug auf das Eigene

Populisten haben eine vorreflexive Vorstellung vom „guten Leben“. Ihre Werte sind, in der Gegenüberstellung von Karl Mannheim, eher traditionalistisch als konservativ. Dazu gehören das Zusammenleben in heterosexuellen Familien als gesellschaftlichen Keimzellen und die Wertschätzung des gesellschaftlichen Nahbereichs in überschaubaren Nachbarschaften oder Gemeinschaften mit einem gemeinsam geteilten Wertehorizont. Werte wie Anstand, Ehrlichkeit, Verlässlichkeit, Sparsamkeit, Arbeitsamkeit, Gesetzestreue, Gemeinschaftssinn rangieren vor individueller Selbstverwirklichung. Der ehemalige Vorsitzende der rechtspopulistischen britischen UKIP, Nigel Farage, verbindet das moralische Selbstverständnis der „kleinen Leute“ mit der „Englishness“, dem Englischsein. Diese Werte gelten nicht als Sekundärtugenden, sondern als der moralische Normalstandard einer Mehrheit, die sich durch Minderheiten (Intellektuelle, Bürokraten, Einwanderer aus außereuropäischen Kulturkreisen, sexuell anders Orientierte, bereicherungssüchtige Eliten) infrage gestellt und als vermeintliche Modernisierungsverweigerer missachtet fühlt.

Das Eigene bezieht sich nicht notwendigerweise auf die Nation. Populisten sind keine geborenen Nationalisten, sondern Nativisten, die auf dem Erstgeburtsrecht der angestammten Bevölkerung oder, wie in den USA, auf dem der Erstsiedler, beharren.<sup>2</sup> Sie können sich, wie der belgisch-flämische Vlaams Belang oder die italienische Lega Nord, auch als regionale Protestbewegung gegen den Nationalstaat richten oder gar mit Separatismus liebäugeln, wenn sie davon überzeugt sind, dass der Zentralstaat eine Politik zu ihren Lasten betreibt. Mit dem

---

<sup>2</sup>Auch im US-amerikanischen Agrarpopulismus des ausgehenden 19. Jahrhunderts, der vielfach als genuin demokratische Basisbewegung gilt, waren Indianer, die sich heute Native Americans nennen, ausgeschlossen. Unter den „Natives“ verstanden amerikanische Populisten die *europäischen* Erstsiedler. Näher zum Nativismus Mudde (2007).

Slogan „Roma ladrona“ (das diebische Rom) mobilisierte die Lega Nord gegen die Hauptstadt als Schaltstelle einer verfehlten Umverteilungspolitik zugunsten der südlichen Landesteile.

## 2.2 Volk und Elite

Im populistischen Narrativ verläuft die Spaltung der Gesellschaft zwischen dem Volk und der Elite. Der Topos „die da oben“ und die Selbstverortung als „unten“, am unteren Rand der Gesellschaft stehend, ist aber nicht spezifisch populistisch und prägte auch das Arbeiterbewusstsein vor und nach dem Zweiten Weltkrieg (Popitz et al. 1957). Zu einem populistischen Kampfterrain wurde diese Dichotomie erst im Zuge der EU-Erweiterung, der Konzentration der etablierten Parteien auf die gesellschaftliche Mitte und die ungesteuerte Immigration. Auch wenn US-amerikanische Populisten Ende des 19. Jahrhunderts gegen *Big Business* mobilisierten, sind Populisten nicht antikapitalistisch. Wählersoziologisch sind sie europaweit und konstant in den unteren sozialen Segmenten (absteigendes, selbstständiges Kleinbürgertum und Arbeiter) überrepräsentiert und plädieren für eine Förderung des lokal tätigen Mittelstandes im Unterschied zu den *global players* (Ivarsflaten 2005; Kriesi und Pappas (Hrsg.) 2015). „Ich bin kein Anhänger des Turbo-Kapitalismus“, erklärte Jörg Haider. „Nicht Neo-Liberalismus, nicht Rambo-Kapitalismus, nicht Manchester-Kapitalismus, sondern ‚Faire Marktwirtschaft‘ wollen wir unser Modell nennen“ (Haider 1997, S. 129).

Zur Elite gehört nicht nur das Parteienestablishment, sondern auch die kulturelle Elite, die den hegemonialen Diskurs steuert und verbreitet. Im Kulturkampf um den Normalitätsstandard versuchten diese, das Volk zu bevormunden und als Zögling zu behandeln, der erzogen und gebildet werden müsse. Im populistischen Diskurs ist daher die Forderung nach einer ungefilterten, direkten, nicht mediatisierten Willensäußerung, perspektivisch in einer „parteienlosen Demokratie“ (Peter Mair) zentral. Mit Bezeichnungen wie „politische Kaste“ oder „demokratiefernes Machtkartell“ verbreiten Populisten die Erzählung von der politischen Enteignung des Volkes zugunsten einer Minderheit, die die Pfründen unter sich verteilt. Das Misstrauen von Konservativen und Liberalen gegenüber dem Volk und seiner Willensäußerung war immer schon groß. Seit dem Brexit wird der Volkswille in den Medien zunehmend als Mythos behandelt, was der Aufforderung zu einer Verfassungsrevision gleichkommt. (Stellvertretend für andere vgl. Adler 2017). Schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts haben Vertreter der elitentheoretischen Schule der Soziologie den Volkswillen zu einer gefährlichen Fiktion erklärt, dem auf unterschiedliche Weise ein Riegel vorzuschieben sei.

Zwei Klassiker der Soziologie seien hier zitiert: Max Weber und Vilfredo Pareto. Weber führte vor dem Ersten Weltkrieg eine rege Korrespondenz mit dem Parteienforscher Robert Michels. Am 4. August 1908 schrieb er ihm: „Solche Begriff wie ‘Wille des Volkes’, ‘wahrer Wille des Volkes’ usw. existieren für mich schon lange nicht mehr. Sie sind *Fiktionen*. Es ist grade so, als ob man von einem ‘Willen der Stiefelconsumenten’ reden wollte, der für die Art, *wie* der Schuster seine Technik einrichten sollte, maßgebend sein müßte“ (Weber 1908). Zum Bruch der Freundschaft kam es im Ersten Weltkrieg, als der Wahlitaliener Michels sich auf die Seite der Entente-Mächte stellte und später dem Faschismus anschloss.

Noch deutlicher äußerte sich 1923 Vilfredo Pareto: „Zahllos sind die Mittel und Wege, das Ziel ein einziges: die Überwindung der demokratischen Ideologie von der Souveränität der Mehrheit. Dieser soll der Schein bleiben, da er den Gefühlen schmeichelt; die Substanz aber soll einer Elite gehören“ (Pareto zit. n. Röhrich 1981, S. 69). Auch Pareto wurde Anhänger Mussolinis.

## 2.3 Geschichte als Niedergang und Dekadenz

Ein weiteres Merkmal des populistischen Narrativs ist die Vergangenheitsorientierung. Die Utopie einer Rückkehr zu einem Goldenen Zeitalter ist nicht heilsgeschichtlich aufgeladen. Vielmehr fungiert die in Erinnerung gerufene „gute alte Zeit“ auch als Stoßdämpfer gegen die Folgen einer als zu rasch, zu abrupt erfahrenen Modernisierung. Der sozialdemokratische Diskurs setzte ab den 1970er Jahren unter Tony Blair, Wim Kok und Gerhard Schröder einseitig auf Fortschritt und Zukunftsfähigkeit, ohne zu berücksichtigen, dass er damit auch Ängste auslöste oder verstärkte. Das populistische Narrativ federt dagegen sozialpsychologisch die anomischen Folgen von Entraditionalisierung, Fragmentierung, Differenzierung und Individualisierung unter neo-liberalem Vorzeichen ab, indem es die nationale oder regionale Gemeinschaft beschwört und identitätsstiftende historische Erfahrungen in Erinnerung ruft. In der Wahlforschung spricht man von soziotropischem Wahlverhalten, wenn die Wahl einer Partei nicht auf individuellen Motiven (Verschlechterung der eigenen ökonomischen Lage, faktische oder drohende Arbeitslosigkeit) beruht, sondern auf der Sorge um den allgemeinen Zustand des Landes, das nicht nur ökonomisch, sondern auch moralisch einen falschen Weg eingeschlagen habe und sich im Niedergang befinde. Symptomatisch zeigt sich dies in einem Zitat der ehemaligen CDU-Politikerin Gigi Romeiser, die sich von der CDU nicht mehr repräsentiert fühlte, zur 2005 gegründeten „Bürgerbewegung Pro Deutschland“ wechselte und dort zum Vorstand gehörte.



In einem Brief an den damaligen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, Paul Spiegel, schrieb sie am 02.11.2003:

Das gemeine Volk weiß noch zwischen Wahrheit und Unwahrheit zu unterscheiden, es hat gemeinhin noch ein unverfälschtes Urteilsvermögen (vox populi, vox Dei) und deshalb lässt es sich – im Gegensatz zu unseren rückgratlosen Politikern – auch nicht unter die Knute der in Deutschland hinlänglich bekannten Meinungsmacher zwingen. Das Volk beteiligt sich auch nicht an der in Deutschland immer häufiger praktizierten Menschenhatz bis hin zur psychischen und physischen Vernichtung, wenn unliebsame Wahrheiten vertuscht werden sollen (zit. n. Priester 2012, S. 41).

Neben der für Populisten typischen Polarisierung und Moralisierung zeigt sich hier schon, zehn Jahre vor der Gründung der AfD, die Stoßrichtung des populistischen Diskurses: gegen „rückgratlose“ Politiker und „Meinungsmacher“, die die Wahrheit vertuschen. Es sei hohe Zeit, sich dem Niedergang zu widersetzen, denn „noch“ sei das Volk wachsam und lasse sich nicht von der „Lügenpresse“ manipulieren.

## 2.4 Symbolische Vergemeinschaftung als Reaktion auf die „kalte“ Moderne

Das populistische Narrativ zeigt Alternativen zur Überwindung des negativen Ist-Zustandes auf, erstens durch Ausgrenzung des Anderen, seit den 1990er Jahren vor allem des Islam<sup>3</sup>, zweitens durch sich selbst erklärende Tautologien, drittens durch die Stärkung eines affektiven Zusammengehörigkeitsgefühls in einer „warmen“ Gemeinschaft im Gegensatz zur Gesellschaft, die als „kalt“, egoistisch und anonym wahrgenommen wird. Die Polarisierung von Gemeinschaft und Gesellschaft hat in der deutschen Soziologie eine lange Tradition und geht auf Ferdinand Tönnies zurück, dessen einflussreiche Schrift schon von 1887 datiert (Gebhardt 1999, S. 168 ff.). Die FPÖ ist besonders erfindungsreich, wenn es um die Gegenüberstellung von „warmer“ Gemeinschaft, Heimatgefühl, kultureller Identität und den äußeren Bedrohungen geht. In einprägsamer Reimform wirbt

---

<sup>3</sup>Das erste islamophobe Plakat wurde 1987 vom Front National veröffentlicht. Es zitierte einen islamistischen Prediger, der prognostizierte, innerhalb weniger Jahre werde Frankreich muslimisch sein. 1997 veröffentlichte der niederländische Populist Pim Fortuyn sein Buch „Gegen die Islamisierung unserer Kultur“ und leitete damit innerhalb der (west-) europäischen Rechten die Verlagerung des Feinbildes auf den Islam ein. Vgl. Fortuyn (1997).

sie mit Slogans wie „Daham statt Islam“, „Volksvertreter statt EU-Verräter“, „Pummerin statt Muezzin“<sup>4</sup>, „Deutsch statt ‘nix versteh’n“<sup>5</sup>, „Heimatliebe statt Marokkanerdiebe“. Der niederländische Rechtspopulist Geert Wilders fordert „Keine Immigration, sondern Remigration“, Nigel Farage (UKIP) „We want our country back“. Beliebt sind auch Tautologien wie „Genug ist genug!“ (Geert Wilders), „Wir sind wir“ (FPÖ, aber auch die CSU) oder „Die Grenze ist, wo die Grenze ist“ (Dänische Volkspartei).

Es wird dem Rechtspopulismus nicht gerecht, ihn nur über das Merkmal der Exklusion definieren zu wollen. Ebenso stark setzt das (rechts-)populistische Narrativ auf Inklusion, wenn auch nur der autochthonen Bevölkerung, in eine nationale oder regionale Gemeinschaft. Für die symbolische Vergemeinschaftung sorgt der Liebestopos. In einer Zeit des vorherrschenden Individualismus, aber auch der Vereinsamung vor allem älterer Menschen und des „kalten“ Rationalismus der modernen Wissensgesellschaften besetzen Rechtspopulisten ein emotionales Vakuum. Sie bedienen das Bedürfnis nach Zugehörigkeit, dem Kirchen, Nachbarschaften oder Vereine nicht mehr gerecht werden. „Wir sind hier zu Hause“, erklärte Marine Le Pen 2017 auf einer Wahlveranstaltung. Das sei ein Ruf des Herzens und der Liebe (*un cri de coeur, un cri d'amour*).

Im Dezember 2009 wurde der damals 73-jährige Silvio Berlusconi auf dem Mailänder Domplatz von einem Mann angegriffen, der ihm eine kleine, bei Touristen beliebte Bronzestatue entgegen schleuderte. Berlusconi erlitt Verletzungen im Gesicht und verlor zwei Zähne. Wenig später veröffentlichte er unter dem Titel „Die Liebe siegt immer über Neid und Hass“ (*L'amore vince sempre sull'invidia e l'odio*) eine Auswahl der Sympathiebekundungen aus dem Volk. Bereits zwei Tage nach dem Angriff hätte er mehr als 50.000 Internet-Botschaften, hunderte von Fax und ein Meer von Blumensträußen erhalten. Die Presse sprach von einem „Volksbuch“. Hier zeige sich die Liebe und Treue des Volkes zu Berlusconi.

Auch der FPÖ-Vorsitzende Heinz-Christian Strache entdeckte die Werbewirksamkeit der Liebe mit Slogans wie „Weihnacht' und Liebe statt Einbruch und Diebe“ oder „Die Kraft der Liebe ist es, die uns ausmacht.“ Auf einem Wahlplakat umarmt Strache eine alte Frau; die Abbildung ist mit dem Text „Liebe Deinen Nächsten“ unterlegt. Auf FPÖ-Wahlveranstaltungen trat 2013 eine Band mit dem Lied „Liebe ist der Weg“ auf. Im Mai 2017 hielt Donald Trump eine als staatsmännisch gewürdigte Rede vor muslimischen Führern in Riad. Er bringe eine Botschaft der Freundschaft, der Hoffnung und der Liebe (*love*). Auch latein-amerikanische Populisten evozieren gern die Kraft der Liebe als emotionale

---

<sup>4</sup>Pummerin ist der Name einer Glocke auf dem Wiener Stephansdom.

Bindung an das Vaterland, die Familie, den Nächsten, die Gemeinschaft, aber auch an die Natur und die Umwelt. „Ich habe immer alles aus Liebe getan“, erklärte der verstorbene venezolanische Populist Hugo Chávez. Man mag das für Kitsch oder für billige Manipulation halten, sollte aber nicht verkennen, dass gerade die technokratische Ansprache der politischen Elite (Zukunftsfähigkeit, Innovation, Kohärenz, Konvergenz, Kompatibilität etc.) europaweit viel zu der Krise beigetragen hat, in der sich vor allem sozialdemokratische Parteien gegenwärtig befinden.

Nicht zuletzt dient die Pflege von Heldenkulten der symbolischen Vergemeinschaftung. Diese Kulte gehören unabdingbar zum populistischen Narrativ. Sie dienen zur Personalisierung und Visualisierung des „Eigenen“ und berufen sich auf nationale Freiheitshelden, auf Ikonen des Widerstandes gegen Fremdherrschaft: Der Front National auf Jeanne d’Arc, die schweizerische Volkspartei SVP auf Wilhelm Tell, die FPÖ auf Andreas Hofer, die Lega Nord auf Alberto da Giussano, der im Namen der oberitalienischen Städtebünde gegen die imperialen Stauferkaiser kämpfte. Der venezolanische Chavismus erhob den Freiheitskämpfer Simon Bolívar zum Namensgeber der „bolivarischen Revolution“. Jörg Haider erklärte:

Die Freiheitskämpfer in der Geschichte – ob Robin Hood, Wilhelm Tell, Andreas Hofer, Martin Luther, Arthur Lemisch, Nelson Mandela, Martin Luther King, Aung San Suu Kyi oder Vaclav Havel – zeigen, dass es gerecht ist, dem Volk zu seinem Recht zu verhelfen und nicht kleinmütig abseits zu stehen, wenn die Freiheit in Gefahr ist (Haider 1997, S. 241).

Freiheitshelden lassen sich aber, zumindest teilweise, von unterschiedlichen politischen Kräften vereinnahmen und waren, wie der Tiroler Andreas Hofer, keineswegs immer von untadeliger demokratischer Gesinnung. In Italien beriefen sich Faschisten und Anti-Faschisten gleichermaßen auf den legendären Freiheitshelden Giuseppe Garibaldi, der im 19. Jahrhundert maßgeblich an der nationalen Freiheits- und Einigungsbewegung, dem Risorgimento, beteiligt war.

---

### **3 Die Rückkehr des nationalen Narrativs**

#### **3.1 Wem gehört Jeanne d’Arc?**

Die Wahl von Emmanuel Macron zum französischen Präsidenten hat erneut die Frage aufgeworfen, ob die Postmoderne sich nicht erschöpft habe und wir die Rückkehr der großen Erzählungen, der nationalen Narrative erleben. Die Postmoderne hat nicht nur das Ende der Großerzählungen verkündet, sondern auch

handlungsleitende Begriffe wie Vaterland, Fortschritt oder Proletariat für obsolet erklärt. Dagegen waren technokratische Narrative im Aufwind. Es gäbe nur noch Sachzwänge, aber keine politische Alternative mehr. Politische Kontroversen ließen sich in technische Probleme auflösen. Der Experte wurde zur Leitfigur einer ganzen Epoche. Auch im konservativen Lager blieb man davon nicht unbeeinflusst (Priester 2015).

Als Macron sich quasi aus dem Nichts zur Wahl stellte, schien er ein ideologisch unbeschriebenes Blatt zu sein. Als ehemaliger Bankier hatte er es zu Reichtum gebracht und gilt als Technokrat. Unter dem sozialdemokratischen Präsidenten François Hollande war er von 2014 bis 2016 Wirtschaftsminister. Er verließ das Kabinett und gründete die Bewegung „En marche“, mit der er sich vom Parteienestablishment distanzierte und eine als „Revolution“ etikettierte Wende einzuleiten versprach (Macron 2016). Macron wird als jugendlicher Hoffnungsträger mit Tony Blair oder Gerhard Schröder in Verbindung gebracht. Es wird sich zeigen, ob hier nicht ein Missverständnis vorliegt, fördert Macron doch gezielt die Rückkehr zu einer kohärenten Weltsicht, vermittelt durch ein nationales Narrativ oder einen „nationalen Roman“, ist aber zugleich ein Wirtschaftsliberaler. Auch er definiert sich als weder links noch rechts.

Was sind nun die Elemente dieses „nationalen Romans“? Zunächst gilt es, eine neue Vision der Vergangenheit zu erarbeiten, einen neuen Blick auf die nationale Geschichte Frankreichs mit den Elementen Kohärenz, Richtung und Sinn. Ferner gilt es, die nationalen Wurzeln zu kräftigen, vor allem die republikanische Kultur als Kind der Aufklärung. Der Stolz auf die nationale Hochkultur, insbesondere die in Frankreich hoch geschätzte Literatur, soll gefördert werden. Aber auch Elemente der „Volkskultur“ kommen zu Ehren. Macron nennt den Chansonnier Léo Ferré, die französischen Fußballmannschaften oder die Hip-Hop-Gruppe IAM aus Marseille.

Mit dem „nationalen Roman“ will er die universale, messianische Rolle Frankreichs ins kollektive Gedächtnis zurückrufen. „Franzosen, ich bin der Überzeugung, dass es unser Schicksal (*destin*) ist, den Faden unserer Geschichte wieder aufzugreifen, demzufolge wir seit mehr als 1000 Jahren einen einzigartigen Platz im Konzert der Nationen einnehmen“ (Zit. n. Stuckel 2017). In einem Interview mit dem Sender *Franceculture* vom 09. März 2017 wurde er deutlicher:

Im nationalen Roman gibt es zahlreiche Anknüpfungspunkte, die helfen, unsere Zugehörigkeit zur Nation zu konstruieren. Sie stellen die Beziehung zu unserer Geschichte und ihren großen Gestalten wie Clovis [dem Merowingerkönig Chlodwig (466–511), K.P.] oder Jeanne d’Arc etc. her. In diesen großen französischen Gestalten kristallisiert sich unser Verhältnis zur temporalen Kontinuität, zur Energie

des französischen Volkes, zum Willen zur Freiheit, zur Unabhängigkeit, und natürlich zu unserem Gründungsakt, der französischen Revolution, und zum Laizismus (Macron 2017).

Wie Charles De Gaulle in den 1950er Jahren, strebt der neue Präsident eine große Sammlungsbewegung, ein *Rassemblement* an. Aufgabe des „nationalen Romans“ sei es, Frankreich als kulturelle, politische, aber auch unternehmerische Erfolgsgeschichte zu präsentieren. Der Blick ist auf die Zukunft gerichtet, auf ein neues Frankreich, das seine Kraft aus einer großen Vergangenheit bezieht. Macron tritt als Meister des „sowohl als auch“ auf: er tritt für die europäische Vereinigung, aber mit einer führenden Rolle Frankreichs ein. Er plädiert für Multikulturalismus, den er als Gencode der Franzosen darstellt, arbeitet aber zugleich an einem bestimmten Bild Frankreichs mit dem Merowinger Chlodwig als Ahnherrn, der als erster das Frankenreich vereinigte und zum Katholizismus übertrat.

Auch Populisten propagieren ein Narrativ, aber es ist auf eine Rückkehr zur Vergangenheit gerichtet. Ulrike Guérot schreibt dazu: „[...] Marine Le Pen führt die Franzosen zurück zu ihren vielfältigen historischen und gesellschaftlichen Ursprüngen“ (Guérot 2015, S. 180). Dabei verbinde sie drei immer wiederkehrende Elemente der französischen Geschichte: Das dynastisch-charismatische Element (Vater/Tochter/Nichte)<sup>5</sup>, die Unmittelbarkeit zwischen den regierenden Personen und dem französischen Volk (Plebiszit) sowie die Berufung auf die *République* als Erbin der Französischen Revolution. „Marine Le Pen kann mithin als zeitgenössischste Version eines französischen Bonapartismus bezeichnet werden, der die französische Geschichte von Napoleon I. bis De Gaulle überspannt“ (Guérot 2015, S. 181).

### 3.2 Das Narrativ des griechischen Populismus

Griechenland war bis in die 1970er Jahre fest in der Hand zweier großer politischer Familien. Die Papandreous standen der sozialdemokratischen Partei Pasok vor, die Karamanlis der konservativen Neuen Demokratie (ND). Ein zentrales

---

<sup>5</sup>Auch die Nichte Marine Le Pens und Enkelin des Parteigründers Jean-Marie Le Pen, Marion Maréchal, war bis vor kurzem politisch sehr erfolgreich für den Front National tätig. Im Unterschied zu ihrer Tante, der aktuellen Parteivorsitzenden, neigt sie stark den katholisch-integralistischen Kräften zu. Offiziell war die Geburt ihres ersten Kindes ausschlaggebend für ihren Rückzug aus der Politik. Maréchals Anhänger hoffen, dass sie sich aber für die Stunde X (den Rückzug oder die Abwahl von Marine Le Pen) bereithält.

Merkmal nicht nur der griechischen, sondern auch der italienischen Politik ist der Klientelismus. Seit der Antike beruht er auch dem Do-ut-des zwischen Patron und Klientel, d. h. auf inoffiziellen Beziehungsgeflechten und Stimmenkauf gegen individuelle oder gruppenbezogene Vergünstigungen. Etwa Mitte des letzten Jahrhunderts ist die Rolle des Patrons auf die großen Parteien übergegangen. Bis heute ist der Klientelismus das Haupthindernis für Modernisierung, vor allem für den Aufbau eines modernen Sozialstaats und einer modernen Verwaltung. Populismus und Klientelismus sind zwar nicht dasselbe, aber Klientelismus stützt sich in besonderer Weise auf populistische Anrufungspraktiken.<sup>6</sup>

Nach Pappas und Aslanidis bietet die griechische Politik seit den 1970er Jahren perfekte, geradezu laborähnliche Bedingungen, um über eine relativ lange Zeitspanne die Entwicklung populistischer Bewegungen untersuchen zu können (Pappas und Aslanidis 2015, S. 182). Schon in den 1970er Jahren schmiedete der damalige sozialdemokratische Oppositionspolitiker Andreas Papandreou das „griechische Volk“ mit den narrativen Elementen: Nationale Unabhängigkeit, Volkssouveränität, soziale Befreiung und demokratische Prozesse.

In den 1980er Jahren kam es zu einem Rückfall in das Patronage-System, d. h. der Versorgung der Parteiklientelen mit Posten im öffentlichen Dienst. Die enorme Ausweitung des öffentlichen Sektors wurde von einem anti-liberalen Widerstand gegen die Ausweitung von Marktmechanismen begleitet. Auch die konservative „Neue Demokratie“ (ND) erlag in den folgenden zwanzig Jahren den Verlockungen einer populistischen Verteilungspolitik und förderte das Patronage-System, das, im Gegensatz zu modernen Sozialstaaten, auf der Förderung spezieller Interessen von Parteiklientelen und Lobbys beruht. 2009 siegte bei den Parlamentswahlen der Sohn von Andreas Papandreou, Giorgios, und stand, auch als Folge der weltweiten ökonomischen Krise von 2008 (der Großen Rezession), vor dem Problem aller populistischen Regime an der Macht: Sie verlieren ihren Anhang, wenn der Staat nichts mehr zu verteilen hat.

Als Gewinner der Krise betraten zwei neue populistische Bewegungen, Syriza und ANEL, die politische Bühne.<sup>7</sup> Syriza, ein Bündnis unterschiedlicher linker Kräfte, gilt als linkspopulistisch, koalitiert aber mit der rechtspopulistischen

---

<sup>6</sup>In nordeuropäischen Ländern ist der Klientelismus kein politisches Strukturmerkmal, deswegen aber nicht unbekannt. Er äußert sich in umgangssprachlichen Wendungen wie Vetternwirtschaft, Filz, Vitamin B, Freunderl- oder Amigobeziehungen und Seilschaften.

<sup>7</sup>Auf Parteien am rechtsextremen Rand wie LAOS oder Die goldene Morgenröte kann hier nicht eingegangen werden.

ANEL, die das „Volk“ ethnisch bestimmt, die Rolle der orthodoxen Kirche aufwertet und von der Verschwörung der „Neuen Weltordnung“ gegen Griechenland überzeugt ist. Das Narrativ des griechischen Populismus zeigt, wie leicht die Polarisierung zwischen unten und oben von einer Polarisierung zwischen innen und außen überlagert werden kann, vor allem dann, wenn ein Land eine lange Erfahrung mit Fremdherrschaft hat. Das kleine, ökonomisch schwache Griechenland wird als David imaginiert, der im Kampf mit einem Goliath steht, dessen Name sich ändern kann. War dieser in den 1970er Jahren noch die USA, so hat inzwischen Deutschland diese Rolle übernommen. Alexis Tsipras erklärte, seine Regierung stehe im Kampf gegen den inneren und den äußeren Feind. Der innere Feind ist das konservative und neo-liberale Parteienestablishment, das sich vom äußeren Feind kaufen lasse. Der äußere Feind ist die Troika, bestehend aus Vertretern der EU-Kommission, des IWF und der EZB. Die Troika stehe unter dem Diktat der von Deutschland forcierten Austeritätspolitik. Deutschland strebe als Hegemon Europas eine neue Ordnung an, in der Griechenland von einer eigenständigen Nation zu einer Provinz der EU herabsinken soll. Dieses Narrativ oder dieser „nationale Roman“ vom kleinen, tapferen griechischen David gegen den übermächtigen, skrupellosen Goliath knüpft an die Erfahrungen mit der deutschen Okkupation während des Zweiten Weltkriegs an. Erneut sei Deutschland auf dem Vormarsch und strebe das Vierte Reich an. Syriza gilt zwar als linkspopulistisch, führt aber substantiell einen ähnlichen Diskurs wie sein rechtspopulistischer Koalitionspartner ANEL. Bis zur Krise von 2008 standen ökonomische Ungleichheit, Rechte von Immigranten und Ökologie im Vordergrund. Unter Tsipras trat der Kampf gegen die deutsche Vorherrschaft in Europa in den Vordergrund (Pappas und Aslanidis 2015, S. 194). Mit dem Wahlslogan „Entweder SIE oder WIR“ appelliert Syriza auch an konservative Wähler, die unter der Austerität leiden. Die sozialdemokratische Pasok habe sich von ihren linken Wurzeln gelöst, das Volk verraten und Politik zugunsten der Privilegierten gemacht.

---

## 4 Zusammenfassung und Ausblick

Der griechische Fall ist insofern einzigartig, als der Populismus die griechische Politik schon lange vor der Banken- und Finanzmarktkrise von 2008 beherrschte. Als die alten Parteien Pasok und ND nicht mehr in dem gewünschten Umfang ihre Klientelen bedienen konnten, formierten sich um 2011 die neuen populistischen Bewegungen Syriza und ANEL. Der alte äußere Feind, die USA, wurde zwar durch Deutschland ersetzt, aber das nationale Narrativ – die Befreiung von äußeren

Invasoren, denen die nationalen Eliten zu Diensten sind – blieb unverändert. Die Grenzen zwischen Rechts- und Linkspopulismus verschwimmen zusehends; beide weisen mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede auf. Auch im griechischen Populismus wird ein Heldenkult gepflegt, der aber, im Unterschied zu den vorgenannten Fällen, einem ganzen Volk gilt. Das kleine Volk der Griechen tritt, wie schon im Widerstand gegen die Deutschen im Zweiten Weltkrieg, erneut als Freiheitsheld auf, vereint im Kampf gegen den inneren und den äußeren Feind.

Am Beispiel der genannten Fälle lassen sich folgende, auch in anderen Ländern auftretende Tendenzen feststellen: Erstens eine Tendenz zur Re-Ideologisierung des politischen Feldes. Unter Ideologie wird aber nicht mehr eine kohärente Doktrin verstanden, sondern ein „dünnes“ Narrativ oder ein „nationaler Roman“. Zweitens eine Tendenz zur Re-Nationalisierung der Diskurse. Die Ambivalenz zwischen Rechts- und Linkspopulismus liegt in der Hybridisierung rechter und linker Elemente nach Art einer bricolage (Claude Lévi-Strauss), aber unter dem Primat der Nation. Drittens eine Verlagerung des Narrativs auf die Pole innen und außen. Angestrebt werden große Sammlungsbewegungen „jenseits von rechts und links“, die an die Stelle der diskreditierten Volksparteien treten sollen.

---

## Literatur

- Adler, J. (2017). Der Mythos vom Volkswillen. *Süddeutsche Zeitung*, 04.07.2017, Jg. 73, Nr. 151.
- Cowley, J. (2014). Nigel Farage: I'm not on the right or left. I'm a radical. *New Statesman*, 22.01.2014.
- Fortuyn, P. (1997). Tegen de islamisering van onze cultuur. Nederlandse identiteit als fundament. Utrecht: Karakter Uitgevers.
- Freeden, M. (1996). *Ideologies and Political Theory. A Conceptual Approach*. Oxford: Clarendon Press.
- Gebhardt, W. (1999). Warme Gemeinschaft und kalte Gesellschaft. Zur Kontinuität einer deutschen Denkfigur. In G. Meuter, H. R. Otten (Hrsg.), *Der Aufstand gegen den Bürger. Antibürgerliches Denken im 20. Jahrhundert* (S. 165–184). Würzburg: Königshausen & Neumann.
- Guérot, U. (2015). Marine Le Pen und die Metamorphose der französischen Republik. *Leviathan* 43 (2), (S. 177–212).
- Haider, J. (1997). *Befreite Zukunft jenseits von rechts und links. Menschliche Alternativen für eine Brücke ins neue Jahrtausend*. Wien: Ibra & Molden.
- Ivarsflaten, E. (2005). The vulnerable populist right parties. No economic realignment fuelling their electoral success. *European Journal of Political Research*, 44 (3), (S. 465–492).
- Kriesi, H. (2014). The Populist Challenge. *West European Politics*, 37 (2), (S. 361–378).



- Kriesi, H., & Pappas, T. S. (Hrsg.). (2015). *European Populism in the Shadow of the Great Recession*. Colchester: ECPR Press.
- Laclau, E. (2005). *On Populist Reason*. London – New York: Verso.
- Lyotard, J.-F. (1979). *La condition postmoderne*, Paris. Dt. *Das postmoderne Wissen*. Wien: Passagen-Verlag, 2009, 6. überarbeitete Aufl.
- Macron, E. (2016). *Révolution. C'est notre combat pour la France*, Paris, éditions X. Dt. *Revolution. Wir kämpfen für Frankreich*. Kehl: Morstadt-Verlag, 2017.
- Macron, E. (2017) *Identité nationale, récit ou roman national*. <https://www.franceculture.fr/histoire/emmanuel-macron-le-recit-national-nest-pas-un-roman-totalitaire>. Zugriffen am 15.07.2017.
- Mény, Y., & Surel, Y. (2000). *Par le peuple, pour le peuple. Le populisme et les démocraties*. Paris: Fayard.
- Mudde, C. (2007). *Populist Radical Right Parties in Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Pappas, T. S., & Aslanidis, P. (2015). *Greek Populism: A Political Drama in Five Acts*. In: H. Kriesi, T. Pappas Hrsg., (2015), *European Populism in the Shadow of the Great Recession* (S. 181–196), Colchester: ECPR Press.
- Popitz, H. et al. (1957). *Das Gesellschaftsbild des Arbeiters. Soziologische Untersuchungen in der Hüttenindustrie*, hrsg. von Jochen Dreher. Tübingen: Mohr. Neuausgabe Wiesbaden: Springer Fachmedien 2018.
- Priester, K. (2012). *Rechter und linker Populismus. Annäherung an ein Chamäleon*. Frankfurt am Main: Campus.
- Priester, K. (2014). *Mystik und Politik. Ernesto Laclau, Chantal Mouffe und die radikale Demokratie*. Würzburg: Königshausen&Neumann.
- Priester, K. (2015). *Erkenne die Lage. Über die rechtspopulistische Versuchung des bundesdeutschen Konservatismus*. INDES, 3, (S. 84–92).
- Röhrich, W. (1981). *Die repräsentative Demokratie. Ideen und Interessen*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Shils, E.A. (1956). *The Torment of Secrecy*. Chicago: Elephant Paperbacks.
- Stuckel, C. (2017). *Roman National*. Le Monde 27.05.2017.
- Weber, M. (1908). *Zwei Briefe an Robert Michels (1908/09)*. In: Themenportal Europäische Geschichte, 01.01.2007. [www.europa.clío-online.de/quelle/id/artikel-3385](http://www.europa.clío-online.de/quelle/id/artikel-3385). Zugriffen am 01.01.2017.

**Karin Priester**, geb. 1941, bis 2007 Hochschullehrerin für Soziologie mit Schwerpunkt Politische Soziologie an der Universität Münster. Studium der Romanistik, Geschichte, Philosophie und Politikwissenschaft in Köln, Aix-en-Provence, Berlin und Florenz.

Zahlreiche Buch – und Zeitschriftenveröffentlichungen. Neuere Bücher: *Populismus – historische und aktuelle Erscheinungsformen*, Frankfurt/M. 2007, *Rechter und linker Populismus. Annäherung an ein Chamäleon*, Frankfurt/M. 2012, *Mystik und Politik. Ernesto Laclau, Chantal Mouffe und die radikale Demokratie*, Würzburg 2014, *Warum Europäer in den Heiligen Krieg ziehen. Der Dschihadismus als rechtsradikale Jugendbewegung*, Frankfurt/M. 2017.

# Narrative der Demokratie: Reden über das Volk, die Politik und den Populismus

Markus Arnold

*Viel Mißverständnis im Streit um die Demokratie entsteht immer wieder dadurch, daß der eine nur von der Idee, der andere nur von der Wirklichkeit des Phänomens spricht und beide sich darum widersprechen, weil keiner das Ganze: die Realität im Lichte der über sich erhebenden Ideologie, die Ideologie im Hinblick auf die sie tragende Realität erfaßt.*

(Hans Kelsen 1929, S. 14).

In einer Demokratie sollten Bürger misstrauisch werden, wenn Politik als Kampf zwischen Populisten und Anti-Populisten inszeniert wird, wenn es plötzlich nur noch zwei politische Lager zu geben scheint, von denen nur eines als politisch legitim angesehen wird. Erfahrungsgemäß hat nicht jeder, der gegen den Populismus auftritt, auch die Verteidigung der Demokratie im Sinn. Manche wollen auch nur die günstige Gelegenheit nutzen, um zusammen mit dem populistischen Bad auch das ihnen längst lästige demokratische Kind auszuschütten. Die Kritik am Populismus wird dann zum Hebel, um weitgehend unbemerkt den demokratischen Anspruch der Bürger auf politische Mitbestimmung zu entsorgen.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup>Um die Demokratie gegen ihre zahlreichen Verächter erfolgreich verteidigen zu können, sollte man zumindest zwischen drei Gruppen unterscheiden: 1) den populistischen Anti-Demokraten, 2) den Demokraten und 3) den anti-populistischen Antidemokraten. Weitere Unterscheidungen, etwa innerhalb der Gruppe der Demokraten, sind natürlich möglich.

---

M. Arnold (✉)

Institut für Wissenschaftskommunikation und Hochschulforschung,  
Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, Wien, Österreich  
E-Mail: Markus.Arnold@aau.at

Nicht jede politische Lüge ist populistisch und nicht jeder Kämpfer gegen den Populismus ist ein Demokrat.<sup>2</sup> So wichtig es daher auch ist, gegenüber populistischen Parteien, die sich auf das „Volk“ berufen, das anti-populistische Narrativ in Stellung zu bringen, dass es kein homogenes Volk gibt, sondern nur eine pluralistische Vielfalt an Personen, Interessensgruppen und Meinungen<sup>3</sup>, so sollte einem aber auch bewusst sein, dass es vor allem Oligarchien und Diktaturen waren, die, um ihre Herrschaft zu stabilisieren, geleugnet haben, dass es eine friedliche Kooperation und einen Konsens der Regierten geben kann. Denn das anti-populistische Narrativ, dass es kein „Volk“ gibt, das politisch geeint agieren kann, wurde im Laufe der Geschichte vor allem von den Gegnern der Demokratie ins Feld geführt, um die Forderung der Bürger nach mehr politischer Partizipation zurückweisen zu können.<sup>4</sup> Das anti-populistische Narrativ, das den „Pluralismus“ hochhält, wird eben nicht immer nur im demokratischen Sinne verwendet, für die Anerkennung der Mannigfaltigkeit der Meinungen, Interessen und Personen, sondern kann auch eine autoritäre Teile-und-herrsche-Strategie legitimieren, welche verhindern soll, dass sich Bürger in demokratischer Weise gemeinsam politisch organisieren.

Es ist daher wichtig, sich populistische und anti-populistische Narrative genauer anzusehen: Wie sie gemeinsam unser Verständnis demokratischer Institutionen anleiten und uns helfen, mehr Demokratie einzufordern, aber auch Kritik an der Politik und der Gesellschaft zu formulieren.

---

## 1 Die institutionellen Narrative der Demokratie

### 1.1 Über populistische und anti-populistische Narrative

Populistische Narrative sind kein Vorrecht populistischer Parteien, sondern lassen sich mehr oder weniger oft bei allen politischen Richtungen finden. Der Charakter populistischer Parteien lässt sich daher auch nicht allein

---

<sup>2</sup>Demagogie und Opportunismus sollte man nicht mit Populismus verwechseln (vgl. Mudde und Kaltwasser 2012, S. 6).

<sup>3</sup>Für eine Diskussion innerhalb der Linken, ob Populismus mit einem die Pluralität der Bürger anerkennenden Begriff des „Volkes“ vereinbar ist, siehe Slavoj Žižeks Kritik (2006) und Ernesto Laclaus Entgegnung (2006). Siehe auch Laclau (2005, 2014); Mouffe (2005); Butler (2015).

<sup>4</sup>Für die Antike: Simonton (2017); für die Neuzeit siehe Thomas Hobbes' Argumentation in Abschn. 1.3.

über deren Narrative bestimmen, sondern hängt zu einem großen Teil auch vom gesellschaftlich-ökonomischen Umfeld ab, von der Struktur ihrer Parteiorganisation, den konkreten politischen Versprechen, die sie ihren Anhängern geben, und den Drohungen, die sie in Richtung ihrer Gegner ausstoßen.<sup>5</sup> Wichtig ist natürlich auch die Frage, ob sie – wenn sie einmal an der Regierung sind – ernsthaft versuchen, ihre Versprechen zu erfüllen und ihre Drohungen wahr zu machen.<sup>6</sup> Denn manchmal sind politische Narrative in politischen Debatten und Wahlkämpfen nur eine Werbeidee einer PR-Firma, manchmal eine situationsbedingte Zuspitzung einer politischen Aussage, aber manchmal eben auch ein die Identität der Partei tragendes Narrativ, welches die Inhalte des Parteiprogramms ebenso leitet wie die Auswahl der Mitglieder bei der politischen Rekrutierung.

Das Verwenden eines populistischen oder auch anti-populistischen Narrativs allein sagt daher noch nichts über den Charakter einer Partei aus. Erst im konkreten sozialen und historischen Kontext lässt sich verstehen, ob eine Stärkung demokratischer Institutionen intendiert ist oder aber autoritäre Regierungsformen etabliert werden sollen, die einer Beseitigung der demokratischen Ordnung gleichkommen. Ähnlich wie in der Erzählung vom Ausnahmezustand Gefahren heraufbeschworen werden, die angeblich nur durch Einschränkung der Grundrechte zu meistern sind (Lenke 2014), können populistische und anti-populistische Narrative in repräsentativen Demokratien strategisch eingesetzt werden, um die Rechte und die Freiheiten der Bürger zu begrenzen – jedoch auch, um sie auszuweiten.<sup>7</sup>

---

<sup>5</sup>Einen guten Eindruck über die Vielfalt populistischer Parteien geben: Kazin (1995); Priester (2007); Mudde (2007); Cavazza (2012); D'Onofrio (2012); Priester (2012).

<sup>6</sup>Der Ökonom Dani Rodrik zur sozial-ökonomischen Einbettung populistischer Proteste und Parteien: „It is easier for populist politicians to mobilize along ethno-national/cultural cleavages when the globalization shock becomes salient in the form of immigration and refugees. That is largely the story of advanced countries in Europe. On the other hand, it is easier to mobilize along income/social class lines when the globalization shock takes the form mainly of trade, finance, and foreign investment. That in turn is the case with southern Europe and Latin America. The United States, where arguably both types of shocks have become highly salient recently, has produced populists of both stripes (Bernie Sanders and Donald Trump).“ (Rodrik 2017, S. 2).

<sup>7</sup>Weitergehende Mitbestimmungsrechte der Bürger und eine repräsentative Demokratie schließen sich nicht grundsätzlich aus: Hans Kelsen, Verfassungsrichter und Architekt der österreichischen Verfassung, sah etwa keinen Widerspruch darin, einerseits die repräsentative Demokratie zu verteidigen und andererseits es für durchaus sinnvoll zu halten, „das Volk [u.a. durch *Volksinitiativen* und *Gesetzesreferenden*] an der Gesetzgebung in einem höheren Maße [...] zu beteiligen.“ (Kelsen 1929, S. 38 ff.) Und das, obwohl auch er das „Volk“ nicht als eine homogene Einheit betrachtete und gerade im Minderheitenschutz eine zentrale Aufgabe der Demokratie sah (Kelsen 1929, S. 53–68).

Jene, die zum Beispiel den Charakter einer Partei allein anhand ihres populistischen Narrativs zu identifizieren versuchen, erliegen der Illusion, allein an der sprachlichen Form des politischen Statements den Charakter der Partei ablesen zu können. Ohne weiter nach konkreten inhaltlichen Forderungen zu fragen und ohne den geschichtlichen Kontext eines politischen Protestes zu berücksichtigen, soll die Essenz des Populismus an wenigen Eigenschaften festgemacht werden. Ob die politischen Forderungen gerechtfertigt sind, z. B. die angegriffene „Elite“ in einem Land – wie von den selbsternannten „Vertretern des Volkes“ behauptet – korrupt ist oder nicht, wird erst gar nicht gestellt. Allein dass die Proteste sich auf ein „Volk“ berufen, das das Vertrauen in die „Elite“ verloren habe, reicht manchen, um ihre Proteste als gefährlich zu verurteilen. Kurz: Der Vorwurf, Populisten würden einem „essentialistischen“ Verständnis des Volkes anhängen, befördert paradoxerweise die Vorstellung, es gäbe eine zeitlose „Essenz“ des Populismus, die jenseits aller historischen Kontexte identifizierbar ist und als gefährlich gebrandmarkt werden kann.<sup>8</sup>

Im Folgenden soll daher gezeigt werden, wie populistische und anti-populistische Narrative bereits bei der Entstehung der Institutionen der repräsentativen Demokratie Pate standen und seither die Funktion haben, die „Repräsentativität“ dieser Institutionen gemeinsam zu explizieren und zu legitimieren.

Denn, so die These, das populistische Narrativ ist fester Bestandteil moderner Demokratien, da es unter anderem die repräsentative Beziehung zwischen dem

---

<sup>8</sup>Vgl. etwa die auf pathologische Begriffe zurückgreifende Diskussion des Populismus bei Rosanvallon (2017); siehe auch den klassischen – äußerst einflussreichen – Artikel von Richard Hofstadter (1964), in dem er historische und zeitgenössische „paranoide“ Verschwörungsnarrative linker und rechter Populisten untersucht. Eine Tendenz zu essentialistischen Konzepten des Populismus findet sich ebenso dort, wo der Populismus seines jeweils spezifischen gesellschaftlichen Kontextes beraubt wird, dieser nicht mehr in seiner Wechselwirkung mit seiner Umwelt analysiert wird, etwa wenn er anhand einer eigenen „inneren Logik“ erklärt werden soll, wie etwa am Ende auch von Jan-Werner Müller, wenn er erklärt: „der Populismus hat eine spezifische und identifizierbare innere Logik: Populisten sind nicht nur antielitär, sondern grundsätzlich antipluralistisch. Ihr Anspruch lautet stets: Wir – und nur wir – vertreten das wahre Volk. [...] Populisten spielen dieses symbolisch konstruierte Volk systematisch gegen die bestehenden Institutionen aus. Ihre Vorstellung eines wahren, moralisch reinen Volkes ist empirisch nicht widerlegbar.“ (Müller, J.-W. 2016: S. 129 f.) Auch wenn Jan-Werner Müller dies explizit als „Idealtyp im Sinne Max Webers“ (ibid. S. 17) verstanden wissen will, dem politische Phänomene mehr oder weniger entsprechen können, wird durch die Entkontextualisierung der populistischen Rhetorik (und er charakterisiert Populismus vor allem anhand ihrer eigenen Diskurse) eine prinzipiell durch keine äußeren Umstände rechtfertigbare politische Position konstruiert, die er dann zur Erklärung konkreter politischer Parteien heranzieht.

Volk und seinen demokratischen Institutionen legitimiert. Aber in repräsentativen Demokratien wird das populistische Narrativ in der Regel immer begleitet von einem anti-populistischen Narrativ über die Unfähigkeit des Volkes, vernünftig zu handeln und in Sachfragen selbst zu entscheiden. Nur beide zusammen, das populistische und das anti-populistische Narrativ, legen durch ihren Konflikt den Grundwiderspruch politischer Repräsentation offen und helfen so den Bürgern, die Funktionsweise der demokratischen Institutionen zu verstehen und mit ihnen in der Praxis besser umgehen zu können.<sup>9</sup> Aus diesem Grund können sie zu Recht als die zwei zentralen *institutionellen Narrative* der modernen Demokratie bezeichnet werden.

## 1.2 The New Deal: Der Populismus des Franklin D. Roosevelt

Als Präsident Franklin D. Roosevelt (1936) auf dem Parteitag der Demokraten die *Acceptance speech* für seine zweite Nominierung als Präsidentschaftskandidat hielt, war seine Botschaft dramatisch und die Beschreibung der politischen Lage düster: In den Vereinigten Staaten habe – bevor er Präsident wurde – eine kleine Gruppe die beinahe vollkommene Kontrolle über das Eigentum der meisten anderen Bürger erlangt, über ihr Geld, ihre Arbeit, ja sogar über ihr Leben:

For too many of us the political equality we once had won was meaningless in the face of economic inequality. A small group had concentrated into their own hands an almost complete control over other people's property, other people's money, other people's labor – other people's lives. For too many of us life was no longer free; liberty no longer real; men could no longer follow the pursuit of happiness (Roosevelt 1936).

Roosevelt präsentiert in seiner Rede ein dramatisches Verschwörungsnarrativ: Die kleine Gruppe habe sich an den in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung verbürgten unveräußerlichen Rechten des Menschen, ihr Glück zu suchen, vergreifen. Dies zu beenden, sei das erklärte Ziel von Roosevelts politischem Programm, das heute alle unter dem Namen „New Deal“ kennen. Kurz und prägnant fasst er zusammen:

---

<sup>9</sup>Sehr oft durch eine Entstehungsgeschichte, die von den Problemen einer Zeit erzählen, die mit diesen politischen Institutionen überwunden werden sollten (vgl. Arnold 2012a; Depenheuer 2011; Waldhoff 2011).

Against economic tyranny such as this, the American citizen could appeal only to the organized power of Government. [...] The election [...] was the people's mandate to end it. Under that mandate it is being ended (Roosevelt 1936).

Doch das ist leichter gesagt als getan, denn der Widerstand gegen die Regierung ist groß:

they have maintained that economic slavery was nobody's business. [...] they denied that the Government could do anything to protect the citizen in his right to work and his right to live (Roosevelt 1936).

Der Wahlversammlung wird ein Narrativ präsentiert, in dem das Volk der Vereinigten Staaten in ökonomischer Sklaverei lebt, einer Tyrannei unterworfen, die mächtig und hinterhältig genug ist, den Menschen einzureden, dass die Regierung nichts tun kann, um ihre Bürger zu schützen. Der Kampf, den Präsident Roosevelt ankündigt, wird daher nur durch eine gemeinsame Kraftanstrengung erfolgreich sein. Denn:

These economic royalists complain that we seek to overthrow the institutions of America. What they really complain of is that we seek to take away their power. Our allegiance to American institutions requires the overthrow of this kind of power. In vain they seek to hide behind the Flag and the Constitution. In their blindness they forget what the Flag and the Constitution stand for. Now, as always, they stand for democracy, not tyranny; for freedom, not subjection; and against a dictatorship by mob rule and the over-privileged alike (Roosevelt 1936).

Diesen Teil der Rede sollte man genauer lesen, da er mehr über die damals dramatisch zugespitzte innenpolitische Lage in den Vereinigten Staaten erzählt. Denn Roosevelt warnt seine Anhänger nicht nur, dass seine Gegner behaupten werden, dass er die bestehenden Institutionen umstürzen will, er gibt auch indirekt zu, dass die Gegner sich offenbar auf die Verfassung berufen und Roosevelt beschuldigen, er würde mit seiner Politik gegen die Verfassung verstoßen. Dass Roosevelt sich nicht auf die Verfassung und einzelne ihrer Paragraphen beruft, sondern nur vage von dem spricht, „wofür die Verfassung steht“, lässt zumindest ahnen, dass die verfassungsrechtlichen Argumente seiner Gegner vielleicht besser sind, als er hier bereit ist zuzugeben.

Präsident Roosevelts Parteitage Rede hat alle Merkmale einer „populistischen“ Rede, er predigt den Umsturz, verspricht eine kriminelle Elite zu entmachten und wendet sich gegen die bestehenden Institutionen, indem er sich auf den „Geist“ der Verfassung beruft (im Unterschied zu deren geschriebenen Worten).

Wobei sein Hinweis auf die US-Verfassung, hinter der sich seine Gegner verstecken, auf ein für Roosevelt politisch ernstes und reales Problem hinweist: Das Oberste Verfassungsgericht (Supreme Court) hatte Teile des „New Deals“ für verfassungswidrig erklärt, da solch weitgehenden Eingriffe eines Präsidenten in die Wirtschaft von der Verfassung nicht gedeckt seien. Roosevelt wird zwar den Kampf am Ende gewinnen, doch muss er dafür alle Mittel einsetzen, um den Widerstand des Verfassungsgerichts zu brechen, nicht zuletzt auch die dramatische Sprache eines populistischen Narrativs.<sup>10</sup>

Roosevelt hatte zuerst versucht, die Mehrheitsverhältnisse am Gericht zu seinen Gunsten zu verändern, indem er per Gesetz die Anzahl der Richter zu erhöhen trachtete, um ihm genehme Personen ernennen zu können – ein Eingriff in die Unabhängigkeit des Verfassungsgerichts, der als „court-packing“ bekannt ist. Da die Medien und die öffentliche Meinung sich aber mehrheitlich hinter das Verfassungsgericht stellten, verhinderte letztlich der Kongress, dass dieses Gesetz angenommen wurde.<sup>11</sup> Erst als kurz darauf zwei Verfassungsrichter aus Altersgründen zurücktraten, bekam Präsident Roosevelt doch noch die Gelegenheit, durch gezielte Nachbesetzungen die Mehrheitsverhältnisse im Gericht zu seinen Gunsten zu verschieben. Damit hatte er jedoch mehr getan, als nur seinen „New Deal“ zu retten. Indem er die von der Verfassung vorgeschriebene Gewaltenteilung zwischen der Exekutive und der Judikatur unterließ, veränderte er mit den Stimmverhältnissen im Supreme Court und einer neuen Interpretation der Verfassung, welche dem Präsidenten mehr Kompetenzen zusprach, zugleich auch die Verfassung der Vereinigten Staaten selbst (Ackerman 1998, S. 375–382).

Roosevelts Kampagne für den „New Deal“ lag ein populistisches Narrativ zugrunde, mit dem er den Verfassungsgerichtshofs öffentlich zu delegitimieren versuchte. Es ist daher sinnvoll, wenn wir uns zuerst mit der Herkunft des populistischen Narrativs beschäftigen, um dessen politisch vielseitige Einsatzfähigkeit innerhalb einer Demokratie besser zu verstehen.

---

<sup>10</sup>Der Verfassungshistoriker Bruce Ackerman analysiert den „struggle between the New Deal and the Old Court as part of a recurring dialectic between populism and legalism in American history“ (Ackerman 1998, S. 379).

<sup>11</sup>The Judicial Procedures Reform Bill (1937) (frequently called the „court-packing plan“), vgl. Caldeira (1987). Roosevelts Gesetzesplan war dabei nicht unähnlich jenen Gesetzen, die vor kurzem in Polen und in Ungarn beschlossen wurden, wo auch die Regierungen die Unabhängigkeit der Verfassungsgerichtshöfe durch Gesetzesänderungen ausgehebelt haben, indem sie die Zusammensetzung des Gerichts veränderten, deren Zuständigkeiten beschnitten, aber auch dessen Fähigkeit, Beschlüsse zu fassen, durch strengere Abstimmungsregeln einschränkten.



### 1.3 Die narrative Legitimation politischer Repräsentation

Die repräsentative Demokratie wird immer wieder von einem Widerspruch heimgesucht, der historisch bis auf die Entstehungszeit des modernen Konzepts der politischen Repräsentation zurückverfolgt werden kann.<sup>12</sup> Thomas Hobbes, erster neuzeitlicher Theoretiker der politischen Repräsentation, ersann diese nicht als Instrument der Demokratie. Im Gegenteil, mit dem Konzept der „Repräsentation“ versuchte er zu begründen, warum die Bürger mit dem Gesellschaftsvertrag für alle Zeiten alle Rechte auf Mitbestimmung aufgegeben haben, sodass allein der Monarch und dessen Nachfolger die politische Macht innehaben: Für Hobbes übergaben die Bürger die eigenen politischen Agenden, aber auch jene ihrer Nachfahren, unwiderruflich an den Herrscher, der dadurch zum Souverän und zu ihrem legitimen politischen Repräsentanten wurde. Nach demokratischer Partizipation der Bürger zu verlangen, erschien Hobbes als der erste Schritt in den Bürgerkrieg (vgl. Hobbes 1996 [1651], Ch. 18). Heute würde man wohl sagen: Hobbes war der Ansicht, die Pluralität der Bürger verhindere eine konsensuelle Einigung in Sachfragen, jede Mitbestimmung drohe daher in Dissens zu enden und in der Unfähigkeit, etwas zu entscheiden.

Es ist daher nicht verwunderlich, dass die Verteidiger der Demokratie, wie etwa Jean-Jacques Rousseau, in den Versuchen, den politischen Willen der Bürger durch Repräsentanten vertreten zu lassen, vor allem ein gegen die Demokratie gerichtetes Instrument sahen, um Bürger ihrer Freiheit zu berauben. So erklärte Rousseau über die Souveränität, die beim Volk verbleiben müsse, kategorisch:

Ich behaupte [...], dass die Souveränität, da sie nichts anderes ist als die Ausübung des Gemeinwillens (*volonté générale*), niemals veräußert werden kann und dass der Souverän, der nichts anderes ist als ein Gesamtwesen (*collectif*), nur durch sich selbst vertreten werden kann; die Macht (*pouvoir*) kann wohl übertragen werden, nicht aber der Wille (*volonté*) (Rousseau 2010 [1762], S. 55)

Da die Regierung nicht den Willen des Volkes repräsentieren konnte, konnte sie zwar neue Gesetze vorschlagen, musste diese jedoch – so wollte es Rousseau – jedes Mal dem Volk zur Abstimmung vorlegen, um sie Gesetz werden zu lassen.

Das, was wir heute repräsentative Demokratie nennen, ist im Grunde nichts anderes als die Verbindung dieser beiden gegensätzlichen politischen Konzepte.

---

<sup>12</sup>Zur Geschichte des Konzepts politischer Repräsentation: Pitkin (1967); Hofman (1974); Manin (1997); Vieira und Runciman (2008).

Es war insbesondere Emmanuel Joseph Siéyès, der 1789 versuchte, Hobbes Konzept der politischen Repräsentation mit dem Konzept einer durch den Willen des Volkes legitimierten Demokratie in Einklang zu bringen. Er entwarf damit für die Französische Revolution die politische Theorie der neu geschaffenen Nationalversammlung (*Assemblée nationale*), in der die Abgeordneten nicht mehr ihren Stand, sondern die Französische Nation als solche repräsentieren sollten. Siéyès verband in seinen Schriften das, was man heute ein populistisches Narrativ nennen würde, mit einem anti-populistischen Narrativ. Denn einerseits begann er seine berühmte Schrift „*Was ist der Dritte Stand? (Qu'est-ce que le Tiers État?)*“ mit einer aggressiv vorgetragenen populistischen Erzählung über die Nutzlosigkeit sowohl der Geistlichkeit (dem Ersten Stand) als auch des Adels (dem Zweiten Stand), die zusammen den „privilegierten Stand“ bilden. Ihnen stellte er den bürgerlichen Dritten Stand als wahre Nation gegenüber, wenn er erklärte:

Wer wagte es also zu sagen, dass der Dritte Stand nicht alles in sich besitzt, was nötig ist, um eine vollständige Nation zu bilden? Er ist der starke und kraftvolle Mann, der an einem Arm noch angekettet ist. [...] Also, was ist der Dritte Stand? Alles, aber ein gefesselter und unterdrückter Alles. Was wäre er ohne den privilegierten Stand? Alles, aber ein freies und blühendes Alles. Nichts kann ohne ihn gehen; alles ginge unendlich besser ohne die anderen (Was ist der Dritte Stand [1789], In: Siéyès 2015, S. 113 f.)

Andererseits wollte er aber auch nicht, dass der Kampf gegen die „privilegierten“ Schichten des *Ancien Régime* in ein prinzipielles Misstrauen gegenüber Eliten und damit zu einer Ablehnung repräsentativer Regierungsformen führt. Er empfahl gerade nicht, dass man das Volk – nachdem es sich des Adels und der Geistlichkeit erfolgreich entledigt hatte – politisch selbst entscheiden lassen sollte. Im Gegenteil, die Interessen der Bürger, ihre Freiheit und Selbstbestimmung, seien am besten durch gewählte Repräsentanten gewahrt.<sup>13</sup> Das Volk laufe nicht Gefahr

---

<sup>13</sup> „In der Demokratie machen die Bürger selbst die Gesetze und ernennen ihre öffentlichen Beamten unmittelbar. In unserem Entwurf wählen die Bürger – mehr oder weniger direkt – ihre Abgeordneten für die gesetzgebende Versammlung. Die Gesetzgebung ist also nicht länger demokratisch, sondern *repräsentativ*: Zwar übt das Volk nachhaltigen Einfluss auf die [Auswahl der] Repräsentanten aus – niemand kann Volksvertreter werden, wenn er nicht das Vertrauen seiner Wählerschaft [Commettans] hat, niemand kann Repräsentant bleiben, wenn er dieses Vertrauen verliert –, doch kann das Volk keinesfalls selbst Gesetze geben und noch weniger deren Ausführung in die eigene Hand nehmen.“ (Verfassung von Paris (1789), In: Siéyès 2010, S. 179 f.).

seine Freiheit zu verspielen, wenn es sich politisch vertreten lasse, das passiere nur, wenn es sich von einer Person bzw. einer Versammlung allein vertreten lässt:

Es ist doch unbestritten, dass derjenige seine Freiheit vergrößert, der sich in möglichst vielen Angelegenheiten repräsentieren lässt, während derjenige seine Freiheit verliert, der verschiedene Aufgaben ein und derselben Person zur Stellvertretung überträgt. [...] Es würde gar in einer Art Selbstaufgabe [*aliénation de lui-même*] enden, wenn er seine ganze Macht einer einzigen Person übertrüge. Anstatt das Volk aufzufordern, sich die Ausübung aller Gewalten vorzubehalten, die es in seinem eigenen Interesse der Repräsentation anheim stellen sollte, wäre ihm besser das Folgende zu raten: sich zu hüten, alle seine Rechte einem einzigen Repräsentanten zu übertragen, sorgfältig zwischen verschiedenen Repräsentationsfunktionen zu unterscheiden und von Verfassung wegen zu verhindern, dass eine Gruppe von Repräsentanten die Grenzen ihrer jeweiligen Vollmachten überschreitet (Erste Thermidorrede [1795], In: Sieyès 2010, S. 316).

Mit dem Konzept einer repräsentativen Demokratie wurde jedoch der Widerspruch zwischen dem „Willen des Volkes“ auf der einen und den selbstständigen Entscheidungen ihrer Repräsentanten nur überbrückt, beseitigt wurde er nicht. Das Verhältnis zwischen dem Willen der Bürger und den Entscheidungen ihrer politischen Repräsentanten bleibt in repräsentativen Demokratien daher bis heute von Konflikten und gegenseitigem Misstrauen geprägt: dem Misstrauen der Bürger gegenüber der Politik und dem Misstrauen der Politik gegenüber dem Volk.

Dieser Gegensatz schlägt sich auch in einander widersprechenden Narrativen nieder: den sogenannten „populistischen“ Narrativen auf der einen Seite und anti-populistischen Narrativen auf der anderen. Beide zusammen erzählen nicht nur bis heute von den widersprüchlichen Anforderungen an die Bürger und ihre demokratisch gewählten Repräsentanten, sondern legitimieren zugleich zusammen das spannungsreiche Verhältnis zwischen den Bürgern und den Institutionen der repräsentativen Demokratie. Denn die repräsentative Demokratie droht an ihrem eigenen Anspruch zu scheitern, wenn sie den Widerspruch handstreichartig zu „lösen“ versucht, indem sie sich eindeutig auf eine der beiden Seiten schlägt. Anstatt entweder dem populistischen oder aber dem anti-populistischen Reflex nachzugeben, gilt es innerhalb dieses demokratischen Arrangements, die miteinander streitenden Ansprüche mithilfe der sich widerstreitenden Narrative in der Schwebe zu halten. Denn wer glaubt, zwischen populistischen oder anti-populistischen Narrativen wählen zu können, der läutet – gleichgültig welche Seite er oder sie wählt – mit seiner Entscheidung, die Widersprüche zu beseitigen, das Ende der fragilen Konstruktion der repräsentativen Demokratie ein. Doch was ist das für eine Art Widerspruch, der dem demokratischen Repräsentationsverhältnis zugrunde liegt?

## 1.4 Eine paradoxe Konstruktion: Die Erfindung des „schlafenden Souveräns“

Der repräsentativen Demokratie liegt ein Konzept zugrunde, dass Richard Tuck das Konzept des „schlafenden Souveräns“ (*sleeping sovereign*)“ genannt hat, um auf dessen paradoxe Konstruktion hinzuweisen (Tuck 2016). Einerseits hatte man dem Monarchen eine seiner bisherigen Eigenschaften genommen, die Souveränität, und sie dem neuen Souverän, dem Volk, zugesprochen. Alle Herrschaftsansprüche und die politische Legitimität mussten sich nun von diesem neuen Souverän herleiten. Andererseits aber sollte sich dieser Souverän, im Gegensatz zum politisch aktiven Monarchen, aus dem politischen Alltagsgeschäft und dessen politischen Entscheidungen heraushalten. Das Volk als Souverän sollte sich in der Gesetzgebung von seinen Abgeordneten und in der Regierung von seinen Ministern vertreten lassen, ohne sich selbst in die Regierungsgeschäfte einzumischen.<sup>14</sup>

Es ist letztlich ein komplexes politisches Arrangement: Die Politiker, die doch das Volk repräsentieren sollen, sind in ihren Entscheidungen „frei“, d. h. nicht durch ein imperatives Mandat gebunden und müssen sich daher bei ihren Abstimmungen auch nicht an dem Willen ihrer Wähler orientieren. Es ist ein Arrangement, das die Frage, in welcher Weise hiermit das Konzept einer „Repräsentation der Wähler“ durch die Abgeordneten erfüllt werden kann, bewusst offen lässt, beziehungsweise auf das nicht näher begründete „Vertrauen der Wähler“ setzt, die einfach vertrauen müssen, dass die gewählten Repräsentanten im Interesse ihrer Wähler handeln. Es ist ein asymmetrisches „Öffentlichkeitsregime“, das in diesem Arrangement institutionalisiert wird.<sup>15</sup>

Voraussetzung für dieses Arrangement ist das bereits erwähnte Konzept des „schlafenden Souveräns“. Es zwingt das Volk, politisch eine paradoxe Situation zu akzeptieren: Einerseits berufen sich Politiker auf den Souverän, das Volk, um

<sup>14</sup>Ingeborg Maus zur Rolle der Volkssouveränität in der klassischen politischen Theorie: „Daß es ‚das Volk‘ so wenig gibt wie den Staat, ist nicht neueren Entwicklungen zu verdanken; es war [...] schon immer ein fiktiver Begriff. [...] Die klassische Idee der Unteilbarkeit der Volkssouveränität verweist unter diesem Aspekt nicht auf ein mystisches Kollektivsubjekt, sondern enthält die schlichte Forderung, daß Souveränität ausschließlich denen zukomme, die von Entscheidungen selbst betroffen sind – und nicht etwa den Amtswaltern und Funktionären. Die Idee der Einheit und Unteilbarkeit der Volkssouveränität bezeichnet nichts anderes als den ‚Staat‘ in den Händen des ‚Volkes‘.“ (Maus 2011, S. 42 f.) Der Verfassungshistoriker Dieter Grimm: „Souveränität ist heute auch Demokratieschutz.“ (Grimm 2009, S. 123).

<sup>15</sup>Zum Konzept der „Öffentlichkeitsregime“ siehe Arnold (2012b).

ihre Legitimität als Repräsentanten des Volkes aufrecht zu erhalten, andererseits müssen sie darauf achten, diesen Souverän nie als Kollektivsubjekt selbst zu Wort kommen zu lassen, wenn sie als Repräsentanten weiterhin in legitimer Weise für das Volk sprechen wollen.<sup>16</sup> Die Bürger lernen, dass zwar in der Politik über das Volk ständig gesprochen wird, aber dass sie selbst sich dazu als Volk nicht äußern sollen.

Der Wille des Volkes wird daher nur alle paar Jahre bei geheimen Wahlen abgefragt, wobei diese Willensäußerung aufgrund des Verfahrens vage bleiben muss, da jeder Bürger mit einem Stimmzettel die Regierungsarbeit einer ganzen Regierungsperiode beurteilen muss. Jede Wahl bedarf daher immer auch noch der Interpretation, um verstanden zu werden, ähnlich wie die kryptischen Weissagungen der Pythia in Delphi. Nicht das „Volk“ selbst, sondern die Kommentare der Medien und die Handlungen der gewählten Repräsentanten im Anschluss an die Wahl verwandeln die aggregierten (stummen) „Stimmen“ der Wahlberechtigten auf dem Wahlzettel in politische Reden und politische Narrative. Sie müssen erst den interpretationsbedürftigen „Wählerwillen“ auslegen, um ihn dann zur Grundlage der nächsten Funktionsperiode der Regierung erheben zu können.

Die Bürger lernen durch das populistische Narrativ, dass sie in der Demokratie das souveräne „Volk“ sind, von dem anti-populistischen Narrativ hingegen, warum sie dennoch als „Volk“ nicht unmittelbar sprechen dürfen. Es ist daher sinnvoll, sich auch mit der Herkunft des anti-populistischen Narrativs zu beschäftigen, das dem Volk die Legitimität abspricht, unabhängig von seinen Repräsentanten seinen Willen zu äußern.

---

<sup>16</sup>Die verfassungsmäßig garantierten Rechte der Meinungs- und der Pressefreiheit sind Rechte des einzelnen Bürgers und der Medien, als solche können sie Grundlage sein für den Versuch, die „öffentliche Meinung“ zu artikulieren, aber in der Regel nicht „das Volk“ selbst auf der politischen Bühne erscheinen zu lassen. Allein die zwischen den Wahlen nun regelmäßig von privaten Firmen erstellten Meinungsumfragen erheben heute innerhalb des politischen Alltags den Anspruch, in ihren Zahlen den Willen der „schweigenden Mehrheit“ zu Politikern („wenn am Sonntag Wahlen wären“) und einzelnen Sachthemen („die Meinung zu ...“) sichtbar zu machen. Zum Problem und der Geschichte der Meinungsumfragen in der repräsentativen Demokratie: Bourdieu (1993); Bishop (2004); Champagne (2005).

## 1.5 The Federalist Papers: Sich vor der „Tyrannei der Mehrheit“ schützen

Als 1787/1788 in den USA erstmalig das entworfen wurde, was man heute im Unterschied zu anderen Formen der Demokratie eine „repräsentative Demokratie“ nennt, galt es, die Vorzüge der in der Verfassung niedergelegten neuen Regierungsform den Bürgern zu erklären. Hierfür wurden von den Verfassungsbefürwortern Alexander Hamilton, James Madison und John Jay 85 Zeitungsartikel publiziert, die heute als „The Federalist Papers“ bekannt sind.<sup>17</sup>

Das zentrale Narrativ, mit dem die „Federalists“ den Sinn und die Funktion der neu zu schaffenden Institutionen erläuterten, ist eine Erzählung über die drohende Gefahr einer (wie man es damals nannte) „populären Regierungsform (*popular government*)“<sup>18</sup>, die man um jeden Preis vermeiden sollte. Es ist – wie wir heute sagen würden – ein Narrativ über die Gefahr des Populismus und warum der beste Schutz gegen diese Gefahr die Institutionen der repräsentativen Demokratie sind. Dieses insbesondere von James Madison entfaltete anti-populistische Narrativ ist bis heute eines der wichtigsten Narrative zur Verteidigung der repräsentativen Institutionen moderner liberaler Demokratien.

James Madison warnt zum Beispiel vor den Gefahren einer nicht-repräsentativen (d. h. einer direkten) Demokratie: Eine irregeleitete Mehrheit der Bürger könne in ihr ihre Partikularinteressen auf Kosten der übrigen Gesellschaft durchsetzen, sodass das Gesamtinteresse des Staates gefährdet wird. Es geht ihm explizit nicht um die Gefahr, dass eine Minderheit die Mehrheit unterdrückt, sondern um die Mehrheit, die glaubt, weil sie die Mehrheit ist, darf sie auch ihre Interessen auf Kosten einer Minderheit demokratisch durchsetzen. Madison beginnt mit der Beschreibung des Volkes, der Beschreibung der Diversität der unterschiedlichen ökonomischen Interessen der Bürger:

But the most common and durable source of factions has been the various and unequal distribution of property. Those who hold and those who are without property have ever formed distinct interests in society. [...] A landed interest, a manufacturing

<sup>17</sup>Einerseits bestehen die Artikel aus juristischen Erklärungen, andererseits entwickeln sie aber auch in ihren Rechtfertigungen narrative Diskurse für diese neuen politischen Institutionen.

<sup>18</sup>Vgl. The Federalist Papers, No. 10 (Madison), S. 48. Aufgrund der Vielzahl an Ausgaben der Federalist Papers zitiere ich – wie in der Literatur üblich – diese anhand der Nummer der Artikel und der Seitenzahl der Ausgabe, deren Text ich verwende: Hamilton et al. (1999 [1787]).

interest, a mercantile interest, a moneyed interest, with many lesser interests, grow up of necessity in civilized nations, and divide them into different classes, actuated by different sentiments and views. The regulation of these various and interfering interests forms the principal task of modern legislation and involves the spirit of party and faction in the necessary and ordinary operations of government (The Federalist Papers, No. 10 [Madison], S. 50).

Die Gefahr ist vielfältig, sie zeigt sich etwa beim Umgang mit unterschiedlichen ökonomischen Interessen, z. B. bei der Frage, ob die lokale Industrie durch Schutzzölle vor ausländischer Konkurrenz geschützt werden soll, und wenn ja, in welchem Maße. Hier sind die Interessen der Fabrikanten, die ihre Produkte zu höheren Preisen verkaufen wollen, den Interessen der Gutsbesitzer, die als Konsumenten niedrige Preise wollen, entgegengesetzt. Doch noch deutlicher zeigt es sich im Konflikt zwischen den Reichen und den Armen:

The apportionment of taxes on the various descriptions of property is an act which seems to require the most exact impartiality; yet there is, perhaps, no legislative act in which greater opportunity and temptation are given to a predominant party to trample on the rules of justice. Every shilling with which they overburden the inferior number is a shilling saved to their own pockets (The Federalist Papers, No. 10 [Madison], S. 51).

Die Gefahr die Madison heraufbeschwört, ist die Gefahr, dass die Mehrheit der armen Bürger die wohlhabenden Bürger, die in der Minderheit sind, durch zu hohe Steuern unterdrückt.<sup>19</sup> Aber es fehlt noch ein wichtiger Teil der Erzählung: der Bösewicht. Denn für Madison kann die Mehrheit der Bürger nicht böse sein, da in einer Demokratie die Mehrheit das demokratische Fundament der Regierung ist. Aber wie Madison zu bedenken gibt, man muss die Mehrheit manchmal

---

<sup>19</sup>Die hier von James Madison beschriebene Angst der Wohlhabenden vor einer höheren Besteuerung ist übrigens mit ein Grund, warum 150 Jahre später Franklin D. Roosevelt für seinen „New Deal“ populistische Narrative wählte, um die Bevölkerung gegen seine Gegner und den Supreme Court zu mobilisieren. Das von Madison verwendet anti-populistische Narrativ wurde in vielen Ländern zur Rechtfertigung eines an der Höhe des Einkommens orientierten Wahlrechts verwendet (sog. Zensus-Wahlrecht): Besitzende hätten ein größeres Verantwortungsgefühl und eine größere Kompetenz zu regieren (vgl. zur europäischen Geschichte dieses die Steuergesetzgebung beherrschenden „discourse of capacity“ im 19. Jahrhundert: Kahan 2003).

vor sich selbst schützen. Und diesen Schutz geben nur die Institutionen der repräsentativen Demokratie im allgemeinen und der US-Senat im besonderen:

I shall not scruple to add that such an institution may be sometimes necessary as a defense to the people against their own temporary errors and delusions. [...] there are particular moments in public affairs when the people, stimulated by some irregular passion, or some illicit advantage, or misled by the artful misrepresentations of interested men, may call for measures which they themselves will afterwards be the most ready to lament and condemn. In these critical moments, how salutary will be the interference of some temperate and respectable body of citizens, in order to check the misguided career and to suspend the blow meditated by the people against themselves, until reason, justice, and truth can regain their authority over the public mind? (The Federalist Papers, No. 63 [Madison], S. 310 f.)

Das Volk, die Mehrheit, ist laut diesem „liberalen“ Narrativ anfällig für Täuschungen, es wird hilflos von seinen Leidenschaften und Ängsten gefangen gehalten oder eben von „interested men“ in die Irre geführt. Vernunft, Gerechtigkeit und die Wahrheit werden in solchen Situationen nur von den gewählten Repräsentanten hochgehalten, die sich – solange der Irrtum und die Leidenschaft die Meinungen der Bevölkerung beherrschen – dem Volk entgegenstellen können und müssen. Denn in der repräsentativen Demokratie sollen professionelle Politiker und Experten anstelle der Bürger die Entscheidungen treffen, die – so die Behauptung – die wahren Interessen der Bürger besser als die Bürger selbst kennen und diese auch notfalls gegen deren erklärten Wunsch durchsetzen können.<sup>20</sup>

Es ist ein Vorwurf, der bis heute den „Populisten“ gemacht wird: Populisten würden nicht die wahren (längerfristigen) Interessen der Bürger vertreten, sondern nur an ihre Leidenschaften appellieren. Daher – so werden die Gegner der Populisten nicht müde zu erzählen – erfahren die Wähler der Populisten immer wieder schmerzhaft, dass jene Politik, die sie unterstützt haben, ihnen selbst am meisten schadet. Weil sie nicht auf die Experten gehört haben, welche ihre wahren Interessen besser kennen als sie selbst.<sup>21</sup>

---

<sup>20</sup>Dies ist einer der zentralen Topoi der liberalen Theorie der Demokratie: Die Freiheit des Einzelnen verlangt, dass die Institutionen „the tyranny of the majority“ verhindern (Mill 2003 [1859], S. 76).

<sup>21</sup>Ein Beispiel für diese Form der Erzählung lässt sich in einer der Kolumnen des Wirtschaftsnobelpreisträgers und New York Times-Kolumnisten Paul Krugman finden: „So many of the people who voted for Donald Trump were the victims of an epic scam by a man who has built his life around scamming. In the case of West Virginians, this scam could end up pretty much destroying their state. Will they ever realize this, and admit it to themselves? More important, will they be prepared to punish him the only way they can — by voting for Democrats?“ (Krugman 2017).



Madisons anti-populistisches Narrativ überzeugt bis heute viele, aber es gab auch damals andere, radikalere Ansichten: Thomas Jefferson hielt es etwa zur selben Zeit für das Kennzeichen einer lebendigen Demokratie, wenn Bürger außerparlamentarisch Widerstand gegen die Regierung leisten und sich weigern, sich von ihren Repräsentanten vertreten zu lassen, sogar wenn dieser Widerstand zu einem bewaffneten Aufstand führt, bei dem Menschen getötet werden. Anlässlich einer bewaffneten Rebellion in Massachusetts, die bereits mehrere Tote gefordert hatte, erklärte er 1787, im selben Jahr als die *Federalist Papers* publiziert wurden:

God forbid we should ever be 20 years without such a rebellion. The people cannot be all, & always, well informed. The part which is wrong will be discontented in proportion to the importance of the facts they misconceive. If they remain quiet under such misconceptions it is a lethargy, the forerunner of death to the public liberty. [...] *what country can preserve it's liberties if their rulers are not warned from time to time that their people preserve the spirit of resistance?* Let them take arms. The remedy is to set them right as to facts, pardon & pacify them. What signify a few lives lost in a century or two? The tree of liberty must be refreshed from time to time with the blood of patriots & tyrants. It is it's natural manure (Letter to William S. Smith, Nov. 13, 1787. In Jefferson 1999, S. 110; Hervorhebungen von M.A.).

Interessant an Thomas Jeffersons Argumentation ist, dass er damit eine der zentralen Schlussfolgerungen des anti-populistischen Narrativs nicht anerkennt: Die Uninformiertheit der protestierenden Bürger ist für ihn kein Argument gegen die Partizipation der Bürger an der politischen Meinungsbildung und den demokratischen Entscheidungen. Denn nicht die Uninformiertheit der Bürger, sondern ihre immer wieder drohende politische Lethargie ist für ihn die weit größere Gefahr für den Erhalt einer Demokratie. Freiheitsliebe und politische Leidenschaften sind in seinen Augen wichtiger als politische Kompetenz und Kenntnis der Fakten. Denn ist erst der „Geist des Widerstands“ geweckt, schützt dieser die Freiheit der Bürger. Es ist dann immer noch genug Zeit, um mit den aufgebrachten Bürgern über die Fakten und wenn nötig auch über ihre Irrtümer zu sprechen, die ihre Leidenschaften geweckt und sie eventuell zu Unrecht gegen die Regierung rebellieren ließ.

## 1.6 „Wir sind das Volk“: Wenn der schlafende Souverän erwacht

Eigentlich sollte das Volk als Souverän innerhalb einer repräsentativen Demokratie nicht erscheinen, sollte es nicht „erwachen“ und sich nicht auf der Straße zeigen. Dies gilt aber auch für Staaten, die nur dem Namen nach demokratisch

sind, wie die ehemalige DDR. Hier war es eine kommunistische Partei, die für sich beanspruchte, als einzige legitimiert zu sein, für das Volk zu sprechen. Doch wie 1989 zeigte, kann es Demonstranten in ganz bestimmten historischen Situationen gelingen, zum „Volk“ mit einer eigenen Stimme zu werden, indem sie sich trotz massiver Drohungen der Regierung immer wieder auf der Straße versammeln und für sich reklamieren: „Wir sind das Volk“. Dies kann aber nur deshalb politische Wirkungen entfalten, weil sich Regierende in ihren Entscheidungen regelmäßig auf „das Volk“ berufen, um die Legitimität ihrer Entscheidungen zu begründen. Das galt auch in der damaligen DDR, mit der sog. „Volkskammer“ als ihrem obersten verfassungs- und gesetzgebendes Organ, und einer Verfassung, die in ihrer Präambel erklärte:

In Fortsetzung der revolutionären Tradition der deutschen Arbeiterklasse und gestützt auf die Befreiung vom Faschismus *hat das Volk der Deutschen Demokratischen Republik [...] sein Recht auf sozial-ökonomische, staatliche und nationale Selbstbestimmung verwirklicht [...]. Erfüllt von dem Willen, seine Geschicke frei zu bestimmen*, unbeirrt auch weiter den Weg des Sozialismus und Kommunismus, des Friedens, der Demokratie und der Völkerfreundschaft zu gehen, *hat sich das Volk der Deutschen Demokratischen Republik diese sozialistische Verfassung gegeben.*<sup>22</sup>

Nur weil das Narrativ vom Volk als Souverän eine der zentralen Grundlagen offizieller Politik und fester Bestandteil der rechtlichen Legitimation staatlicher Institutionen ist, kann es Demonstranten manchmal auf der Straße gelingen, den Politikern mithilfe dieses Narrativs die Macht der Repräsentation zu entreißen und in einer (performativen) Selbstermächtigung sich selbst zum „Volk“ zu erklären. Einem „Volk“ auf der Straße, das Regierungen zwingen kann, einzulenken, aber manchmal Regierungen auch stürzt.<sup>23</sup>

Doch gelingt es den Demonstranten immer nur für eine kurze Zeit, zum „Volk“ zu werden, und das auch nur, wenn die performative Behauptung, „das Volk“ zu sein, durch die Anzahl der zu ihren Demonstrationen stoßenden Bürger und Bürgerinnen bestätigt wird; und wenn am Ende dann auch jene, die – aus welchen Gründen auch immer – nicht selbst an den Demonstrationen teilnehmen, diese Selbstermächtigung der Demonstranten als gerechtfertigt akzeptieren und

---

<sup>22</sup>Präambel der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. April 1968 (in der Fassung vom 7. Oktober 1974).

<sup>23</sup>Zu einer Diskussion des performativen Sprechaktes „We the People“, und wie er insbesondere auch in Demonstrationen auf der Straße verkörpert wird, siehe Butler (2015, S. 154 ff.).

(zum Beispiel als Beamten, Soldaten oder Polizisten) den Befehlen der Regierung, die Demonstrationen niederzuschlagen, nicht mehr Folge leisten.

Es ist daher niemals die performative Behauptung, jemand sei das Volk, die allein politisch wirksam wird. Es ist immer erst die Rezeption durch die Bürger und Bürgerinnen, die darüber entscheidet, ob diese performative Aussage der politischen Selbstermächtigung „gelingt“ oder „scheitert“ und ob spätere Historiker in diesen Ereignissen die legitime politische „Stimme des Volkes“ hören werden, die sie heute meist nur dezent „die Stimmung im Lande“ nennen, oder ob die politischen Forderungen der Demonstranten in die Geschichte nur als die nicht-repräsentativen Stimmen einzelner unzufriedener Bürger eingehen werden.<sup>24</sup>

In einer Demokratie ist es normal, wenn durch Mobilisierung von Bürgern außerhalb des Parlaments Politik gemacht wird, wenn diesen ein besseres Leben versprochen wird und jene, die es besser haben, manchmal auch heftig kritisiert werden. Auch kann in einer Demokratie die Berufung auf den Willen des Volkes nicht pauschal zurückgewiesen werden. Wichtig ist hingegen, sich die konkreten Argumente und Slogans, mit denen das Volk gewonnen werden soll, genauer anzusehen: Wen wollen sie stürzen und wen an die Macht bringen? Wer wird zum legitimen Vertreter „des Volkes“ erhoben und wer als „fremd“ ausgeschlossen und vielleicht sogar verfolgt. Im einen Fall ist es die „Minderheit“ der herrschenden SED, dem die Mehrheit des „Volkes“ gegenübergestellt wird; in einem anderen Fall ist es die machtlose Minderheit der Migranten, Sozialhilfeempfänger und anderer gesellschaftlicher Außenseiter. Wer hingegen sich gänzlich dem anti-populistischen Narrativ anvertraut und das Urteilsvermögen der Bürger und Bürgerinnen grundsätzlich infrage stellt, der oder die sucht – was auch immer sie sagen mögen – bereits nach einem politischen System jenseits der Demokratie.

---

## 2 Narrative Diskurse: Politische Forderungen aus dem Geist der Erzählung

Narrative Diskurse erzählen moralische Geschichten über Schuld und Unschuld, über edle und über weniger edle Motive, über Versprechen, die gegeben und gehalten oder auch gebrochen wurden, über Herzlosigkeit und über das Mitgefühl

---

<sup>24</sup>Wobei sehr oft die Geschichtsschreibung selbst noch Teil hat an der Beantwortung der politischen Frage, wie repräsentativ die Personen damals wirklich waren, ob sie zum Beispiel nicht doch nur Splittergruppen waren, die jedoch anderen politischen Akteuren ermöglicht haben, einen Staatsstreich zu legitimieren oder eine nicht mit den Forderungen der Demonstranten übereinstimmende politische Agenda durchzusetzen.

der Akteure. Kurz: Narrative eröffnen eine moralische Perspektive auf die Welt und präsentieren uns ein moralisches Universum, d. h. eine Welt, die moralisch für uns Menschen relevant ist, und vor allem eine Welt, die moralisch bewertet und auch politisch verändert werden kann.

Politische Narrative sind damit die Voraussetzung, um politische Forderungen erheben zu können. Darüber hinaus helfen sie, jene Akteure zu identifizieren, an die man seine Forderungen richten kann. Denn in narrativen Diskursen wird begründet, *wer* in wessen Schuld steht, wem geholfen werden muss und wem nicht, aber immer auch, wer schon mehr bekommen hat als er oder sie verdienen, d. h. auch wer jetzt verpflichtet wäre, etwas abzugeben, oder auch – wenn es um Politiker geht – wer abgewählt werden sollte, um vielleicht das Leben einiger Menschen zumindest etwas besser zu machen.

## 2.1 Politische Glaubwürdigkeit: Erzählungen über sich und die anderen

Wie Algirdas Greimas versucht hat zu zeigen, wird moralische Schuld und Verantwortung in Erzählungen mithilfe dreier Modalitäten begründet bzw. auch zurückgewiesen: der *Modalität des Wollens*, der *Modalität des Wissens* und der *Modalität des Könnens* (vgl. Arnold 2012a). Auf die Frage, warum ein Missstand noch nicht beseitigt wurde oder eine handelnde Person das Unrecht nicht sofort verhindert hat, stellen Narrative drei Arten der Erklärung bereit:

1. Das *Können* der Akteure: Konnte die Person überhaupt eingreifen und etwas machen? Wenn nein, dann trifft sie keine Schuld, wenn ja, dann vielleicht schon.
2. Das *Wissen* bzw. die *Kompetenz* der Akteure: Die Person hätte zwar eingreifen können, aber ihr fehlte die nötige Kompetenz, das Wissen, um auch das Richtige zu machen.
3. Das *Wollen* (die Motive) der Akteure: Die Person hätte eingreifen können und hatte auch die Kompetenz, das Richtige zu tun, aber ihr fehlte der Wille zu helfen.

Mit diesen drei Modalitäten konstruieren Narrative eine „moralische“ Persönlichkeit der handelnden Personen, die sie entweder zu Helden, zu Opfern oder auch zu Schurken macht. Und da die Glaubwürdigkeit einer Person in der Politik ihr größtes Kapital ist, ist diese Form der moralischen Charakterisierung der Personen eine der schärfsten Waffen, die narrative Diskurse der Politik zur Verfügung

stellen. Daher nutzen sowohl populistische wie auch anti-populistische Narrative diese drei Modalitäten, wenn sie über das „Volk“ und die politischen Fähigkeiten der Bürger sprechen, über die eigene Glaubwürdigkeit im weitesten Sinne, ebenso wie über die ihrer politischen Gegner.

Jene, die vor allem das anti-populistische Narrativ in ihren Reden aufgreifen, sprechen etwa in der Regel dem „Volk“ das nötige *Wissen* ab, berufen sich aber zumeist auf dessen *Wollen*, die Interessen, die sie als Politiker kennen und auch am besten repräsentieren würden, während den „verantwortungslosen Populisten“ der *Wille* und auch das *Wissen* fehle, um wirklich für das Wohl des Landes zu arbeiten; sie würden nur die *Unwissenheit* der Bürger ausnützen, indem sie diese mit falschen Versprechen verführen und dann hintergehen.

Jene hingegen, die das populistische Narrativ in ihren Reden aktualisieren, sprechen meist von einem besonderen *Wissen*, dem *Common Sense* und einer Lebenserfahrung, die das „einfachen Volk“ auszeichnet und den „abgehobenen Eliten“ schon lange fehle; doch wenn auch das Volk bereits den *Willen* zur Veränderung hat, fehle ihm die Möglichkeit, das *Können*: Da die Feinde des Volkes zahlreich und stark sind, könne es sich nicht alleine helfen. Das Volk brauche daher starke Führer, die in ihrem Namen die Feinde besiegen und im Lande endlich aufräumen.

Beide Seiten, populistische und anti-populistische Parteien, sind sich jedoch in der Art und Weise einig, wie sie die Regierungen ihrer Gegner charakterisieren: obwohl diese als Minister das Richtige machen *könnten*, fehle ihnen sowohl die Kompetenz, das *Wissen*, wie auch der notwendige *Wille*, die richtigen Entscheidungen zu treffen. Sind sie aber erst selbst an der Regierung, ohne alle ihre Versprechen gegenüber den Wählern halten zu können, verweisen beide Seiten auf ihre eigene *Kompetenz* und ihren *guten Willen*, etwas zu ändern, aber entwickeln zur eigenen Entlastung mehr oder weniger dramatische Erzählungen über die zahlreichen Hindernisse und Gegner, um zu erklären, warum sie bis jetzt – trotz gutem Willen und bestem Wissen – ihre politischen Wahlversprechen nicht umsetzen *konnten*.

Politische Narrative neigen aufgrund des Einsatzes dieser drei Modalitäten daher auch dazu, mit ihren Erzählungen insbesondere *ad personam*-Argumente zu unterstützen, Argumente, die den Charakter, die Kompetenzen und die Motive der handelnden Personen thematisieren. Dies nicht zuletzt, da es in der Politik nicht nur um Fakten geht, sondern zu einem großen Teil um Versprechen, Beschwörungen und um Ankündigungen, was man tun werde, wenn man einmal gewählt ist. Das heißt, es geht in der Politik um das, was die Sprachwissenschaft als *performative Sprechakte* bezeichnet (Austin 1975), für die die Glaubwürdigkeit, aber auch die Legitimität der Sprecher unerlässlich ist. Die Glaubwürdigkeit

eines Politikers entscheidet darüber, ob die Bürger ihm vertrauen und ob es ihm gelingt, erfolgreich für die Bürger zu sprechen. In der Politik geht es daher nicht nur darum, *was* jemand sagt, sondern es ist mindestens ebenso wichtig, *wer* etwas sagt.

## 2.2 „Die gute alte Zeit“: Narrative zur Normierung des Volkes

Aber noch in einer anderen Hinsicht können Narrative Politikern persönliche Legitimität und Autorität verleihen. Wenn etwa ein Politiker von der „guten alten Zeit“ erzählt und sich immer wieder auf diese in Worten und Taten bezieht, demonstriert er, dass er nicht nur die guten alten Zeiten noch kennt, sondern diese auch noch zu schätzen weiß. Diese Narrative, die vergangene Zeiten beschwören, sollen dem Sprecher die Autorität verleihen, für die Deutschen, die Briten oder die Österreicher sprechen zu können. Es ist eine Form der Autorisierung, die gerade dann besonders hilfreich ist, um als Politiker für „das Volk“ sprechen zu können, wenn man bei Wahlen nicht die Mehrheit der Bürger hinter sich versammeln kann.

Politische Narrative über die Herkunft eines Landes erlauben es nämlich mithilfe einfacher Kausalbeziehungen und des Gegensatzes zwischen einer guten Vergangenheit und einer schlechten Gegenwart, äußerst wirkungsvoll eine „nationale Identität“ als gesellschaftliche Norm zu setzen. Wer man als Volk oder Nation ist, bestimmt dann nicht die Gegenwart (mit ihren wechselnden Mehrheiten), sondern eine mythisch-idealisierte Vergangenheit, als das Land noch „groß“ war, alle Leute am Land sich noch kannten und die Banken noch Zinsen zahlten.

So definiert zum Beispiel für die rechtspopulistische Britische „UK Independence Party (UKIP)“ eine verklarte Vergangenheit – bestehend aus Britischem Empire, Churchill und englischem Landleben – eine mythische britische Wesensart („Britishness“).<sup>25</sup> Da es damals noch keine Europäische Union gab, keine pakistanischen Nachbarn und keine polnischen Handwerker, ermöglicht dieser Rückgriff auf die idealisierte Vergangenheit, bestimmte gesellschaftliche Gruppen, die heute in Großbritannien leben (auch wenn sie die britische Staatsbürgerschaft haben) als „Nicht-Britisch“ zu markieren und damit weiterhin als Fremde

---

<sup>25</sup>Daher auch UKIPs politische Slogans: „I want my country back“ und „restoring Britishness“.

auszuschließen, da diese sich nicht angepasst haben und auch gar nicht anpassen können, da sie eben anders sind und das Land, als es noch groß war, niemals kennengelernt haben. Vor allem kann man aber mit Hilfe dieser Narrative alles was sich gegenüber der idealisierten Vergangenheit in der Gegenwart angeblich verschlechtert hat, kausal mit dem, was sich seit damals verändert hat, in Verbindung bringen: z. B. lange Wartezeiten im Krankenhaus mit der Einwanderung der letzten Jahre und dem Beitritt zur Europäischen Union.<sup>26</sup>

Aber auch im linken politischen Spektrum bedient man sich dieser nostalgischen Narrative von einer besseren Vergangenheit: In Europa scheinen heute für viele linke Parteien die 70er Jahre das „goldene Zeitalter“ zu sein, als angeblich Gleichheit, sozialer Fortschritt und Solidarität noch existierten und der Neo-Liberalismus, der sich in den 80er Jahren mit Ronald Reagan und Margaret Thatcher durchsetzte, den politischen Horizont noch nicht verdunkelt hat. Aber neben diesen nostalgischen Erzählungen gibt es auch heute noch die revolutionären Geschichtserzählungen der Linken, die von der Unterdrückung und dem Betrug der Herrschenden erzählen, die nun – da sie endlich aufgedeckt werden – in einer großen Revolution überwunden werden müssen. In diesem Fall ist es nicht ein sentimentaler Blick in die Vergangenheit, sondern der Ausblick auf eine gerechtere Zukunft, der die Gegenwart politisch delegitimiert.

### **2.3 Das Exodus-Narrativ: Die Revolution und wie man ein Volk gründet**

Ein „Volk“ muss sich aber, um ein Volk zu sein, konstituieren, da ein Volk nicht bloß eine Ansammlung von Personen ist, sondern ein Zusammenschluss von Bürgern. Gründungsgeschichten über die Entstehung einer politischen Gemeinschaft („Volk“, „Nation“, etc.), sind daher eine notwendige Voraussetzung, um als politischer Souverän auftreten zu können, vor dem politische Repräsentanten regelmäßig Rechenschaft für ihr Handeln ablegen müssen.

Gründungsgeschichten folgen aber einem gewissen Muster: Wie insbesondere der Sozialphilosoph Michael Walzer zeigen konnte, gibt es innerhalb der

---

<sup>26</sup>In Großbritannien lautete ein Narrativ der Brexit-Befürwortenden UKIP daher auch: Wenn man aus der EU austritt, gibt es genug Geld für die Krankenhäuser, sodass sich die Wartezeiten verringern werden (oder wie es auf roten Autobussen, die durch das Land fahren, zu lesen stand: „We send the EU 350 Mio. Pounds a week. Let's fund our National Health Services (NHS) instead“, eine Aussage die – wie die Befürworter nach der Abstimmung eingestehen mussten – falsch war).

europäischen Tradition vor allem ein Narrativ, das zum Vorbild für viele nationale Gründungsgeschichten wurde.<sup>27</sup> Es ist die biblische Erzählung des Exodus, der Befreiung der Juden aus der ägyptischen Gefangenschaft und dessen Neugründung als Volk durch den Bund mit Gott. Diese Erzählung wurde in adaptierter Form zum Narrativ, mit dem politische Akteure wie etwa Oliver Cromwell, Savonarola, Calvin und die Puritaner ebenso wie Martin Luther King und die Bürgerrechtsbewegung ihr eigenes Handeln selbst gedeutet haben. Aber ohne dass die Autoren sich dessen bewusst sind, liefert die biblische Erzählung des Exodus auch das traditionelle narrative Muster, mit dem Historiker und Politikwissenschaftler immer wieder die Ereignisse von Revolutionen und Nationswerdungen in eine erzählerische Ordnung bringen. Es sollte sich daher lohnen, die einzelnen Abschnitte dieses narrativen Skripts der Konstituierung eines Volkes näher anzusehen.

Die Erzählung lässt sich grob in fünf Abschnitte einteilen: Am Beginn 1) die Gefangenschaft und Sklaverei in Ägypten, dann 2) die Flucht in die Wüste, wo 3) ein Bund mit Gott, aber vor allem auch ein Bund der Flüchtlinge untereinander geschlossen wird, indem sie sich Gesetze und eine Verfassung geben; dann 4) die Zeit, als einzelne Verrat begehen, indem sie die im Bund eingegangenen Verpflichtungen verleugnen („Goldenes Kalb“-Episode) und von jenen, die dem Bund treu geblieben sind, bekämpft und bestraft werden müssen. Und schließlich 5) der erfolgreiche Kampf des wieder geeinten Volkes, um das „Gelobte Land“ (Kanaan) zu erreichen. Es ist ein narratives Skript, das den Ablauf einer Revolution oder eines nationalen Befreiungskampfes beschreibt: von der Befreiung aus der Unterdrückung zu einem politischen Bündnis, das aber durch interne Streitigkeiten wieder gefährdet wird, zu einer neuen gesellschaftlichen Ordnung in einem neuen Land. Aber es ist auch ein Skript, auf das populistische Erzählungen zurückgreifen.

Im politischen Alltag gehen populistische Narrative in der Regel davon aus, dass das Volk bereits existiert, daher nutzen sie zuallererst die vierte und fünfte Erzählsequenz des Exodus-Narrativs zur politischen Mobilisierung: Die Wähler, die vergessen haben, wer sie sind, müssen von jenen, die es nicht vergessen haben, an ihre Identität und ihre gemeinsamen Werte erinnert werden (d. h. an die Erzählsequenzen 1 bis 3). Das Volk bzw. die Nation muss erneuert und verteidigt werden gegenüber dem Einfluss der „Fremden“, d. h. gegenüber den Fremden, die von außen als Migranten und Asylanten kommen, ebenso wie gegenüber

---

<sup>27</sup>Walzer (1985); siehe aber auch die „sinngeschichtliche“ Interpretation bei Jan Assmann (2015).



jenen im Inneren, die sich entfremdet haben und sich angeblich ihrer Herkunft „schämen“ (in der Exodus-Erzählung sind das: die Ägypter und jene Juden, die wie die Ägypter bereit sind, Götzen anzubeten).

Es ist ein zentrales Motiv des Exodus-Narrativs, dass nur die Erinnerung an die gemeinsame Herkunft und das Einhalten der von unseren Vorfahren eingegangenen Verpflichtungen uns retten kann: Die Rolle des populistischen Mahners übernehmen im Alten Testament die Propheten, die das gegenwärtige Elend, in dem die Menschen leben, in ihren Predigten dadurch erklären, dass das jüdische Volk und deren Eliten abtrünnig geworden seien, d. h. den speziellen Bund, der das jüdische Volk verbindet, vergessen haben. Es sind zum Beispiel Propheten wie Jeremias, die das jüdische Volk beschuldigen, den konstituierenden Akt der Befreiung (den Auszug aus Ägypten) vergessen und damit den Bund gebrochen zu haben.<sup>28</sup>

Ebenso wie die Exodus-Erzählung und die auf ihr aufbauenden Mahnungen der jüdischen Propheten richten sich populistische Narrative meist nicht nur gegen die „Elite“, die das Volk verraten habe, sondern immer auch gegen das Volk selbst: Es ist vom rechten Weg abgekommen, hat nichts gegen den Verrat der Eliten getan, hat vergessen, was es heißt, ein Deutscher, Amerikaner etc. zu sein, es ist korruptiert. In populistischen Narrativen sind diese beiden Stoßrichtungen der politischen Kritik im Motiv des „wahren“ Volkes miteinander verschränkt. Das „wahre Volk“ will weder etwas mit der korrupten Elite zu tun haben, noch mit der passiven und korruptierten Bevölkerung verwechselt werden. Dabei ist diese doppelte Stoßrichtung politisch entscheidend: Populistische Narrative wollen nicht nur die Regierenden kritisieren. Um etwas in der Gesellschaft politisch zu verändern, müssen sie vor allem auch das Volk mobilisieren, ihm vor Augen führen, dass nicht nur die Elite das Volk verraten hat, sondern auch das Volk sich untreu wurde. Die Bürger selbst müssen umkehren und sich ihrer gemeinsamen Herkunft und Identität wieder erinnern, falls sie jemals das „gelobte Land“ sehen wollen.

---

<sup>28</sup>In den Vereinigten Staaten ist diese Art der populistischen Mobilisierung traditionell an dem Narrativ der Jeremiade und deren rhetorischen Topoi angelehnt (Bercovitch 1978). Der biblische Prophet Jeremias prophezeite die Zerstörung Jerusalems, da das jüdische Volk (inkl. ihrer Priester in den Tempeln, der „Hüter der Gesetze“ [= Richter] sowie der „Hirten des Volkes“ [= politische Herrscher]) nicht mehr auf „den Wegen der Vorzeit“ wandeln (Jeremia 2,8; 6,16), sondern abtrünnig von ihrem Gott geworden seien, indem sie den Bund mit ihm gebrochen hätten. Jeremiah wurde mit seiner Kritik am jüdischen Volk von der christlichen Gemeinde als Vorläufer von Jesus angesehen (vgl. Matthäus 16,14) und auf diese Weise auch mit seiner narrativen Form der Anklage (der „Jeremiade“) zu einem Vorbild, auf das viele Prediger (aber auch Politiker) später zurückgreifen konnten.

## 2.4 „We the People“: Amerikas Bürgerrechtsbewegung

Doch vielleicht kann man doch anhand ihrer Rhetorik eindeutig eine gute und von einer schlechten populistischen Bewegung unterscheiden? Jan-Werner Müller scheint dies zu glauben: Im Unterschied zu einem populistischen „Wir sind das Volk“ sieht er in einem „*Auch* wir sind das Volk“ eine legitime zivilgesellschaftliche Forderung, denn es waren.

beispielsweise in der amerikanischen Verfassungsgeschichte oft genug die Unterdrückten und Marginalisierten, die sich auf das demokratische ‚Wir‘ berufen haben. Allerdings um an das Versprechen einer ‚more perfect union‘ zu erinnern und für mehr Gleichberechtigung zu kämpfen – und nicht, um andere auszugrenzen (Müller 2016, S. 21).

Doch scheint das doch eine allzu harmonische Interpretation der amerikanischen Bürgerkriegszeit und der darauf folgenden Verfassungsreformen. Jene Südstaatler, die für die Sklaverei gekämpft und später für die Rassentrennung eingetreten sind, haben ihre Niederlage im Bürgerkrieg jedenfalls als Ausgrenzung erlebt, unter anderem da die Senatoren und Kongressabgeordneten der Südstaaten 1866 bei entscheidenden Abstimmungen von den Vertretern der Nordstaaten ausgeschlossen wurden. Denn hatte der 13. Verfassungszusatz, der die Abschaffung der Sklaverei proklamierte, noch die erforderliche  $\frac{3}{4}$  Mehrheit aller Staaten erreicht, drohte der 14. Verfassungszusatz, der die ehemaligen Sklaven zu gleichberechtigten Bürgern der Vereinigten Staaten erklären sollte, am Widerstand der Südstaaten zu scheitern. Zehn der elf Südstaaten hatten erklärt, sie würden ein Veto einlegen. Da § 5 der Verfassung vorsieht, dass jede Verfassungsänderung von mindestens  $\frac{3}{4}$  der Staaten ratifiziert werden muss, konnten bei insgesamt 37 Staaten 10 Gegenstimmen jede Verfassungsänderung blockieren. Der Kongress, der die Initiative bei der Verfassungsreform ergriffen hatte, „löste“ das Problem, indem sie den Vertretern der zehn Südstaaten das Recht verweigerte, an der Abstimmung teilzunehmen. Genauer gesagt: Der Kongress verlangte, dass diese Staaten den 14. Verfassungszusatz ratifizieren, bevor sie als gleichberechtigte Mitglieder der Union wieder anerkannt wurden.<sup>29</sup> Präsident Johnson,

---

<sup>29</sup> „[T]his is what Congress was doing in its Reconstruction Acts. Rather than allowing the republican governments of the South to accept *or* reject the Fourteenth Amendment, it was telling them, loud and clear, that their decision to reject deprived them of all political power in the councils of the nation“. (Ackerman 1998, S. 111). Die formal notwendige Ratifizierung des Verfassungszusatzes durch  $\frac{3}{4}$  der Staaten kam überhaupt erst

der als Vizepräsident dem ermordeten Abraham Lincoln nachgefolgt war, aber es persönlich ablehnte, dass ehemalige Sklaven das Wahlrecht erhalten, konnte sich daher auf die Verfassung berufen, als er sich weigerte, mit seiner Unterschrift die Verfassungsänderung in Kraft treten zu lassen. Erst als der Kongress drohte, gegen ihn ein Amtsenthebungsverfahren einzuleiten, gab der Präsident nach und ratifizierte schließlich den 14. Verfassungszusatz, der Afroamerikaner erstmals als gleichberechtigte Bürger der USA anerkannte und sie wie alle anderen Bürger vor rechtlicher Diskriminierung schützen sollte.

Der Mangel an rechtsstaatlicher Legitimität der Verfassungsänderung ließ sich nur im Nachhinein realpolitisch wieder beheben, indem bei den Kongresswahlen 1866 die von Präsident Johnson unterstützten Gegner dieser Verfassungsänderung abgewählt wurden. Wie Bruce Ackerman betont, war es daher am Ende das Volk selbst und nicht dessen Repräsentanten, das mit seinen Stimmen die neue Verfassung legitimierte und damit auch rechtlich das Ende der Rassendiskriminierung einleitete (vgl. Ackerman 1998, S. 99–119). Es ist daher historisch falsch, wenn Jan-Werner Müller behauptet, der erfolgreiche Kampf für mehr Gleichberechtigung sei in den USA ohne Ausgrenzungen erreicht worden. Es gab damals nicht die Option, sich auf ein demokratisches „Wir“ zu berufen, um die Befürworter einer Rassendiskriminierung erfolgreich „an das Versprechen einer ‚more perfect union‘ zu erinnern.“

Die USA unterscheiden sich da nicht von der ehemaligen DDR: Auch dort wussten die Bürger, als sie „Wir sind das Volk“ riefen, gegen wen sie kämpften. Keinem wäre es eingefallen – außer mit einer ordentlichen Portion Ironie – zu behaupten, sie wollten niemanden aus der SED ausgrenzen, da das Ziel ihrer Demonstrationen nur wäre, diese an ihr politisches Versprechen einer besseren und gerechteren Gesellschaft zu erinnern. Nicht einmal der gewaltlose Widerstand Mahatma Gandhis gegen die Briten konnte darauf verzichten, die Briten

---

zustande, nachdem der Kongress durch neu eingesetzte Militärgouverneure die bestehenden („weißen“) Regierungen im Süden entmachtete hatte. Die Militärgouverneure beriefen dann neue verfassungsgebende Versammlungen ein, nachdem sie das Wählerregister überarbeitet hatten, sodass ehemalige Sklaven das Wahlrecht bekamen, was die politischen Mehrheitsverhältnisse in diesen Staaten veränderte. Erst nach diesem von außen herbeigeführten gewaltsamen Umsturz der politischen Ordnung im Süden gelang es die notwendigen Unterschriften für die Ratifizierung des 14. Verfassungszusatzes zu bekommen.

und ihre indischen Verbündeten aus dem „Wir“ des indischen Volkes auszuschließen, um die Entkolonialisierung Indiens einzuleiten.<sup>30</sup>

So sehr dies auch manche irritieren mag: Ohne Rückgriff auf populistische Narrative, die einerseits gesellschaftliche Gruppen zu einem „Volk“ integrieren und andererseits sich von bestimmten anderen Gruppen abgrenzen, gäbe es vermutlich keine Revolutionen und keine demokratischen, die Institutionen des Staates erneuernden politischen Reformen. Vermutlich kann keine von einfachen Bürgern getragene politische Reformbewegung darauf verzichten, für ihre Anliegen mit der einen oder der anderen Variante eines solchen populistischen Narrativs zu mobilisieren. Dies mag nur jene verwundern, die nicht sehen wollen, dass populistische ebenso wie anti-populistische Narrative als rhetorische Techniken der politischen Legitimation zum traditionellen Arsenal demokratischer Auseinandersetzungen gehören.

## 2.5 Das Bürgerkriegsnarrativ: Klassenkampf, Rassenkampf, Kulturkampf

Gemeinsam ist dem rechten wie auch dem linken Populismus ein Narrativ des Bürgerkriegs: sei es als Klassenkampf auf der Seite der Linken oder aber als Rassen- bzw. neuerdings als Kulturkampf auf der Seite der Rechten. Wem das aber nur als Ausdruck eines linken und eines rechten Extremismus gilt, der sollte sich an die These von Michel Foucault erinnern, dass die Vorstellung eines latenten Bürgerkriegs in der Gesellschaft historisch nicht nur am Beginn der Entstehung der modernen politischen Parteien stand, sondern dass es auch das theoretische

---

<sup>30</sup>Gandhi mobilisierte unter anderem mit dem Narrativ eines Kulturkampfes zwischen der (in ihrem Wesen „gewaltlosen“) indischen Zivilisation und dem Übel der „westlichen Zivilisation“. So schrieb er 1909 in seinem „Hind Swaraj [Indian Home Rule]“: „I believe that the civilisation India has evolved is not to be beaten in the world. Nothing can equal the seeds sown by our ancestors.“ (Gandhi 1997, S. 66). „The tendency of Indian civilisation is to elevate the moral being, that of the Western civilisation is to propagate immorality. The latter is godless, the former is based on a belief in God. So understanding and so believing, it behoves every lover of India to cling to the old Indian civilisation even as a child clings to its mother's breast.“ (ibid., S. 71). Dies erlaubte Gandhi jedoch auch, zwischen der englischen Zivilisation und den Engländern zu unterscheiden, die sich aber – falls sie in Indien bleiben wollten – anpassen müssten: „it is not necessary for us to have as our goal the expulsion of the English. If the English become Indianised, we can accommodate them. If they wish to remain in India along with their civilisation, there is no room for them.“ (ibid., S. 73).

Modell ist, das erst die Entwicklung der modernen Geschichts- und Sozialwissenschaften ermöglichte. Denn erst die Annahme eines solchen „latenten Bürgerkriegs“ innerhalb der Gesellschaft machte geschichtliche Ereignisse auf säkulare Weise politisch und sozialwissenschaftlich erklärbar (vgl. Foucault 1999; vgl. Boltanski 2013). Es war das Modell gegensätzlicher gesellschaftlicher Kräfte, die in Konflikt zu einander stehen und auch in Friedenszeiten immer miteinander um die Macht ringen, das erstmals ein von theologischen Prämissen unabhängiges wissenschaftliches Erklärungsmodell für die historische Entwicklung der Gesellschaft bereitstellte.

Es wäre daher falsch, anzunehmen, dass dieses Bürgerkriegsnarrativ nur an den politischen Rändern der Gesellschaft zu finden sei, es ist im Grunde ein fixer Bestandteil des Selbstverständnisses moderner Gesellschaften. Doch was unterscheidet dann noch rechte und linke Populisten von nicht-populistischen Parteien, wenn das Narrativ eines latenten Bürgerkriegs in der Gesellschaft parteienübergreifend Verwendung findet?

Was populistische Parteien gegenüber anderen auszeichnet, ist vor allem, wie sie dieses in der Gesellschaft weitverbreitete Narrativ politisch zuspitzen: Während sie den latenten Bürgerkrieg in den bestehenden Institutionen in vollem Gange sehen, verwenden nicht-populistische Parteien die Narrative des Kampfes zwischen gesellschaftlichen Kräften meist, um auf die Gefahr hinzuweisen, die ein Scheitern demokratischer Institutionen mit sich bringen würde: z. B. *wenn* die EU scheitert, *dann* fallen wir wieder in den Zustand zurück, der Europa zwei Weltkriege eingebracht hat. *Wenn* die Konsenskultur der österreichischen Sozialpartner (und damit die Große Koalition), die nach 1945 entstanden ist, aufgegeben wird, *dann* droht Österreich wieder zurückzufallen in den Bürgerkriegszustand der Zwischenkriegszeit. *Wenn* die deutsche Schuld vergessen und Deutschland sich nicht mehr zur Verantwortung für die Gräueltaten des Nationalsozialismus bekennt, *dann* wird der Antisemitismus wieder aufleben und der demokratische Konsens der Nachkriegszeit, der Deutschland Frieden, Wohlstand und internationales Ansehen gebracht hat, wieder zerbrechen.

Etwas überspitzt formuliert kann man sagen: Der Unterschied zwischen dem gemäßigt-demokratischen Narrativ und dem radikal-populistischen Narrativ hängt allein an der Frage, ob man an ein Happy End glaubt, in dem der latente Bürgerkrieg überwunden wird, und vor allem, wo man dieses zeitlich zu finden meint: Sind es die gegenwärtigen demokratischen Institutionen und Parteien, die den latenten Bürgerkrieg erfolgreich überwunden haben (wie es das Narrativ der „gemäßigten Mitte“ behauptet)? Oder, nimmt man an, dass die gegenwärtigen Institutionen selbst zu Instrumenten in dem latenten Bürgerkrieg gegen das Volk geworden sind? Dann glaubt man entweder, dass das Happy End in der Vergangenheit liegt und wieder

verloren wurde (wie viele Rechtspopulisten meinen) oder dass die Überwindung des fortgesetzten Bürgerkriegs in der Gegenwart noch immer eine Aufgabe für die Zukunft ist, die letztlich nur durch eine Revolution errungen werden kann (wie einige Linkspopulisten hoffen).

Wobei diese Differenzen durchaus Folgen für die Politik haben: Wer konservativ die bestehenden demokratischen Institutionen als Schutz gegen den Bürgerkrieg ansieht, vertritt eine ganz andere Politik, als jemand, der die Institutionen, so wie sie sind, nicht als Lösung, sondern als Teil des Problems wahrnimmt, d. h. als Institutionen, die – anstatt ihn zu überwinden – den Bürgerkrieg nur mit anderen Mitteln im Interesse einer der Konfliktparteien im Geheimen fortführen. Das heißt aber: Ob in den politischen Narrativen der „ideale“ Zustand, der den latenten Bürgerkrieg überwindet, nun in die Zukunft, in die Vergangenheit oder aber in unsere Gegenwart verlegt wird, entscheidet zu einem großen Teil darüber, ob jemand politisch eine radikale „extremistische“ Position vertritt oder aber eine gemäßigte Position der „Mitte“.

## 2.6 Protest: Die paradoxe Position der Angstkommunikation

In der Diskussion über das politische Phänomen des Populismus wird gerne Niklas Luhmanns Feststellung zitiert:

Wie schon im 18. Jahrhundert ist das Volk nur ein Konstrukt, mit dem die politische Theorie Geschlossenheit erreicht. Oder anders: wer würde es merken, wenn es gar kein Volk gäbe?<sup>31</sup>

Luhmanns Theorie der Demokratie ist sicher ein prominentes Beispiel für eine sozialwissenschaftliche Legitimation moderner Politik als Vorrecht professioneller Politiker. Bürgern komme in der Politik allein die Rolle eines Beobachters zu, eines mehr oder weniger passiven Publikums. Demokratie wird daher bei ihm auch nicht mehr definiert durch ihren Bezug auf ein „Volk“ und dessen Bestreben, sich selbst zu regieren, stattdessen wäre das einzige Kennzeichen moderner Demokratien „die Spaltung der Spitze des ausdifferenzierten politischen Systems durch die Unterscheidung von Regierung und Opposition.“ (Luhmann 1987a, S. 127).

---

<sup>31</sup>Luhmann (2002, S. 366). Das Zitat wird etwa verwendet von Jan-Werner Müller (2016, S. 25) und Michael Wildt (2017, S. 7 f.).

Doch relevanter für eine Diskussion des sog. „Populismus“ scheint mir Luhmanns spätere Auseinandersetzung mit der ökologischen Bewegung der 80er Jahre, die er mit dem Konzept der „Angstkommunikation“ (Luhmann 1987b, S. 237–258; 1996, S. 62) bzw. auch der „Protestkommunikation“ zu fassen versuchte: Es sei gerade die Beobachtung der „relativen Resonanzlosigkeit des politischen Systems“ gewesen (Luhmann 1996, S. 206), die zur Entstehung der ökologischen Bewegung der 80er Jahre geführt habe, d. h. eine grundsätzliche Kritik an der Art wie Politik in einer ausdifferenzierten Gesellschaft funktioniert.<sup>32</sup>

Politische Protestbewegungen nehmen daher eine besondere Position in der Gesellschaft ein. Denn die

Protestkommunikation erfolgt zwar *in* der Gesellschaft, sonst wäre sie keine Kommunikation, aber so, *als ob es von außen wäre*. Sie äußert sich aus Verantwortung *für* die Gesellschaft, aber *gegen* sie (Luhmann 1996, S. 204).

Die einzige Möglichkeit, wie man Kritik in der Gesellschaft äußern kann, als ob sie von außen käme, besteht laut Luhmann 1) darin, sich nicht auf die Funktionsweise der Gesellschaft und ihrer Teilsysteme einzulassen, und 2) die moderne Gesellschaft allein anhand ihrer Folgen zu beobachten und zu beurteilen (Luhmann 1996, S. 209). Und die einzige Art, die Folgen gesellschaftlicher Entwicklungen zu einem politischen Thema zu machen, sei eben Angstkommunikation.

Luhmanns Analyse der außerparlamentarischen Protestbewegungen ist letztlich ambivalent: Auf der einen Seite erkennt er an, dass in modernen Gesellschaften diese Art der politischen Indienstnahme der Angst, um Probleme der Gesellschaft politisch zu thematisieren, eine der wenigen Möglichkeiten ist, wie noch die Gesellschaft als Ganze in den Blick genommen werden kann. Das ist eine Perspektive, die innerhalb der funktional differenzierten Gesellschaft keinem Teilsystem mehr möglich ist, auch nicht dem ausdifferenzierten Teilsystem der Politik. Auf der anderen Seite ist diese Art der Angstkommunikation gerade auch nicht in einem der Teilsysteme institutionalisierbar. Was aber nichts anderes bedeutet, als dass der Protest entweder gesellschaftlich wirkungslos in einer Fundamentalopposition zu allen Institutionen verharren muss oder aber, wenn er

---

<sup>32</sup>Luhmann vermutet, dass Protestbewegungen angesichts der Komplexität funktional ausdifferenzierter Gesellschaften sich nicht auf die Funktionsweise der Gesellschaft und ihrer Teilsysteme einlassen wollen. Eine Folge dieser Positionierung sei eine ethische Selbstüberhöhung, „das unreflektierte Sich-für-besser-Halten“ (Luhmann 1996, S. 201).

ins Parlament getragen wird, mit seiner Art, gesellschaftliche Problem zu thematisieren, vollkommen brechen muss, um sowohl an die juristischen Debatten der Gesetzgebung wie auch an die parteipolitischen Wortgefechte anschlussfähig zu werden.

In der repräsentativen Demokratie nehmen solche Protestbewegungen notwendigerweise eine paradoxe Position ein: einerseits erheben sie politische Forderungen, andererseits wollen und können sie sich aber nicht ernsthaft auf die Regeln der parlamentarischen Demokratie einlassen. Ähnlich wie populistische Bewegungen kritisieren sie die Politik von außen, sodass sie einen Kampf gegen die Institutionen führen, ein Kampf, den sie selbst meist als Kampf zwischen besorgten Bürgern und unverantwortlichen Eliten beschreiben. Die Angstkommunikation der Protestbewegungen verbindet sich daher zwanglos mit dem populistischen Narrativ von dem Verrat der Regierenden an ihren Bürgern. Oder anders formuliert: Populistische Bewegungen und Protestbewegungen teilen vermutlich dieselbe paradoxe politische Position. Beide formulieren ihre Kritik an der Gesellschaft, *als ob sie von außen käme*. Das würde auch erklären, warum beiden von ihren Kritikern vorgeworfen wird, sich zu wenig mit den komplexen Ursachen der Probleme zu beschäftigen, da sie in ihrem Protest vor allem die negativen gesellschaftlichen Folgen thematisieren. Ebenso warum sie sich auch in der Art ihrer Kommunikation so ähneln: sowohl Protestbewegungen wie auch populistische Bewegungen neigen dazu, Narrative der Angst zu verwenden, um auf gesellschaftliche Probleme aufmerksam zu machen.

---

### 3      **Conclusio: Das Populäre und das kulturelle Archiv**

Verschiebt man die Analyse von der Ebene der Parteien auf die Ebene der Narrative, lösen sich politische Grenzziehungen nicht auf, aber sie relativieren sich ein Stück weit. Denn so sehr wir uns auch bemühen, uns *nicht* zu verstehen, wir teilen doch alle den Großteil unseres kulturellen Archivs, der Narrative, mit denen wir versuchen, einen Sinn in den Ereignissen unserer Welt zu finden.

Es lassen sich daher zumindest zwei zentrale Erzählungen der Moderne identifizieren, auf die populistische Politiker in ihren Selbstdarstellungen gerne anspielen: einerseits das Mediennarrativ des die Wähler über die Machenschaften der Regierenden aufklärenden „Aufdeckerjournalisten“ und andererseits das – u. a. in stilbildenden Filmen wie „Dirty Harry“ (1971) oder auch „Rambo II“ (1985) entfaltete – Narrativ des Helden, der gegen den Widerstand einer unfähigen bzw. korrupten staatlichen Bürokratie (Polizei, Politik, Gerichte,



Militär) die Gerechtigkeit in die eigenen Hände nimmt, ohne sich dabei an Gesetze zu halten, da diese nicht mehr den Bürger schützen, sondern nur mehr Verbrecher, skrupellose Politiker und andere mächtige Feinde des eigenen Landes. Sowohl die Filmerzählung vom Helden, der die Gerechtigkeit in die eigene Hand nimmt, wie auch die Medienerzählung vom Journalisten, der gegen den Widerstand der Mächtigen Skandale aufdeckt, erzählen von dem Gegensatz zwischen dem einfachen Bürger und den an der Gerechtigkeit nicht interessierten „Mächtigen“ (vgl. Boltanski 2013).

Unabhängig davon, ob politische Parteien nun mit ihren Narrativen versuchen, an diese populären Erzählungen anzuknüpfen, um unser Misstrauen gegenüber den demokratischen Institutionen zu wecken; und unabhängig davon, welcher politischen Partei wir letztendlich vertrauen und unsere Stimme bei der nächsten Wahl geben: Letztendlich kochen populistische Parteien mit demselben Wasser, das auch allen Nicht-Populisten zum Kochen zur Verfügung steht. Und letztlich macht gerade das einen Großteil der Verführungskraft populistischer Narrative aus, dass sie uns allen im Grunde genommen nicht fremd sind. Wir haben uns seit unserer Kindheit schon oft, wenn wir einen Roman lasen oder ins Kino gingen, in die Position jener Helden geträumt, die den Kampf für eine bessere Welt aufnehmen und den latenten Bürgerkrieg in der Gesellschaft zwischen den „Guten“ und den „Bösen“ zu unseren Gunsten entscheiden. Letztlich enthalten diese Narrative unsere Träume von einer besseren Welt, in der es einfache Lösungen gibt für die Ängste und die realen Probleme, die uns das Leben schwer machen.

Ebenso gibt es jedoch auch zahlreiche populäre Erzählungen, die politisch gewendet anti-populistische Narrative unterstützen: Wenn der Held (sei es ein Künstler oder ein Erfinder) seinen Erfolg gegen den Widerstand einer vorurteilsbeladenen Mehrheit erringen muss; wenn die Heldin eines Films Menschen gegen deren erklärten Willen vor einer Gefahr retten muss, die diese selbst nicht sehen; oder wenn historische Dokumentarfilme die Begeisterung der Menschen in den 30er Jahren bei nationalsozialistischen Parteiveranstaltungen zeigen und von den katastrophalen Konsequenzen erzählen. In solchen Erzählungen wird ganz im Sinne anti-populistischer Narrative immer wieder die Inkompetenz der Mehrheit, richtige Entscheidungen zu fällen, dramatisiert.

Doch eine repräsentative Demokratie benötigt beides: sowohl populistische wie auch anti-populistische Narrative. Denn zumindest solange sich diese gegenseitig in der Waage halten, verschaffen diese Narrative den politischen Institutionen ihre allgemeinverständliche Legitimation. Und nicht nur das: Mit ihren Erzählungen, welche die Ängste und Leidenschaften der Bürger wecken, sorgen diese Narrative auch dafür, dass die politische Debatte in den Institutionen der repräsentativen Demokratie trotz aller Beschränkungen emotional, engagiert und lebendig bleibt.

## Literatur

- Ackerman, B. (1998). *We the People*. Vol. 2. Transformations. Cambridge/M.-London: Belknap Press
- Assmann, J. (2015). *Exodus. Die Revolution der Alten Welt*. München: C.H. Beck
- Arnold, M. (2012a). Erzählen. Die ethisch-politische Funktion narrativer Diskurse. In Arnold, M., Dressel, G., Viehöver, W. (Hrsg.), *Erzählungen im Öffentlichen. Über die Wirkung narrativer Diskurse*. Wiesbaden: Springer VS, S. 17–63
- Arnold, M. (2012b). Öffentlichkeitsregime: Über Macht, Wissen und narrative Diskurse. In Arnold, M., Dressel, G., & Viehöver, W. (Hrsg.), *Erzählungen im Öffentlichen. Über die Wirkung narrativer Diskurse*. Wiesbaden: Springer VS, S. 331–392
- Austin, J. L. (1975). *How to do things with Words*. The William James Lectures delivered at Harvard University in 1955, Second Edition, hrsg. v. J. O. Urmson & M. Sbisà, Oxford-New York
- Bercovitch, S. (1978). *The American Jeremiad*. Madison: University of Wisconsin Press
- Bishop, G. F. (2004). *The Illusion of Public Opinion. Fact and Artifact in American Public Opinion Polls*. Oxford: Rowman & Littlefield Pub
- Boltanski, L. (2013). *Rätsel und Komplotte. Kriminalliteratur, Paranoia, moderne Gesellschaft*. Frankfurt/M.: Suhrkamp
- Bourdieu, P. (1993). Die öffentliche Meinung gibt es nicht. In Bourdieu, P. (Hrsg.), *Soziologische Fragen*. Übers. v. Hella Beister und Bernd Schwibs. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 212–223
- Butler, J. (2015). *Notes Toward a Performative Theory of Assembly*. Cambridge-London: Harvard University Press
- Caldeira, G. A. (1987). Public Opinion and The U.S. Supreme Court: FDR's Court-Packing Plan. In *The American Political Science Review*. Vol. 81, No. 4/1987. S. 1139–1153
- Cavazza, St. (2012). War der Faschismus populistisch? Überlegungen zur Rolle des Populismus in der faschistischen Diktatur in Italien (1922–1943). In *Totalitarismus und Demokratie*, 9 (2012), S. 235–256
- Champagne, P. (2005). 'Making the People Speak'. On the Social Uses of and Reactions to Public Opinion Polls. In Wacquant, L. (Hrsg.), *Pierre Bourdieu and Democratic Politics. The Mystery of Ministry*. Cambridge: Polity Press, S. 111–132
- Depenheuer, O. (2011). Auf der Suche nach dem erzählten Staat. Überlegungen zur narrativen Fundierung moderner Staaten. In Depenheuer, O. (Hrsg.), *Erzählungen vom Staat. Ideen als Grundlage von Staatlichkeit*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 7–34
- Foucault, M. (1999). In Verteidigung der Gesellschaft. Vorlesungen am Collège de France (1975–76). Frankfurt/M.: Suhrkamp
- Gandhi, M.K. (1997). *'Hind Swaraj' and other writings*, ed. by Anthony J. Parel. Cambridge: Cambridge University Press
- Grimm, D. (2009). *Souveränität. Herkunft und Zukunft eines Schlüsselbegriffs*. Berlin: Berlin University Press
- Hamilton, A., Madison, J., & Jay, J. (1999 [1787]). *The Federalist Papers*. Ed. with an Introduction by Lawrence Goldman. New York: Oxford University Press
- Hobbes, Th. (1996 [1651]). *Leviathan*. Ed. by R. Tuck. Cambridge: Cambridge University Press

- Hofmann, H. (1974). *Repräsentation. Studien zur Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis ins 19. Jahrhundert*. Berlin: Duncker & Humboldt
- Hofstadter, R. (1964). The Paranoid Style in American Politics. In *Harpers Magazine*, November 1964: S. 77–86
- Jefferson, Th. (1999). *Political Writings*. Ed. by Joyce Appleby & Terence Ball. Cambridge: Cambridge University Press
- Kahan, A.S. (2003). *Liberalism in Nineteenth-Century Europe. The Political Culture of Limited Suffrage*. New York: Palgrave Macmillan
- Kazin, M. (1995). *The Populist Persuasion. An American History*. Rev. Ed. Ithaka-London: Cornell University Press
- Kelsen, H. (1929). *Vom Wesen und Wert der Demokratie*. Tübingen: J.C.B. Mohr
- Krugman, P. (2017). It's All About the Contempt, In New York Times, May 26, 2017, on Page A27 <https://www.nytimes.com/2017/05/26/opinion/trumpcare-cbo-federal-budget.html>
- Laclau, E. (2005). *On Populist Reason*. London: Verso
- Laclau, E. (2006). Why Constructing a People Is the Main Task of Radical Politics. In *Critical Inquiry* 32 (Summer 2006), S. 646–680
- Laclau, E. (2014). *The Rhetorical Foundation of Society*. London: Verso
- Lemke, M. (2014). Erosion der Rechtsstaatlichkeit. Der Ausnahmezustand als strategische Erzählung in der repräsentativen Demokratie. In Hofmann, W., Renner, J., & Teich, K. (Hrsg.). *Narrative Formen der Politik*. Wiesbaden: Springer VS, S. 49–70
- Luhmann, N. (1987a). Die Zukunft der Demokratie. In Luhmann, N. (Hrsg.), *Soziologische Aufklärung 4*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 126–132
- Luhmann, N. (1987b). *Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen?* Wiesbaden: VS Verlag
- Luhmann, N. (1996). *Protest. Systemtheorie und soziale Bewegungen*. Frankfurt/M.: Suhrkamp
- Luhmann, N. (2002). *Die Politik der Gesellschaft*. Frankfurt/M.: Suhrkamp
- Manin, B. (1997). *The Principles of Representative Government*. Cambridge: Cambridge University Press
- Maus, I. (2011). *Über die Volkssouveränität. Elemente einer Demokratietheorie*. Frankfurt/M.: Suhrkamp
- Mill, J. St. (2003 [1859]). On Liberty. Ed. by David Bromwich & George Kateb. New Haven-London: Yale University Press
- Mouffe, Ch. (2005). *On the Political*. London-New York: Routledge
- Müller, J.-W. (2016). *Was ist Populismus? Ein Essay*. Frankfurt/M.: Suhrkamp
- Mudde, C. (2007). *Populist Radical Right Parties in Europe*. Cambridge: Cambridge University Press
- Mudde, C., & Kaltwasser, C. R. (2012). Populism and (liberal) democracy: A framework for analysis. In Mudde, C., & Kaltwasser, C. R. (Eds.), *Populism in Europe and the Americas. Threat or Corrective for Democracy?* Cambridge: Cambridge University Press, S. 1–26
- D'Onofrio, A. (2012). Nationalsozialismus und Populismus. In *Totalitarismus und Demokratie*, 9 (2012), S. 257–277;
- Pitkin, H. F. (1967). *The Concept of Representation*. Berkeley et al.: University of California Press

- Priester, K. (2007). Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen. Frankfurt-New York: Campus
- Priester, K. (2012). Rechter und linker Populismus: Annäherung an ein Chamäleon. Frankfurt-New York: Campus
- Rodrik, D. (2017). Populism and the Economics of Globalization. Rev. Draft, August 2017, [https://drodrik.scholar.harvard.edu/files/dani-rodrik/files/populism\\_and\\_the\\_economics\\_of\\_globalization.pdf](https://drodrik.scholar.harvard.edu/files/dani-rodrik/files/populism_and_the_economics_of_globalization.pdf). Zugriffen: 16. Dez. 2017
- Roosevelt, F. D. (1936). Acceptance Speech for the Renomination for the Presidency, Philadelphia, Pa., June 27, 1936. Online by Gerhard Peters and John T. Woolley, *The American Presidency Project*. <http://www.presidency.ucs.edu/ws/?pid=15314>. Zugriffen: 14. Dez. 2017
- Rosanvallon, P. (2017). Die Gegen-Demokratie. Politik im Zeitalter des Misstrauens. Hamburg: Hamburger Edition
- Rousseau, J.-J. (2010 [1762]). Du contrat social/Vom Gesellschaftsvertrag. Französisch/Deutsch. Übers. v. H. Brockard. Stuttgart: Reclam
- Sieyès, E. J. (2010). Was ist der Dritte Stand? Ausgewählte Schriften. Hrsg. v. O.W. Lembcke & F. Weber. Berlin: Akademie Verlag
- Sieyès, E. J. (2015). Politische Schriften 1788–1790. Mit Glossar und kritischer Sieyes-Bibliographie. Hrsg. v. Schmitt, E. & Reichardt, R., 2. erw. Aufl., Berlin-Boston: Oldenbourg Wissenschaftsverlag
- Simonton, M. (2017). Classical Greek Oligarchy. A Political History. Princeton: Princeton University Press
- Tuck, R. (2016). The Sleeping Sovereign. The Invention of Modern Democracy. Cambridge: Cambridge University Press
- Vieira, M. B., & Runciman, D. (2008). Representation. Cambridge: Polity Press
- Waldhoff, Ch. (2011). Die Gründungserzählung der Verfassung als Idee des Staates. In Depenheuer, O. (Hrsg.), Erzählungen vom Staat. Ideen als Grundlage von Staatlichkeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 61–79
- Walzer, M. (1985): Exodus and Revolution. New York: Basic Books
- Wildt, M. (2017). Volk, Volksgemeinschaft, AfD. Hamburg: Hamburger Edition
- Žižek, S. (2006). Against the Populist Temptation. In *Critical Inquiry* 32 (Spring 2006), S. 551–574

**Markus Arnold** ist außerordentlicher Professor für Philosophie an der Universität Klagenfurt. Forschungsschwerpunkte: Politische Philosophie, History and Philosophy of the Sciences and the Humanities, sowie Diskurs- und Narrationsforschung. Publikationen u. a.: *Die Erfahrung der Philosophen*. Wien-Berlin 2010; *Erzählungen im Öffentlichen. Über die Wirkung narrativer Diskurse* (Hg. mit Gert Dressel und Willy Viehöver). Wiesbaden 2012; gem. mit Martina Erlemann: *Öffentliches Wissen. Nachhaltigkeit in den Medien*. München 2012.

# Volkserzählungen. Narrative des Volkes, Narrative über das Volk

Wolfgang Bergem

## 1 Welches Volk?

Wer über Narrative des Populismus spricht, kann über die Narrative des Populus, die Erzählungen des Volkes, nicht schweigen. Was aber ist gemeint, wenn von *Volk* die Rede ist? Synonyme, Paraphrasierungen und Komposita wie *éthnos* und *dēmos*, *populus*, *Volksgruppe*, *ethnische Gruppe*, *Volksstamm* und *Volksnation*, *Menschenmenge*, *Leute*, *crowd*, *people*, *folk* und *folks*, *Horde*, *Haufen* und *Schar*, *Publikum*, *Öffentlichkeit*, *die breite Masse* und *Volksmasse*, *multitudo*, *body politic*, *corps politique*, *eigentlicher Souverän der Demokratie* und *Subjekt der Politik*, *Volksversammlung* und *Volksvertretung*, *Volksgesetzgebung*, *Volksinitiative*, *Volksbegehren*, *Volksabstimmung* und *Volksentscheid*, *Volkskammer*, *Volkssolidarität*, *Volkspolizei* und *Volkseigentum*, *Volkswirtschaft*, *Bevölkerung*, *Einwohnerschaft* und *Staatsvolk*, *Volkslied*, *Volksmusik* und *Volkstanz*, *Volksbuch*, *Volksschule*, *Volkshochschule* und *Volksbildung*, *Volkstum* und *Volkscharakter* oder auch die vor allem im Vorfeld und während der nationalsozialistischen Diktatur verwendeten Begriffe *völkische Bewegung* und *völkische Weltanschauung*, *Volkstumspolitik*, *Volksdeutsche* und *Volksgemeinschaft* sowie NS-Wortschöpfungen wie *Volksempfänger*, *Volkswohlfahrt*, *Volkssturm* und *Volksgerichtshof* vermögen einen Eindruck davon zu geben, mit welchen Kennzeichen und in welchen Kontexten eine Gruppe von Menschen imaginiert werden kann, die hier als Autor oder als Objekt von Erzählungen in Erscheinung tritt, verweisen aber auch auf die intrikate Semantik des Terminus zumal im Deutschen.

---

W. Bergem (✉)

Philosophische Fakultät/Politikwissenschaft, Universität Siegen, Siegen, Deutschland  
E-Mail: wolfgang.bergem@uni-siegen.de

Der Volksbegriff ist im Deutschen zumindest zweifach relational: Zum einen steht er in komplementärer Beziehung zum Begriff der Nation, zum anderen ist dieses Begriffspaar mit dem um 1800 entstandenen, spezifisch deutschen Verständnis einer in der Sprache, den Erzählungen und den Liedern des Volkes verwurzelten Nation vor allem als Reaktion auf die revolutionäre Bedeutung der entsprechenden französischen Begriffe zu verstehen. Der Begriff *das deutsche Volk* sollte kompensieren, was in Frankreich *la nation* semantisch und als identitätspolitisches Fahnennwort leisten konnte.

Die Unterscheidung von deutschem und französischem Verständnis von Volk, Nation und Staat sowie deren Beziehungen untereinander spiegelt die Distinktion zwischen jenen beiden Begriffen, mit denen in der griechischen Antike das Verständnis von Volk differenziert werden konnte in *éthnos* und *dēmos*. Im ethnisch geprägten Verständnis von *Volk* ist das Volk im Verhältnis zur Nation primordial; in seinem Eingangsreferat zum ersten deutschen Germanistentag in Frankfurt am Main im September 1846 beantwortet Jacob Grimm die von ihm gestellte Frage *Was ist ein Volk?* mit Bezug auf die Sprache: „[...] ein Volk ist der Inbegriff von Menschen, welche dieselbe Sprache reden“ (zit. n. Münz und Ohliger 2002, S. 371). Für Karl W. Deutsch ist das Volk „eine Gruppe mit komplementären Kommunikationsgewohnheiten“ und seine Mitglieder „sind in jedem Fall abhängig von demselben Kulturbereich“ (1976, S. 121 f.), während die Nation für ihn „ein Volk im Besitz eines Staates“ (1972, S. 204) darstellt, also erst aus der Erlangung von Macht und der Verfügungsgewalt über Staatlichkeit bei Angehörigen eines Volkes entsteht. Im demotisch orientierten Verständnis von *Volk* hingegen wird das Volk vor allem durch den subjektiven Willen seiner Mitglieder konstituiert, (Staats-)Nation zu sein; in seiner 1882 gehaltenen Rede an der Sorbonne *Qu'est-ce qu'une nation?* warnt Ernest Renan davor, Rasse mit Nation zu verwechseln und das Volk auf bestimmte objektive, biologistische und kulturalistische Kriterien zurückführen zu wollen: Ein wirklich existierendes Volk bilde eine Nation nicht aufgrund einer Rasse, einer Sprache, einer Religion, einer Interessensgemeinschaft oder der Geografie, sondern vielmehr aufgrund gemeinsamer Erinnerungen an eine heroische Vergangenheit sowie aufgrund des Wunsches, gegenwärtig zusammenzuleben und dies auch in Zukunft zu wollen (vgl. Renan 1947, S. 895–905). Dieses individualistisch-voluntaristische Verständnis vom Volk als *Demos* findet seine Entsprechung in der Auffassung von der Nation als einer politischen Willensgemeinschaft, die Renan metaphorisiert als „un plébiscite de tous les jours, comme l'existence de l'individu est une affirmation perpétuelle de vie“ (1947, S. 904). Das Plebiszit, in diesem Zusammenhang zu verstehen als Oberbegriff für direktdemokratische Verfahren, mit denen politische Entscheidungen – sei es nun auf dem Weg des initiativen Volksbegehrens,

des kassierenden Bürgerbegehrens, der konsultativen Volksbefragung oder des rechtsverbindlichen Volksentscheids – im aggregierten Votum der Bürgerinnen und Bürger fundiert werden sollen, macht die Nation nicht zu einer Frage unentrinnbaren Schicksals, auch nicht zu einem erfindungsreich konstruierten Kunstprodukt, sondern vielmehr zu einer Sache des individuellen politischen Willens.

Für die in Deutschland dieser politisch-subjektiven Staatsnation entgegengesetzte ethnisch-objektive Kulturnation kam nun den Sprachmächtigen, den Dichtern, Schriftstellern und Märchenerzählern, die Funktion zu, im Rekurs auf vom Volk verbürgte Authentizität die Nation als Ersatz für die nicht vorhandene deutsche Staatsnation im Bewusstsein der Menschen entstehen zu lassen und somit gleichsam zu Produzenten nationaler Identität zu werden (vgl. Bergem 2010, S. 280–284). Mit diesem Surrogat stand der vor allem in Frankreich entwickelten und in der Revolution kulminierenden Idee vom Volk als Demos, als politisch sich konstituierender Abstammungsgemeinschaft, das für die zahlreichen deutschen souveränen Territorien und Städte kennzeichnende Verständnis vom Volk als Ethnos gegenüber, als durch Herkunft und Kultur objektiv vorgegebener Abstammungsgemeinschaft. Spuren dieser Dichotomie des objektiv-kulturellen Volksbegriffs vor allem der deutschen Romantik und später auch der völkischen Bewegung einerseits und des subjektiv-politischen Volksbegriffs vor allem der Französischen Revolution andererseits sind in politischer Kultur und politischer Kommunikation, teilweise auch in politischen Entscheidungen, bis heute zu erkennen.

---

## 2 Welche Erzählungen?

Ein Schlüssel zum Verständnis deutscher nationaler Identität sind die Volkserzählungen, wie sie die Dichter der Romantik in den Jahren nach dem Erlöschen des Römisch-Deutschen Reichs aufgeschrieben haben, in einer Zeit also, in der das seit der Französischen Revolution zunehmend schmerzlich wahrgenommene Fehlen einer modernen Staatsnation in den deutschen Fürstentümern mit der Suche nach einer Essenz der Nation in gemeinsamer Abstammung, Geschichte und Kultur kompensiert wurde. Zum einen in der Sammlung der *Kinder- und Hausmärchen* der Brüder Grimm, erstmals in zwei Bänden 1812 und 1815 als „Stätte kulturellen Erinnerns“ für ein „Archiv der deutschen Volksdichtung“ (Tatar 2002, S. 277) veröffentlicht und nach anfangs kritischer Rezeption zum Klassiker kanonisiert, sowie anderen Sammlungen von Volksmärchen, also mündlich tradierten fiktionalen Prosaerzählungen mit fantastisch-abenteuerlichen oder zauberhaft-wunderbaren Stoffen, zum andern in der in drei Bänden zwischen

1805 und 1808 unter dem Titel *Des Knaben Wunderhorn* von Achim von Arnim und Clemens Brentano publizierten Sammlung von alten deutschen Volksliedtexten und schließlich in Heldensagen, Mythen und Legenden, Editionen alt- und mittelhochdeutscher Texte, in *Nibelungen-Sage* und *Edda*, und nicht zuletzt im Hermannsmythos fanden sich, einer damals populären nationalen Narration zufolge, authentische Volkserzählungen, die den Zugang zu den Ursprüngen einer germanischen bzw. deutschen Vergangenheit erschließen sollten.

Bei ihrer Suche nach den Wurzeln von Volk und Nation in der Vergangenheit einer spezifischen, von moderner Zivilisation noch unverdorbenen Geschichte und Kultur – dem Surrogat für die fehlende staatliche Einheit als Referenzrahmen der Nation – konnten die Romantiker auf die Arbeiten von Johann Gottfried Herder zurückgreifen. Herder hatte bereits 1773 in der programmatischen Textsammlung *Von Deutscher Art und Kunst* ursprüngliche Volkslieder als unmittelbaren Ausdruck eines Volksgeistes, als Schlüssel zu Herz und Seele eines organisch und individuell entwickelten Volkes ausgewiesen, das von Gott geschaffen sei und gleichrangig mit anderen Völkern seine mitgegebenen Möglichkeiten entfalte. In dieser für den Sturm und Drang wegweisenden Sammlung forderte Herder, dieses Kulturgut zu bergen und die Lieder des Volkes zu sammeln:

Sie glauben, daß auch wir Deutschen wohl mehr solche Gedichte hätten, als ich mit der schottischen Romanze angeführet; ich glaube nicht allein, sondern ich weiß es. In mehr als einer Provinz sind mir Volkslieder, Provinziallieder, Bauerlieder bekannt, die an Lebhaftigkeit und Rhythmus, und Naivetät und Stärke der Sprache vielen derselben gewiß nichts nachgeben würden; nur wer ist der sie sammle? der sich um sie bekümmre? sich um Lieder des Volks bekümmre? auf Strassen, und Gassen und Fischmärkten? im ungelehrten Rundgesange des Landvolks? um Lieder, die oft nicht skandirt, und oft schlecht gereimt sind? wer wollte sie sammeln – wer für unsre Kritiker, die ja so gut Sylben zählen, und skandiren können, drucken lassen (Herder 1967b, S. 189)?

Die Analogie zwischen Volk und Mensch bzw. einer „Pflanze der Natur“ führte Herder in den 1784–1791 veröffentlichten *Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit* fort, indem er einem Volk einen einheitlichen „Nationalcharakter“ zuwies und mit der behaupteten Natürlichkeit des Volkes die Notwendigkeit eines „natürlichen“ Staates begründete. Die behauptete Natürlichkeit des Staates ergibt sich dabei aus seiner ethnischen Homogenität. „Nichts scheint“, schreibt Herder hier, „also dem Zweck der Regierungen so offenbar entgegen, als die unnatürliche Vergrößerung der Staaten, die wilde Vermischung der Menschen-Gattungen und Nationen unter Einen Scepter“, denn politische Herrschaft könne



zu viel ethnische Heterogenität nicht verkraften: „Der Menschenscepter ist viel zu schwach und klein, daß so widersinnige Theile in ihn eingepfht werden könnten“ (Herder 1967a, S. 384 f.). Für Herder offenbarten sich die Seelen der Völker in ihren Erzählstoffen und Liedern; auf Sprache und Kultur gründete demnach der Zusammenhalt eines Volkes als einem göttlich kreierten Kollektivindividuum. Die Sprache war für ihn das Band, das Volk und Nation zusammenflocht. Herders Vorstellung von Sprache und Poesie als den Grundlagen eines Volkes und seine damit korrelierte Idee der Sprachnation wiesen den Dichtern die Rolle zu, Volkspoesie und Volkskultur literarisch aufzunehmen und damit Gebildeten wie Ungebildeten verständlich zu sein. Tiefere Einsicht in ein – vermeintliches – Wesen von Volk und Nation konnte nun von den Dichtern erwartet werden, die den Märchen und Liedern des Volkes gelauscht hatten und sie nun gleichsam in dessen kulturellem Zeughaus aufbewahrten, indem sie diese Stoffe protokollierten und im Volkston verdichteten.

Von der programmatischen Intention Herders, die deutsche Literatursprache als Wurzel des Volkes und damit der nationalen Identität zu verbreiten, bis zur politischen Funktionalisierung der Literatur im Dienst nationaler Meinungs- und Willensbildung war nun kein weiter Weg mehr. Im Zuge des „Paradigmawechsel[s] vom patriotischen zum nationalen Denken“ (Weber 1997, S. 65 f.), der sich Anfang des 19. Jahrhunderts vollzog, verengte die deutsche Nationalbewegung Herders Nationsverständnis, das mit einem explizit universalistischen Volksbegriff verknüpft war, indem sie forderte, die kulturelle Identität des deutschen Volkes mit der politischen Identität einer zu schaffenden deutschen Nation zur territorialen Kongruenz zu bringen und normativ bis zu einer Hegemonialstellung zu überhöhen.

In dieser Zeit der antifranzösischen Befreiungskriege, als die deutsche Nation distinktionell, durch die Abgrenzung von ihren Feinden begründet und kurz nach der Auflösung des *Sacrum Romanum Imperium* auch der im mittelalterlichen Reich zum Ausdruck gebrachte Kosmopolitismus verabschiedet wurde, wurzelt auch die Vorstellung von einer ‚deutschen Leitkultur‘. Dieser Begriff, der aktuell als Chiffre mit rechtspopulistischer Stoßrichtung wieder Verwendung findet, wurde als Symbolbegriff in der Debatte um Zuwanderung und Integration von Migranten wohl nicht zufällig im Jahr 2000 von dem CDU-Politiker Friedrich Merz in die Diskussion gebracht. Das war das Jahr des politisch umstrittenen Inkrafttretens eines novellierten Staatsangehörigkeitsrechts, das mit dem Angebot doppelter Staatsbürgerschaft auf eine Erleichterung der Einbürgerung seit langem in Deutschland lebender Ausländer zielte und verschiedentlich seit langem tradierte Überzeugungen von den Grundlagen deutscher Identität ins Wanken brachte. Ernst Moritz Arndt verknüpfte in einer für die literarische Konstituierung der deutschen

Nation während der Befreiungskriege beispielhaften Weise den Rekurs auf die gemeinsame Sprache als Generator nationaler Identität mit der Anrufung Gottes und der Freund-Feind-Schematisierung gegenüber Frankreich: Auf die Frage nach „des Deutschen Vaterland“ antwortet er in dem gleichnamigen Gedicht von 1813, es sei nicht räumlich-territorial begrenzt in „Preußenland“, in „Schwabenland“ oder „wo am Rhein die Rebe blüht“, auch nicht im „Land der Schweizer“ oder in „Tirol“, sondern „Sein Vaterland muß größer sein. / [...] So weit die deutsche Zunge klingt / Und Gott im Himmel Lieder singt, / Das soll es sein! / [...] Das ist des Deutschen Vaterland, / Wo Zorn vertilgt den welschen Tand, / Wo jeder Franzmann heißt Feind, / Wo jeder Deutsche heißt Freund – / Das soll es sein! / Das ganze Deutschland soll es sein“ (Arndt 1912, S. 126 f.)!

Für Jacob und Wilhelm Grimm waren die von ihnen gesammelten Märchen mit ihren volkstümlichen Wurzeln sowohl kulturell symptomatisch als Spiegel einer behaupteten nationalen Identität als auch gleichzeitig normativ als Leitbild einer anzustrebenden nationalen Identität (vgl. Tatar 2002, S. 278). Gleichwohl haben die Dichter der deutschen Romantik insgesamt – die beiden Grimms wohl am wenigsten – den weltbürgerlich orientierten Volksbegriff Herders dadurch politisiert, dass sie aus der Behauptung der Urwüchsigkeit des Volkes die Forderung nach der Originalität nationaler Identität geschlossen haben, mit der sie die Vorstellung einer besonderen deutschen Nation von rationalen Kriterien und universellen Normen abzutrennen suchten.

---

### 3 Der Mythos von Hermann

Die antiaufklärerische Stoßrichtung der narrativen Konstruktion der deutschen Nation zeigt sich am augenfälligsten in der an den historischen Arminius angelehnten mythischen Narration von Hermann dem Cherusker, der wichtigsten Volkserzählung der Deutschen als Nation. Von der Wiederentdeckung der Schrift *Germania* des römischen Historikers und Ethnographen Tacitus in der Zeit des Renaissance-Humanismus bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs, also etwa zwischen 1455 und 1945, stellte die durch Tacitus in den *Annalen* mit der Deutung „liberator [...] Germaniae“ (2010, S. 202), also Befreier Germaniens, überlieferte Arminius/Hermann-Figur den zentralen politischen Mythos für die Entwicklung nationalen Bewusstseins in Deutschland bereit. In der Herausforderung durch das revolutionäre Frankreich und in den Befreiungskriegen gegen Napoleon konnte der Hermannsmythos für die deutschen Kommunikationseliten im symbolpolitischen Kampf um die Benennungs- und Deutungsmacht als Instrument der Mobilisierung fungieren. Nach mehreren literarischen Bearbeitungen des Stoffs

um den Cheruskerfürsten Arminius/Hermann seit dem 16. Jahrhundert sticht in der Zeit des narrativen *nation building* zwischen Aufklärung und Reichsgründung vor allem die 1808, also zwei Jahre nach der durch Napoleon herbeigeführten Auflösung des Heiligen Römischen Reichs deutscher Nation, entstandene *Hermannsschlacht* von Heinrich von Kleist heraus, wobei allerdings die aus zeitgenössischer Sicht bestehende „ästhetische, moralische und politische Radikalität des Stückes“ (Dörner 1995, S. 273) erst 1860 seine Uraufführung in Breslau zuließ. Nachdem sich bis Ludwig Tiecks posthumer Edition von 1821 lange Zeit kein Verleger für das Werk gefunden hatte, ließen unter anderem auch die bestehenden Zensurbestimmungen die Bühnen über ein halbes Jahrhundert vor einer „Aufführung dieses vaterländischen Agitpropdramas“ (Hermand 2012, S. 90) zurückscheuen. Kleists Drama und das Hermannsdenkmal von Ernst von Bandel, das nach fast vierzigjähriger Bauzeit 1875 im Teutoburger Wald bei Detmold eingeweiht wurde (vgl. Butz 2009, S. 93–101), sind die beiden wichtigsten Objektivationen des politischen Mythos, der der deutschen Nationalbewegung ein Gutteil ihres symbolischen Rüstzeugs bereitgestellt hat.

Politische Mythen, sicherlich die wirkungsmächtigsten Formen von Narrativen über das Volk, vermögen als Instrumente symbolischer Politik, als Ausdruck politischer Kultur und als Erscheinungsform der ästhetischen Funktionen in der Politik (vgl. Dörner 1995, S. 76 f.) kraft ihrer ästhetischen, magischen und komplexitätsreduzierenden Qualität Sinn zu generieren, Legitimation zuzuweisen oder zu entziehen und die politische Wirklichkeit entscheidend zu beeinflussen. Insofern es sich bei politischen Mythen um „narrative Symbolsysteme“ handelt, die Vergangenheit und Gegenwart einer Gemeinschaft von Menschen verbinden, können sie „bestimmte Kerngehalte der politischen Ordnung festhalten und kommunizieren“ und haben dadurch Anteil an der „Orientierung, der Motivierung und der Identitätsbildung des politischen Verbandes“ (Speth 2001, S. 120). Vor allem in ihren ästhetischen Inszenierungen sind politische Mythen ein wichtiges Medium der Imagination und Mobilisierung der Nation. Für eine bestimmte Gesellschaft ist der Mythos eine „fundierende Geschichte, eine Geschichte, die erzählt wird, um eine Gegenwart vom Ursprung her zu erhellen“ (Assmann 2007, S. 52; vgl. auch Depenheuer 2009; Bergem 2014), wobei die mythische Verdichtung der kulturellen Erinnerung häufig eine sakralisierende Wirkung auf das erzählte Gründungsgeschehen ausübt.

Wohl nicht zufällig war der Anlass für das erste große Nationalfest in Deutschland, mit dem im Oktober 1814 in zahlreichen Städten nationale Einheit erlebbar repräsentiert und nationale Identität symbolisch in Szene gesetzt wurde, der Jahrestag des Siegs über Frankreich in der Leipziger Völkerschlacht, deren Deutung als „Zweite Hermannsschlacht“ die Gegner des mythisierten historischen Cheruskerfürsten Arminius, die Römer, durch die Franzosen ersetzt

hatte (vgl. Dörner 1995, S. 185–198). Der als mythische Volkserzählung bei den in ganz Deutschland organisierten Festen und Feiern allgegenwärtige Hermann und seine Befreiungstat gegen die Römer stellten die symbolische Wahrnehmungsfolie bereit, die für die Opfer und das Leiden in den gerade überlebten Befreiungskriegen gegen Frankreich den politischen Sinn stiftete. Die von Tacitus historisch dokumentierte Befreiungsschlacht des germanischen Heers unter Führung des Cheruskerfürsten Arminius im Teutoburger Wald erzeugte für die national gesinnten Zeitgenossen „das wirkungsmächtigste Modell, wie man sich gegen fremdländische Eindringlinge erwehren könne, nämlich durch eine Mobilisierung der verschiedenen deutschen Stämme innerhalb einer kampfbereiten Volksfrontbewegung“ (Hermand 2012, S. 88). Der zur Zeit der Befreiungskriege gegen Napoleon als Mobilisierungsmedium in Dienst genommene Hermannsmythos konnte so gleichzeitig als nationaler Gründungsmythos und zur verschärften Abgrenzung von Frankreich dienen. Der aus dieser Distinktion geformten nationalen Identität war die Gegnerschaft gegen den Nachbarn im Westen und gegen die von ihm vertretenen und mit ihm ins Land gedruckenen politischen Ideen inhärent. Diese Konstellation stellte eine wichtige Ursache für die lange Zeit andauernde Blockade einer auf bürgerliche Emanzipation und Rationalität gegründeten nationalen Identitätsbildung in Deutschland bereit.

Die Schlacht zwischen den germanischen Stämmen unter Führung des Arminius und den drei römischen Legionen des Publius Quinctilius Varus im Teutoburger Wald vor 2009 Jahren, im Jahre 9 n. Chr., endete in der Vernichtung der drei Legionen des Varus und damit einer der übelsten militärischen Niederlagen des Römischen Reichs. Der auf diese Befreiungsschlacht gegründete Hermannsmythos konnte im Blick auf die Frontstellung gegen Frankreich zu Beginn des 19. Jahrhunderts aktualisiert werden und später, in den Jahren der nationalstaatlichen Einigung durch Bismarck, wieder forciert werden, vor allem in einer dominanten borussischen Deutung als ‚Kampf gegen Rom‘ auf die innenpolitische Situation des Kulturkampfes appliziert werden. Die Eignung des Hermannsmythos für – historiografisch sehr fragwürdige – Gleichsetzungen wie germanische Stämme und deutsche Nation oder Römer und Franzosen erlaubte es, den Anachronismus einer in der Antike verankerten und vor allem zu Beginn des 19. Jahrhunderts als Narration aktualisierten nationalen Identitätsstiftung aufzuheben. Für die über ein bis eineinhalb Jahrhunderte andauernde Wirkungsmächtigkeit des mythischen Narrativs von Hermann dem Cherusker können drei Ursachen unterschieden werden:

- Der Mythos von Hermann war zum einen ein Narrativ des Populus: Es gründet die deutsche Nation auf ein in heroischen germanischen Wurzeln verankertes deutsches Volk und erzählt die Gründungsgeschichte dieses fiktiven

germanisch-deutschen Volks als erfolgreiche Erhebung gegen Fremdherrschaft und Befreiung von Knechtschaft. Auch wenn die mythisierten germanischen Stämme in dem Hermannsnarrativ durch den politischen Akt einer Insurrektion zu sich selbst finden und sich vereinigen, wurde mit dem Rückgriff auf ein weit zurückliegendes historisches Geschehen das deutsche Volk als Ethnos konfiguriert und nicht als Demos: Im Kern existierte es somit als eine durch Herkunft und Kultur in Orientierung an der Vergangenheit objektiv vorgegebene Abstammungsgemeinschaft und eben nicht als eine sich politisch konstituierende, auf subjektive Willensentscheidungen gegründete sowie an Gegenwart und Zukunft orientierte Abstammungsgemeinschaft.

- Der Hermannsmythos war zum anderen ein populäres Narrativ: Diese Volkserzählung erreichte große Teile des Volkes. Sie war in besonderer Weise geeignet für die Verwendung unter verschiedenen Vorzeichen: Einerseits hat die mehrfache Lesbarkeit dieses Mythos den Deutungseliten ermöglicht, sein symbolisches Kapital zu jeweils anderen Analogisierungen zu aktualisieren. Andererseits konnten dank seiner Darstellbarkeit auf verschiedenen kulturellen Ebenen Adressaten mit unterschiedlichen Bildungshorizonten erreicht und damit eine breite kulturelle Verankerung dieses symbolischen Ausdrucks der deutschen Nation im Volk erreicht werden. Der Rekurs auf den Hermannsmythos in Verbindung mit der Gleichsetzung von ‚Rom‘ und ‚Frankreich‘ lieferte bei allen Unterschieden in den politischen Zielvorstellungen sowohl den Radikaldemokraten als auch den Monarchisten der antinapoleonischen Koalition das Wahrnehmungsraster, mit dem der Kampf der Germanen gegen die Römer als Sinnbild von Auflehnung und Befreiung auf die Gegenwart bezogen werden konnte.
- Der Gründungsmythos um Hermann war schließlich ein Narrativ des Populismus – allerdings *avant la lettre*: Die jedem Populismus eigene Wendung gegen das Establishment und die Konstruktion eines Gegensatzes zwischen ‚dem Volk‘, zumal dem ‚einfachen Volk‘ und einer davon abgehobenen Elite finden sich bei den liberal und demokratisch orientierten Teilen der Nationalbewegung in der Deutung von Hermanns Kampf als Auflehnung gegen Fürstenherrschaft und auch als Kritik an den als überlebt empfundenen höfischen Formen der Adels Herrschaft. Ein – heute typisch populistischer – Anti-Intellektualismus ist auch der Kontrastierung des aufrechten, edel denkenden, freiheitsliebenden und charismatischen Führers seines Volkes und seinen oberflächlichen, wendig-intriganten, galant-zivilisierten bzw. bis zur Dekadenz überzivilisierten römischen Gegenspielern zu eigen.

Kleists *Hermannsschlacht* erzählt die Geschichte von einem Neuanfang auf Grundlage einer völligen Vernichtung des zum absoluten Feind gewandelten politischen Gegners durch einen enthegten, an kein Recht mehr gebundenen Volkskrieg (vgl. Dörner 1995, S. 159–166). Damit taugte die den historischen Arminius mythisierende und als ‚Hermann‘ zur nationalen Symbolfigur eindeutschende Narration noch vor dem anderen großen nationalen Heldenepos der Deutschen, dem Nibelungenlied, zu dem deutschen Gründungsmythos. Die völlige Vernichtung der Legionen der römischen Besatzer ließ sich plausibel auf die Gegenwart der Entstehungszeit beziehen, ein Jahr nach der als Demütigung wahrgenommenen preußischen Niederlage gegen Frankreich in der Schlacht bei Friedland von 1807. Die Idee eines Neubeginns auf einer Tabula rasa (vgl. Bergem 2018, S. 125 f.) passte auch zu den Vorstellungen vieler deutsch-national gesinnter Zeitgenossen zwei Jahre nach der endgültigen Zerschlagung des alten Heiligen Römischen Reichs.

---

#### 4 Die Erzählung vom ‚wahren‘ Volk

Gegenwärtige populistische Narrative wie die Erzählung von Deutschland als einem von größtenteils kriminellen Flüchtlingen überfluteten Land, dessen alt-ingesessene Bewohner durch die Anwesenheit bzw. eine strategisch geplante ‚Invasion‘ zahlreicher Migrant\*innen politisch ins Abseits gestellt, ökonomisch überverteilt, sozial ausgenutzt, demografisch majorisiert und kulturell ihrer selbst entfremdet würden, tragen den Appell zum Widerstand des Volks als einem kollektiven Akteur schon in sich selbst. Der defensive Gestus eines bedrohten Volkes, das Widerstand zu leisten habe gegen den Verlust dessen, was nach Herder, wie oben dargelegt, seinen Wesenskern ausmache, der Sprache nämlich, spricht auch aus dem am 2. März 2018 im Plenum des Deutschen Bundestages in erster Lesung beratenen Gesetzentwurf der AfD-Fraktion mit dem Ziel, die deutsche Sprache als Landessprache im Grundgesetz festschreiben zu lassen. Der Staat stehe demnach in der Pflicht, einer „Verdrängung der deutschen Sprache“ und einem damit einhergehenden „kulturellen Wandel“ sowie „einem damit verbundenen Verlust deutschen Kulturgutes entgegenzuwirken“. Die „deutsche Sprache als einendes Band aller Deutschen“, das die Deutschen – hier durchaus in Anknüpfung an Arnolds oben zitierten Vers „So weit die deutsche Zunge klingt“ aus dem Gedicht *Des Deutschen Vaterland* von 1813 – „über alle Bundesländer, aber auch ausländische Regionen hinweg verbinde[t]“, ist den Antragstellern zufolge „nicht allein Kommunikationsmittel, sondern zugleich Trägermedium der deutschen Kultur“ sowie „Trägerin deutschen Kulturgutes“ und „fester Bestandteil der deutschen

Kulturation“ (Deutscher Bundestag 2018, S. 1 f. und 4). Die Einfügung eines neuen Art. 22, Absatz 3 in das Grundgesetz soll, so wird der Gesetzentwurf der Fraktion begründet, deren Vorsitzender bereits am Wahlabend angekündigt hat, seine Partei werde sich „unser Land und unser Volk zurückholen“ (Heidtmann 2017), nicht nur Staat und Politik verpflichten, „die deutsche Sprache zu pflegen und zu fördern“, sondern auch den „Schutz der deutschen Sprache zum Maßstab der Rechtsordnung und -setzung“ machen (Deutscher Bundestag 2018, S. 4).

Die Bezugnahme auf ein mit der deutschen Sprache verknüpfted deutsches Kulturgut und die von ihr getragene deutsche Kulturation macht deutlich, dass es hier in der Tat nicht lediglich um Sprache als ein spezifisches, der Kommunikation dienendes System von Zeichen und Regeln geht. Der Sinn der zitierten Formulierung im Gesetzentwurf der AfD, dass die deutsche Sprache die Deutschen nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch über „ausländische Regionen hinweg“ als Kulturation verbinde, erschließt sich erst mit Blick auf den Begriff der „Umvolkung“, der heute einigen AfD-Politikern, zum Beispiel Peter Boehringer (zit. n. Steffen 2018), derzeit Vorsitzender des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestags, leicht von den Lippen geht. Der Begriff „Umvolkung“ war ein Schlüsselbegriff der nationalsozialistischen Volksforschung und Volkstumspolitik. In seiner seit den 1920er Jahren in völkisch-nationalistischen Schriften entwickelten doppelten Bedeutung stand er für Assimilation und Dissimilation, für „Ein- und Entdeutschung“ gleichermaßen und konnte zum einen die von „rassenhygienisch geschulte[n] Bevölkerungsstatistiker[n]“ befürchtete „Umvolkung“ des deutschen Volkes durch „volksfremde Elemente“ im Inland bedeuten und zum andern eine als „aktive“ Bevölkerungspolitik in den von Deutschland okkupierten Ländern Ostmitteleuropas betriebene „Umvolkung“, die nicht nur auf „passiven“ Schutz und „Abwehr“ eines angeblich gefährdeten „Auslandsdeutschtums“ zielte, sondern auch auf die Entwicklung einer „praktische[n] Methode für die richtige Anwendung politischer Gewalt und ethnischer Manipulation an den beherrschten Menschen Ostmitteleuropas“ (Němec 2017, S. 1159–1161). *Umvolkung* steht als Beispiel für eine sprachliche Strategie der AfD, Begriffe aus dem Vokabular der völkischen Bewegung und der nationalsozialistischen Diktatur zu verwenden, deren Verwendung im politischen Diskurs der Bundesrepublik bislang tabuisiert war. Besonders erfolgreich scheint diese Sprachstrategie im Fall von Begriffen zu sein, die nicht oder zumindest weniger eindeutig der NS-Sprache zugeordnet werden können, aber dennoch im Nazi-Regime eine spezifische semantische Prägung erfahren haben, wie etwa bei den Begriffen *Mischvolk*, *Entartung*, *Überfremdung*, *Volksverräter*, *Altparteien* oder *Lügenpresse*. Die Partei kann damit Abgrenzung gegenüber dem Sprachgebrauch der etablierten Parteien demonstrieren und sich

als Repräsentant des ‚wahren‘ Volkes in Szene setzen, der die Sprache des ‚kleinen Manns von der Straße‘ spreche sowie die vorgebliche Sprachmaskerade aller anderen entlarve, und gleichzeitig Identifikationsangebote an Neonazis und Rechtsextreme sprachlich in Umlauf bringen.

Der Impuls zum Widerstand eines ‚wahren‘ Volkes gegen eine korrupte Elite ist dem populistischen Narrativ von einer geheimen Verschwörung der politischen Entscheidungseliten mit dem größten Teil der etablierten Medien bereits inhärent. Dieses Kartell verbreitet dem populistischen Narrativ zufolge nur Unwahrheiten und Propaganda über bestimmte Strukturen und Prozesse in Politik und Gesellschaft wie eine angebliche Islamisierung oder über die eigenen populistischen Gruppierungen. Eine Diffamierung als ‚Lügenpresse‘ ist da schnell zur Hand, gegen die man sich nunmehr mit einer Gegenöffentlichkeit, vor allem in Online-Magazinen, Blogs und sozialen Netzwerken des Internets, zu wehren habe.

Entscheidend bei diesen Narrativen von einem Volk im Widerstand, dessen Interessen von seinen gewählten Repräsentanten nicht mehr vertreten, ja sogar verraten würden, ist nun die Behauptung des Populisten, er und nur er stehe für das ‚wahre‘ Volk. Nicht die in der parlamentarischen Demokratie gewählten Repräsentanten sind demnach befugt, für das ‚wahre‘ Volk zu sprechen, sondern diejenigen, die mit dem Volk identisch sind in dem Sinn, dass sie es verkörpern. Die in der rechtsstaatlichen, Gewalten teilenden Demokratie konstitutiven politischen Konkurrenten sind dann konsequenterweise allesamt illegitim. Und umgekehrt gilt aus dieser Sicht dann auch, dass diejenigen Bürger, die dem populistischen Führer die Gefolgschaft verweigern, gar nicht zum ‚wahren‘ Volk gehören. Dieses Monopol darauf, für das Volk zu sprechen, reklamiert etwa der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan, der seinen Kritikern entgegenhält: „Wir sind das Volk. Wer seid ihr“ (zit. n. Müller 2016)? Das Beharren darauf, „das Volk“ zu sein, zeigt sich auch in der – historisch wie politisch anmaßenden – Aneignung des Protestmottos der Demonstrationen vom Herbst 1989 in der DDR, wenn eine minoritäre Truppe ostdeutscher Pegida-Anhänger vor einer Flüchtlingsunterkunft rechtspopulistisch Stimmung macht. Auch wenn diese populistische Vereinnahmung der demokratischen Demonstrationsparole von 1989 „Wir sind das Volk“ auf eine Reinhaltung oder Reinigung eines ethnisch gedachten deutschen Volkes zielt, meint der Gebrauch des Volksbegriffs in der 1989 als Sprechchor gerufenen Parole dessen Demos-Dimension, meint also das in politischen Willensentscheidungen sich konstituierende Volk, das Volk, das im Grundgesetz in Artikel 20, Absatz 2 als Souverän der Demokratie benannt wird: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Gleichwohl krankt die demotische Substanz dieses Volksbegriffs in der populistischen Begriffsurspation daran, dass diese



Begriffsverwendung einen ‚wahren‘ Volkswillen postuliert und nicht die von vielfältigen Akteuren zu artikulierenden, in öffentlichem Diskurs zu deliberierenden und für demokratische Mehrheitsentscheidungen zu aggregierenden Willensbekundungen von Individuen oder partikularen Gruppen einer pluralistischen Gesellschaft.

---

## 5 Das Narrativ vom Führer als Volk

Die in den populistischen Narrativen vom ‚wahren‘ Volk vorausgesetzte Gleichheit oder Übereinstimmung von Herrschern und Beherrschten zur Gewährleistung direkt ausgeübter Volkssouveränität oder auch als Signum eines gut geordneten Gemeinwesens erfasst die Demokratietheorie als Variante der identitären Demokratie. Das genuin politikwissenschaftliche Verständnis von Identität ist in der politischen Ideengeschichte der Demokratie verwurzelt. Zwei politische Denker vor allem, ein Utopist und ein Staatsrechtslehrer, stehen als Paten für die identitäre Demokratielehre: Jean-Jacques Rousseau und Carl Schmitt. In Rousseaus *Contrat social* von 1762 gilt die Identität zwischen Regierenden und Regierten als Hauptmerkmal einer guten politischen Ordnung. Die von ihm unterstellte Identität zwischen natürlicher und gefühlter Sittlichkeit einerseits und praktischer politischer Vernunft andererseits bedingt in seiner Staatstheorie die Identität zwischen dem Willen des Einzelnen und dem der Gemeinschaft, damit die Identität zwischen Volk und Gesetzgeber sowie die zwischen Gesellschaft und Staat, wobei er diese Identitäten in der Idee der absoluten Volkssouveränität inkarniert, in der Konstruktion des Gemeinwillens konkretisiert und im Denkbild des politischen Körpers metaphorisiert (vgl. Rousseau 1981, S. 288–290 und 349–352). Als Voraussetzung des Gemeinwillens, der *volonté générale*, darf bei Rousseau die unveräußerliche und unteilbare Souveränität des Volkes auf keinen Fall für die Gesetzgebung delegiert und von Mandatsträgern vergegenwärtigt werden, so wie es in der Idee politischer Repräsentation als konstitutiv entworfen wird.

Auf der Suche nach einem attraktiven Fahnenwort seiner Demokratietheorie entwickelt Carl Schmitt rund 160 Jahre später seinen Identitätsbegriff im expliziten Bezug auf Rousseau. In seiner Schrift über *Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus* von 1923 hält er die Ausführungen Rousseaus im *Contrat social* „für das demokratische Denken fundamental“ sowie „einer alten Tradition“ entsprechend, postuliert als „Kern des demokratischen Prinzips [...] die Behauptung einer Identität von Gesetz und Volkswillen“ und stellt „eine Reihe von Identitäten“ zusammen, um Demokratie zu definieren:

In diese Reihe gehören: Identität von Regierenden und Regierten, Herrscher und Beherrschten, Identität von Subjekt und Objekt staatlicher Autorität, Identität des Volkes mit seiner Repräsentation im Parlament, Identität von Staat und jeweilig abstimmendem Volk, Identität von Staat und Gesetz, letztlich Identität des Quantitativen (ziffernmäßige Mehrheit oder Einstimmigkeit) mit dem Qualitativen (Richtigkeit des Gesetzes). Alle solchen Identitäten sind aber nicht handgreifliche Wirklichkeit, sondern beruhen auf einer Anerkennung der Identität (Schmitt 1969, S. 34–36).

Schmitt zieht identitäre Präsenz gegenüber Repräsentation vor und macht Identität zum Kern seiner Auffassung von demokratischer Herrschaft. In seiner *Verfassungslehre* wird Schmitt noch deutlicher, indem er Demokratie explizit als „Identität von Herrscher und Beherrschten, Regierenden und Regierten, Befehlenden und Gehorchenden“ definiert, in „der substanziellen Gleichheit [...] die wesentliche Voraussetzung der Demokratie“ ausmacht und konstatiert, in „der reinen Demokratie [gebe] es nur die Identität des wirklich anwesenden Volkes mit sich selbst, also keine Repräsentation.“ Für Schmitt zielt der Begriff der Identität auf „das Existenzielle der politischen Einheit des Volkes“, wobei Demokratie für ihn „im Ganzen und in jeder Einzelheit ihrer politischen Existenz ein in sich gleichartiges Volk voraus[setzt], das den Willen zur politischen Existenz hat“ (1965, S. 235).

In dieser expliziten Form kommt das im *Contrat social* nicht vor. Rousseau kennt weder den Existentialismus noch den völkischen Einschlag des gemeinschaftlich-identitären Demokratiebegriffs bei Schmitt. Gleichwohl ist nicht zu übersehen, dass Rousseau, ohne das im 18. Jahrhundert erst wenig übliche Wort *l'identité* zu verwenden, in seinem Entwurf der Volkssouveränität mit der Vorstellung von Übereinstimmung, Gleichheit und Wesenseinheit argumentiert, sodass er dabei implizit eine Identitätslehre der Demokratie entwickelt. In seinem *Discours sur l'origine et les fondemens de l'inégalité parmi les hommes* von 1755 beschreibt Rousseau ein Land, in dem er gerne geboren worden wäre: In diesem Idealstaat haben der Souverän und das Volk ein und dasselbe Interesse; da diese Interessen-Identität nicht möglich sei, außer wenn Volk und Souverän „une même personne“, also personell identisch, seien, wünscht sich Rousseau, als realistischere Wahl sozusagen, unter einem „gouvernement démocratique, sage et tempéré“ geboren worden zu sein, also unter einer weise gemäßigten demokratischen Regierung (1964, S. 112). Im *Contrat social* identifiziert Rousseau die Herrschenden mit den Beherrschten dadurch, dass er im Gesellschaftsvertrag jeden Einzelnen, „indem er gewissermaßen einen Vertrag mit sich selbst schließt, [als] auf doppelte Weise verpflichtet [ansieht], nämlich als Glied des Souveräns gegenüber den Einzelnen und als Glied des Staates gegenüber dem Souverän“ (1981, S. 282). Die Repräsentation hingegen, demokratietheoretisch

der Komplementärbegriff zur Identität, wird von ihm nachdrücklich abgelehnt: „Sobald ein Volk sich Repräsentanten gibt, ist es nicht mehr frei; es ist nicht mehr“ (Rousseau 1981, S. 352).

Rousseau und Carl Schmitt erkennen beide das Wesen der Demokratie in der Identität zwischen Regierenden und Regierten, bzw. wie es bei Schmitt 1933 nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten heißt, in einer „unbedingte[n] Artgleichheit zwischen Führer und Gefolgschaft“ (1933, S. 42). Der entscheidende Unterschied zwischen den identitären Demokratietheorien der beiden Denker wird hingegen im Zustandekommen dieser Identität deutlich: Während die Identität zwischen Herrschenden und Beherrschten für Rousseau endogener Natur ist, insoweit sie auf die Übereinstimmung zwischen dem Willen des Einzelnen und dem Willen der Gemeinschaft gegründet ist, ist die demokratische Identität bei Carl Schmitt exogen generiert; sie stellt sich erst mit einer Homogenität des Volkes ein, die vor allem auf der Außenabgrenzung gegenüber einem gemeinsamen Feind basiert. Rousseaus Demokratielehre ist im Kern harmonistisch, Schmitts Vorstellung von Demokratie hingegen polemisch.

Die für Populismus anschlussfähige demokratietheoretische Denkfigur einer Gleichheit oder Übereinstimmung zwischen politischen Akteuren und Bürgerschaft, zugespitzt ausgedrückt: zwischen dem Führer und seinem Volk, findet sich mit gewisser Regelmäßigkeit, wenn es darum geht, die eigene Programmatik, den eigenen Protest, die eigene Kandidatur für ein Amt als idealen Schritt zur Erzielung von Gemeinwohl darzustellen. Identitäre Legitimationsstrategien sind auch bei der Besetzung politische Führungsämter gang und gäbe. Nicht zuletzt aufgrund eines bis heute wirksamen Einflusses Rousseaus ist das in Frankreich beim Verständnis des Amtes des Präsidenten der Republik – mit Ausnahme der Amtszeiten von Sarkozy und Hollande – spürbarer als in Deutschland, wo niemand ernsthaft bezweifelt, dass die Bundeskanzlerin und auch der Bundespräsident, bei aller symbolischer Funktion, dem Gesetz unterworfen sind wie jeder andere Bürger auch und nicht als Verkörperung des Volkes der Tendenz nach oder ein Stückchen zumindest über dem Gesetz stehen. Daher beschränken sich identitäre Elemente in der bundesrepublikanischen Wahlkampfpraxis bestenfalls auf die Vermittlung resp. aufseiten der Wählerschaft auf das Empfinden des Gefühls, der Kandidat sei ‚einer von uns‘ oder die Kandidatin ‚eine von uns‘ – in typisch sozialdemokratischem Gepränge im Bundestagswahljahr 2017 deutlich wahrnehmbar in der öffentlichen Wirkung des Kanzlerkandidaten Martin Schulz.

Interessant ist ein Blick auf die USA, denn dort findet sich neben starken ideengeschichtlichen Anleihen bei Locke und Montesquieu, also einem eher anti-rousseauistischen Grundzug in der Ausgestaltung des Systems der *checks and balances*, auch die – indirekt erfolgende – Wahl des Präsidenten als des politischen Führers

mit weitreichenden Machtbefugnissen durch das Volk. Hier war die Inaugurationsrede des neugewählten Präsidenten Donald Trump vom Januar 2017 sehr aufschlussreich: Die zentrale Wendung in dieser Rede, eingebettet in eine so rüde wie populistische Kritik am Establishment der Vorgängerregierungen, deren Mitglieder sich auf Kosten des Volkes bereichert und nicht nur vielfache Verelendung, sondern gar ein „Massaker Amerikas“ hinterlassen hätten, lautet:

Die heutige Zeremonie, jedoch, hat eine ganz besondere Bedeutung. Denn heute übergeben wir die Macht nicht nur von einer Regierung an die andere oder von einer Partei an die andere, sondern wir nehmen die Macht von Washington D.C. und geben sie an euch, das Volk, zurück (Trump 2017).

Trump spricht in dieser Rede vom 20. Januar 2017 als dem Tag, „an dem das Volk wieder zu den Herrschern dieser Nation wurde.“ Offenkundig wurde an diesem Januartag aber nicht das amerikanische Volk, sondern Donald Trump in sein Amt eingeführt. Das amerikanische Volk hat ihn am 8. November 2016 als Ausdruck der repräsentativen Demokratie und im Rahmen des Wahlsystems der USA zum Präsidenten gewählt, war aber am 20. Januar gar nicht anwesend, um irgend etwas, wie „die Macht von Washington D.C.“, in Empfang nehmen zu können. Der Wahlsieger nahm Macht in Empfang, insoweit die Verfassung ihm als dem gewählten Präsidenten bestimmte Herrschaftsbefugnisse zuweist. Trumps Formulierung bezieht ihren Sinn also nur aus der Voraussetzung, dass der Präsident und das Volk identisch sind. Aus „We, the people of the United States“, dem sich in der US-Verfassung konstituierenden Volk, wird bei Donald Trump: „I, the people“. Das ist nun die Denkfigur der identitären Demokratie.

Das identitäre Verständnis des Präsidentenamtes bedeutet bei Trump – das ist seit seiner Inauguration in Permanenz zu beobachten –, dass er sich als das Volk verkörpernder Präsident, als mit dem Volk gleichsam identischer Präsident tendenziell außerhalb des in den USA bekannten Systems von Kontrollmechanismen und machthemmenden sowie bremsenden Gegengewichten sieht. Das gilt gerade auch gegenüber der Presse als der in den USA – zumal seit der Watergate-Affäre bisher allseits anerkannten – sogenannten ‚vierten Gewalt‘. Trumps Entrüstung über die Berichterstattung zu seiner Person, seine unflätigen Beschimpfungen von Journalisten sind also weniger ein Ausdruck narzisstischer Kränkung – was sie gleichwohl auch sind –, als vielmehr der Ausdruck seines Selbstverständnisses nicht als Repräsentant, sondern als Verkörperung des amerikanischen Volkes. Wer nunmehr Trump kritisiert, wird zum Gegner der Demokratie. Und gravierender noch: Wer den mit dem Volk identischen Präsidenten kritisiert, wird zum Feind des Volkes. Das ist im Kern die populistische Narration vom Führer und seinem Volk.

## Literatur

- Arndt, E. M. (1912). Gedichte. In *Arndts Werke. Auswahl in zwölf Teilen*, Bd. 1/2, hrsg. von A. Leffson. Berlin u. a.: Deutsches Verlagshaus Bong.
- Assmann, J. (2007). *Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen*, 6. Aufl. München: C.H. Beck.
- Bergem, W. (2010). Deutschlands langsamer Abschied von der Kulturnation. *Revue d'Allemagne et des pays de langue allemande*, 3, (S. 277–290).
- Bergem, W. (2014). Narrative Formen in Geschichtspolitik und Erinnerungskultur. In W. Hofmann, J. Renner & K. Teich (Hrsg.), *Narrative Formen der Politik* (S. 31–48). Wiesbaden: Springer VS.
- Bergem, W. (2018). „Stunde Null“ und „Achtundsechzig“ als Gründungsmythen der deutschen Nachkriegsdemokratie. In Y. Bizeul & S. Wodianka (Hrsg.), *Mythos und Tabula rasa. Narrationen und Denkformen der totalen Auslöschung und des absoluten Neuanfangs* (S. 125–140). Bielefeld: transcript.
- Butz, T. (2009). Hermannmythos und Germania – Der Denkmalkult des II. Kaiserreichs. In O. Depenheuer (Hrsg.), *Mythos als Schicksal. Was konstituiert die Verfassung?* (S. 83–119). Wiesbaden: Springer VS.
- Depenheuer, O. (Hrsg.). (2009). *Mythos als Schicksal. Was konstituiert die Verfassung?* Wiesbaden: Springer VS.
- Deutsch, K. W. (1972). *Nationenbildung – Nationalstaat – Integration*. Düsseldorf: Bertelsmann Universitätsverlag.
- Deutsch, K. W. (1976). *Staat, Regierung, Politik. Eine Einführung in die Wissenschaft der vergleichenden Politik*. Freiburg: Rombach.
- Deutscher Bundestag (2018). 19. Wahlperiode. Entwurf eines Dreißundsechzigsten Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Gesetz zur Festschreibung der deutschen Sprache als Landessprache). Drucksache 19/951 vom 27.02.2018 (Vorabfassung). <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/009/1900951.pdf>. Zugriffen am 2. März 2018.
- Dörner, A. (1995). *Politischer Mythos und symbolische Politik. Sinnstiftung durch symbolische Formen am Beispiel des Hermannsmythos*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Heidmann, J. (2017). Historische Verluste für Union und SPD, AfD zweistellig. *Süd-deutsche Zeitung*, 25. September 2017 (S. 1).
- Herder, J. G. (1967a [1784/85]). Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit. Erster und zweiter Teil. In *Sämtliche Werke*, hrsg. von B. Suphan, Bd. 13 (Reprografischer Nachdruck der Ausgabe Berlin 1887). Hildesheim: Olms.
- Herder, J. G. (1967b [1773]). Von Deutscher Art und Kunst. Einige fliegende Blätter. In *Sämtliche Werke*, hrsg. von B. Suphan, Bd. 5 (Reprografischer Nachdruck der Ausgabe Berlin 1891) (S. 157–257). Hildesheim: Olms.
- Hermand, J. (2012). *Verlorene Illusionen. Eine Geschichte des deutschen Nationalismus*. Köln u. a.: Böhlau.
- Müller, J. W. (2016). Wie die Populisten ticken. *NZZ Folio*, November 2016. <http://folio.nzz.ch/2016/november/wie-die-populisten-ticken>. Zugriffen: 31. Januar 2018.
- Münz, R. & Ohliger, R. (2002). Auslandsdeutsche. In E. François & H. Schulze (Hrsg.), *Deutsche Erinnerungsorte, Bd. I*, 4. Aufl. (S. 370–388). München: C.H. Beck.

- Němec, J. (2017). Umvolkung. In M. Fahlmann, I. Haar & A. Pinwinkler (Hrsg.), *Handbuch der Völkischen Wissenschaften. Akteure, Netzwerke, Forschungsprogramme*, Bd. 2, 2. Aufl. (S. 1158–1164). Berlin und Boston: De Gruyter.
- Renan, E. (1947). Qu'est-ce qu'une nation? Conférence fait en Sorbonne, le 11 mars 1882. In *Œuvres complètes de Ernest Renan*, Bd. 1, hrsg. von H. Psichari (S. 887–906). Paris: Calmann-Levy.
- Rousseau, J.-J. (1964). *Œuvres complètes*, Bd. 3: *Du Contrat social. Écrits politiques*, hrsg. von B. Gagnebin und M. Raymond. Paris: Gallimard.
- Rousseau, J.-J. (1981). *Sozialphilosophische und Politische Schriften*. München: Winkler.
- Schmitt, C. (1933). *Staat, Bewegung, Volk. Die Dreigliederung der politischen Einheit*. Hamburg: Hanseatische Verlagsanstalt.
- Schmitt, C. (1965 [1928]). *Verfassungslehre*. 4. Aufl. Berlin: Duncker & Humblot.
- Schmitt, C. (1969 [1923]). *Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus*. 4. Aufl. Berlin: Duncker & Humblot.
- Speth, R. (2001). Der Mythos des Staates bei Carl Schmitt. In R. Voigt (Hrsg.), *Mythos Staat. Carl Schmitts Staatsverständnis* (S. 119–140). Baden-Baden: Nomos.
- Steffen, T. (2018). Alternative für Deutschland: Kommt es zum Eklat? *Zeit Online*, 30.01.2018. <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-01/alternative-fuer-deutschland-fachausschuesse-bundestag-vorsitz>. Zugegriffen: 31. Januar 2018.
- Tacitus, P. C. (2010 [110–120 n. Chr.]). *Annalen. Lateinisch-deutsch*, hrsg. von E. Heller, 6. Aufl. Mannheim: Artemis & Winkler.
- Tatar, M. (2002). Grimms Märchen. In E. François & H. Schulze (Hrsg.), *Deutsche Erinnerungsorte*, Bd. I, 4. Aufl. (S. 275–289). München: C.H. Beck.
- [Trump, D.] (2017). Rede zum Amtsantritt. Trumps Rede im Wortlaut. *Zeit Online*, 20.01.2017. <http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-01/rede-amtsantritt-donald-trump-inauguration-komplett/komplettansicht>. Zugegriffen: 31. Januar 2018.
- Weber, E. (1997). Die nationale Idee in der Zeit der Romantik und des Vormärz. In G. Langguth (Hrsg.), *Die Intellektuellen und die nationale Frage* (S. 65–106). Frankfurt a. M. und New York: Campus.

**Wolfgang Bergem**, Studium der Politikwissenschaft, der Neueren deutschen Literatur und der Germanistischen Linguistik an der Universität des Saarlandes und der Ludwig-Maximilians-Universität München, Studienaufenthalte an der Humboldt-Universität zu Berlin/DDR und der Karl-Marx-Universität Leipzig; Promotion an der Universität München mit einer vergleichenden Analyse zur politischen Kultur in der Bundesrepublik und in der DDR; Habilitation an der Bergischen Universität Wuppertal mit einer Schrift über Identitätsformationen in Deutschland; nach Lehrtätigkeiten in Wuppertal, Erlangen-Nürnberg, Damaskus und Düsseldorf derzeit außerplanmäßiger Professor für Politikwissenschaft an der Universität Siegen; Sprecher des Arbeitskreises „Politik und Kultur“ der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW).

# Vermittelter Eklektizismus: Zur scheinbaren Vielfalt populistischer Narrative

Daniel-Pascal Zorn

„Der Mensch möchte gerne *in* allem und *über* allem sein, und die Sentenz in der Grabschrift des Loyola: non coerceri maximo, contineri tamen a minimo [Nicht eingegrenzt vom Größten und dennoch einbeschlossen vom Kleinsten] – kann eben so die alles begehrende, alles unterjochende gefährliche Seite des Menschen, als den höchsten und schönsten ihm erreichbaren Zustand bezeichnen. In welchem Sinne sie für jeden gelten soll, muß sein freier Wille entscheiden“ (Hölderlin 1957).

Der Populismus erscheint – vor allem in wissenschaftlicher Rede über den ‚Populismus‘ – als einheitliches Phänomen. Das entspricht nicht nur der Logik der auf ihn gerichteten wissenschaftlichen Forschung und ihrer Gegenstände. Es ist auch Ausdruck einer sehr alten, fast vorwissenschaftlichen Annahme: Ihn dadurch verhindern, ja: bannen zu können, dass man seinen wesentlichen Inhalten Namen gibt. Die Verwissenschaftlichung des Populismus besitzt damit stets eine Schlagseite hin zur Politisierung der Wissenschaft. Diese Problematik wird dadurch verschärft, dass das Phänomen ‚Populismus‘ sich, wie der homerische Proteus, jedem begrifflichen Zugriff in eine neue Form hinein entziehen zu können scheint.

Versuche, ihn an bestimmten Inhalten festzumachen, scheitern ebenso wie die Reduktion des ‚Populismus‘ auf bestimmte historische Erscheinungsweisen. Er nimmt diese Festschreibungen einfach als strategischen Einsatz und wechselt

---

D.-P. Zorn (✉)  
Bochum, Deutschland  
E-Mail: dpzorn@googlemail.com

das Feld. Ein solcher Regress kann darauf verweisen, dass die Beschreibung eines Phänomens noch nicht bis zu dem vorgedrungen ist, was alle Erscheinungsweisen regiert. Der Vergleich mit Proteus, dem wandelbaren Meergott aus Homers Odyssee, ist entsprechend nicht nur ein Bild, um das Problem zu schildern, mit dem wir konfrontiert sind. Er kann uns auch den Ansatz einer Lösung bieten. ‚Es ist nämlich Proteus‘ Tochter Eidothea – in deren Name ‚eidōs‘ genannt wird, die ‚Idee‘ oder die ‚Gestalt‘ –, die Menelaos beibringt, den Vater zu fangen: Proteus muss so lange festgehalten werden, bis *er sich* an den Jäger wendet – wird er nicht festgehalten, entschlüpft er in eine seiner vielen Gestalten und *entzieht* sich der Frage.

Anstatt sich also in unfruchtbare Debatten zwischen verschiedenen populistischen Manifestationen zu verstricken, die alle gleichermaßen als eigentlicher inhaltlicher Ausdruck seines Wesens gelten sollen, will ich in meinem Beitrag umgekehrt *die Vieldeutigkeit selbst* als entscheidendes Merkmal populistischer Phänomene verstehen. Nicht ein bestimmter Inhalt, eine bestimmte historische Gestalt, ein eigentliches Wesen machen den ‚Populismus‘ aus. Sondern eine Grundstruktur, die es ihm erlaubt, in Argumentationen maximal flexibel zu bleiben. Diese Flexibilität ermöglicht es ihm dann nicht nur, über die Zeit verschiedene Manifestationen desselben als strategische Varianten zu akkumulieren. Sie sorgt auch dafür, dass inhaltlich ganz verschiedene Kontexte sich gegenseitig zu stützen scheinen. *Der Populismus ist ein Eklektizismus* – und in diesem Eklektizismus liegt seine größte Stärke: als strategisches Dispositiv für größtmögliche Mehrheiten sorgen zu können.

Was mit dem Begriff ‚Populismus‘ beschrieben wird, zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass es bestimmte Strategien der diskursiven Mobilisierung in Anspruch nimmt. Zugleich sind durch diese Strategien bereits bestimmte Grundhaltungen vorgegeben: Als Berufung auf die uneingeschränkte Freiheit als Wesen des Menschen nehmen sie libertäre Züge an; als Berufung auf die gottgegebene Natur als Wesen des Menschen konservativistische Züge; als Berufung auf das Recht zur Tat vor dem Hintergrund des nihilistischen Sinnverlustes der Moderne faschistische Züge; immer aber nehmen sie extremistische, also einseitige, dogmatische, apodiktische Züge an, bis hin zum Hinüberspielen ins Totalitäre.

---

## 1 Wir sind das Volk!

Populistische Positionen zeichnen sich zunächst vor allem dadurch aus, dass sie die dogmatische Setzung ‚Wir sind das Volk!‘ formulieren. Aus dieser Setzung, die jede anders legitimierte Repräsentation ‚des Volkes‘ per *acclamatio*



negiert, folgt das Schema ‚Wir gegen die da oben‘. Wie man an Trump sieht, funktioniert das sogar dann, wenn man selbst zu denen ‚da oben‘ gehört. An dieses populistische Grundphänomen kann man dann in der Beschreibung weiter anschließen: Der moralische Alleinvertretungsanspruch ergibt sich daraus ebenso, wie die Schwierigkeit, mit dem Teil des Volkes umzugehen, das ganz offensichtlich den populistischen Repräsentationsanspruch nicht akzeptieren will. Populisten berufen sich stets auf einen Alleinvertretungsanspruch im Bezug auf ‚das Volk‘.

Aber: Populistische Positionen versuchen zugleich laufend, ihren dogmatischen Anspruch durch die exzessive Repetition weiterer dogmatischer Figuren zu untermauern und thematisch zu erweitern. Dieser Exzess hängt mit der fehlenden faktischen Berechtigung zur Setzung zusammen: er kompensiert gewissermaßen quantitativ – ad nauseam – was qualitativ als Begründung fortlaufend verweigert wird. Der populistische Alleinvertretungsanspruch stützt sich dabei auf Begründungsfiguren, die in verschiedenen Hinsichten den Ausgang von einem nicht weiter hinterfragbaren Ursprung, einer nicht weiter hinterfragbaren Autorität oder einer nicht weiter hinterfragbaren Gewohnheit oder Tradition ausgehen. Solche genetischen Fehlschlüsse – von ‚genesis‘, dem ‚Werden‘ – übernehmen bestimmte realistische Beschreibungen oder wissenschaftliche Aussagen, setzen sie dann aber als eine Norm voraus. Der bekannteste unter diesen genetischen Fehlschlüssen ist der naturalistische Fehlschluss: Er schließt vom Sein auf das Sollen, von einer empirischen Beschreibung auf eine apodiktisch vorgegebene Wesensbeschreibung.

Für den Konservatismus, den normativen Ausgang von einer von Gott bzw. der Natur vorgefassten Gesellschaft mit klarer hierarchischer Rollenverteilung, beschreibt Panajotis Kondylis den genetischen Fehlschluss wie folgt:

„Konservative [...] beladen“ den „Grundsatz, ‘gesunde’ Politik solle von bestehenden realen Verhältnissen ausgehen“, „stillschweigend mit bestimmten normativen Implikationen und [...] versuchen [...] aus dem (politischen) Gebot der realistischen Abwägung [...] das (moralische) Gebot des Respektes vor der vorgegebenen Wirklichkeit abzuleiten und somit den Vorzug des nüchternen Realismus ausschließlich [...] der eigenen [Politik] zuzuschreiben. [...] Konservative begehen den logischen Fehler (welcher indes ideologisch von Vorteil sein

kann), die eigenen Zweckvorstellungen mit dem Realismus überhaupt zu verwechseln“<sup>1</sup> (Kondylis 1986, S. 20).

Das klingt wie eine abstrakte Beschreibung. Tatsächlich aber können solche Normalisierungen Formen annehmen, die weit in die gesellschaftliche Debatte hineinreichen. Ein Beispiel ist das Argument, der Mensch sei letztlich nur ein vernünftiges Tier – die Vernunft, seine Fähigkeit zur gesellschaftlichen Verbindung, zum Handel, zum Kompromiss, zur gütlichen Einigung, all das sei letztlich nur die dünne Fassade einer immer noch unzügelbaren natürlichen Neigung zur rücksichtslosen Selbstverwirklichung. Dieses Argument muss nicht stark variiert werden, um mit einem Mal große Anschlussfähigkeit zu gewinnen: Die Humanwissenschaften scheinen diesen Befund zu bestätigen. Hinter – oder unter – unserem rationalen Selbstverständnis liegt das Tierische, das Nichtmenschliche, zugleich aber das authentischere und ursprünglichere Wesen des Menschen.

Schon in der naturalistischen Beschreibung gerinnt die Hinsicht auf das, was uns auch ausmacht, zu etwas, was uns grundlegend, ursprünglich, auf einer tiefer oder weiter nach hinten gelegten Ebene ausmacht. Eine kleine Drehung an der Prämisse – und die humanwissenschaftlichen Thesen über die Natur des Menschen lassen sich gleich doppelt für den Alleinvertretungsanspruch populistischer Argumentationen ausbeuten: Wir vertreten den natürlichen, den authentischen, den ursprünglichen Menschen. Wir halten uns nicht, wie die linksliberalen Utopisten, für fähig, unsere Natur zu überwinden. Wir rechnen mit der Begrenztheit und Beschränktheit des Menschen. Und wir können Experten zitieren, die das selbe sagen.

Ähnlich verhält es sich mit dem eher regressiven Bezug auf eine angeblich göttlich gewollte Ordnung, von der der Mensch in seinem Übermut abgewichen sei.

---

<sup>1</sup>Ein Beispiel für die von Kondylis genannte Normativierung realer Verhältnisse findet sich in dem Text *Der konservative Katechismus* von Karlheinz Weißmann, einem Publizisten aus dem Kreis der ‚neuen Rechten‘: „Die Stärke des Konservativen ist sein Realitätssinn, die Ablehnung von ideologischen Wunschbildern und Träumereien, für den Konservativen ist die Wirklichkeit der Maßstab, und wenn sich die Gegenwart so weit von der Wirklichkeit entfernt hat, muß man darauf reagieren. Also wende man sich dem ‚Essentialismus‘ zu, der nicht nur Konstruktion und Erfindung sieht, sondern die Substanz der Dinge; vollziehe den Schluss vom Sein auf das Sollen, weil das Natürliche und die Normalität tatsächlich Hinweise für das Richtige geben und plädiere für den gesunden Menschenverstand, der nicht nur die eigene Erfahrung auf seiner Seite hat, sondern auch die Tradition. Konservativ ist seit der Aufklärung die Gegen-Aufklärung, die den Menschen eben nicht als autonomes Subjekt versteht, in der Analyse zerlegt und neu zusammensetzt, das heißt ‚konstruiert‘“ (Weißmann 2009, S. 35).

Er ist gewissermaßen die laue Wiederholung des Motivs der Vertreibung aus dem Paradies. Dabei zielt er allerdings weniger auf bestimmte Glaubensinhalte, sondern eher auf ein defensiv-quietistisches Streben des Alltagsmenschen, der mit seinen Kontingenzbewältigungsstrategien nicht mehr zurande kommt.

Auch der neuerdings vertretene Bezug auf eine angeblich ursprüngliche, mindestens aber Eigentlichkeit, Identität und Frieden mit sich selbst versprechende Kultur, zu der bestenfalls ganz zurückzukehren, die aber mindestens gegen jene zu verteidigen sei, die sie – im übertragenen oder tatsächlichen Sinn – abzuschaffen gedenken, funktioniert nach dem genau gleichen Schema. Worin diese Kultur eigentlich bestehen soll, darüber sind auch die Kulturalisten sich ironischerweise nicht einig; klar ist nur, dass sie mit irgendeiner idealen Vorstellung zu tun hat, die dort die Rückkehr in die Vollständigkeit mit sich selbst verspricht, wo der typisch moderne Eindruck reflexiver Unvollständigkeit sich mit dem spätmodernen Eindruck trifft, diese Unvollständigkeit sei zugleich Triebfeder und pathologischer Grund für Leerlauf, Ausbeutung, Selbsthass, Schuld kult und Sinnverlust.

---

## 2 Viele Ursprünge – eine Repräsentation

Dieser ganze Ursprungspathos genetisch fehlschlüssiger Begründungsfiguren ist also weniger Ideologie als eine Performanz zum Zweck der Repräsentation. Die Repräsentation besteht damit nicht so sehr in einem konkreten Inhalt als in einem Versprechen auf diesen Inhalt. Die Uneindeutigkeit erfüllt einen strategischen Sinn: Sie kann ganz verschiedene, sogar untereinander widersprüchliche Vorstellungen über die Struktur des Versprechens miteinander verbinden, ohne jemals die Kriterien angeben zu müssen, nach denen wirklich über das Erreichen oder (Noch)Nichterreichen des gemeinsamen Ziels entschieden werden könnte. Zugleich ermöglicht sie die pragmatische Rechtfertigung faktischen Dezisionismus: Wo Fakten fehlen, können sie geschaffen werden; wo klarer Sinn fehlt, bleibt er am Ende jedem selbst überlassen; wer spürt, hat Recht, weil sein existenzielles Gefühl die letzte Instanz ist, die über das Ziehen der Grenze zwischen Freund und Feind entscheidet.

So verbinden sich eigentlich untereinander unvereinbare Figuren miteinander. Das funktioniert deswegen, weil es ihnen nicht um den Inhalt geht, sondern um die Operation der Setzung, die in ihnen allen spielt. Sie sind Gegenstand eines strategischen Spiels, der stetigen Verschiebung des Torpfostens: Die menschliche Natur ist eben so! Jeder entscheidet für sich allein! Gott hat es so gewollt! Die

Wissenschaft sagt das auch! Unsere Kultur ist uns heilig – worin sie besteht, das weiß jeder für sich am besten!

Wo die dogmatische Setzung nicht funktioniert, schlägt sie um in einen dezi-  
sionistischen Relativismus, der manchmal aussieht wie wohlbekannte anthropo-  
logische Figuren, manchmal wie politikwissenschaftliche Thesen und manchmal  
wie existenzialistische Bekenntnisse. Auf den Hinweis, dass in der gleich-  
zeitigen Inanspruchnahme all dieser Figuren der Widerspruch herrscht, wird auf  
die paradoxe Natur des Menschen oder der Welt hingewiesen – es gibt Wider-  
sprüche, also ist die Welt nicht perfekt, also sind Widersprüche legitim. Der  
ständige Zirkelschluss täuscht nicht nur in die Annahme der eigenen Setzung als  
unabänderlichem Schicksal hinein. Er wiederholt sich auch auf allen Ebenen,  
mit Berufung auf göttliche oder weltliche Autorität, mit Berufung auf Natur und  
Kultur, mit Berufung auf die eigene absolute Freiheit und das letzte Recht auf  
Tat und Entscheidung, immer wieder mit Berufung auf die Vertretung des eigent-  
lichen Volkswillens, der eigentlichen, ursprünglichen, legitimen, authentischen,  
fundamentalen, unhintergehbaren Instanz, die man zugleich vertritt und zu ver-  
treten beansprucht, immer schon repräsentiert und zuallererst alle anderen dazu  
bringen muss, dass sie einen als Repräsentanten akzeptieren.

Solche dogmatischen Figuren wiederum erfüllen also keineswegs nur ideo-  
logische, sondern mehrere Funktionen. Vor allem aber ergeben sie sich einerseits  
aus strategischen Problemstellungen, zu deren Überwindung sie beitragen und  
andererseits aus konkludenten logischen Schlüssen innerhalb des durch die dog-  
matische Setzung aufgerichteten geschlossenen Gedankengebäudes.

Die Vielfalt der dogmatischen Figuren und die Mehrdeutigkeit ihrer Funk-  
tion sorgt für größtmöglichen Anschluss an den öffentlichen Diskurs. Der funk-  
tioniert nämlich keineswegs durchgängig vernünftig, sondern nimmt selbst  
laufend dogmatische Figuren in Anspruch. Anders aber als die populistische  
Rede kann er diese dogmatischen Figuren immer wieder in die Problematisie-  
rung zurückführen – oder aber ihre Sedimentierung in diskursiven und nichtdis-  
kursiven Praktiken wird Gegenstand kritischer Theorie oder emanzipatorischer  
Herrschaftskritik. Alleine aber, weil wir im öffentlichen Diskurs laufend auch  
immer meinungsrelativistisch, apodiktisch, autoritätsgläubig, subjektivistisch  
oder defätistisch argumentieren, kann sich das populistische Sinnangebot an  
den öffentlichen Diskurs anschmiegen. Und das fällt ihm umso leichter, je mehr  
dieser öffentliche Diskurs durch – vermeintliche oder echte – Krisen, Skandale,  
terroristische Angriffe oder einfach unerwartete oder schlecht erklärte Ereignisse  
eskaliert. Je mehr Kontingenz kompensiert werden muss, desto leichter haben es  
Sinnangebote – in dieser Lücke operiert der populistische Redeeinsatz.

### 3 Gefangen im Zitierkartell

Der vielgestaltige Exzess der Inanspruchnahme der immer gleichen Strategien zeigt sich nicht nur in der Beschreibung gegenwärtiger Redeeinsätze. Er zeigt sich auch in der Betrachtung derjenigen Texte, auf die sich diese Redeeinsätze – vor allem für ihre Anhänger – laufend autoritativ beziehen.

Seit der scholastischen Gegenbewegung zu den Freiheitsbestrebungen des Spätmittelalters und der Frühen Neuzeit – zumeist mit dem euphemistischen Begriff der ‚Renaissance‘ bezeichnet; seit der Gegenreformation und ihrer Kritik liberaler Bestrebungen auf allen Ebenen; seit der Gegenaufklärung, die die scheinbar ‚alte‘ Ordnung gegen die revolutionären Bestrebungen der modernen demokratischen und republikanischen Bewegungen verteidigen, ziehen sich immer die gleichen Motive der Gegenüberstellung von Bewahrern und Zerstörern, Vernünftigen und Unvernünftigen. Dabei darf nicht vergessen werden, dass auch in diesen verschiedenen Abschnitten diese Motive immer wieder von einer zentralen Einsicht auf der Seite der Verteidiger des Althergebrachten, Ursprünglichen und Unhinterfragbaren begleitet werden: Wir verlieren.

Die Liberalisierung des Denkens findet nicht erst mit der französischen Revolution statt. Lange bevor die italienischen Stadtstaaten beginnen, Verfassungsgeschichte zu schreiben, bildet sie Zentren vor allem dort aus, wo der Austausch der drei religiösen Kulturen Christentum, Judentum und Islam besonders reger ist. Von diesen Zentren her – vor allem den spanischen Übersetzerschulen und der Hofkultur Siziliens – breitet sie sich relativ schnell in der gesamten mittelalterlichen Welt aus und revolutioniert zuerst den Begriff der Welt, dann den Begriff des Menschen, dann den Begriff Gottes und schließlich den Begriff des Staates so nachhaltig, dass die reaktionäre Gegenbewegung es ist, die sich dieser Liberalisierung anpassen muss und nicht umgekehrt.

Das heißt: Jede reaktionäre Bewegung seit dem Spätmittelalter bildet sich in dem Bewusstsein aus, dass ihre Vorgänger gescheitert sind. Mit jeder reaktionären Generation bildet sich damit die Notwendigkeit aus, noch deutlicher und unter Berufung auf noch mehr Autorität auf den verlassenen Ursprung hinzuweisen. Das führt nicht nur stellenweise zu geschichtsklitterischen Fantasien über eine perfekte Welt, die es wie in einer solchen statischen Vorstellung erträumt nie gegeben hat. Je sehnstüchtiger diese Vorstellungen werden, desto deutlicher wird auch, wie weit sich der jeweils zeitgenössische Mensch von ihnen entfernt hat.

Es ist interessanterweise der Gegenaufklärer Joseph de Maistre, der die Mechanik hinter einer solchen Denkweise erkennt – allerdings natürlich am Beispiel der französischen Revolutionäre: Wer Utopien in die Realität fordert,

muss alles verneinen, was nicht dieser Utopie entspricht. Was de Maistre – mit Recht oder Unrecht – auf den Vernunftglauben und die Freiheits- und Gleichheitsforderungen seiner Zeitgenossen bezieht, gilt aber natürlich auch für die reaktionäre Utopie: Je perfekter, je fundamentaler, je eigentlicher der Ursprung ist, desto schärfer erscheint der Bruch, den derjenige vollzieht, der diesen Ursprung nicht mehr teilt.

Wo Gott als die einzige Instanz erscheint, die „uns noch retten“ kann, führt Gottesferne in einer heillosen Welt in den Nihilismus – darin kündigt sich erneut das falsche Dilemma an, mit dem jede dogmatische Setzung zu kämpfen hat: Entweder man ist in der Wahrheit. Oder man ist verloren. „Gott ist eine viel zu extreme Hypothese“ schreibt Friedrich Nietzsche in seinen Notizen anlässlich eines Besuchs in der Lenzer Heide im Sommer 1887. Doch Nietzsche eignet sich nicht für nihilistischen Pathos: „Welche werden sich als die Stärksten [...] erweisen?“, fragt er im Hinblick auf das Denkproblem des falschen Dilemmas – und formuliert den einzigen Ausweg aus diesem Dilemma: die Gelassenheit im Angesicht der Kontingenz, die Anerkennung der Möglichkeit, dass manches Sinn macht und manches eben nicht: „Die Mäßigsten, die, welche keinen extremen Glaubenssätze nöthig haben, die welche einen guten Theil Zufall, Unsinn nicht nur zugestehen, sondern lieben, die welche vom Menschen mit einer bedeutenden Ermäßigung seines Werthes denken können, ohne dadurch klein und schwach zu werden [...] Menschen, die ihrer Macht sicher sind.“ (Nietzsche 1974, S. 221).

Doch Nietzsches Ruf verhallt ungehört. Unter Rückgriff auf reaktionäre Dandys wie Juan Donoso Cortés oder Anarchisten wie Georges Sorel bauen Schriftsteller, Literaten, Philosophen und Theoretiker immer wieder an dem gleichen reaktionären Kahn. Wie das Schiff des Theseus bleibt es sich gleich und wird zugleich, vom Mast bis zum Kiel, immer wieder ausgebessert und modernisiert. In ihm versammeln sich Erzählungen von einer Verschwörung, die von den Jesuiten, den Magiern, den Freimaurern, den Kapitalisten und immer wieder von den Juden ausgeht; es beherbergt alle Arten von Ursprungserzählungen, vom subjektiven Gespür und den Bedürfnissen der menschlichen Seele über das unhintergehbare Recht und die Ästhetik der Tat und der existenziellen Entscheidung bis hin zu Gott, zur Natur, zu Kultur, Nation, Kollektiv, noch lange nicht endend beim Unbewussten und Unterbewussten, dem Es und dem Zwanghaften des Menschen, seiner Rasse, seinem Geist, seinem spirituellen Adel und seiner unabänderlichen Tier- und Triebnatur. Doch die ständige Modernisierung des Schiffes hat einige alte Planken vergessen; manche Taue der Takelage hängen da schon seit dreihundert Jahren; die Galionsfigur ist unverkennbar die heilige Maria, aber sie schaut grimmig wie ein puritanischer Pilger. So hat sich die Reaktion, im stetigen Rückzugskampf für die alte Ordnung und gegen die Liberalisierung, für eine

altliberale Ordnung und gegen die sozialliberalen Revolutionäre, für den radikal-demokratischen Führerstaat und gegen die parlamentarische Demokratie, ein Narrenschiff gebaut, auf dem sie von Zeit zu Zeit die Totenkopffahne hisst und sich anschickt, die Gewässer des öffentlichen Diskurses zu erobern.

Die Helden der sogenannten ‚konservativen Revolution‘, diesen drei Generationen von voneinander abschreibenden Schriftstellern, Literaten, Philosophen und Theoretikern, fügen dem Arsenal der versammelten Strategien nichts wesentlich Neues hinzu. Auch die besseren Denker unter ihnen wie Oswald Spengler oder Carl Schmitt nutzen ihre denkerische Anstrengung vor allem dazu, um in riesenhaften kulturhistorischen Entwürfen oder gelehrten staats- und politikphilosophischen Abhandlungen letztlich wieder die gleichen Kriterien zu perpetuieren, was ihre Texte für nachfolgende Generationen – wieder *ad verecundiam* – zu beliebten theoretischen Werkzeugkisten macht: die unbestimmte subjektive Gefühligkeit des Menschen oder seine existenzielle Teilhabe, letztlich also sei man selbst auf sich selbst gestellt, ist die letzte Instanz, um über Auskommen oder Bürgerkrieg zu entscheiden. Wo die Strategen der heutigen sogenannten ‚Neuen Rechten‘ – die als Bewegung ebenso alt wie die berühmten Alt-68er ist und in ihren Strategien noch wesentlich älter – auf diese Autoren zurückgreifen, wiederholen auch sie die alten Tricks ihrer Vorbilder: Die Menschheit gebe es nicht, es gebe nur Menschen, behaupten sie, als hätten sie nicht soeben bewiesen, dass sie fähig sind, abstrakte Begriffe zu bilden. Rassismus sei verwerflich, auch unsinnig – aber Kulturen seien eben wesentlich voneinander unterschieden und kulturelle Mischung führe tendenziell zum Untergang. Frei ist nur, wer das eigene Schicksal so bestimmt, dass er sich ihm unterwerfen kann – aber nur so lange, bis man sich wieder der eigenen Willkürfreiheit erinnert und sich dann eben einem anderen selbstgewählten Gesetz bedingungslos unterwirft.<sup>2</sup>

---

<sup>2</sup>Vgl. dazu Schmitt (1932, S. 27): „Den extremen Konfliktsfall können nur die Beteiligten selbst unter sich ausmachen; namentlich kann jeder von ihnen nur selbst entscheiden, ob das Anderssein des Fremden [...] die Negation der eigenen Art Existenz bedeutet und deshalb abgewehrt oder bekämpft wird, um die eigene seismäßige Art von Leben zu bewahren“; Benoist (1981, S. 86, 95, 99, 100, 102): „Die Geschichte hat keinen anderen Sinn und keine andere Richtung, als diejenigen sie ihr geben, die sie schaffen. Sie determiniert den Menschen nur insoweit, als er selbst sie vorher determiniert hat“; „Wir sind gleichzeitig unser eigener Herr und unser Sklave“; „Der Mensch ist der Partner Gottes. [...] Ein Gott, der sich nicht so benimmt, wie man das Recht hat, es von ihm zu erwarten, verdient es, verstoßen zu werden [...]“; „Eine souveräne Herrschaft über sich selbst errichten. Sich selbst sein eigenes Ziel sein. Dem Herrn in uns gehorchen und dem Sklaven in uns befehlen“; „Das Bild, das man von sich selber macht, wird in dem Augenblick wahr [...], wo man ihm entspricht“.

#### 4      **Reflexiver Voluntarismus: sein eigener Herr und Sklave sein**

Das, was in der Ideologiekritik der Nachkriegsjahre mit dem Begriff des ‚Irrationalismus‘ zugleich verklärt und abgewehrt wurde, stellt sich in dieser Betrachtung als beinahe verzweifelter Versuch dar, mit allen rhetorischen und strategischen Mitteln die Bedingungen der öffentlichen Debatte zu den eigenen Gunsten zu verändern. Weil man sich des eigenen Einsatzes nur allzu bewusst ist, weil man nur vom Eigenen her denkt, kann auch der Gegner nur auf diese Weise verstanden werden: Die öffentliche Debatte ist der offene Kampfplatz der politischen Metaphysik, auf dem verschiedene Positionen um Diskursheute ringen.

Diese Konstruktion entbindet einen davon, die eigene Position und die seines Gegenübers als Argument zu betrachten – die durchgängige Ideologisierung und Politisierung jeglichen Redeeinsatzes dient damit der fortlaufenden performativen Bestätigung der eigenen, agonalen und polemischen Voraussetzungen. Wer festlegt, dass alle Menschen immer nur festlegend sprechen und wer diese Festlegung – und jeden Widerspruch des Kritikers – stets als Bestätigung dieser These versteht, wer sich also selbst in diesem Zirkelschluss fängt, der wird sich, nach kurzer Zeit, der eigenen dogmatischen Setzung als seinem unabwendbaren Schicksal unterwerfen. In dieser Unterwerfung unter das eigene Diktat zirkelt man unsterblich hin und her, mal Opfer, mal Täter – und wiederholt dieses Schema dann auch in jeder Auseinandersetzung mit Anderen.

Ironischerweise nimmt dabei der stete Rekurs auf Ursprungserzählungen, Kunstmythen, Apokalypsen und Heilserwartungen selbsternannter Wesenspropheten in Anspruch, gegen die vernünftige Verhandlung von gemeinsamen logischen, ethischen und empirischen Grundlagen den ‚gesunden Menschenverstand‘, die ‚Aufklärung‘, die ‚Wahrheit‘ und die ‚Wirklichkeit‘ zu vertreten. Dass es sich bei diesen Selbstverklärungen um ‚Mimikry‘ handelt, um den Versuch, die ‚Diskursheute‘ durch ‚Metapolitik‘ zu erringen, sagen die Protagonisten selbst. Ebenso auskunftsfreudig sind sie darüber, dass die in Anspruch genommenen Essenzialismen, Naturalismen, Positivismen, Anthropologismen etc. nur Mittel zum Zweck sind. Am Grunde ihrer Selbsterhebung feiern sie die Selbsterhebung: den voluntaristischen Dezisionismus, die trotzig Wischbewegung, die Ein-Mann-Kaserne, in der man selbstgegebenen Befehlen folgt, die Ästhetik der herrischen Tat, den Anspruch willkürlicher Gewalt, am eigenen Maß angemessene Rücksichtslosigkeit.



Die Berufung auf ‚Vordenker‘ – hier: von de Maistre, Bonald und Cortes bis Sorel, von Schmitt bis Mohler, von Lüth bis Eichberg – diese ganze vermeintliche Denktradition, verschleiert dabei nur die endlose Variation ein und desselben Gedankens: „Ich habe recht, weil ich recht habe.“ Und weil der unbegründete Anspruch, dass alle anderen einem zuzustimmen haben, bei diesen anderen zu Ignoranz, Unverständnis und Spott führt, nährt er sich an der selbsterzeugten Gegnerschaft aller gegen einen: *Etiam si omnes, ego non*.

Es ist sicherlich nicht ohne Ironie, dass der Philosoph am Grunde des Phänomens und Problems, das wir ‚Populismus‘ nennen, einen Denkfehler entdeckt. Dieser Denkfehler – die apodiktische und essenzialistische Festlegung des eigenen Wesens auf einen bestimmten Inhalt und die dann immer wieder krisenhaft erfahrende Entdeckung, dass man schon sich selbst immer noch anders verstehen, immer noch anders auslegen kann – erzeugt die rastlose Logik dogmatischer Redeeinsätze. Mit dieser Rastlosigkeit, die sich einer Ratlosigkeit ergibt, blickt uns der ‚Populismus‘ ins Gesicht. Mit ihr, der Erzählung vom heldenhaften Opfer oder vom opferbereiten Helden, versucht er sie, vor uns und vor sich selbst zu verbergen.

Vielleicht ist es naiv, darauf hinzuweisen, dass wir vielleicht einfach etwas genauer hinsehen sollten. Sicher ist der Populismus, sind seine Strategien und Narrative auch anders beschreibbar, stellt sich, mit anderen Voraussetzungen als einer rein immanenten Beschreibung, komplexer dar. Aber selbst dann bleibt mir noch übrig, meine Gedanken als Ergänzung zu den anderen Beiträgen dieses Bandes zu verstehen – und die Aufgabe der Beschreibung der Narrative des Populismus an sie weiterzureichen.

---

## Literatur

- Benoist, A. (1981). Gleichheitslehre, Weltanschauung und Moral. In *Das unvergängliche Erbe. Alternativen zum Prinzip der Gleichheit*. Hrsg. Pierre Krebs, 75–105. Tübingen: Grabert.
- Hölderlin, F. (1957). Fragment von Hyperion. In Hölderlin. *Sämtliche Werke. Grosse Stuttgarter Ausgabe Bd. 3. Hyperion*. Stuttgart: Kohlhammer, 163.
- Kondylis, P. (1986). *Konservativismus. Geschichtlicher Gehalt und Untergang*. Stuttgart: Klett.
- Nietzsche, F. (1974). Der europäische Nihilismus. In *Kritische Gesamtausgabe. Achte Abteilung, Erster Band, Nachgelassene Fragmente. Herbst 1885 bis Herbst 1887*. Berlin/New York: De Gruyter.
- Schmitt, C. (1932). *Der Begriff des Politischen*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Weißmann, K. (2009). Der konservative Katechismus. *Sezession* 29: 34–36.

**Daniel-Pascal Zorn**, geboren 1981, studierte Philosophie, Geschichte und Komparatistik. 2015 promovierte er mit einer reflexiven Komparatistik philosophischer Ansätze, die den Dissertationspreis der Universität Eichstätt erhielt. Seine akademischen Veröffentlichungen umfassen Beiträge zu den Vorsokratikern, zu Michel de Certeau, Michel Foucault und Martin Heidegger, zu Adam Smith, Carl Schmitt und G.W.F. Leibniz. Im öffentlichen Diskurs engagierte er sich bisher mit einer viel beachteten Logik-Kolumne im Philosophie-Magazin ‚Hohe Luft‘ sowie mit seinem Buch ‚Logik für Demokraten‘. Im Herbst 2017 erschien von ihm eine ‚Einführung in die Philosophie‘ (Klostermann) und, als Co-Autor mit Per Leo und Maximilian Steinbeis, das Buch ‚Mit Rechten reden‘ (Klett-Cotta). Seine systematischen Forschungsschwerpunkte sind Dialektik und Reflexionslogik, Philosophische Komparatistik und Philosophie der Philosophie, sowie die Didaktik philosophischer Lektürehinsichten. Historisch setzt er sich vor allem mit der Philosophie der Antike, der Frühen Neuzeit und der (Post-)Moderne auseinander. Seit 2017 ist er Lehrbeauftragter an der Universität Wuppertal.

# Verbreitung populistischer Narrative in den Kommentarspalten des sozialen Netzwerks Facebook

Jørn Precht

## 1 Einführung: Geschichten und Narrative

Menschen wollen verstehen, was in ihrem Leben passiert, suchen nach Zusammenhängen. Das gilt nicht nur für uns im digitalen Zeitalter, die wir mit unserem Smartphone jederzeit Informationen abrufen können. Auch unsere Vorfahren haben versucht, ihr Leben in Sinneinheiten zu strukturieren. Das, was uns passiert, wirkt weniger beliebig, unheimlich und unvorhersehbar, wenn wir es in „Stories“ aufteilen, in für uns sinnvolle Geschichten. Dies war offenbar schon in der Steinzeit ähnlich. Betrachtet man Motive von Höhlenmalereien, wird klar, dass Menschen schon vor Tausenden von Jahren Ereignisse dann als erzählenswert erachteten, wenn diese eine große Krise, ja, eine Katastrophe, enthalten. Die Menschen des Paläolithikums malten nicht ihren Alltag, Zähneputzen mit Kräutern am Fluss beispielsweise, sondern lebensbedrohliche Jagdszenen mit übertrieben groß und gefährlich aussehenden Tieren – schon damals griff wohl das nicht nur in Hollywood verwendete Storytelling-Werkzeug „larger than life“.

Eine Katastrophe scheint einer der zentralen Bestandteile einer relevanten Story zu sein. Wir, die Helden unserer Geschichten, geraten in Todesgefahr oder zumindest in eine gefühlt existenzielle Bedrohung. Und dann erfolgt eine Art „Auferstehung“. Wir lernen aus der Krise und kämpfen uns aus dem

---

J. Precht (✉)

Institut für Angewandte Narrationsforschung, Hochschule der Medien Stuttgart,  
Stuttgart, Deutschland

E-Mail: precht@hdm-stuttgart.de

Dunkel der Vernichtung wieder hoch ans Licht. Aus unserem Tief finden wir in Geschichten deswegen heraus, weil wir etwas gelernt haben in dem Prozess. Mit einem „Elixier“, einer Erkenntnis, gehen wir verändert aus der Krise wieder hervor – und dadurch geben wir dem Schlimmen, das uns widerfährt, einen Sinn.

Es können jedoch auch ganz kleine Geschichten mit kleineren Krisen sein, die wir einander erzählen: Im Winter 2017/2018 grassierte beispielsweise eine Grippewelle in Deutschland. Viele Betroffene, die nach ihrer Genesung von den Phasen ihrer Erkrankung erzählten, beendeten ihre diesbezügliche Story mit der Ankündigung, sich nächstes Jahr gegen alle Typen des Grippevirus impfen zu lassen. Doch auch größere gesellschaftliche Entwicklungen werden in sinnstiftenden Geschichten betrachtet. Sie werden Narrative genannt (Zum Unterschied der Begriffe Geschichte und Narrativ vgl. Müller, in diesem Buch). Laut des Literaturwissenschaftlers Koschorke sind Narrative im Sinne von einigenden Erzählungen für eine Gesellschaft von entscheidender Bedeutung. Andernfalls würden wir uns selbst in „einer unüberschaubaren Fülle von Eindrücken“ verlieren. „Und deshalb brauchen wir bestimmte Strukturen“ (Heise und Koschorke 2017).

Derartige Narrative, die die Welt erklären und sie dabei auch vereinfachen, haben eine starke Wirkung und können beispielsweise Parteien helfen, ihr jeweiliges Programm dem Wähler zu vermitteln. Auch Populisten greifen darauf zurück und instrumentalisieren Narrative für ihre eigenen Zwecke. Seit Web 2.0 haben sich die Möglichkeiten, diese zu verbreiten, drastisch erweitert.

Einen effektiven Weg für die Bewerbung populistischer Narrative bieten soziale Netzwerke wie Twitter und Facebook mit seiner Kommentarmöglichkeit unter Artikeln. Mit dem in diesen Kommentarspalten herrschenden „Krieg der Narrative“ beschäftigt sich der vorliegende Buchartikel. Und um dieses aktuell häufiger zu beobachtende gesellschaftliche Phänomen zu beschreiben und zu strukturieren, greift letztlich auch mein Artikel selbst auf Elemente des Storytelling zurück. Wer sind dessen Protagonisten? Wer also erlebt in meiner Betrachtung dieses Themas die größte Krise und eine Wandlung? Die User der sozialen Netzwerke? Oder die Journalisten der „klassischen Medien“? Jene Frauen und Männer, die heute von Donald Trump und anderen Populisten als „dishonest media“ oder „Pinocchio-Presse“ beschimpft werden? Mit diesem scheinbaren Vertrauensverlust der Öffentlichkeit hat die Geschichte für jene Journalisten offenbar auch eine veritable Krise zu bieten.

## 2 Die „alte Welt“

Bis zum Ende des 20. Jahrhunderts war die Verbreitung von Informationen – und zumeist auch deren Bewertung und Einordnung in Formaten wie Reportage und Kommentar – den MitarbeiterInnen der Massenmedien wie etwa Zeitung, Radio oder Fernsehen vorbehalten. Produktion und Streuung waren an vergleichsweise hohe Kosten (für Recherche, Druck, Ausstrahlung etc.) gekoppelt.

Paul-Jasper Dittrich, Wissenschaftler am Berliner Jacques-Delors-Institut im Forschungsbereich Digitales Europa, stellt in seinem Artikel „Populismus im Netz“ fest, dass die Massenmedien lange Zeit „ein Quasi-Monopol“ (Dittrich 2017) auf die Verbreitung von Nachrichten besaßen und somit eine entscheidende Rolle bei der Vermittlung und Bewertung von politischen Diskursen spielten. Anders als von den Populisten behauptet, gab es innerhalb der Presse und des Rundfunks unterschiedliche Framings (vgl. Dahinden 2006) und Narrative, unterschiedliche Auffassungen, es fand keine Gleichschaltung statt. Die Meinungsvielfalt wurde von verschiedenen Kontrollinstanzen überprüft und gewährleistet. Die unterschiedliche Ausrichtung der einzelnen Publikationen war auch der breiten Bevölkerung bewusst und die von den Medien kolportierten Informationen wurden von ihr entsprechend eingeordnet. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) und die „Süddeutsche“ hatten ein anderes Image als beispielsweise „TAZ“ oder gar „BILD“. „BILD sprach zuerst mit dem Toten“ war ein weitverbreiteter – nicht nur scherzhaft gemeinter – Ausspruch über das Narrativ vom sensationslüsternen Springer-Blatt. Warum, von wem und mit welchen Motiven jedoch die etablierten Massenmedien heute in ihrer Gänze zu notorischen Lügern erklärt werden, wird im Folgenden zu untersuchen sein.

---

## 3 Call to adventure: Auftritt „Social Media“

Das sogenannte Web 2.0 wurde in seinen Auswirkungen und Missbrauchsmöglichkeiten von den Produzenten herkömmlicher Massenmedien zunächst unterschätzt. „Der Markt für Informationen wurde vollständig geöffnet und dereguliert. Es gibt nun kaum noch Eintrittsbarrieren auf dem Markt der Informationsweitergabe, und die Grenzkosten zur Verbreitung von Information liegen praktisch bei null“, erklärt Paul-Jasper Dittrich (2017). Ein Facebook-Post könne zehn- oder zehntausendmal geteilt werden, es entstünden für Produzenten, Verbreiter und Konsumenten nahezu keine Kosten.

Auf der positiven Seite ließen sich dank der Fortschritte in der Informationstechnologie Meldungen, Nachrichten und Meinungen rasend schnell in alle Regionen mit Internet-Zugang verbreiten. „Über soziale Netzwerke entstehen neue Protestbewegungen. Zivilgesellschaftliche Akteure wie NGOs (Nichtregierungsorganisationen, Anm. des Verfassers) können über clever gestaltete, virale Kampagnen Druck auf Entscheidungsträger ausüben – all das war vor der massenhaften Verbreitung von Facebook, Twitter oder YouTube sehr viel schwerer“, so Dittrich.

Dank des Siegeszugs der sozialen Netzwerke und Smartphones ist man heute beispielsweise auch in Krisensituationen nicht länger auf Nachrichtenagenturen angewiesen, jede und jeder kann vielen „Followern“ in Echtzeit berichten, wie es ihr oder ihm geht (eigens dafür hat Facebook eine besondere Funktion eingerichtet), kommentieren und oft sogar filmen und posten, was ihr oder ihm vor die Augen kommt.

Doch die Millionen Live-Korrespondenten in aller Welt bedeuteten nicht automatisch – wie zu Beginn von einigen Usern erhofft – schlechte Zeiten für Regime und deren Informationsmonopole und goldene Zeiten für schnell verbreitete Wahrheit. Gerüchte und Propaganda lassen sich in derselben Geschwindigkeit verbreiten wie Fakten. Die Möglichkeit, sich in Kommentarspalten über ein politisches Thema auszutauschen, wurde von den Usern gut angenommen, Probleme zeigten sich jedoch dann, wenn die jeweilige Diskussion von den Vertretern einer bestimmten Richtung dominiert wurde, die das Forum nutzten, um ihre Propaganda zu verbreiten. Mit dem Siegeszug der sozialen Netzwerke haben laut Dittrich „traditionelle Diskurswächter massiv an Einfluss verloren“. Auch populistische Bewegungen und Parteien nutzten die neuen Kommunikationsräume – und dies zu Beginn oft intensiver als nicht-populistische Parteien.

Hier konnten Parteien wie die AfD, die italienische 5-Sterne-Bewegung oder der Front National ihre Sicht auf die Welt oft ungefiltert verbreiten. Wenn Politiker der AfD über ihre Facebook-Seiten aus dem Zusammenhang gerissene Zitate und Statistiken streuen, Beppe Grillo über seinen Blog Verschwörungstheorien verbreitet und Jean-Luc Mélenchon auf seinem YouTube-Kanal über das korrupte Establishment doziert, dann erreichen sie damit ein Millionenpublikum, welches sie in dieser Form über traditionelle Massenmedien nie hätten ansprechen können (Dittrich 2017).

Soziale Netzwerke bieten laut Dittrich einen wichtigen Baustein für die Inszenierung populistischer Narrative. Auffällig ist, dass die Parteien in ihrer Kommunikation bei Wahlkampfauftritten, in Interviews und auf Plakaten etc. dieselben Narrative bedienen wie deren Anhänger, Mitglieder und Vertreter beim

Kommentieren auf Facebook. Bevor im Folgenden analysiert wird, wie die sozialen Medien bei der Verbreitung populistischer Narrative geholfen haben, sollen zunächst die Charakteristika jener Narrative aufgezeigt werden.

---

## 4 Die dunkle Bedrohung – Das Narrativ der Populisten

Auf der Website „Narratives Management“ teilt Lilli Benz (2017) ihre Beobachtung mit, es habe sich „ein bestimmtes Narrativ herauskristallisiert, welches mittlerweile von nahezu allen Populisten bedient wird – egal ob Le Pen in Frankreich, Wilders in den Niederlanden oder die AfD in Deutschland. Doch was beinhaltet es?“

Karin Priester (2012, S. 42) nennt sechs Grundelemente populistischer Denk- und Argumentationsstrukturen:

1. die Gegenüberstellung von „gemeinem Volk“ und Eliten,
2. die Berufung auf das durch die Eliten noch unverfälschte Urteilsvermögen des Volkes, dessen „gesunden Menschenverstand“,
3. die verschwörungstheoretische Denunziation der Machenschaften der Eliten,
4. die Moralisierung des Diskurses,
5. die Beschwörung von Krise und Niedergang,
6. Legitimationsbasis des „gemeinen Volkes“ als „Stimme Gottes“ bzw. einer höheren Macht.

Mit dem Kampf um die Deutungshoheit auf internationaler und nationaler Ebene beschäftigte sich die Tagung „Wettbewerb der Narrative“ vom 23. – 24.3. 2017 in der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Eröffnet wurde die Konferenz von Albrecht Koschorke, Professor für Neuere Deutsche Literatur und Allgemeine Literaturwissenschaft an der Universität Konstanz, mit einem Vortrag zum Thema „Populisten und Liberale“. In einem diesbezüglichen Interview mit Katrin Heise vom Deutschlandfunk, erklärte Koschorke, momentan spiele sich ein Kampf zwischen zwei Grunderzählungen ab: „die von einer offenen, aufnahmefähigen Gesellschaft und die defensive über Bedrohung und Abschottung“ (Heise und Koschorke 2017).

Die erste dieser beiden widerstreitenden Narrative sei „die klassische liberale Erzählung“. Diese gehe optimistisch davon aus, „dass es weitergeht, dass es eine Art von Entwicklung gibt, dass diese Entwicklung auch letzten Endes eine zum Guten ist. (...) Die sagt, wir können aufnehmen, wir sind in einem Prozess.

Die, die neu zu uns kommen, werden sich in unsere Welt hineinfinden, oder sind eine Bereicherung.“

Und dann gebe es diese andere Erzählung, die von Mangel und Verteilungskampf ausgeht. „Jeder der dazukommt, nimmt uns etwas weg.“ Solche Narrative, „die sich vom Konsens über die Bedeutung und Gültigkeit der Menschenrechte oder die Unabhängigkeit von Justiz und Medien verabschieden, gewinnen derzeit weltweit an Raum.“ Koschorke diagnostiziert einen massiven Zustrom zu neo-autoritären, populistischen Erzählungen, Bekenntnissen und politischen Strömungen, nicht nur in Europa, sondern weltweit. Zu den Ursachen zählten einerseits die massiven Folgen der Weltfinanzkrise seit 2008, gleichzeitig sei weltweit das o. g. Modell des liberalen Gemeinwesens „massiv unter Druck“ geraten (Heise und Koschorke 2017).

Lilli Benz (2017) präzisiert das von Koschorke erwähnte exkludierende populistische Narrativ anhand des Beispiels der erklärten Weltsicht Donald Trumps. Sowohl sein Wahlkampf als auch seine Amtszeit als Präsident sind besonders stark geprägt durch die Verwendung sozialer Medien, vor allem Twitter. Die von Karin Priester als für populistische Argumentationsstrukturen typisch beobachtete „Beschwörung von Krise und Niedergang“ fehlt in der von Trump verbreiteten Weltsicht nicht. Schon sein Slogan „Make America Great Again“ deutet auf eine Krise hin. Warum ist Amerika im Moment nicht mehr „great“? Wer trägt die Schuld an dieser zunächst nicht näher definierten Entwicklung?

„Populisten wie Donald Trump sehen sich als direkte und vor allem alleinige Vertreter und Exekutoren des wahren Volkswillens“, so Benz. „Diesen geben sie vor gegen korrupte und parasitäre Eliten („die da oben“) zu verteidigen.

In der Vorstellung von Rechtspopulisten gingen diese Eliten „eine illegitime Allianz mit „parasitären“ Unterschichten ein, die ebenfalls nicht zum wahren Volk gezählt werden – beispielsweise Ausländer, Muslime, Juden oder ganz allgemein alles Fremde.“ Trump sehe diese Bedrohung „vor allem in illegalen Einwanderern, Menschen aus muslimischen Ländern, aber auch aus Ländern wie Mexiko oder China.“ (Benz 2017).

Laut Lilli Benz nutzt auch Trump wie so viele andere Populisten das Narrativ des betrogenen Volkes:

Im Zentrum dieser Erzählung steht das „wahre“, moralisch reine Volk. Dass das Volk empirisch überhaupt nicht besteht, wird von den Populisten dabei gerne vernachlässigt. Gesellschaftlicher Pluralismus existiert im Populismus nicht – was sich auch in einem Begriff wie Volksverräter äußert. Sich selbst erklären die Populisten gerne zum Sprachrohr des Volkes. Aus diesem Grund können auch nur sie den wahren Volkswillen kennen – das behaupten sie zumindest (Benz 2017).



Laut Dittrich inszenieren sich Populisten, „links wie rechts, als volksnah, authentisch, direkt und unabhängig von den Interessen von Banken, Konzernen oder internationalen Organisationen“ (Dittrich 2017). Wie Lilli Benz beobachtet, zählt sich Donald Trump, obwohl er „Milliardär, Parteimitglied der Republikaner und nun Präsident der USA“ ist, „nicht zum Establishment, sondern stilisiert sich als Mann des Volkes“ (Benz 2017).

Im Establishment dagegen sehen Populisten einen Feind, den es zu bekämpfen gilt. So etablierte Trump im Wahlkampf den Hashtag #DrainTheSwamp, was im Deutschen so viel bedeutet wie „den Sumpf austrocknen“. Die Eliten werden bei allen Populisten als unmoralisch, korrupt und parasitär dargestellt. Sie scheuen sich auch nicht, zahlreiche Bevölkerungsgruppen dazuzuzählen: Egal ob wirtschaftliche Vertreter, die Medien oder etablierte Politiker, sie alle gehören demnach zum „rigged system“. (...) Durch diese Erzählung haben rechte Populisten ein Modell geschaffen, welches die gegenwärtigen gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Probleme erklären soll. Es beruht dabei besonders auf Schuldzuweisungen, Ausgrenzung und Verschwörungstheorien. Auch wenn die wissenschaftlichen Beweise fehlen, so scheint es trotzdem ein für viele Menschen überzeugendes und eingängiges Narrativ zu sein (...) (Benz 2017).

An dieser Stelle sollte darauf hingewiesen werden, dass es, wie oben schon von Dittrich angedeutet wurde, Populismus nicht nur im rechten Spektrum gibt.

Hervorzuheben seien laut Benz die bei allen Populisten vorhandenen Diskreditierungsversuche „der herkömmlichen Medien, durch die AfD als „Lügenpresse“ beschimpft und bei Trump nur noch als „dishonest media“ vernehmbar“ (Benz 2017).

Dank der sozialen Medien Twitter und Facebook erreicht Trump die Massen auch ohne Massenmedien, und auf ihre Kritik reagiert er mit öffentlicher Empörung. Trump, der sich als Retter des betrogenen Volkes inszeniert, interpretiert jeden Angriff der Presse gegen seine Person und Politik als Angriff gegen das Volk selbst.

Doch gerade die Massenmedien und ihr Auftritt in den sozialen Netzwerken haben letztlich – oft unwillentlich – eine wesentliche Rolle bei der zunehmenden Verbreitung der Botschaften des Donald Trump und anderer Populisten gespielt.

---

## 5 Virtueller Stammtisch – Die Kommentarspalten auf Facebook

Wie zuvor dargestellt, arbeiten populistische Narrative mit Bedrohungsszenarien. Ein wichtiger Faktor für das Schüren von Angst ist das Gefühl des eigenen Betroffenen-Seins. Zahlen Verletzter und Verstorbener allein führen erfahrungsgemäß

nicht automatisch zu wirklicher emotionaler Anteilnahme. Doch der oben bereits skizzierte durch die sozialen Netzwerke ermöglichte rasche und oft viel direktere Zugang zu Katastrophen, zu Verbrechen, der Kontakt zu betroffenen Bekannten oder zumindest Identifikationsfiguren ändert die Wahrnehmung der Realität. Hinzu kommt, dass man durch den Algorithmus Facebooks oft unmerklich geradezu ein Abonnement auf Themen wie „Gewalttaten durch Flüchtlinge“ abschließen kann. Gefühlt kommt es so zu einem Anstieg von Katastrophen und Verbrechen – und bei einigen Menschen kommt kaum eine Statistik, die dieses Gefühl mit Zahlen widerlegt, dagegen an.

Zu einer größeren Emotionalisierung trugen mit der wachsenden Reichweite von Facebook jedoch auch die etablierten Massenmedien selbst bei. Wie das? Viele Sender und Verlagshäuser sahen sich gezwungen, ihrerseits auf dem Geschäftsmodell Facebook präsent zu sein, viele wickeln dort ihre gesamten Social Media Auftritte ab. Auf Facebook erreichen selbst renommierte Zeitungen auch Menschen, die das Print-Produkt nicht mehr oder bisher nicht kauften, TV-Sender stellen Clips auch jenen zur Verfügung, die nicht die eigentliche Sendung im linearen Fernsehen oder in der Sender-Mediathek anschauen. Die Publisher klassischer Massenmedien hoffen, dass durch ihre Artikel und Clips auf Facebook die User dazu gebracht werden können, auf ihre verlinkte eigene Website zu klicken, und dadurch die dortige Werbung besser verkaufen zu können. Zu diesem Zweck bedienten sich selbst renommierte Zeitungen zunehmend des „Click Baitings“. Statt wie bisher die wichtigsten Fakten aus der Spitze der Informationspyramide in die Überschrift zu packen, wird nun die Spitze einer Emotionspyramide in der Schlagzeile platziert. Clickbaiting löst starke Emotionen aus und nutzt wie ein „Cliffhanger“ Informationsentzug und dessen psychologische Effekte, um mit der Überschrift zum Klick, Kommentieren und Social-Share zu bewegen.

Hierzu zwei Beispiele der Schwesterzeitungen „Stuttgarter Zeitung“ und „Stuttgarter Nachrichten“: Am 15. Juni 2017 teaserten die „Stuttgarter Nachrichten“ auf ihrem Facebook-Auftritt mit einer dramatischen „Eilmeldung“-Grafik: „Hafenterminal in US-Stadt Charleston: Evakuierung wegen schmutziger Bombe“. Weitere Informationen gab es an dieser Stelle nicht. Erst nach dem Klick auf den Artikel auf der zeitungseigenen Website erfuhr man dann die längst bekannte harmlose Auflösung: „ABC zitierte einen Mitarbeiter der Küstenwache, dass ein Verschwörungstheoretiker auf YouTube vor einer schmutzigen Bombe gewarnt hatte. Man sei übervorsichtig, deshalb werde die Behauptung untersucht.“ (Stuttgarter Zeitung 2017).

Zuvor war bereits am 13. Mai 2017 mit derselben Eilmeldung-Grafik auf Facebook von einer „Explosion im Zentrum von Rom“ berichtet worden. Das kalkulierte Spiel mit der Terrorangst sollte dann zum Klick auf einen Artikel führen, in welchem der Leser erfuhr: „Der Sprengsatz sei auf dem Boden zwischen zwei geparkten Autos platziert worden, weshalb er nur minimale Schäden an einem Auto angerichtet habe, sagte ein Ermittler am Freitag. Verletzt wurde niemand.“ (Stuttgarter Nachrichten 2017).

Doch nicht nur die bisweilen reißerischen Schlagzeilen der Massenmedien auf Facebook, dessen Algorithmus und die neue Nähe zu den Ereignissen schüren Angst und Hass. Es sind auch die unzähligen selbsternannten privaten Informanten und Kommentatoren.

„In was für einer Welt leben wir nur?“ mag kein neuer Spruch sein, noch nie wurde er jedoch so rasch reproduziert wie seit dem Durchbruch der Sozialen Netzwerke. Und eine Antwort auf diese häufig genannte Frage lautet: Wir leben in einer Welt, in der plötzlich jeder mit Internetzugang und Facebook-Account als vermeintlicher Experte auftreten und das tun kann, was bisher ausgebildeten und einem Kodex verpflichteten Journalisten vorbehalten war: große Massen von Menschen zu informieren, und sei es nur über die eigene Meinung oder emotionale Befindlichkeit. Die Reichweite, die man als Facebook-User mit Posts erlangen kann, geht weit über die „Follower“ des eigenen Profils hinaus. Der bereits erwähnte Facebook-Auftritt bekannter Zeitungen und Nachrichtenformate hat entsprechend des jeweiligen Renommées hohe Abonnenten-Zahlen. Fast jede Nachricht ist für die „Kommentarfunktion“ der Leser geöffnet. Ein riesiges öffentliches Forum für die selbst ernannten Experten und Kommentatoren, welches sie mit den Abonnenten ihres eigenen Facebook-Accounts nie erreichen könnten.

Aus gutem Grund wurden bei der Ausstrahlung der zumeist professionell und kostspielig recherchierten Fernsehnachrichten keine Live-Anrufe von Stammtisch und Sofa zugeschaltet und in keiner Zeitung hunderte Leserbriefe zu jedem Artikel abgedruckt. Auf Facebook, das zu einem der wichtigsten Masseninformationsmedien der Welt geworden ist, ist dies im übertragenen Sinne jedoch häufig der Fall. Dieser „virtuelle Stammtisch“ hat sich auch als ideales Verbreitungsorgan populistischer Narrative herausgestellt.

Eigentlich hoffen die Publisher klassischer Massenmedien wie oben erwähnt, dass User durch ihre oft emotionalen Teaser auf Facebook zum Klick auf deren Website mit dem vollständigen Artikel und all seinen recherchierten Informationen gelockt werden. Doch oft ist die eigene Website der klassischen Medien aufgrund technischer Verbindungsprobleme schlecht zu erreichen, und viele Leser machen sich zudem ohnehin nicht die Mühe, den vollständigen Artikel anzuklicken, geschweige denn zu Ende zu lesen. Sie steuern viel eher die Kommentarspalten

auf Facebook an, um zu sehen, was die restliche Userschaft zu den wenigen Informationen des Teaser-Artikels an – oft emotionalen – Reaktionen von sich gibt. Durch die scheinbare Anonymität des Netzes haben einige User offenbar weniger Hemmschwellen, ihren emotionalen Impulsen freien Lauf zu lassen und Andere zu beleidigen – das viel zitierte Problem der „Hate Speech“ und „Shitstorms“. Es scheine so, „als würden es viele kommerzielle Medien zugunsten von hohen Zugriffszahlen billigend in Kauf nehmen, dass der Hass sich ausbreite“, befindet der IT-Experte Philip Kreißel, der im Januar 2018 in Kooperation mit dem Institute for Strategic Dialogue in London Hunderte Diskussionen auf Facebook zu Beiträgen von Bild, Focus-Online, Kronen-Zeitung, Spiegel-Online, tagesschau.de, Welt sowie ZDF heute ausgewertet hat (Eckert und Gensing 2018). Dittrich betont, dass Populisten die Funktionslogik der sozialen Netzwerke ungemein helfe, denn dort messe sich Erfolg in den Kategorien Reichweite und Aufmerksamkeit. „In diesen aufmerksamkeitstriebenen Kommunikationsräumen entfalten populistische Narrative und Inszenierungen eine besonders starke Wirkung, gerade weil populistische Inhalte auf Polarisierung und Provokation zielen (Dittrich 2017).“

---

## **6 Angriff der Klonkrieger? – Die „Kriegsführung“ der Social Media-Trolle**

Man erlaube mir hier den Exkurs in eine „Story“ aus der eigenen Facebook-Erfahrung. Als FAZ.NET – Frankfurter Allgemeine Zeitung am 24. Juli 2016 auf Facebook den Artikel „Mann greift Menschen mit Machete an“ (Soldt 2016) über die Vorfälle in Reutlingen verlinkte, setzte in der Kommentarspalte wie zu erwarten einmal mehr eine Flut von Hass-Tiraden gegen Flüchtlinge allgemein und Angela Merkels Politik im Besonderen ein. Ich selbst postete angesichts der teilweise menschenverachtenden Kommentare mit meinem Klarnamen eine Frage an die Zeitung:

Frankfurter Allgemeine Zeitung warum schalten Sie die Kommentarfunktion bei solchen Meldungen nicht aus? Bitte! Muss das sein, dass Ihr jahrzehntelang aufgebautes Renommée mit dadurch erreichten tausenden Facebook Abonnenten missbraucht werden kann, um jeder emotionalen Entgleisung, jeder Mutmaßung und jedem Troll ein Forum zu bieten? Bedenken Sie, dass von mobilen Geräten aus der Artikel oft nicht lädt, der Kommentarbereich schon (Precht 2016).

Die kurze Antwort seitens faz.net lautete tags drauf: „Lieber Jørn Precht, die Kommentarfunktion unter Posts wie diesen lässt sich ganz grundsätzlich nicht abstellen.“ (Precht 2016).

Wie von mir befürchtet, wurde ich vor dieser Antwort der Redaktion von einem halben Dutzend Facebook-Accounts für meine Frage massiv angegriffen. Dass man mir vorwarf ein naiver „Bahnhofsklatscher“ zu sein und mich unter anderem zum Troll der öffentlich-rechtlichen Rundfunks erklärte, erstaunte mich nicht. Was mich jedoch zunächst verwunderte, waren offenbar mit der Intention einer Beleidigung vorgebrachten Behauptungen, meine Frage nach einer Abschaltung der Kommentarfunktion sei „besser als bei Adolf Nazi“ und ich sei „prädestiniert für die Arbeit bei der Stasi“.

Dank des Hinweises einer Dozentenkollegin stieß ich im Internet Anfang 2018 jedoch auf folgendes: „Schlage Deine Gegner mit ihren eigenen Waffen (...) Die größte Angst der systemtreuen Lakaien ist es, des Rassismus verdächtigt zu werden. Setze großzügig die Nazikeule ein und werf ihnen Rassismus und Antisemitismus vor. Shoppe ihre Gesichter auf Bilder aus dem dritten Reich.“ (D-Generation 2017a).

Dieser Vorschlag zur Denunzierung von Social-Media-Usern stammt aus dem „Handuch (sic!) für Medienguerillas“, welches typische, offenbar schon länger praktizierte Methoden zur Verbreitung populistischer Inhalte durch „Trolle“ zusammenfasst.

Vier Abschnitte hat das Handbuch: „Shitposting 1×1“, „Open Source Mimetic Warfare“, „Social Networking Raids“ und „Angriff auf die Filterblase“. Das mag zwar anspruchsvoll klingen, viel steckt aber nicht dahinter“, so urteilt Stefan Lauer (2018) auf Belltower.News, die Tipps des Handbuches könnten allenfalls dann „funktionieren, wenn die Trolle mit 9-Jährigen diskutieren wollen“. Die angehenden Medienguerillas nähmen primär „sich selbst sehr ernst und scheinen nur ein vages Verständnis von Öffentlichkeitsarbeit oder nachhaltiger Meinungsbeeinflussung zu haben (Lauer 2018).

Zu finden ist besagtes Handbuch auf der Website D-Generation, die vom Netzwerk „Reconquista Germanica“ (kurz: RG, Spanisch für „Rückeroberung“ und Latein für „germanisch“ oder „deutsch“) betrieben wird. Dessen primär über die Gamer-Chat-App Discord organisierte Internet-Aktivist:innen stellen ihr Netzwerk als satirisches Projekt von Gamern und Live-Action-Role-Playern dar, nachweislich koordinieren hier jedoch Rechtsextreme gezielte Online-Attacken auf politische Gegner, Medien und Institutionen. Die sich militärisch straff organisiert gerierende Gruppe (es gibt u. a. einen Oberbefehlshaber, Generäle, Paladine (sic!))

und Rekruten) verfügt über einen YouTube-Kanal mit 33.000 Abonnenten, der in Deutschland inzwischen jedoch gesperrt wurde.

Durch ihre Troll-Aktionen dominierten RG beispielsweise beim TV-Duell der Kanzlerkandidaten 2017 mit dem Hashtag „#verräterduell“ die Diskussion auf Twitter. Dies zeigt: RG scheint die Mechanismen der sozialen Netzwerke zu kennen und verfolgt zunächst primär das erklärte Ziel, die rechtspopulistische AfD zu stärken. Dazu vereinbarten die RG-Netzaktivisten in deren geschlossenen Foren Uhrzeiten, Hashtags und Ziele ihrer Kampagnen, um solchermaßen Algorithmen der sozialen Medien zu manipulieren und den politischen Online-Diskurs zu diktieren.

Auch die Tatsache, dass die Facebook-Profile der Kritiker meiner Facebook-öffentlichen Anfrage an faz.net kaum persönliche Informationen enthielten und dass drei der Accounts inzwischen gänzlich von der Plattform verschwunden sind, lässt sich eventuell durch die im RG-Medienhandbuch skizzierten Praktiken erklären. Dort heißt es nämlich:

Hier ein paar Punkte, zur Organisation der Medienguerilla-Kriegsführung

1) Virtuelle Armee

Jeder sollte mindestens 2-3 Twitter-Accounts unterhalten (Ich habe im Moment ein halbes Dutzend). Diese lasen (sic!) sich sehr einfach über Tweetdeck managen und solange man nicht zuviel untereinander agiert, hat Twitter auch kein Problem damit (D-Generation [2017b](#)).

Und an anderer Stelle:

Merke: Du willst bei Diskussionen im Internet nicht Deinen Gegner überzeugen, das sind eh meist verbohnte Idioten. Es geht um das Publikum. Und es geht hier nicht darum wer Recht hat, sondern wer vom Publikum Recht erhält. Wende deshalb uneingeschränkt die Kunstgriffe der *Eristischen Dialektik* an (D-Generation [2017a](#)).

Als letztes Mittel dieser Strategie wird ebendort ausdrücklich die öffentliche Beleidigung des Andersdenkenden empfohlen. D-Generation erklärt, ein Teil des Informationskrieges bestehe darin, „die Filterblasen der Durchschnittsbürger zu infiltrieren“ (D-Generation [2017c](#)). Dafür gibt es im Guerilla-Handbuch folgende Ratschläge:

Mach Dir unauffällige Accs (Accounts, Anm. des Verfassers). Keine Bezüge zu Politik, oderso (sic!). Tiere, Reisen, Sommer, Sonne, nichts negatives. Und dann suche Dir Punkte, wo Du Dich unauffällig in die gegnerische Filterblase pirschen kannst (sic!).

Ein möglicher Kontaktpunkt sind die Threads von Nachrichtenkanälen. Folge den größeren Medienoutlets, markier FakeNews und verwickel Leute in Diskussionen. Folge des weiteren random ein paar Leuten. Wichtig ist, dass man hier anderen Leuten folgt, als solchen, denen man privat folgen würde. Also möglichst Leute mit anderen politischen Ansichten, als man selbst. Keine linken Betonköpfe – das ist verschwendete Zeit. Durchschnittsbürger eben. Und dann klinke Dich per Kommentator in die Diskussionen ein.

Wichtig: Man überzeugt niemand mit Konfrontation und Besserwisserei. Und man überzeugt keine Betonköpfe – jeder von uns hatte schon mit ein paar von diesen Fanatikern zu tun.

Sucht nach Wackelkandidaten, seid freundlich und witzig mit einer Prise Ironie. Reicht ihnen die Hand. Zeigt ihnen, wie sehr unsere Mainstreammedien über uns lügen. Manche Personen überzeugt man mit Witz und Charme, andere stehen auf harte Fakten. Nun kann man natürlich immer schnell Fakten und Quellen suchen, wenn man etwas braucht. Oder wir bauen uns eine Schwarmintelligenz auf (D-Generation 2017c).

Die zitierten Stellen erklären nicht nur die Strategieveruche, wie man wankelmütige User von der eigenen Weltsicht überzeugen könnte, sie offenbaren auch, wie im Narrativ dieses Netzwerks der „Gegner“ im „Informationskrieg“ mit der eigenen „virtuellen Armee“ dargestellt wird: Linke sind unbelehrbare Betonköpfe, Fanatiker.

Und es lassen sich zahlreiche weitere Hinweise auf das zugrunde liegende Narrativ im Medienhandbuch des RG finden.

---

## **7 Das Narrativ des Netzwerkes Reconquista Germanica**

Die Tatsache, dass die Führer der Reconquista Germanica die Mechanismen der sozialen Netzwerke geschickt zu instrumentalisieren wissen, dass sie mit wenig personellem Aufwand ihr hier zu analysierendes Narrativ „unters Volk bringen“ können, hat ihnen und der AfD scheinbar Erfolge beschert. Lisa-Maria Neudert, Propagandaforscherin an der Oxford University, ermittelte, dass die AfD in der Tat 30 % des Social-Media-Traffics im Wahlkampf zur Bundestagswahl 2017 ausmachte und damit die anderen Parteien deutlich abhängte (Kramm 2017). Doch sind die RG-Trolle deshalb brandgefährlich? Handelt es sich wirklich um eine „Armee“? Der IT-Experte Philip Kreißel fand in Kooperation mit dem Institute for Strategic Dialogue in London heraus: Lediglich fünf Prozent der Accounts

waren im Januar 2018 „für 50 Prozent der Likes bei Hass-Kommentaren verantwortlich“ (Eckert und Gensing 2018).

Und in dieser lautstarken Minderheit findet sich sogar noch ein extrem aktiver Kern: Ein Prozent der Profile waren demnach für 25 Prozent der Likes verantwortlich. Diese Profile agieren oft gemeinsam und sind generell deutlich aktiver als „normale“ Nutzer. Das gilt allerdings nur für Diskussionen, in denen Hass-Inhalte auffallen – bei anderen Themen seien diese Accounts weitestgehend passiv, erklärt Kreißel. Die meisten der bei Hass-Inhalten hochaktiven Accounts ließen sich als Anhänger von AfD und „Identitären“ identifizieren. (...).

Was wir in der Analyse sehen, ist vor allem eine große Täuschung, erklärt Kreißel. Rechtsextreme versuchten, gesellschaftliche Mehrheiten zu simulieren. Dabei komme ihnen die Funktionsweise von Facebook entgegen. Denn polarisierende Debatten, die oft erst durch koordinierte Aktionen ausgelöst werden, erhielten durch den Facebook-Algorithmus eine höhere Reichweite als sachliche Diskussionen (Eckert und Gensing 2018).

Deutschlandfunk Kultur erfuhr im Interview mit Patrick Gensing, Leiter des Online-Portals „faktenfinder“ von [tagesschau.de](https://www.tagesschau.de), dass die rund 5000 auf dem Discord-Server von RG registrierten User überwiegend mittleren Alters und männlich sind (Oppel und Gensing 2018). Christian Stöcker, Professor für Digitale Kommunikation an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg, der zu Propagandaangriffen über Onlinemedien forscht, vergleicht die Mechanismen und Motivation der Aktivisten mit denen von Computerspielen. Nach seiner Wahrnehmung steckten die RG-Aktivitäten mittendrin in der westlichen Konsumkultur“, hätten aber gleichzeitig „ein massives Bedürfnis nach rechtem Gedankengut und Hass und Kampf“ (Lauer 2018).

Der selbst ernannte Anführer der Bewegung, „Nikolai Alexander“, stammt aus der tschechischen Stadt Ostrov und lebt in Bayern. [Belltower.News](https://www.belltower.news) (Ayyadi 2018) schreibt Alexander eine Scharnierfunktion zwischen Identitärer Bewegung und klassischer Neonazi-Szene zu. Er habe Verbindungen zum AfD-nahen YouTuber Hagen Grell, dem Gitarristen der Neonazi-Band „Stahlgewitter“ Frank Krämer sowie Martin Sellner, Chef der (inzwischen vom Verfassungsschutz beobachteten) „Identitären Bewegung“ in Österreich.

Das RG-Narrativ weist die von Karin Priester festgestellten Merkmale populistischer Denkweisen auf. Die „korrupten Eliten“, gegen die sich das populistische Narrativ richtet, werden auch hier angeprangert. Es ist davon die Rede, dass „Mainstreammedien oder hochrangige Politiker“ immer wieder „ihre dreisten Lügen“ verbreiten (D-Generation 2017b). Laut RG befinde man sich im Krieg mit den Globalisten.



Die Globalisten haben uns den Krieg erklärt. Es ist ein dreckiger Krieg und sie führen ihn mit allen Mitteln. Die Mainstreammedien und der Staatsfunk sind fest in ihrer Hand. Doch der Widerstand formiert sich. Wenn Dich diese Übertragung erreicht... bist Du der Widerstand (D-Generation 2017d).

Das militant anmutende Vokabular setzt sich an späterer Stelle fort, wo für die „Informationsschlacht“ der Hashtag „#call2arms“ (Ruf zu den Waffen) vorgeschlagen wird. Gegen Ende des Handbuchs heißt es dann in der Unterschrift des Bildes einer Granate aus Computer-Tasten: „Schmeiss die Infobombe übern Zaun, mitten in die Filterblase des Gegners.“ (D-Generation 2017c).

Diese militärischen Bezeichnungen, auch jene in der Hierarchie des Netzwerkes („Paladin“ wurde beispielsweise Goebbels von Hitler genannt) sind selbst in rechten Kreisen umstritten.

So postete ein laut eigenen Angaben ein „identitärer“ Blogger mit dem Pseudonym „Eisernes Königreich“, kurz nachdem RG in Erscheinung getreten war, am 06.09.2017:

Für eine konservative Bewegung in Deutschland ist die Außenwirkung von immenser Bedeutung. Anders als beispielsweise in den USA, sind in Deutschland bestimmte Bilder und Begriffe vorbelastet. Ob gerechtfertigt oder nicht spielt dabei keine Rolle. Sie lösen bestimmte Assoziationen aus und eine konservative Bewegung muss diese vermeiden, will sie mit ihren Inhalten überzeugen und sich nicht in unaufhörlichen Rechtfertigungen bewegen. Die Identitäre Bewegung hat dies verstanden und kommt gerade als konservative Bewegung jung, dynamisch und ohne Altlasten daher. Reconquista Germanica folgt diesem Beispiel nicht und bedient sich jedes Klischees der deutschen „Alt-Right“. Dazu gehören Nationalismus und Militarismus. Es ist ausgeschlossen, dass eine konservative Bewegung mit dieser Selbstdarstellung bei den Bürgern ankommt (Eisernes Königreich 2017).

Wie die AfD, die vom Netzwerk Reconquista Germanica mit Aktionen unterstützt wird, definieren sich dessen Trolle weniger durch konkrete Visionen als vielmehr durch die Abgrenzung von erklärten Feinden.

Diese sind laut des Guerilla-Handbuchs unter anderem: „alle Parteien insbesondere die Grünen“, Angela Merkel (kämpft „gegen uns Deutsche zugunsten der EU“), der Kabarettist Georg Schramm (erklärte „Gutmensch“ zum Unwort des Jahres), „Regierungslakaaien wie Till Schweiger oder Böhmermann“ „und sämtliche „Propaganda-Regierungspresse, wie ARD, ZDF, Spiegel und dem Rest der Fake-News-Mischpoke.“ So wie ARD und Spiegel liefere auch RTL „gleichgeschaltete Propaganda, (...) ebenso Fake-News-Clusters aus ÖR-Staatsfunk, Bertelsmann und Springer – der Hauptgrund, warum Merkel die Wahl schon wieder gewinnt“, Wikipedia (laut D-Generation „von den Globalisten unterwandert,

da findet man nur lächelnde Politiker und den schwarzen Block beim Blumen verteilen“) und „selbstverständlich den Zensur-Schreibtischtätern Correctiv und Amadeu-Antonio-Stiftung.“

Als Gegner werden explizit auch „bekannte Feministinnen“ genannt. Doch nicht nur diese, auch weibliche Social Media Userinnen ganz allgemein, kommen nicht gut weg im Weltbild der RG-Führer. Über sie heißt es im Guerilla-Handbuch auf D-Generation:

Meistens handelt es sich bei den corporate Twitter- oder Facebookaccounts um junge Frauen, die direkt von der Uni kommen. Das sind klassische Opfer und nicht gewöhnt einzustecken. Die kann man eigentlich immer ziemlich einfach auseinandernehmen (D-Generation [2017a](#)).

Natürlich ist man(n) selbst laut eigenem Narrativ trotz des o. g. Verhaltens charmant, witzig – und Idealist:

Der Mensch ist ein Herdentier. Er ist eher gewillt einer Gruppe von Menschen zu folgen, als einem einzelnen. Die Linken betreiben das schon immer halt nur gegen bezahlung (sic!), nicht aus Idealismus (D-Generation [2017a](#)).

Den Linken, der anderen Seite des politischen Spektrums, den „verbohrten Idioten“ wird im D-Generation-Handbuch nach gängiger populistischer Manier der common sense abgesprochen. Als typische Themen linker Posts werden im RG-Handbuch – satirisch überhöht – genannt: „z.B. wie man am effektivsten Läden plündert und brandschatzt, Gendertoiletten benutzt oder sich Bauchspeicheldrüsen in den Mastdarm transplantiert – zur besseren Lubrikation.“ (D-Generation [2017c](#)).

Der Ausdruck „Gendertoailette“ unterstellt hier wohl – genau wie das von der AfD gern verwendete Unwort „Genderwahn“ – nicht nur eine Abkehr von der „Normalität“, sondern auch vom „gesunden Menschenverstand“.

Auffällig ist, dass sich – zumindest auf dieser öffentlich zugänglichen Website – die Appelle auf verbale und psychische Gewalt beschränken. Es wird betont, dass von den eigenen Aktivisten nichts gewagt werden soll, was strafrechtliche Konsequenzen für sie nach sich ziehen könnte. Körperliche Gewalt wird hier nur den Gegnern unterstellt, zumal der AntiFa: „Die AntiFa ist gewalttätig, brutal und hat keinen Humor. Null. Nada. Niente“, wird im Handbuch gewarnt. „Wenn sie einen von Euch entlarven, könnte es sein, dass sie Euer Haus anzünden, Euch den Schädel zertrümmern und mit einem Käsehobel die Haut abziehen“ (D-Generation [2017c](#)).

Da in dem Guerilla-Ratgeber von „Klimalüge“ gesprochen wird, ist davon auszugehen, dass sich auch die Ansicht der RG in puncto Klimawandel nicht

mit den Ergebnissen der Forschung, sondern mit den „gefühligen“ Hoax- Behauptungen von AfD und Donald Trump zu dem Thema deckt.

Die RG-Führer gehen dennoch davon aus, klüger als der Rest der Bevölkerung zu sein, von ihnen recherchierte Inhalte müssten daher erst „simplifiziert und für die Masse verständlich“ gemacht werden. Zum Schluss des Medienhandbuchs wird die eigene Denkweise und die Abgrenzung von „den anderen“ nochmals beschworen:

Die Globalisten haben kein Momentum, nur Geld. Davon allerdings eine Menge und damit lässt sich schon eine zeitlang Unterstützung erkaufen. Aber gekaufte Fake-Unterstützung wird niemals Bestand haben, gegen eine Gruppe Menschen, die aus tiefster Überzeugung und Idealismus handelt. Höhere Ziele schlagen den degenerierten Materialismus immer. Die Globalisten sind bereits im Panikmodus. Das merkt man an der Zensur- und FakeNews-Propagandaoffensive. Sie ahnen: Das Ende ihrer Herrschaft naht.

Massieren wir unsere Anstrengungen und geben den Globalisten den finalen Stoß. Wir holen uns unsere Zukunft zurück! (D-Generation [2017c](#)).

Bei der Erreichung der Ziele der Populisten – Schaffung einer „Gegenöffentlichkeit“ außerhalb des massenmedialen Mainstreams und die Diskreditierung des politischen Establishments – scheint RG angesichts des hohen Ergebnisses der AfD bei der Bundestagswahl 2017 mit der Verbreitung seines Narrativs eventuell gewisse Erfolge zu verzeichnen. Doch RG hat Probleme: Im Februar 2018 gab es einen Leak. Ein Unbekannter hatte ein bereits kurz vor der Bundestagswahl, am 17.09.2017, stattgefundenes virtuelles RG-Treffen auf dem Discord-Server mitgeschnitten – eine „Troll-Aktion“, bei der mehrere der jungen Herren Partei-Wahlwerbungen auf YouTube mit ihren diversen Fake-Accounts negativ bewertet hatten. Den Mitschnitt machte der namenlose „Verräter“ dann im Februar öffentlich. Seither ist es laut des Journalisten Daniel Laufer unruhig geworden bei den „Klick-Aktivist:innen“. (Laufer [2018](#)) Der Betreiber Discord verurteile Neonazismus, teilt ein Sprecher des Unternehmens auf Anfrage des Badi-schen Tageblattes mit.

Mehrfach hat Discord den RG-Server gesperrt. Das Netzwerk habe gegen die Nutzungsbedingungen verstoßen, so der Sprecher. Das Unternehmen ergreife in solchen Fällen eine Reihe von Maßnahmen – zu diesen gehöre gegebenenfalls auch das Löschen einzelner Accounts. Nikolai und seine Mitstreiter erstellen trotzdem alle paar Tage neue Server und springen von einem zum nächsten. Journalisten, darunter auch der Autor dieses Textes, nehmen sie dabei unwissentlich mit (...).

Doch bei jedem Umzug gehen Mitglieder verloren (Laufer [2018](#)).

## 8 Eine neue Hoffnung? – Kampf gegen das rechtspopulistische Narrativ

Julia Ebner vom Institute for Strategic Dialogue warnt vor der Gefahr, dass andere Nutzer und Politiker sowie Medienmacher glauben könnten, die unter anderem von Fake-Accounts des RG zugetrollten „Kommentarspalten seien repräsentativ für die Stimmung in der Bevölkerung. Kreißel und Ebner appellieren daher an die Verantwortung der Medien. Sie sollten bei der Themensuche und Gewichtung nicht auf rechtsextreme Trolle hereinfallen.“ (Eckert und Gensing 2018).

Zu Beginn des vorliegenden Buchartikels mutmaßte ich, wer die Protagonisten seiner Story sein könnten. Wenn es die an neutraler Information und respektvollem Umgang miteinander interessierten Social-Media-User oder die Journalisten klassischer Medien sind, stellt sich die Frage, welche Erkenntnis sie aus dem Erfolg der Populisten mit deren offenbar leicht verständlichen Erzählung ziehen. Wie können sie diesem künftig aktiv entgegenwirken? Was ist also „der dritte Akt“ dieser Story?

Eine mögliche Lösung vermutet Lilli Benz (2017) in der „Entwicklung einer Gegenerzählung (...), die das rechtspopulistische Narrativ abschwächt. Ein derartiges Narrativ könnte beispielsweise in der Erzählung eines friedlichen und vereinten Europas liegen, das seine gegenwärtigen populistischen Feinde und andere Widerstände in der Zukunft besiegen und den Menschen Wohlstand, Gerechtigkeit und Frieden schenken wird.“

Koschorke bezweifelt jedoch, dass sich ein solches Narrativ künstlich herstellen lässt. In der Diskussion darüber, wie Gegenerzählungen aussehen könnten, die den Populisten erfolgreich etwas entgegensetzen, plädiert er weniger für ein einziges großes Narrativ, als vielmehr dafür, viele Einzelschicksale zu erzählen: „Man kann doch diesen großen dystopischen, apokalyptischen Erzählungen die vielen kleinen guten Geschichten entgegensetzen und auch sozusagen die zivilgesellschaftlichen Begebenheiten dagegensetzen.“ (Heise und Koschorke 2017).

Folgt man dieser Theorie, so kann jeder Einzelne in den Kommentarspalten Facebooks Akzente gegen das rechts-populistische Narrativ setzen.

User mit diesem Ziel schließen sich auch zunehmend zusammen und organisieren sich. Der bereits zitierte IT-Experte Kreißel engagiert sich in der Facebook-Gruppe „Ichbinhier“. Ähnlich wie die RG verabredet sich dieses Netzwerk zum Kommentieren auch zu bestimmten Zeiten – allerdings mit dem gegenteiligen Ziel. Die Mitglieder eint der Wunsch, die Diskussionen in den sozialen Netzwerken wieder in geregelte Bahnen zu lenken, jeder solle sich an ihnen beteiligen können, ohne

beleidigt oder das Ziel von Hass-Tiraden zu werden. Diese Initiative wurde mit dem Grimme Online Award ausgezeichnet. Und die Polizei Berlins lobte auf Twitter:

„Unter #Ichbinhier versammeln sich Menschen, die im Netz für die Werte der freiheitlich demokratischen Grundordnung eintreten. Dazu zählen wir uns“ (Screenshot auf Eckert und Gensing 2018).

Für diesen Kommentar erntete die Polizei wiederum innerhalb kürzester Zeit Dutzende von Anfeindungen von Profilen aus dem AfD- und Pegida-Umfeld.

Ihre eigenen Kommentare markieren die „#ichbinhier“-Aktivisten mit dem Hashtag „#ichbinhier“, um ihre Zugehörigkeit zu dieser Gruppe kenntlich zu machen. Doch die Aktivisten des rechten Lagers wiederum versuchen inzwischen bereits, diesen Hashtag zu diskreditieren. Als am Samstag, 7. April 2018 ein Mann mit einem Kleintransporter in eine Menschenmenge fuhr, war für einige Stunden unklar, um wen es sich bei dem Täter handelte, der sich nach der Tat selbst erschoss. In dieser Zeit der Ungewissheit posteten etliche rechte Trolle in den Facebook-Kommentarspalten von Informationsorganen wie faz.net bereits Sätze wie „#ichbinhier um alles zu verharmlosen und zu relativieren“ oder „#ichbinhier bitte warten sie einen Moment, bis wir in unserer Gruppe den passenden Text gefunden haben, mit dem wir die Medienseiten überschwemmen wollen“ (Kommentar unter faz.net 2018).

Wäre herausgekommen, dass es sich um einen terroristischen Anschlag durch einen Nicht-Deutschen handelte, so hätten solche Posts der Initiative #ichbinhier eine Mitschuld als „Relativierer“ und „Verharmloser“ gegeben. Als jedoch klar war, dass es sich beim Täter laut Polizeikreisen um einen psychisch labilen Deutschen handelte, wurden diese Kommentare wieder gelöscht.

Facebook selbst unterstützt #ichbinhier zwar im Rahmen der Online Civil Courage Initiative (OCCI), ansonsten hat der Social Media-Riese in der Vergangenheit jedoch eher wenig Interesse an einem Ende des Krieges der Narrative in seinen Kommentarspalten gezeigt. Viele Meldungen von Beiträgen, selbst von Beiträgen, die etwa verklausulierte Mordempfehlungen gegen Angela Merkel enthielten, wurden von Facebook mit der lapidaren Antwort, sie widersprächen nicht den Regeln des Netzwerkes abgetan. Ein Grund hierfür könnte sein: Nach dem Rückgang der anfänglichen Begeisterung für Facebook mit den seinerzeit wesentlich zahlreicheren privaten Posts, ist das Netzwerk inzwischen dankbar für jede emotionale Anbindung der User – notfalls wohl auch durch leidenschaftlich geführten Streit in Kommentarspalten der Informationsorgane.

Doch mittlerweile nehmen die Massenmedien die Verantwortung für die Kommentarspalten unter ihren Facebook-Veröffentlichungen zunehmend selbst in die Hand. Und sie tun dies durch den Einsatz von ModeratorInnen. Ohne Moderation finde man laut Kreißel bis zu 100 % mehr rechtsradikale, oft extrem

aktive Accounts in den Kommentarspalten. In moderierten Diskussionen sei die politische Ausrichtung von aktiven Profilen eher wieder ausgeglichen (Eckert und Gensing 2018).

ZDF-Satiriker Jan Böhmermann, einer der erklärten Feindbilder Reconquista Germanicas, startete im Rahmen seiner Sendung „Neo Magazin Royale“ vom 26. April 2018 (ZDFneo 2018) eine metasatirische Adaption der angeblichen Satire RG. Reconquista Internet (im Folgenden RI) ist laut Selbstdefinition eine Bürgerrechtsbewegung für „Liebe und Vernunft im Internet und eine Zivilisierung des gesellschaftlichen Diskurses in den sozialen Netzwerken.“ Böhmermann hielt bei der Bekanntgabe das deutsche Grundgesetz in die Kamera und erklärte: „Jeder, der sich an die strengen Regeln dieses geheimen Manifests hält, darf mitmachen!“ Als Dreh- und Angelpunkt dient auch bei RI ein Discord-Server, auf dem sich ausgetauscht wird und von dem aus Aktionen gegen Hass- und Hetzkommentare in den sozialen Netzwerken geplant werden. Im Mai 2018 hatte RI 62.000 Mitglieder, musste sich jedoch der Kritik stellen, sie würde den Diskurs ab (Bittner 2018).

Diese Entwicklung mag das Ende meines Artikels sein, doch die Populisten empfinden den Einsatz der ModeratorInnen in ihrer Opferhaltung erklärmaßen als Zensur, sie sehen darin also weniger „Eine neue Hoffnung“ als eher „Das Imperium schlägt zurück“. In ihrer Weltsicht ist der dritte Akt im Kampf um die Schaffung ihrer Gegenöffentlichkeit im Sinne ihres Narrativs noch nicht geschrieben.

---

## Literatur

- Ayyadi, K. (2018). Wie Reconquista Germanica auf Discord seine Troll-Armee organisiert. Belltower.news. <http://www.belltower.news/artikel/wie-%E2%80%9Ereconquista-germanica%E2%80%9C-auf-discord-seine-%E2%80%9Ctroll-armee%E2%80%9D-organisiert-13345>. Zugegriffen: 10.04.2018.
- Benz, L. (2017). Donald Trump und die populistische Erzählung. [www.narratives-management.de](http://www.narratives-management.de). <http://www.narratives-management.de/donald-trump-und-die-populistische-erzaehlung/>. Zugegriffen: 07.04.2018.
- Bittner, Jochen. (2018). Erfolgreich den Diskurs abwürgen. <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-05/jan-boehmermann-reconquista-internet-5vor8>. Auf: zeit-online. Abgerufen am 25. Juni 2018.
- Dahinden, U. (2006). Framing. Eine integrative Theorie der Massenkommunikation. Konstanz: UVK.
- D-Generation. (2017a). Shitposting 1 × 1. Das Handuch (sic!) für Medienguerillas. d-gen. de. <http://d-gen.de/2017/05/shitposting-1x1/> Zugegriffen: 10.04.2018.

- D-Generation. (2017b). Handbuch für Medienguerillas. Teil II – Open Source Meme-tic Warfare. d-gen.de. <http://d-gen.de/2017/06/handbuch-fuer-medienguerillas-teil-ii/>. Zugriffen: 10.04.2018.
- D-Generation. (2017c). Angriff auf die Filterblase. Handbuch für Medienguerillas Teil IV. d-gen.de. <http://d-gen.de/2017/07/angriff-auf-die-filterblase-handbuch-fuer-medienguerillas-teil-iv/>. Zugriffen: 10.04.2018.
- D-Generation. (2017d). Infokrieg – Open Source Memetic Warfare. d-gen.de.. <http://d-gen.de/2017/11/infokrieg/>. Zugriffen: 12.04.2018.
- Dittrich, J. (2017). Populismus im Netz – Im europäischen Vergleich liegt die AfD zurück". [www.delorsinstitut.de](http://www.delorsinstitut.de). [http://www.delorsinstitut.de/2015/wp-content/uploads/2017/09/20170917\\_PopulismusWahleninDeutschland\\_Dittrich.pdf](http://www.delorsinstitut.de/2015/wp-content/uploads/2017/09/20170917_PopulismusWahleninDeutschland_Dittrich.pdf). Zugriffen: 07.04.2018.
- Eckert, S., & Gensing, P. (2018). Analyse von Hass-Kommentaren. Lautstarke Minderheit. [www.tagesschau.de](http://www.tagesschau.de). <http://faktenfinder.tagesschau.de/inland/hasskommentare-analyse-101.html>. Zugriffen: 08.04.2018.
- Eisernes Königreich (Blogger). (2017). Kritik an Reconquista Germanica. <https://eisernes-konigreich.wordpress.com/2017/09/06/kritik-an-reconquista-germanica/>. Zugriffen: 10.04.2018.
- Faz.net (2018). "In Münster hat es mehrere Tote und Verletzte gegeben, als ein Auto in eine Menschenmenge gefahren ist. Der Hintergrund ist noch unklar", auf Facebook.com, 07. April 2018 um 16.40 Uhr, URL: [https://www.facebook.com/faz/posts/10153674042380976?comment\\_id=10153674142880976](https://www.facebook.com/faz/posts/10153674042380976?comment_id=10153674142880976)[([https://www.facebook.com/faz/posts/10153674042380976?comment\\_id=10153674142880976](https://www.facebook.com/faz/posts/10153674042380976?comment_id=10153674142880976))]. Zugriffen: 10. April 2018.
- Heise K. und Koschorke, A. (2017). Populistische Erzählungen. Kampf um Deutungs-hoheit ist in vollem Gang. Katrin Heise im Gespräch mit Albrecht Koschorke. [www.deutschlandfunkkultur.de](http://www.deutschlandfunkkultur.de). [http://www.deutschlandfunkkultur.de/populistische-erzaehlungen-kampf-um-deutungshoheit-ist-in-1008.de.html?dram:article\\_id=382204](http://www.deutschlandfunkkultur.de/populistische-erzaehlungen-kampf-um-deutungshoheit-ist-in-1008.de.html?dram:article_id=382204). Zugriffen: 07.04.2018.
- Kramm, J. (2017). Es gibt keine Smoking Gun. [www.correctiv.org](http://www.correctiv.org). <https://correctiv.org/echtjetzt/artikel/2017/09/20/interview-neudert-bots-wahlkampf-fake-news-russland-afd-bundestagswahl/>. Zugriffen: 09.04.2018
- Lauer, S. (2018). Infokrieg für die Grundschule. „Reconquista Germanica“ und „D Generation“. Belltower-News. <http://www.belltower.news/artikel/infokrieg-f%C3%BCr-die-grundschule-reconquista-germanica-und-d-generation-13197>. Zugriffen: 10.04.2018.
- Laufer, D. (2018). Angriff der Sockenpuppen. Reconquista Germanica: Wie deutsche Rechte im Internet die Öffentlichkeit manipulieren wollen. [www.badische-zeitung.de](http://www.badische-zeitung.de). <http://www.badische-zeitung.de/deutschland-1/wie-deutsche-rechte-im-internet-die-oefentlichkeit-manipulieren-wollen-149479323.html>. Zugriffen: 10.04.2018.
- Oppel, M., & Gensing, P. (2018). Troll-Attacke auf einen ARD-Film. [www.deutschland-funkkultur.de](http://www.deutschland-funkkultur.de). [http://www.deutschlandfunkkultur.de/aufbruchinsungewisse-troll-attaque-auf-einen-ard-film.2156.de.html?dram:article\\_id=410880](http://www.deutschlandfunkkultur.de/aufbruchinsungewisse-troll-attaque-auf-einen-ard-film.2156.de.html?dram:article_id=410880). Zugriffen: 09.04.2018.
- Precht, J. (2016). „Frankfurter Allgemeine Zeitung, warum...“, Kommentar unter Link zum Artikel von Soldt a.a.O. [https://www.facebook.com/faz/posts/10153674042380976?comment\\_id=10153674142880976](https://www.facebook.com/faz/posts/10153674042380976?comment_id=10153674142880976). Zugriffen: 09.04.2018.
- Priester, K. (2012). Rechter und linker Populismus. Annäherung an ein Chamäleon. Frankfurt/ Main: Campus Verlag. (S. 42.)

- Soldt, R. (2016). Mann greift Menschen mit Machete an. Faz.net. <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/mann-aus-reutlingen-greift-menschen-mit-machete-an-14355784.html#GEPC;s6>. Zugegriffen: 09.04.2018.
- Stuttgarter Nachrichten, red/dpa. (2017). Explosion im Zentrum von Rom. Stuttgarter Nachrichten. [https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.italien-explosion-im-zentrum-von-rom.76c22946-76d8-4a4e-bbb1-db310a90fe7c.html?utm\\_campaign=Echobox&utm\\_medium=Social&utm\\_source=Facebook#link\\_time=1494576932](https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.italien-explosion-im-zentrum-von-rom.76c22946-76d8-4a4e-bbb1-db310a90fe7c.html?utm_campaign=Echobox&utm_medium=Social&utm_source=Facebook#link_time=1494576932). Zugegriffen: 09.04.2018.
- Stuttgarter Zeitung, red/Reuters. (2017).: US-Küstenwache untersucht Schiff. Stuttgarter Zeitung. <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.hafenterminal-in-us-stadt-charleston-evakuierung-wegen-moeglicher-schmutziger-bombe.c4369a34-eadb-4dd3-a197-7e929bce850c.html>. Zugegriffen: 09.04.2018.
- ZDFneo. (2018). Hass im Internet – NEO MAGAZIN ROYALE mit Jan Böhmermann – ZDFneo. <https://www.youtube.com/watch?v=fAYjSLtz6wQ&t=2s>. Abgerufen am 25. Juni 2018.

**Jörn Precht**, Magister Germanistik/Anglistik der Universität Stuttgart sowie Diplom Drehbuch der Filmakademie Baden-Württemberg, erhielt 2000 den Sat.1 Talents Award für das beste Sitcom-Konzept, schrieb preisgekrönte Kurzfilme und 2004 mit am Buch für die Kinokomödie ‚Abgefahren‘. Sein MFG-geförderter Stoff ‚Der Mann, der Europa erfand‘ wurde 2009 für den Deutschen Drehbuchpreis vorgeschlagen. Precht ist seit 2008 Hörspielautor des Verlages Klett Sprachen und schreibt für die ZDF-Serien ‚SOKO Stuttgart‘ und ‚Petzi‘. Seit April 2012 ist Precht Professor für Transmediales Storytelling, Dramaturgie und Stoffentwicklung für AV- und Online-Medien an der Hochschule der Medien in Stuttgart. Er ist Mitbegründer des Instituts für Angewandte Narrationsforschung (IANA). Im Filmbüro Baden-Württemberg ist Precht seit 2002 Vorstand. 2017 erschien sein Roman ‚Das Geheimnis des Dr. Alzheimer‘. Zusammen mit der Journalistin Eva-Maria Bast schrieb er die Bände ‚Stuttgarter Geheimnisse‘ und ‚Flensburger Geheimnisse‘ aus der mehrfach preisgekrönten Buchreihe ‚Geheimnisse der Heimat‘ sowie 2018 unter dem gemeinsamen Pseudonym ‚Charlotte Jacobi‘ den 1. Weltkriegs-Roman ‚Die Villa am Elbstrand‘.



# Lügenpresse, gesunder Volkskörper, tatkräftiger Macher: Erzählformen des Populismus

Frank Gadinger

## 1 Einleitung<sup>1</sup>

Spätestens mit der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten, der Brexit-Entscheidung und dem stetigen Aufstieg populistischer Parteien und Bewegungen in weiteren Ländern (Polen, Frankreich, Deutschland Türkei, Russland) wurde deutlich, dass der Aufstieg des Populismus zu einem globalen Phänomen geworden ist, das die sozialwissenschaftliche Forschung vor die dringliche Herausforderung stellt, überzeugende Erklärungsangebote anzubieten. Das Phänomen des Populismus lässt sich nun nicht mehr auf einzelne charismatische Führungsfiguren wie Jörg Haider in Österreich und Geert Wilders in den Niederlanden bzw. auf einen speziellen, in Lateinamerika erfolgreichen, Linkspopulismus reduzieren. Der Erfolg von Trump, der Ukip Kampagne in Großbritannien sowie der Einzug der Partei *Alternative für Deutschland* (AfD) in

---

<sup>1</sup>Für hilfreiche Anmerkungen und Kommentare danke ich Michael Müller, Jörn Precht und Manuel Butz (Institut für Angewandte Narrationsforschung), die an der Hochschule der Medien Stuttgart die Tagung „Narrative des Populismus“ (Juni 2017) organisiert haben. Die in diesem Beitrag ausgeführten Überlegungen profitierten zudem von Diskussionen mit meinen Kolleginnen Katja Freistein, Elena Simon, Daniela Weißkopf und Nora Dahlhaus am Käte Hamburger Kolleg der Universität Duisburg-Essen. Für sprachliche Anmerkungen danke ich Anna Gadinger.

---

F. Gadinger (✉)  
Käte Hamburger Kolleg, Duisburg, Deutschland  
E-Mail: gadinger@gcr21.uni-due.de

den deutschen Bundestag gründen sich explizit auf einer ablehnenden Haltung gegenüber der repräsentativen Demokratie und verwendet rechtspopulistische Strategien, in denen nicht nur das Establishment zum Feindbild stilisiert wird, wie dies linke Parteien und Bewegungen auch tun, sondern in denen ein kaum für möglich gehaltener offener Rassismus gegen Minderheiten innerhalb der Bevölkerung mobilisiert wird. Bei der Suche nach Erklärungen ist es durchaus verlockend, aus einer Makroperspektive einzelne Kausalfaktoren zu bestimmen, mit denen der Rätselhaftigkeit dieses fundamentalen Politikwechsels begegnet werden kann. In diesem Kontext wird etwa meist auf die wachsende Unsicherheit durch die Globalisierung, die steigende ökonomische Ungleichheit oder das kollektive Bedrohungsgefühl durch Migrationsbewegungen verwiesen, die sich in entsprechenden Umfragen in den politischen Einstellungen der jeweiligen Bevölkerung mehr oder minder genau messen lassen und woraus dann Schlussfolgerungen zum veränderten Wahlverhalten abgeleitet werden könnten (u. a. Marcinkiewicz 2016). Allerdings bleiben diese Erklärungen einer empirischen Wahlforschung in ihrem technischen Funktionalismus und den unterstellten Rationalitätsannahmen letztlich sonderbar abstrakt und sagen wenig darüber aus, wie sich dieser fundamentale Wandel in den politischen Einstellungen der Akteure eigentlich vollziehen kann und warum sich das Unsicherheitsgefühl beispielsweise nicht in einem solidarischen Miteinander auflöst, sondern zu einem Reflex der Abschottung führen muss. Zudem bleiben die Ergebnisse widersprüchlich, die mit einer kausalen Logik darauf abzielen, dass Armut bzw. soziale Exklusion zwangsläufig zu intoleranten politischen Einstellungen führe. So erzielte beispielsweise die AfD in Deutschland gerade in *reichen* Bundesländern wie Bayern und Baden-Württemberg einen hohen Stimmenzugewinn, Trump wurde wiederum besonders von schwarzen Frauen nicht gewählt, die jedoch primär vom Armutsrisiko betroffen sind. Erklärungsversuche der empirischen Parteien- und Wahlforschung sind demnach zumindest unterkomplex, um das rätselhafte Phänomen des Populismus besser zu verstehen. Aufgrund dessen schließt dieser Beitrag an politikwissenschaftliche und kultursoziologische Studien an, die sich dem Phänomen des Populismus aus einer sprachtheoretisch interessierten Perspektive nähern und sich für Veränderungsdynamiken in der politischen Kommunikation, der demokratischen Regierungspraxis und der kulturellen Lebenswelt interessieren.

In der politikwissenschaftlichen Populismusforschung wurde zunächst versucht, Populismus als universelles Phänomen zu begreifen und einen kontext-unabhängigen Wesenskern zu identifizieren. Weitgehend einig ist man sich darin, dass der Populismus nur über eine „dünne Ideologie“ (Freeden 2017) verfügt,

die sich an eine Wirtsideologie anlehnen muss, um ein politisches Programm zu entwickeln. Karin Priester (2012, S. 3) verweist auf den Politikwissenschaftler Paul Taggart (2004), der den Populismus als „inhärent unvollständig“ beschrieb und welcher nur über ein „leeres Herz“ verfüge, was seine Schwäche sei, aber auch seine Flexibilität erkläre. Deshalb sind Versuche, die Substanz des Populismus im Sinne eines nur ihm eigenen Wertesystems zu ermitteln, weitgehend zum Scheitern verurteilt, wie beispielsweise Priester (2011, 2012) überzeugend argumentiert. Für Priester (2011, S. 190–196) bleiben etwa die drei vorherrschenden Definitionsansätze, die Populismus entweder als Ideologie, als Strategie des Machterwerbs oder als Diskurspraxis interpretieren, in ihrem allgemeingültigen Anspruch zu abstrakt und verfehlen dessen intrinsische Ambivalenz zwischen demokratischen und autoritären Stoßrichtungen. Sie plädiert dafür, sich gerade für die chamäleonhafte Anpassungsfähigkeit des Populismus zu interessieren und dessen Wesensmerkmale nicht *per se* zu definieren, sondern diese stets in ihren kulturellen Kontextbedingungen zu analysieren und Erkenntnisse aus anderen Forschungsfeldern wie der Eliten- und Charismaforschung sowie hermeneutische Ansätze stärker miteinzubeziehen (Priester 2011, S. 196).

Der Beitrag folgt dieser Aufforderung und versucht, den Erfolg des Populismus in der gegenwärtigen Politik anhand von erzähltheoretischen und narrativ-analytischen Überlegungen näher zu beleuchten. In jüngster Zeit entwickelt sich eine politikwissenschaftliche Narrativforschung (Gadinger et al. 2014a, b; Yildiz et al. 2015, 2018; Hofmann et al. 2014; Miskimmon et al. 2013), die sich für das Erzählen als universelle Kulturtechnik und Modus kollektiver Sinnvermittlung interessiert und versucht, spezifische Erscheinungsformen und Funktionsweisen im Feld der Politik zu entdecken (Gadinger und Yildiz 2017). Eine stärkere Beschäftigung mit dem Phänomen des Populismus aus narrativanalytischer Perspektive erscheint aus zweierlei Gründen analytisch gewinnbringend.

*Erstens* interessiert sich die Narrativanalyse für die Strukturierungsleistung und Verständigungskraft des Erzählens in kommunikativen Prozessen, „wo im streng rationalen oder diskursiven Sinne Kommunikation an den jeweiligen Beharrungskräften eigentlich scheitern müsste“ (Gadinger et al. 2014a, S. 9). Da das Erfolgsgeheimnis des Populismus gerade in seiner Anpassungsfähigkeit und Flexibilität zu liegen scheint, sollte die intensivere Beschäftigung mit dem narrativen Element des Politischen Aufschluss darüber geben, wie es bestimmten populistischen Erzählformen gelingt, nicht trotz, sondern *wegen* bewusster Sinntrübungen und Vieldeutigkeiten das „Stimmvolumen einer Erzählung gerade zu erweitern“ und „ihre Suggestivkraft zu erhöhen“ (Koschorke 2012, S. 21). Was viele kritische Beobachter verwundert, ist, dass es populistischen Narrativen häufig gelingt, faktische Gegenevidenzen zu ignorieren bzw.

in die scheinbar zwingende Logik der eigenen Erzählung aufzunehmen und dies die Überzeugungskraft beim Publikum keineswegs beschädigt.

Dies verdeutlicht *zweitens*, dass Erzählungen keinem intrinsischen Wahrheitskriterium verpflichtet sind und die Ebene der rationalen Argumentation in populistischen Erzählspielen zunehmend unwichtiger wird. Der Erfolg populistischer Narrative entscheidet sich primär auf einer affektiven Ebene und zielt darauf ab, brüchig gewordene Identitäten durch sinnstiftende Erzählungen zu stabilisieren. Ähnlich der Funktion von Mythen geht es auch bei Narrativen stets darum, Ängste zu bewältigen, Sinn zu stiften und Handlungsorientierung anzubieten (Koschorke 2012, S. 10), was in der kausalen Modellierung je nach Situation entweder bewusst vereinfachend oder auch erzählerisch verdichtet sein kann. Allerdings zeigt sich besonders im Phänomen des Populismus, dass politische Akteure wie Trump, Marine Le Pen oder Alexander Gauland um den Wert und die Notwendigkeit einer ‚guten Geschichte‘ wissen und damit die Rolle des Erzählers im Sinne der klassischen Rhetorik ernster nehmen als dies im gegenwärtigen Politikbetrieb üblicherweise geschieht, wo in den parlamentarischen Routinen allzu häufig auf die zwangsläufige politische Legitimität durch Verfahren vertraut und das Wechselspiel aus Rechtfertigung und Kritik in der öffentliche Auseinandersetzung gescheut wird (u. a. Geis et al. 2012; Rosanvallon 2012). Die narrative Konstruktion guter Geschichten als kreativer Aneignungsprozess und bewusste machtpolitische Weltintervention kann in dieser Hinsicht als Reaktion auf die schleichende Legitimationskrise der liberalen Erzählung interpretiert werden, die sich in ihrer ökonomischen Ausrichtung nach Effizienzkriterien zunehmend zu einer bloßen Besitzstandsideologie entwickelt hat (u. a. Streeck 2013; Nachtwey 2016; Crouch 2011).

So wird in diesem Beitrag die These vertreten, dass sich der Erfolg populistischer Narrative nur in Wechselwirkung zur Vertrauenskrise einer unglaublich gewordenen liberalen Erzählung eines allgemeinen Fortschrittsversprechens verstehen lässt. Der in vielen Ländern entstandene Antagonismus zwischen populistischen und liberalen Narrativen ist jedoch nicht auf der Ebene der rationalen Argumentation auflösbar – beispielsweise durch die Strategie des Faktenchecks – wodurch die gegenseitige Feindseligkeit eher reproduziert wird. Vielmehr bewegen sich populistische Narrative meist auf einer rein affektiven Ebene, binden liberale Elemente (Freiheit, Gleichheit) in einer perversierten Weise in ihre Erzählformate ein und mobilisieren dadurch brüchig gewordene kollektive Identitäten. Fünf populistische Erzählformen sind von zentraler Bedeutung, wobei der Fokus hier auf rechtspopulistischen Bewegungen und Parteien lag: die Aversion gegen das Establishment, Funktionseleiten und Intellektualität, die mit dem Topos des Verrats verbunden ist; die Reaktivierung von Opfermythen und Heldengeschichten;

die Beschwörung des zu schützenden *Volkskörpers* durch externe Feindbildkonstruktionen, die auf die Mobilisierung von Ängsten abzielt; die *einfache Herkunft* als Glaubwürdigkeitsversprechen und die Verklärung der Heimat; die widersprüchliche Inszenierung von Moral und Exzess.

Der Beitrag geht in drei Schritten vor. Zunächst gehe ich auf Überlegungen aus der Populismusforschung ein und versuche, anhand identifizierter Wesensmerkmale und sprachlicher Politikstile Anknüpfungspunkte für dominante Erzählformen und rhetorische Strategien herauszuarbeiten. Zweitens verdeutliche ich die Relevanz der Erzählforschung für die politikwissenschaftliche Beschäftigung mit dem Populismus und gehe besonders auf die Verbindung von Narration und Emotion in der populistischen Sprache ein. Methodologisch schließe ich an frühere Überlegungen zur Narrativanalyse an (Gadinger et al. 2014b, 2015; Yildiz et al. 2018), die sich in der interpretativen Rekonstruktion vor allem auf wirkungsmächtige Metaphern, Rollenzuschreibungen und Plotkonstruktionen fokussiert hat. Die Rekonstruktion der fünf dominanten Erzählformen ergibt sich aus der Beschäftigung mit populistischen Wahlkampagnen der jüngeren Zeit und greift auf unterschiedliche Fälle (Deutschland, Polen, Frankreich, Großbritannien und USA) zurück. Im Fazit beziehe ich mich auf aktuelle Vorschläge, wie dem feindseligen Antagonismus zwischen liberalen und populistischen Narrativen zu begegnen ist und greife hier sowohl auf das Modell der „narrativen Demokratie“ (Rosanvallon 2017) zurück als auch auf Kathrin Rögglas (2017) Vorschlag, „Zwischengeschichten“ zu erfinden, die sich dem ideologischen Antagonismus gesellschaftlicher Polarisierung bewusst entziehen.

---

## 2 Anknüpfungen an die Populismusforschung: Wesensmerkmale und Politikstile

Wie bereits in den einführenden Bemerkungen deutlich wurde, ist es schwierig, den Populismus zu definieren. Allerdings gibt es Minimaldefinitionen, wie dies etwa Cas Mudde (2004) versucht hat, wonach sich Populismus primär durch einen Antagonismus auszeichnet zwischen einem als homogen gedachten *reinen* Volk und einer dessen politischen Willen entgegenstehenden politischen Elite, die häufig als Establishment charakterisiert und als korrupt gebrandmarkt wird. Das ideologische Minimum beruht demnach im Gegensatz zwischen Volk und Elite auf einer vertikalen Achse, wobei sich um die Achse ein Bündel nicht variabler Vorstellungen gruppiert, die nicht politisch, sondern moralisch verankert sind (Priester 2012, S. 4).

## 2.1 Wesensmerkmale des Populismus

Für Priester (2012, S. 4) zeichnet sich der Populismus durch folgende Merkmale aus: „Berufung auf den *common sense*, Anti-Elitarismus, Anti-Intellektualismus, Anti-Politik, Institutionenfeindlichkeit sowie Moralisierung, Polarisierung und Personalisierung der Politik“. Das Grundaxiom ist nach Priester (2012, S. 4) die Berufung auf den *common sense*, in dem aus populistischer Sicht der ‚gesunde Menschenverstand‘ dem Reflexionswissen von Intellektuellen nicht nur ebenbürtig, sondern überlegen ist, weil er auf konkreter lebensweltlicher Erfahrung beruht, noch nicht „vom Virus des modernen Skeptizismus“ infiziert ist und daher noch einen „unverfälschten ‚gesunden‘ Zugang zu Recht und Wahrheit“ hat.

Unabhängig von seiner Verortung auf der Rechts-Links-Skala zielt der Populismus stets auf eine Aversion gegen die vermeintliche Bevormundung des Volkes durch Funktionseleiten, wie sich dies etwa im Feindbild der ‚Technokraten von Brüssel‘ manifestiert. Die Anti-Politik leitet sich aus der Elitenfeindlichkeit ab und zielt auf die Erschütterung jeglichen Vertrauens gegenüber dem korrupten, schmutzigen Geschäft der Politik, wobei es keinesfalls um eine konstruktive Haltung einer Alternative geht. Der Gestaltungswille wird vielmehr durch eine destruktive Haltung ersetzt, etwa der Abschaffung von *Obamacare* durch Trump oder dem Austritt Großbritanniens aus der EU, die sich nicht auf ein eigenes Programm stützen und keine konkreten politischen Lösungsvorschläge formulieren. Die Institutionenfeindlichkeit manifestiert sich wiederum im Anspruch eines ungefilterten Volkswillens, so dass intermediäre Organe meist abgelehnt werden, wobei der Populismus in einer „Grauzone zwischen loyaler und illoyaler Opposition“ agiert und einen Demokratismus postuliert, der es darauf anlegt, „die Verklammerung von Rechtsstaatlichkeit und Mehrheitswillen zu zerbrechen“ (Priester 2012, S. 5). Die Moralisierung der Politik schließt wiederum an die Abgrenzungslogik zwischen einer dekadenten, moralisch verkommenen Elite und den traditionellen Werten des *einfachen* Volkes an, was sich beispielsweise in Fragen von Bildungszielen (Aufklärung), Frauenrechten (Abtreibung) und der Rolle von Religion im Staat manifestiert.

Im Gegensatz zum Linkspopulismus zeichnet sich der Rechtspopulismus jedoch durch ein weiteres Wesensmerkmal aus, nämlich der Abgrenzung „gegen jene, die als dem Volk nicht zugehörig gedacht werden“, wenngleich diese „äußeren Feinde“ je nach Partei und Bewegung ganz unterschiedlich gefasst werden können (Lewandowsky 2015, S. 121). Im Rechtspopulismus wird demnach ein Nativismus propagiert, wonach sich Vorrechte vermeintlich natürlich-einheimischer Gruppen gegenüber ethnischen, religiösen und anderen Minderheiten beanspruchen

ließen, die den populistischen Volksbegriff damit stets in einer Logik aus Höherwertung und Abwertung einordnen (Lewandowsky 2015, S. 122). Hierin zeigt sich ein monistisches Gesellschaftsbild und der Versuch, die Deutungshoheit über den *Beginn* der eigenen gesellschaftlichen Geschichte bestimmen zu können, um moralische Zuweisungen eines vermeintlich reinen Volkes vornehmen zu können (Freeden 2017, S. 4). In diesen Souveränitätsansprüchen geht es weniger um die räumliche Kontrolle des Landes, sondern um die Verkörperung von Machtansprüchen aus der Logik *we were here first*, woraus die autoritative Entscheidungsgewalt abgeleitet werden kann (Freeden 2017, S. 4). Dies betrifft die historische Dimension von Erinnerungspolitik, wenn etwa frühere Kriegsverbrechen aus der Geschichtsbeschreibung verschwinden sollen, aber auch den kulturellen Hintergrund in der Asyl- und Migrationspolitik, der die Widersprüche fortlaufender Immigration in der historischen Entwicklung von Gesellschaften ausklammern möchte.

## 2.2 Stilmittel des Populismus

Die hier identifizierten Wesensmerkmale des Populismus spiegeln sich in entsprechenden Stilmitteln der politischen Sprache wider. Vor diesem Hintergrund ist es wenig verwunderlich, dass PopulistInnen zu vereinfachender Sprache neigen, die sich der Komplexität politischer Problemstellungen gar nicht annehmen will und stattdessen einfache Schuldzuweisungen im Gegensatz von Freund und Feind vorzieht. Frank Decker und Marcel Lewandowsky (2017) haben einige Stilmittel des Populismus identifiziert, in denen sich die rhetorische Ansprache mit einer entsprechenden Ästhetik des Auftrets verknüpft. Diese sind auch für meine narrativanalytische Forschungsperspektive relevant, da sich hier auch erzählerische Elemente zeigen, die übergreifenden Charakter besitzen. Der Rückgriff auf *common sense*-Argumente folgt beispielsweise der Gleichsetzung von individueller und kollektiver Moral, wonach sich eine bewährte Maßnahme im privaten Bereich unweigerlich auf den öffentlichen Bereich übertragen lasse; exemplarisch in der Wirtschaftspolitik. Populisten haben eine Vorliebe für radikale Lösungen und fordern stets „das beherzte Durchgreifen, den großen Wurf“ (Decker und Lewandowsky 2017), was wiederum eine kaum vorhandene Kompromissfähigkeit impliziert und eine Sprache der Dringlichkeit forciert. Die Konstruktion des Feindbildes folgt häufig einer Personifizierung, in dem gesellschaftliche Probleme auf bestimmte Personengruppen projiziert werden. Zudem werden verschwörungstheoretische

Begründungen verwendet, die häufig auf Opfermythen rekurrieren. Ein häufiges Stilmittel ist die Provokation und der kalkulierte Tabubruch, der darauf abzielt, sich über die „Gebote politischer Korrektheit“ lustvoll hinwegzusetzen und das „linksliberale Meinungskartell“ zu entlarven (Decker und Lewandowsky 2017). Der Tabubruch ist jedoch in der Regel inszeniert und operiert mit dem Trick der Tabubrecher, die sich als Befreier stilisieren (u. a. Jürgen Möllemann, Thilo Sarrazin), obwohl die vermeintlichen Missstände und Tabuvorwürfe (Antisemitismus, Parallelgesellschaften) meist gar nicht verschwiegen werden bzw. verdrängt werden, sondern – wie in der Ablehnung von Antisemitismus in der Bundesrepublik – Ergebnis eines mühsamen und fortwährenden diskursiven Lernprozesses sind (Schröder und Mildnerberger 2012, S. 46 f.). Die Emotionalisierung und das Schüren von Angst sind darauf ausgelegt, Stimmungen und Ressentiments anzuheizen und beispielsweise Unsicherheitsgefühle und Statusängste zu verstärken. Politik erfährt im Populismus eine starke Personalisierung und beruht auf einer emotionalen Beziehung zwischen Volk und Leader, die sich meist als eine Person aus dem Volk legitimiert und als RetterIn des bedrohten Gemeinwesens auftreten kann (Diehl 2012, S. 17 f.). Eines der radikalsten Stilmittel ist die Nutzung von biologistischen Metaphern und Gewaltbildern, in denen die Ablehnung des Fremdartigen durch „sexuelle, medizinische oder Tiermetaphern zum Ausdruck gebracht“ wird, die „das Bild einer kranken, von Zerfall und Zersetzung bedrohten Gesellschaft zeichnen sollen“ (Decker und Lewandowsky 2017). Schließlich lassen sich Metaphern in der populistischen Sprache erkennen, die im Anschluss an Paul Taggarts Begriff des *heartland* den Traum von der „Rückkehr zu einem realen oder imaginierten goldenen Zeitalter“ (Priester 2011, S. 196) heraufbeschwören und die Ränder der vergessenen Peripherie im Gegensatz zu einem Machtzentrum der Eliten bewusst aufwerten.

Wie sich in diesen Stilmitteln zeigt, arbeiten populistische Botschaften stets auch mit narrativen Elementen, ob dies in drastischer Körperschafts-metaphorik geschieht, oder durch eine Beschwörung von Ängsten durch tragische bzw. apokalyptische Plotkonstruktionen. Versuche, wie jener von Decker und Lewandowsky (2017), rhetorische Stilmittel und spezifische Metaphern der populistischen Sprache zu systematisieren, sind bislang rar und integrieren nur zögerlich Erkenntnisse aus der Narrativforschung. Die folgenden Ausführungen versuchen, diese begonnenen Verknüpfungen zwischen Wesensmerkmalen und Politikstilen in der politikwissenschaftlichen Forschung mit einer stärker sprach- und erzähltheoretischen Forschung weiter auszubauen.



### 3 Die Relevanz der Narrativforschung zur Analyse populistischer Sprache

In der politikwissenschaftlichen Forschung wird häufig darauf verwiesen, dass Narrative in ihrer Funktion der Komplexitätsreduktion unmittelbar relevant für die Beschreibung von Problemlagen und der Formulierung von Handlungsoptionen sind (Miskimmon et al. 2013). Diese strategische Lesart übersieht jedoch, dass das Erzählen als Kulturtechnik immer auch dem Vorwurf ausgesetzt war, durch erfundene Geschichten Unordnung zu verbreiten und Unsinn zu erzeugen und demnach als Medium der Kommunikation äußerst unzuverlässig zu sein. Dieser Vorwurf ist nicht unbegründet, da sich die Erzählung keineswegs um einen ständigen Abgleich mit der Realität kümmern muss. Das Erzählen verfügt wie das Denken und Sprechen über „kein hinreichendes intrinsisches Wahrheitszeichen“ (Koschorke 2012, S. 12). Albrecht Koschorke (2012, S. 12) erläutert dieses Zusammenspiel folgendermaßen:

Wie in einem Wirbel mischen sich darin Elemente von Wahrheit, Anschein, Hörensagen, Unwissenheit, Irrtum und Lüge. Erzählungen können frei zwischen beiden möglichen Extremen hin- und hergleiten, sich auf eine ihnen gemäße Art der Wirklichkeitstreue verpflichten oder aber ihren Realitätsbezug gänzlich kappen, ohne ihrer inneren Bereitschaft nach von dieser Alternative berührt zu sein.

Zur Analyse populistischer Sprache ist diese ontologische Indifferenz des Erzählens elementar, denn sie konfrontiert uns mit der Loslösung von den normativen Prämissen einer rationalen Diskursethik. Die Vorstellung eines erzählenden Akteurs (*homo narrans*) denkt den Menschen vielmehr in seinem Vermögen, „zu der Wirklichkeit, in der er lebt, sowohl ja als auch nein sagen zu können; moralisch gewendet, zu lügen; oder genauer, in der Fähigkeit, die Differenz zwischen real und unreal, wahr und falsch auszusetzen, aufzuheben, mit ihr zu spielen“ (Koschorke 2012, S. 12). Das Akteursmodell eines *homo narrans* lehnt sich nicht zufällig an die Vorstellung eines spielenden Akteurs (*homo ludens*) an (Huizinga 2014), da sich beim Erzählen in den meisten Fällen ein Handlungsspielraum ergibt und zudem spielerische Fähigkeiten wie Kreativität und rhetorische Kunstfertigkeit gefragt sind. Politische Akteure, die sich populistischer Erzählstrategien bedienen, wissen nur allzu gut um die Vorzüge und Möglichkeiten des *homo narrans* und vertrauen in entsprechenden Wahlkampagnen und öffentlichen Auftritten den rhetorischen Fähigkeiten, wobei sie sich in ihren Erzählstoffen stets flexibel zwischen Spiel und Kampf bewegen. Diese ontologische Indifferenz von Erzählungen führen uns gerade Populisten vor Augen, die in ihrer Kommunikation die

ganze Bandbreite von Möglichkeiten ausnutzen. Für Koschorke (2012, S. 17) kann das Erzählen „als Technik der Wissensübermittlung anerkannt oder verworfen werden, mit tieferen Wahrheiten im Bunde stehen oder den Makel der Betrügerei in sich tragen. Uneindeutigkeit hinsichtlich der Alternative wahr/unwahr betrifft also nicht nur den Inhalt der jeweiligen Einzelgeschichte, sondern ganz allgemein die kulturelle Gültigkeit der symbolischen Transaktionen, bei denen von der Technik des Erzählens Gebrauch gemacht wird.“

Allerdings wäre es zu einfach, diese uneindeutige Macht von Erzählungen allein in der populistischen Sprache finden zu wollen. Die gegenwärtige Rede vom „postfaktischen Zeitalter“ verklärt zumindest, dass die starre Trennung zwischen Mythos und Logos bzw. Fiktion und Realität in der politischen Sprache gar nicht durchzuhalten ist und der epistemische Bewertungsmaßstab zwischen Wahrheit und Lüge stets flexibel ausgelegt wurde. Wenn der ehemalige deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl etwa nach der Wiedervereinigung „blühende Landschaften“ im Osten der Republik versprach oder der französische Präsident Emanuel Macron im Glanz von Versailles an die *Grande Nation* appelliert, dann zeigen sich hier sowohl die fiktive Biegsamkeit politischer Versprechen als auch die Bedeutung der Inszenierung in der Politik. Diese erzählerische Grauzone lässt sich etwa auch in den Rechtfertigungen politischer Akteure in parlamentarischen Untersuchungsausschüssen beobachten. Was jedoch in populistischen Erzählstrategien deutlich zunimmt, ist die Bedeutung der Ausrede als rhetorische Technik der öffentlichen Auseinandersetzung, die auch unter narrativen Gesichtspunkten interessant ist. Wie Fritz Breithaupt (2017, S. 220) argumentiert, sind zwar Rechtfertigung und Ausrede beide an die Beschuldigung gekoppelt, jedoch bestreitet die Rechtfertigung den grundlegenden Sachverhalt nicht, während die Ausrede narrativ verfäht und in einem kreativen Akt des Erzählens eine Gegenversion der Geschehnisse liefert. Mit der bloßen Möglichkeit von Ausreden kommen mithin Verdacht und Zweifel auf, wodurch der Wahrheitsgehalt von Rede als akkurate Darstellung eines Sachverhalts infrage gestellt wird. Mit der Ausrede und der Rechtfertigung wird das Verständnis der sprachlichen Abbildung von Wirklichkeit verwandelt, denn „in der Ausrede erschöpft sich die sprachlich dargestellte Handlung nicht in ihrer Referenz auf einen abgebildeten Sachverhalt, sondern zeigt, dass der gleiche Sachverhalt unterschiedlich und mit unterschiedlichen Konsequenzen verbalisiert werden kann und insofern zunächst vor allem ein sprachlich-narrativer Vorgang ist“ (Breithaupt 2017, S. 221). Die Multiversionalität ist zwar in der Narrativforschung ein grundsätzliches Merkmal mit dem Verweis auf die Kontingenz der Sprache und die polyphonen Eigenschaften des Diskurses, in der Ausrede wird dies jedoch zum ständigen Instrument, um die Grenze zwischen Lüge, Ausrede und Rechtfertigung zu verwischen und den

Zweifel als Grundimpuls gegenüber jeglicher politischen Botschaft und deren Wahrheitsversprechen zu mobilisieren. So lügt Trump durchschnittlich fünfmal pro Tag, während Obama zweimal im Jahr in der Öffentlichkeit log (Friedmann 2018). Gleichzeitig ließ sich Obama korrigieren; Trump tut dies nicht, sondern greift diejenigen an (Journalisten, Wissenschaftler, Richter), „die ihm die Wahrheit sagen“ (Friedmann 2018). Hier wird deutlich, dass es in populistischen Strategien, wie dem bewussten Einsatz der ständigen Lüge, weniger um das Wort, sondern den psychologischen Effekt geht, sich nicht korrigieren zu lassen und dadurch Stärke zu demonstrieren. Ist der Redner aufgrund eines Tabubruchs oder einer Lüge, die sich nicht mehr bestreiten lässt, in die Enge getrieben, fällt dieser in die Praktik der Beschwichtigung zurück, dass dies *nicht so gemeint war* und *falsch verstanden* worden sei (Yildiz 2015). Dies verweist bereits auf die enge Verbindung von Narration und Emotion als elementare Eigenschaft populistischer Erzählstrategien.

### 3.1 Populistisches Erzählen: die Verbindung von Narration und Emotion

In der populistischen Rhetorik lässt sich eine „Politik des Überrumpelns“ feststellen, in der er es weniger um die Kunst des politischen Fingierens geht, sondern um die ständige Überrumpelung mit neuen Behauptungen, die „gar nicht mehr verhehlen, dass sie erstunken und erlogen sind“ (Röggla 2017). Die Gegenevidenz interessiert in dieser Logik auch gar nicht mehr, da es in der Rede vor allem um den Effekt beim Publikum geht, der weitaus stärker auf der emotionalen Ebene operiert und kollektive Gefühle von Wut, Empörung oder Einigkeit mobilisieren kann. Die Narrativanalyse interessiert sich dafür, wie es mächtigen Erzählinstanzen gelingt, ein Geschehen so lebensecht auszumalen und dem Publikum nahe zu bringen, dass sich kaum jemand der Illusionswirkung entziehen kann, wobei die affektive Energie eine zentrale Rolle spielt, da sie dafür sorgt, dass Ereignisse und Zusammenhänge am Ende als „wirklich und sozial unumgänglich“ verstanden werden (Koschorke 2012, S. 104). So besteht ein enger Zusammenhang zwischen der erfolgreichen, gemeinschaftsbildenden Wirkung und Resonanz einer Erzählung und dem jeweils aktivierten Affektregister, allerdings ist die Frage, aufgrund welcher Faktoren Narrative sich ausbreiten und Gruppen- oder Milieugrenzen überspringen, ein kaum erschlossenes Forschungsgebiet, wie Koschorke (2012, S. 105) bemerkt. Dabei macht es einen Unterschied, wie Koschorke (2012, S. 105) weiter ausführt, ob sich Erzählgemeinschaften im Zeichen der Selbstfeier, der Herausforderung, akuten Gefahr

oder gemeinsam zu tragenden Kränkung versammeln. Aus der Geschichte der Nationalmythologie ergibt sich etwa, dass Niederlagen einen größeren Inklusionseffekt ausüben als Triumphe, weshalb viele moderne Staaten auf Geschichten eines nationalen Opfergangs rekurren; gerade traurige Erzählstoffe scheinen in hohem Maße zu affektiver Partizipation einzuladen (Koschorke 2012, S. 105). Wie sich in der Ausführung der populistischen Erzählformen zeigt, spielen politische Akteure wie Trump, Erdogan oder Kaczynski je nach Situation mit Verweisen auf historische Größe, akuter Gefahr oder gemeinsamer Niederlage, wobei die Kränkung eine besondere Stellung einnimmt.

Wenn diese Erzählspiele nun mit weiteren Redefiguren wie dem ‚verratenen Volk‘ verbunden werden, dann kann dies zwar auf den ersten Blick vereinfachend und meist inkonsistent sein, erzeugt jedoch ein kollektives Erregungspotenzial und folgt einem strategischen Kalkül. Wenn sich Trump in den Debatten mit Hilary Clinton blamierte und von ihr als ungebärdiges Kind vorgeführt wurde, hat dies beim Kern seiner Anhänger, die die Erfahrung der Demütigung nur allzu gut kennen, vermutlich eher einen Solidarisierungseffekt ausgelöst (Koschorke 2017). Dies bedeutet keineswegs, wie Koschorke argumentiert, dass die Anhänger Trumps ihn nicht aus Gründen der Selbsterkenntnis durchschauen und dass sie ihm seine Parolen abkaufen, sondern unterstützt die These, dass es im Signalsystem populistischer Rhetorik weniger um den wörtlichen Inhalt geht, sondern um die affektiven Elemente und Gruppensignale in einer doppelten Botschaft: „einerseits unterdrückt und benachteiligt zu sein (selbst dann noch, wenn sie an die Schalthebel der Macht gelangt sind), sich andererseits an einer rücksichtslosen Selbstermächtigung zu berauschen“ (Koschorke 2017). Das Argument in einer rationalen Diskursethik hat diesem Erzählspiel mit seinen destruktiven Energien wenig entgegenzusetzen. Der Antagonismus zwischen liberalen und populistischen Narrativen ist auch deshalb schwer zu überwinden, da sich für die Anhänger neo-autoritärer Protestbewegungen im geltenden gesellschaftlichen Diskurs kaum Artikulationsmöglichkeiten bieten. Aufgrund dessen bestärkt es die Anhänger in ihrem Hass auf das bestehende System, wenn sie nach jeder Art der Äußerung als gesellschaftliche Verlierer stigmatisiert werden und sich paternalistische Zurechtweisungen anhören müssen (Koschorke 2017); Sigmar Gabriels Rede vom *Pack* im Kontext der Pegida-Demonstrationen ist hierfür exemplarisch.

Die Herausforderung der Narrativanalyse besteht demnach darin, zu klären, welchen populistischen Erzählformen es gelingt, die unterschiedlichen kollektiven Emotionen von Wut, Hass und gemeinsamen Leidenserfahrungen in entsprechenden Bevölkerungsgruppen zu mobilisieren und dadurch letztlich politisch wirkungsmächtig zu werden.

### 3.2 Die Methodik der Narrativanalyse: Metaphern, Rollen und Plots

Die interpretative Rekonstruktion von Narrativen unterliegt gewissen Schwierigkeiten, da sich jede Operationalisierung einer Narrativanalyse notgedrungen auf Beobachtungspunkte beschränken muss und dadurch dem fluiden und vielschichtigen Prozess des Erzählens kaum gerecht werden kann. In früheren Studien hat sich herausgestellt, dass der analytische Fokus auf drei zentrale Elemente der narrativen Realitätskonstruktion zielführend ist, um stichhaltige Anhaltspunkte für die entsprechenden kollektiven Strukturierungen politischer Problembeschreibungen zu erhalten, die auch in der Entwicklung populistischer Narrative elementare Bedeutung haben. Im Zentrum stehen hier vor allem Metaphern, Rollen und Plots, die in ihrer Verbindung eine narrative Verfahrenstechnik bilden und den methodologischen Einstieg in die Analyse erleichtern; in diesem Beitrag die Rekonstruktion dominanter Erzählformen in der populistischen Sprache.

Einen guten Ausgangspunkt bildet demnach erstens die Identifikation relevanter Leitmetaphern. Als semantisch offene Bezugsrahmen verfügen sie über kognitive, normative und dialogische Kräfte (Gadinger et al. 2015, S. 15). Die kognitive Funktion von Metaphern wird insbesondere dort erkennbar, wo politische Akteure versuchen, rätselhafte Ereignisse und kontingente Erfahrungen zu ordnen und Handlungsmöglichkeiten zu erkennen. Metaphorische Beschreibungen helfen, als „mentale Konzepte“ (Lakoff und Johnson 1998) in schwer zu durchschauenden Situationen oder Krisenphasen, die Sprachlosigkeit zu überwinden und handlungsfähig zu werden. Die Zuschreibung der zunehmenden Migration in Europa 2015 als *Flüchtlingskrise* suggerierte bereits eine Dringlichkeit, die durch weitere Metaphern wie *Flüchtlingsströme*, *-wellen*, *-lawinen* eine dominierende Bedeutung erhielt, die sich stark an Naturkatastrophen anlehnte und dadurch ein Gefühl bedrohter Sicherheit erwecken konnte. Metaphern erfüllen demnach nicht nur deskriptive Funktionen, sondern besitzen auch normative Kräfte, da sie Einfluss auf die Vorstellungswelt der Akteure ausüben und Handlungsoptionen bestimmen. Die kollektive Sorge, die *Ströme* und *Wellen* nicht mehr kontrollieren zu können, legt dann *rettende* Maßnahmen nahe, die sich an der Sprache der Naturgewalten orientieren und den drohenden Kontrollverlust durch die Verstärkung und Sicherung der Grenzen als notwendig erscheinen lassen und gleichzeitig die Auseinandersetzung mit dem menschlichen Einzelfall und die je eigene Verstrickung in Konfliktursachen unnötig werden lassen. Hätte sich beispielsweise die Zustandsbeschreibung einer *Willkommenskultur* mit ihren humanen Motiven auch europäisch durchgesetzt, würden sich

gänzlich andere Handlungsoptionen ergeben, die nicht allein auf die Frage *der gerechten Verteilung* zielen und kooperatives Handeln blockieren. Die dialogische Kraft geht aus der interpretativen Offenheit von Metaphern hervor, deren kognitive wie normative Funktionen stets prekär sind und jederzeit scheitern können. Gerade unter den Bedingungen der Polyphonie und der ständigen Bedeutungskonkurrenz geht die Möglichkeit hervor, über politische Sachverhalte streiten zu können und Wirklichkeitskonstruktionen durch neue Beschreibungen zu hinterfragen. So gesehen besteht die Aufgabe von Metaphern nicht etwa darin, „eine präzise Bezeichnung einer realen Situation zu erzeugen, für deren Beschreibung die Worte fehlen [...], sondern diese Realität durch selektive Repräsentationen in eine imaginäre Bildökonomie zu übersetzen“ (Mackenthun 2010, S. 123), um so kontingente Realitäten beherrschbar zu machen. Wie sich nicht nur im Fall der sogenannten Flüchtlingskrise zeigt, nutzt die populistische Sprache in hohem Maße metaphorische Beschreibungen zur Mobilisierung kollektiver Emotionen und zielt besonders auf die selektive Repräsentation narrativer Bedeutungskonstruktion.

Die spezifische Ausformung von Leitmetaphern lässt zweitens Rückschlüsse auf die Rollenzuschreibungen zu, mit denen stets moralische Wertungen verbunden sind. Wenn im Fall der sogenannten Flüchtlingskrise Geflüchtete nicht als Schutzsuchende charakterisiert werden, sondern als Eindringlinge, die das Gemeinwesen bedrohen, dann wird nicht nur eine komplexe Problemlage auf wenige *Schuldige* projiziert, sondern auch ein dauerhaftes Machtverhältnis begründet. In einem solchen Diskursklima werden MigrantInnen dann nicht als mögliche ProblemlöserInnen gesehen (Chance für den Arbeitsmarkt), sondern stets durch abwertende Zuschreibungen, wie die pauschale Verurteilung als Kriminelle oder Terrorverdächtige, diskreditiert. So legitimierte Trump etwa die von ihm propagierte Maßnahme des Baus einer Mauer zwischen Mexiko und den USA stets mit dem Verweis, dass er das Land vor „Drogendealern, Kriminellen und Vergewaltigern“ schütze und diese sogar dafür zahlen müssten, was wiederum die moralische Schuldzuweisung verfestigt. Über die Zuweisung der Rollenmuster werden dem Diskurs also moralische Wertungen eingepflanzt, die das Publikum darüber informieren, wer gegenwärtige Probleme in der Politik verursacht und wer diese löst. Die klassischen Rollen in der Politik folgen auch den Genres von Film und Literatur in der Gegenüberstellung von Helden und Schurken, die im Populismus besonders ausgeprägt sind. Jedoch spielen hier auch weitere Figuren wie der Intrigant, die Verräterin, der Retter oder die doppelzüngige Verschwörerin eine besondere Rolle, da die gewählten Plots entweder mit den

Motiven von Verschleierung und Verschwörung arbeiten oder mit Helden-  
geschichten.

Das Zusammenspiel von Metapher und Rollenmuster lässt schließlich drit-  
tens die Dimension von Zeitlichkeit erkennen, die sich in der Konstruktion  
entsprechender Plots ausdrückt. Die klassischen Plotkonstruktionen, wie die Tra-  
gödie oder die Romanze, sind in der Politik nicht nur in der Beschreibung von  
Policy-Problemen wirkungsmächtig, sondern auch in der Legitimation von poli-  
tischen Entscheidungen. So kann vor dem Hintergrund eines drohenden Unter-  
gangs in unterschiedlichen Politikfeldern (Terrorbekämpfung, Migration) die  
Krise zur permanenten Rechtfertigungsfolie für die Notwendigkeit eines Han-  
delns im Ausnahmezustand werden. Zudem kann ein vermeintlich drohender  
Staatskollaps, wie er etwa in der „Flüchtlingskrise“ beschworen wurde, eine  
Politik der Dringlichkeit forcieren, die jedes Zögern im politischen Handeln  
als Schwäche auslegt und die Komplexität einer Problemlage bewusst aus-  
klammert. Zwar können Untergangserzählungen kollektive Ängste schüren,  
wie dies auch im Populismus häufig angelegt ist, jedoch sind diese wenig inno-  
vativ und erzeugen keine Aussicht auf eine bessere Zukunft, die zur Mobilisie-  
rung von Wählern letztlich entscheidend ist. So gelang es Trump, mit seinem  
politischen Narrativ *Make America Great Again* viele Wähler zu überzeugen,  
da trotz der schlichten Botschaft eine Verbindung aus vergangener Größe und  
einer besseren Zukunft für alle sinnhaft wurde und zudem an die Gemeinschaft  
als kollektive Handlungsaufforderung appellierte. Der Verweis auf Amerikas  
idealisierte, glorreiche Vergangenheit ist ein gutes Beispiel für den selektiven  
Umgang mit der Geschichte in populistischen Narrativen und spiegelt sich nicht  
nur in Gründungserzählungen, sondern auch in Opfermythen, die besonders dazu  
geeignet sind, eigene politische Verantwortlichkeiten zu kaschieren und morali-  
sche Schuldfragen emotional aufzuladen.

---

## 4 Erzählformen des Populismus

Die folgende Rekonstruktion von fünf zentralen Erzählformen des Populis-  
mus geht einerseits auf den Vortrag zurück, den ich bei der Tagung „Narrative  
des Populismus“ in Stuttgart gehalten habe; andererseits werden im Umfeld des  
Käte-Hamburger-Kollegs in Duisburg seit einiger Zeit Forschungsaktivitäten in  
dieser thematischen Ausrichtung unternommen (siehe hierzu auch Freistein und  
Gadinger 2017).

## 4.1 Die Aversion gegen das Establishment und der Topos des Verrats

Eines der Wesensmerkmale des Populismus ist die Aversion gegen das vermeintliche Establishment, worunter je nach Wahl der Zielscheibe der Kritik Politiker, Banker, Intellektuelle, Journalisten, WissenschaftlerInnen und Funktionseliten fallen. Während im Linkspopulismus häufig gegen das kapitalistische Establishment polemisiert wird, zielen Rechtspopulisten stärker auf das vermeintliche Meinungskartell eines politisch korrekten Diskurses. Eine wirkungsmächtige Metapher, die in der deutschen Debatte von Rechtspopulisten der AfD und der verwandten Pegida-Protestbewegung wieder aufgegriffen wurde, ist die Beschreibung der Medien als *Lügenpresse*, was als Begriff bis in die Weimarer Republik zurückreicht und vor allem durch Joseph Goebbels als Propagandaminister häufig benutzt wurde, um die Presse als regierungskritisches Organ zu diskreditieren. In populistischen Erzählformen werden demnach Elemente des liberalen Narrativs, wie die Pressefreiheit oder die Unabhängigkeit der Wissenschaft, so gedreht, dass ein politisch korrektes Diskursregime die Meinungshoheit übernommen hätte und dadurch die Meinungsfreiheit unterdrücken würde. Metaphorisch werden für die jeweiligen *Meinungskartelle* meist Hauptstädte (Paris, Berlin, Washington) verwendet, wobei diese stets schattenhaft bleiben und zugleich der Widerspruch negiert wird, dass viele Akteure rechtspopulistischer Bewegungen entweder von dort kommen bzw. nach einem Wahlerfolg selbst Teil dieser Elite werden wollen. Populistische Narrative operieren stets mit dem Plot der Verschwörung, wonach alle etablierten Parteien, Medien und Intellektuelle in einem geheimen Verbund kooperieren. Der rhetorische Trick ist, dass dem *gewöhnlichen Bürger* die Rolle des machtlosen Opfers zugeschrieben wird, der für die verlorenen Werte der Meinungsfreiheit kämpfen muss, da es nicht mehr erlaubt sei, die eigene Meinung zu sagen.

Im erzählerischen Aufbau der vermeintlichen Verschwörung wird stets ein Gegensatz zwischen einem externen, korrupten System politischer und medialer Akteure konstruiert, die jeglichen Kontakt zur Bevölkerung verloren haben und nur noch ihren eigenen Profitinteressen nachgehen, und einem vergessenen Volk der einfachen Leute, die nicht mehr Gehör finden. Diese *einfachen Bürger* repräsentierten jedoch *das wahre Volk* und verdienten von den abgehobenen Eliten mehr Respekt. Das populistische Narrativ erhält sein moralisches Gewicht durch den Plot der Verschwörung gegen das Volk und dem Ruf nach mehr Gerechtigkeit. Die antagonistischen Rollen folgen dem Plot des mutigen Kampfes von David gegen Goliath: die mächtigen Eliten werden als Lügner, Betrüger und



Verräter diskreditiert, während das Volk in der Form ehrlicher und unterdrückter Bürger auf der verzweifelten Suche nach mehr Gerechtigkeit beschrieben wird. Die Eliten haben in dieser Erzählform den Gesellschaftsvertrag aufgekündigt und sich aus verräterischen Motiven vom ursprünglichen Regierungsauftrag bzw. demokratischen Auftrag der Presse abgewendet. Im Kontext der AfD und der Pegida-Bewegung wurde beispielsweise häufiger der Slogan „Wir sind das Volk. Wir lassen uns nicht länger belügen“ bemüht. Hierbei wird auf die Montagsdemonstrationen in der DDR 1989/1990 verwiesen und in ähnlicher Weise versucht, Legitimität für den eigenen Protest gegen eine schlechte Regierung zu generieren. Gleichzeitig wird mit dem Topos des Verrats und der Lüge kollektive Wut mobilisiert und die Rolle des Bürgers als passives Opfer umgekehrt, der sich nicht mehr länger belügen lässt und sich stattdessen gegen das Kartell wehrt. Die zentrale Wahlbotschaft der AfD „Mut zur Wahrheit“ verdeutlicht diese Erzählform, die dem passiven Bürger die Rolle des mutigen Helden zuweist, der für die Wahrheit kämpfen muss. Diese Erzählform lässt sich auch in anderen rechtspopulistischen Narrativen beobachten, beispielsweise bei der FPÖ in Österreich (Wahrheit, Freiheit, Heimatliebe) oder in Marine Le Pens Anspruch, die Kandidatin der Wahrheit (*Je suis la candidate de la vérité*) zu sein.

Ein zusätzliches narratives Element, das in besonderer Weise auf der affektiven Ebene wirkt, ist die moralische Aufforderung, dass *Du* als wahrer Vertreter des Volkes *Dein Land* zurückerobern musst, da es ansonsten verloren ist. Insbesondere die Charakterisierung der Regierungseliten als Betrüger oder Verräter, die gegen den (patriotischen) Geist ihres Landes handeln, erlaubt es, den Kampf gegen die Eliten als eine notwendige und gerechte Sache darzustellen. In einem nächsten Schritt rechtfertigt die Sprache der Kriminalisierung als *Volksverräter* schließlich die Verurteilung. Trump mobilisierte seine Anhänger wiederholt mit der Forderung, dass Clinton eingesperrt werden müsse (*Lock her up!*); auch Merkel wurde bei AfD und den Pegida-Protesten wiederholt als Volksverräterin bezeichnet, die abgesetzt werden müsste. Die Erzählform der Kriminalisierung der Eliten als Verräter betrifft nicht nur die politischen Akteure, sondern auch mediale Vertreter, die als sogenannte Mainstream-Medien Teil des Establishments und des vermeintlichen Kartells seien. Ähnlich den politischen Eliten wird auch Journalisten Verrat am Volk vorgeworfen, da diese ihren Auftrag nicht mehr erfüllen, sondern nur noch im Dienst der Mächtigen agieren würden. Auch hier wird mit dem Plot der Verschwörung operiert, der wiederum insbesondere mit der Metapher der Lügenpresse auch antisemitische Züge trägt. Unter dem Nazi-Regime war der Begriff narrativer Teil der vermeintlichen jüdischen Weltverschwörung, in die alle Feinde des Regimes (Kommunisten, Juden, Intellektuelle) involviert waren. Die Metapher der Lügenpresse entspricht im US-Kontext

dem Feindbild der Fake News. Das Narrativ zielt darauf ab, jegliches Vertrauen in eine objektive und kritische Berichterstattung zu erschüttern und diese als *Hofberichterstattung* zu diffamieren. Wenn jede kritische Position als Fake News diskreditiert werden kann, so die Hoffnung von Rechtspopulisten, wird der Kritik zunehmend jegliche Grundlage entzogen.

Die kollektive Mobilisierung von Emotionen funktioniert wiederum durch den Plot des Verrats und der Manipulation. Trumps eskalierender Konflikt mit den Medien, insbesondere CNN, ist ein gutes Beispiel für diese populistische Erzählform. Obwohl CNN keineswegs im Verdacht stand, im linksliberalen Meinungsspektrum verortet zu sein, versuchte Trump aufgrund der Kritik des Senders an seiner Präsidentschaft, diesen fortlaufend zu diffamieren, beispielsweise in der Bezeichnung als „garbage journalism“. In einem Tweet Trumps wird dies folgendermaßen beschrieben: „The fake media tried to stop us from going to the White House. But I’m president, and they are not“. Solche Äußerungen unterstützen das Narrativ der Verschwörung eines Meinungskartells zwischen Mainstream-Medien und politischen Eliten. In einem weiteren Tweet formuliert Trump: „I am thinking about changing the name #FakeNewsCNN to #FraudNewsCNN!“. Auch hier ist der Aufbau des Narrativs ähnlich zum Volksverrat der Politik, in dem Journalisten als Betrüger kriminalisiert werden, die gegen das Volk arbeiten. Wenn Trump nun ein Video postet, in dem er in der Rolle des Wrestlers jemanden zu Boden ringt, dessen Kopf das CNN-Logo ziert, dann entlädt sich hier visuell die kollektive Wut gegen die Betrüger und Verräter, die dann sogar Gewalt legitimiert als Akt des Widerstands. Entscheidend für die Erzählform der Verschwörung des Establishments ist der Antagonismus zwischen dem Volk und den Eliten als dessen innerer Feind. Wenn Trump in einem Tweet davon spricht, dass die „Fake NEWS media“, wie die New York Times oder CNN, nicht sein persönlicher Feind seien, sondern der Feind des amerikanischen Volkes, dann geht es immer um moralische Diskreditierung, die sowohl den Kampf gegen die bestehenden Medien rechtfertigt als auch dem Ziel folgt, diese für eigene Zwecke zu instrumentalisieren. So begründete etwa Elzbieta Kruk, Abgeordnete der PiS in Polen, die politischen Reformen zur Einschränkung der Unabhängigkeit der Medien, dass diese ihre patriotische Mission für die Nation ignorierten und ihrer Funktion als Schutzschild polnischer Interessen nachkommen müssten (Cienski 2015). In solchen Äußerungen wird besonders deutlich, dass der Vorwurf der *Lügenpresse* letztlich nur dazu dient, die Medien als Propagandainstrument umzufunktionieren zu wollen.

## 4.2 Die Reaktivierung von Opfermythen und Heldengeschichten

Eine weitere populistische Erzählform, die sich häufiger beobachten lässt, ist der Rückgriff auf Opfermythen und Heldengeschichten, um kollektive Gefühle der Verbundenheit bzw. Abgrenzung zu mobilisieren. Im Falle Polens und der Verschwörungstheorie um den Flugzeugabsturz in Smolensk lässt sich beispielsweise der populistische Umgang mit Opfermythen veranschaulichen. Bei der Flugzeugkatastrophe am 10. April 2010 war der damalige Amtsinhaber Lech Kaczynski mit 95 weiteren Mitgliedern der polnischen Elite ums Leben gekommen. Durch den Absturz wurde ein altes gesellschaftliches Trauma aktiviert, da die Besatzung der Maschine auf dem Weg zu einer Gedenkveranstaltung war für jene geschätzten 22.000 polnischen Offiziere, die 1940 in den Wäldern von Katyn durch den sowjetischen Geheimdienst ermordet worden waren. Die bittere Ironie des Schicksals, dass 70 Jahre später an fast der gleichen Stelle erneut ein Teil der Elite Polens ums Leben kam, befeuerte nun die Verschwörungstheorie von Jaroslaw Kaczynski und seiner Partei PiS, dass Russland hinter dem Absturz stecken müsse. Für Jacek Dehnel (2017) folgt diese Narration der mittelalterlichen Legende von König Popiel, der die Macht übernahm, indem er seine zwölf Onkel vergiftete, in ähnlicher Form, wonach Donald Tusk gemeinsam mit Wladimir Putin die Ermordung der PiS-Elite ausgeheckt haben soll, um die Wiederwahl von Lech Kaczynski zu verhindern. In politischer Hinsicht lassen sich über die Anschlagtheorie Ressentiments gegen die Vorgängerregierung und Russland verbinden, sodass dies nicht nur die PiS-Anhängerschaft mobilisiert; ein Drittel der Polen misstraut sowohl der Unfall- als auch der Anschlagthese, was für ein großes Misstrauen gegenüber den Behörden spricht (Mijnssen 2017). Obwohl bei dem Absturz auch viele Mitglieder anderer Parteien an Bord waren und die offizielle Untersuchung des Absturzes einen Pilotenfehler feststellte, wurde das Narrativ der *Smolensk-Lüge* weitergesponnen mit dem klassischen Plot der Verschwörung und der konkreten Beschuldigung einer vermeintlich mörderischen Regierung. Auch in dieser Erzählform verbindet sich der Plot der Verschwörung (zum alten Feindbild *Kreml*) mit der Rollenzuschreibung von Verrätern, Kollaborateuren und bösen Mächten. So unterlegte Jaroslaw Kaczynski das Verschwörungsnarrativ beispielsweise in direkter Erwiderung im Parlament, nachdem er auf eigene Widersprüche im Vergleich zu seinem Bruder angesprochen wurde, in dieser Form: „Nehmt den Namen meines seligen Bruders nicht in eure verräterischen Mäuler, ihr habt ihn fertig-gemacht, ihr habt ihn ermordet, ihr seid Kanaillen“ (zitiert nach Dehnel 2017). Es ist die „Sprache der verbrannten Erde“, in der es keinen Verhandlungsspielraum

mehr gibt, große Brücken abgebrochen werden und „Dörfer und Saat“ verbrannt sind (Dehnel 2017). Schließlich verbinden sich in Opfermythen die aggressive Anklage mit religiösen Ritualen der Trauer und der gemeinsamen Verbundenheit. Im polnischen Fall werden seit sieben Jahren jeden Monat Mahnwachen abgehalten, die Jaroslaw Kaczynski als Lackmustest für die Loyalität ihm gegenüber nutzt (Mijnssen 2017). Zudem zeigt dies die kulturelle Anpassungsfähigkeit populistischer Erzählformen, wenn im katholisch geprägten Polen der Opfer- und Märtyrermithos bei den Kundgebungen und Mahnwachen mit biblisch-religiösen Erzählstoffen verbunden werden und dadurch eine seltsame Verbindung aus Volksfrömmigkeit und aggressiver Propaganda entsteht.

Der Opfermythos ist in der verkärten Rollenzuschreibung von Märtyrern eng verbunden mit Heldengeschichten, die zur Identifikation mit selbstlosen, mutigen Helden einladen, die für höhere Ideale (Nation) gekämpft haben. In Ungarn ist beispielsweise ‚1956‘ zur wirkungsmächtigen Metapher geworden, die über die Bedeutung als Erinnerung an den Volksaufstand gegen die sowjetische Besatzung weit hinausgeht und in populistischen Erzählformen von Viktor Orbán und seiner Partei Fidesz benutzt wird. Nachdem die Heldentaten im russischen Staatsfernsehen angeblich respektlos dargestellt worden seien, teilte das Außenministerium mit, dass Ungarn niemandem erlaube, „die Revolution oder ihre Helden herabzuwürdigen“ (zitiert nach Löwenstein 2016). Orbán kennt die politische Kraft der Erinnerung an den Ungarnaufstand sehr genau, da dieser Heldenmythos eng mit seinem eigenen Aufstieg verbunden ist, nachdem er als junger Mann am 16. Juni 1989 mutig die Bühne betrat und forderte: „Wenn wir an unsere eigene Kraft glauben, können wir die kommunistische Diktatur beenden“ (zitiert nach Mijnssen 2016). Obwohl Orbán zu dieser Zeit für liberale Werte eintrat und viele der damaligen Aufständischen flüchten mussten, wendete er dies in der Erinnerung an den Aufstand und der aktuellen Lage in eine rechtspopulistische Erzählform der Abgrenzung. So stellte Orbán seine restriktive Grenzpolitik im Zusammenhang mit der sogenannten Flüchtlingskrise direkt mit dem metaphorischen Datum von 1956. Für Orbán zeuge alles vom Behauptungswillen der Nation, wonach die „freiheitsliebenden Völker“ eine „Sowjetisierung“ der EU verhindern müssten (zitiert nach Löwenstein 2016). Die Metapher 1956 wird demnach so gewendet, dass sie in Orbáns nationalistisches Narrativ passt, wenn er etwa davon spricht, dass es 1956 vor allem um Freiheit gegangen sei, und diese bedrohten nun auch „Fremde, deren Lebensgewohnheiten völlig anders sind als unsere und die ohne jegliche Kontrolle in einem Land auftauchen“ (zitiert nach Mijnssen 2016). Die politische Aneignung Orbáns der Erinnerung von 1956 ist exemplarisch für die Konstruktion populistischer Erzählformen, die Heldengeschichten selektiv nutzen

und liberale Werte (Freiheit) aus ihrer ursprünglichen narrativen Logik pervertieren, um eigene politische Ziele zu legitimieren. Die manipulierte Selektion historischer Informationen kann in populistischen Erzählformen noch weiter ausgereizt werden, wenn die Verantwortung für eigene Verbrechen in früheren Kriegen bewusst negiert wird, um die Stimmigkeit bestehender Opfermythen und Helden Geschichten nicht zu gefährden. Jüngere Beispiele für diese Form des Geschichtsrevisionismus ist die Leugnung der Verantwortung des mit Nazi-Deutschland kollaborierenden Vichy-Regime an der Judenverfolgung durch Marine Le Pen und die gleichzeitige Behauptung, dass französischen Kindern nur noch beigebracht werde, sich an die „dunkelsten Seiten“ der Geschichte zu erinnern und dass diese wieder stolz sein müssten, Franzosen zu sein. Auch die Formulierung des AfD-Abgeordneten Björn Höcke, dass es sich beim Holocaust-Mahnmal in Berlin um ein „Mahnmal der Schande“ handele, folgt dieser populistischen Erzählform.

### **4.3 Die Beschwörung des zu schützenden *Volkskörpers* vor externen Feinden**

Die Verbildlichung des Staates als Körper zur Veranschaulichung seiner legitimierenden und machtpolitischen Funktionen hatte immer auch einen fiktiven Charakter. Koschorke et al. (2007) zeigten in ihrer Studie zur Semantik des politischen Körpers in der Geschichte Europas, wie sich Gemeinschaften ihr Selbstbild in institutionelle Strukturen übersetzten und dieses Bild wiederum die politische Realität bestimmt. So ist der Körper des Souveräns im berühmten Bild des Leviathans ikonografisch für die Theorie des Absolutismus, indem die Untertanen im mächtigen Körper des Souveräns aufgehen. Die Körperschaftsmetaphorik entwickelt ihre politische Relevanz insbesondere daraus, dass die leibhaftige und anschauliche Verkörperung des Staates schwindet, da dadurch die Identifikation der Beherrschten ausbleibt und gesellschaftliche Desintegration einsetzen kann. Dass sich die republikanische Staatsform schwerer tut, körperliche Darstellungsformen zu finden, die Identifikation mobilisieren, gerade unter den transnationalen Vorzeichen einer Europäischen Union, nutzen wiederum rechtspopulistische Bewegungen und Parteien, die gezielt mit der Metapher des zu schützenden *Volkskörpers* arbeiten, um kollektive Ängste zu schüren. Die Erzählform arbeitet stets mit dem *reinen* Volkskörper als Idealzustand, der jedoch von externen Kräften bedroht sei und geschützt werden müsse. Im Gegensatz zum Linkspopulismus geht es in dieser Erzählform um die Konstruktion von Feindbildern, die auf Minderheiten und Randgruppen der Bevölkerung (u. a. Migranten, Muslime) projiziert werden und als akute Bedrohungen des Volkskörpers beschworen werden.

In der sogenannten Flüchtlingskrise 2015 ließ sich beispielsweise für den deutschen Diskurs beobachten, dass sowohl in der medialen Berichterstattung als auch in den Problembeschreibungen politischer Akteure der etablierten Parteien, wie der CSU, durchaus auch auf populistische Erzählformen zurückgegriffen wurde. So wurde das Narrativ eines nicht abbreißenden Flüchtlingsstroms zunehmend dominanter, das Gefühle der Überforderung und Ohnmacht evozierte und die Verantwortung für die Krise und die Macht, diese zu lösen, allein der Bundeskanzlerin Angela Merkel zuschrieb (Herrmann 2015). Die Perspektive der Flüchtlinge ging hierbei zunehmend verloren, sodass die Krise verstärkt als technisches Problem bzw. als akute Katastrophe (Flut, Lawine) wahrgenommen wurde, die es dringend einzudämmen gelte. Rechtspopulistische Bewegungen in vielen Ländern der EU nutzten diese Diskursverschiebung in ihren Erzählstrategien, um eine stärkere Abschottungspolitik zu legitimieren. Die Ukip-Kampagne ist in dieser Hinsicht besonders erwähnenswert, da es der Bewegung gelungen ist, durch populistische Erzählformen ein kollektives Gefühl der Unsicherheit und Fremdbestimmung in der Bevölkerung zu evozieren, das sich auf die beiden konstruierten Feindbilder *EU* und *Flüchtlinge* bezog. In einem Wahlplakat wird eine Menschenkette von Flüchtlingen visuell so dargestellt, dass die Metapher des nicht abbreißenden Flüchtlingsstroms wirkungsmächtig wird, da die Schlange im unscharfen Horizont verschwindet. Der Slogan *Breaking Point* operiert wiederum mit dem Gefühl der Ohnmacht, wonach die Belastungsgrenze längst überschritten sei. Gleichzeitig wird der EU jegliche Verantwortung für die Krise zugeschoben (*The EU has failed us all*) und der Kontrollverlust beklagt, der durch eine nationalistische Rückbesinnung behoben werden könne (*We must break free of the EU and take control back of our country*). In einem anderen Wahlplakat ist eine leere, jedoch überdimensionale Rolltreppe zu sehen, die von der Küste auf das Festland führt und mit dem Slogan „No border. No control. The EU has opened our borders to 4000 people every week“ unterlegt ist. Auch hier werden Gefühle des Kontrollverlusts und Staatsversagens suggeriert, die moralische Schuld abgeschoben (EU) und durch eine scheinbar genaue Angabe von Flüchtlingen das Bedrohungsszenario in seiner Dringlichkeit (*every week*) verschärft. Gefühle des Patriotismus werden wiederum mobilisiert, wenn auf einem Plakat die Flagge des Vereinigten Königreichs brennt und darunter die Flagge der EU durchschimmert. Auf einem anderen Plakat sieht man den Big-Ben-Turm, bei dem das bekannte Zifferblatt der Uhr aus der europäischen Flagge besteht und der Verdacht erhoben wird, wer wirklich in Westminster regiere (*Who really runs Westminster*). Im Subtext wird die Behauptung aufgestellt, dass mittlerweile 75 % aller Gesetze in Brüssel beschlossen werden, was wiederum auf das Gefühl der Fremdbestimmung abzielt. Schließlich wird das Bedrohungsszenario in seinen

Konsequenzen auch in die private Lebenswelt projiziert, wenn in einem weiteren Ukip-Wahlplakat behauptet wird, dass 26 Mio. Menschen in Europa auf Arbeitssuche seien und dies mit der Frage endet, auf welchen Job sie es wohl abgesehen haben. Erzählformen dieser Art spielen mit den existenziellen Ängsten der Bevölkerung und versuchen das Sicherheitsgefühl bis in den privaten Bereich zu zerstören. Obwohl populistische Strategien meist wissenschaftsfeindlich eingestellt sind, wird in dieser Kampagne jedoch auch ironischerweise deutlich, wie mit vermeintlich evidenzbasierten, genauen Angaben (Zahl der Flüchtlinge etc.) die Legitimitätsansprüche der eigenen Forderungen untermauert werden.

#### 4.4 Die Berufung auf die *einfache Herkunft* und die Verklärung der Heimat

Vor dem Hintergrund einer populistischen Idealisierung des gesunden Menschenverstandes, der dem Wissen der Funktionseiten nicht nur ebenbürtig, sondern aufgrund seiner lebensweltlichen Grundierung sogar überlegen sei, schließt sich eine Erzählform an, die darauf abzielt, die populistischen Leader als Teil dieser einfachen, aber moralisch besseren Lebenswelt zu zeichnen. Ein Schlüsselbegriff ist hier die selbstbewusste Verortung in einer *einfachen Herkunft* und *normalen* Lebensverhältnissen, wodurch die populistischen Akteure sowohl emotionale Verbundenheit demonstrieren als auch einen Schutzreflex für sich in Anspruch nehmen, niemals Teil der moralisch verdorbenen Elite werden zu können. Der Bezug zur einfachen Herkunft als moralisches Gütesiegel ist keineswegs auf den Rechtspopulismus beschränkt, sondern findet sich auch bei den etablierten Parteien, wenn etwa im deutschen Kontext ständig von der *schwäbischen Hausfrau* oder vom *Dachdecker aus Rheinland-Pfalz* gesprochen wird, um die eigenen Argumente lebensweltlich zu erden. Der häufige Verweis des SPD-Kanzlerkandidaten Martin Schulz auf seine Tätigkeit als Buchhändler und Bürgermeister von Würselen folgt beispielsweise auch diesem Kalkül. Im rechtspolitischen Spektrum lässt sich jedoch beobachten, dass die Erzählform der einfachen Herkunft über die Verbundenheit zu einem entsprechenden Milieu, wie das der Arbeiterschaft, hinausgeht. Hier geht es stärker darum, die Abgrenzung zur politischen Elite dadurch zu unterstreichen, dass man als antipolitisches Sprachrohr bewusst und überspitzt die Zugehörigkeit zum *einfachen Volk* betont. Dies kann sich durch Redeweisen symbolisieren, wenn etwa bewusst Dialekt gesprochen wird oder je nach Situation der Kleidungsstil an die Codes der *einfachen Leute* angepasst und auf den Anzug kalkuliert verzichtet wird. Jörg Haider trug beispielsweise je nach Umfeld gerne Trachten- bzw. Motorradjacke, um seine

Zugehörigkeit zum Volk zu demonstrieren. Die Rhetorik wird hier dann häufig bewusst grobschlächtig und ist stets nahe am Tabubruch.

Bei männlichen Rechtspopulisten ist die Rollenfigur des tatkräftigen Machers und erfolgreichen Unternehmers besonders relevant, da sie nicht nur Zugehörigkeit verkörpert und eine Distanz zur politischen Elite suggeriert, sondern zugleich das Aufstiegsmärchen bedient, dass man es *von ganz unten nach ganz oben* schaffen könne. So konnten Berlusconi und Trump dadurch Glaubwürdigkeit in ihrer Rolle erzeugen, indem sie aufgrund ihres beruflichen Erfolgs und Reichtums finanziell unabhängig und dadurch weniger korrumpierbar seien als die PolitikerInnen des üblichen Betriebs. Externe Kritik an möglichen krummen Geschäften wird mit dem Verweis auf die unternehmerische Schlitzohrigkeit absorbiert. Die Idealisierung des tatkräftigen Machers wird dadurch hervorgehoben, dass in der Politik in einem ständigen Zaudern keine Entscheidungen mehr getroffen werden würden und sich dies ein Unternehmer in der *realen Welt* gar nicht leisten könne. Die Welt des privaten Unternehmens wird dadurch auf alle Ebenen der Politik projiziert, wenn beispielsweise Trump seine Erfahrungen im Immobiliengeschäft als Allheilmittel für jegliche Formen der Wirtschaftspolitik verkauft. Letztlich wird in dieser Erzählform im Anschluss an die Eliten- und Intellektuellenfeindlichkeit stets das Handeln als dem Denken überlegene und wichtigere Charaktereigenschaft in der Politik repräsentiert. Bei weiblichen PopulistInnen wie Sarah Palin (Tea Party Bewegung in den USA) oder Pia Kjaersgaard (Dänische Volkspartei) wird häufig die Rollenfigur der Hausfrau als Rückgrat der Gesellschaft benutzt bzw. explizit die Rolle als Mutter hervorgehoben, wie dies etwa Frauke Petry in der AfD-Kampagne mit ihrem neugeborenen Baby verkörperte.

Die *Welt der einfachen Leute* wird in dieser Erzählform als von externen Kräften bedrohter Raum interpretiert, den es mit allen Mitteln zu schützen gilt und metaphorisch mit dem Begriff der Heimat aufgeladen. Während in linkspopulistischen Kampagnen jedoch meist auf die Globalisierung und die ungezügelten Kräfte des Kapitalismus verwiesen wird, die die geordnete Welt und Heimat der fleißig arbeitenden Leute bedroht, sind dies im Rechtspopulismus entweder Minderheiten oder der Sündenbock *EU* als vermeintlich bürokratisches Monster. In der Ukip-Kampagne wurde in diesem Kontext der Fischer Tony Rutherford zum Star, der mit gelber Arbeitskluft den sein Leben lang hart arbeitenden Engländer verkörpert und von der EU in den Ruin gezwungen werde (*Gutted. Tony's business has been ripped apart by the EU*). So arbeiten populistische Erzählformen häufig mit der Bedrohung einer vermeintlichen Überfremdung, wodurch die eigenen Lebensräume und kulturellen Grundlagen zerstört würden. Die von der Pegida Bewegung geschürte Furcht vor einer *Islamisierung des Abendlandes* knüpft beispielsweise an die Metapher der bedrohten Heimat an. Für die narrative Komposition ist zudem



die moralische Schuldzuweisung wichtig, wonach die Eliten in den Hauptstädten die eigentlichen Wurzeln ihrer patriotischen Heimat in den ehemaligen Industriestandorten und bäuerlichen Landstrichen gar nicht mehr kennen würden und die dortigen Bewohner längst vergessen hätten. Dass die Ursachen für die wirtschaftlichen Krisen in ehemals florierenden Industriestandorten, wie dem Ruhrgebiet in Deutschland oder dem Rostgürtel in den USA, komplexer Natur sind, wird hier bewusst negiert und stattdessen in einer einfachen Kausalität behauptet, dass an diesen Orten immer noch das eigentliche *Herz der Nation* schlage und dies den Mächtigen nur wieder in Erinnerung gerufen werden müsse, wodurch Gefühle eines erneuerten Selbstbewusstseins mobilisiert werden.

#### 4.5 Die widersprüchliche Inszenierung von Moral und Exzess

Kurz nach dem Amtsantritt von Trump kursierte ein Bild von *Getty Images* in den Medien, das die Familie Trump in einem Zimmer ihres Towers zeigt und in ihrer Inszenierung und Komposition exemplarisch für eine Erzählform steht, die stets zwischen Moral und Exzess pendelt. In der Komposition des Bildes sitzt Trump mit einem zufriedenen Gesichtsausdruck links auf einem thronartigen Stuhl, seine Frau Melania steht neben dem Thron ihres Mannes und vermittelt mit ihrem wallenden Haar und dem wehenden Kleid einen eleganten und selbstbewussten Charakter, der Sohn Barron sitzt etwas unglücklich auf einem Stofflöwen und trägt bereits Anzug und Krawatte. Der Raum vermittelt einerseits Größe und Weite durch die offenen Fenster nach allen Seiten, andererseits wirkt der Raum durch die Kronleuchter, das Deckenbild, die Säulen, die schweren Teppiche, die goldverzierten Möbel und die schweren Brokatkissen bedrückend. Wie Georg Seeßlen (2017) in seiner Bildanalyse feststellte, sind die ersten drei Eindrücke vollkommen klar, sogar wenn man den Bekanntheitsgrad der Familie ausblendet: „Reichtum. Macht. Und schlechter Geschmack“. Genau um diese Außenwirkung geht es jedoch dieser Erzählform, da es zunächst um die Selbstfeier geht in Form eines Herrscherbildes, das an frühere Traditionen anknüpft und ein konservatives Familienbild verkörpert. Wie Seeßlen (2017) weiter ausführt, gehörte der sitzende Mann und die stehende Frau zur Ikonografie des Ehebildes im 19. und 20. Jahrhundert, wobei hier mythologisch an das Adam- und Eva-Motiv des begehrenden Mannes und der verführerischen Frau angeknüpft wird. Im sitzenden Mann drückt sich das Settlement der Familie aus. Die stehende Frau drückt ihre jugendliche Kraft aus, während der sitzende Mann seine selbstverständliche Macht

ausstrahlt: „So ist geklärt, wem das alles, was sonst noch im Bild ist, ‚gehört‘“ (Seeßlen 2017).

Das Bild verkörpert ein zutiefst konservatives Familienbild, wonach der Vater in der Rolle des Patriarchen agiert und die perfekt gestylte Frau den Herrschenden an der Seite des Throns schützt und ihm zur Verfügung steht. In dieser aktualisierten Erzählform eines klaren Machtverhältnisses in der Familie wird ein offener Chauvinismus und Sexismus sogar als Zeichen von Stärke und Unverwundbarkeit ausgelegt, wie dies etwa Silvio Berlusconi immer wieder auf die Spitze getrieben hat, ohne dass ihm dies bei seinen Anhängern geschadet hätte. Der zur Schau gestellte Reichtum will zunächst nicht zur populistischen Erzählform der einfachen Herkunft und der Verdorbenheit der Eliten passen, jedoch sind Populisten selten asketische Prediger, die Verzicht und Bescheidenheit loben. Vielmehr wird dadurch das Bild des Machers symbolisiert, wobei gerade nicht auf einen distinguierten Geschmack Wert gelegt wird, sondern, wie im Familienbild der Trumps, häufig ein neureicher Chic im Stile von Louis Vuitton und Gianni Versace als erstrebenswert zelebriert wird. Es geht um teure Konsumgüter wie Villen, Yachten und Golfplätze, die den eigenen Erfolg nach außen kommunizieren. Figuren wie Trump oder Berlusconi präsentieren sich demnach nicht als politische Führungspersönlichkeiten, deren Weitblick und höherer Vernunft man sich unterwirft, „sondern laden gerade in ihrer vulgären oder pubertär-unreifen Zügen zur Vergemeinschaftung ein – *celebrities* von Privatsendern statt Vorbildern im Stil paternaler Autoritäten“ (Koschorke 2017). Die Verklärung des patriarchalischen Familienbilds schließt zum einen an die Erzählform des linksliberalen Meinungskartells an, das sich vermeintlich nur noch um die Interessen der Frau sorge und den Mann systematisch benachteilige sowie durch einen übertriebenen akademischen Fokus auf Themen wie Gender, kultursensible Sprache oder Ehe für alle die traditionellen Werte untergrabe. So wird von Rechtspopulisten häufig ein Verfall der Gesellschaft und der traditionellen Werte beschworen, der zwar meist unscharf bleibt (Leitkultur), jedoch mit der Familie immer eine idealisierte Projektionsfläche hat.

Zum anderen knüpft die Erzählform an die Bedrohungsszenarien an, die auf vermeintliche Eindringlinge in unser gesellschaftliches Leben abzielen und in ähnlicher Weise Ängste schürt. So nutzte beispielsweise die AfD in ihrer Wahlkampagne die Metapher der Kölner Silvesternacht, um Gefühle des drohenden Verlusts von Frauen und Töchtern zu mobilisieren. In einem Plakat ist ein lachendes blondes Mädchen vor dem Hintergrund des Kölner Doms zu sehen. Der Slogan „Mit 18 freut sich Lili noch mehr, dass ihre Eltern AfD gewählt haben“ spielt mit der latenten Angst von Eltern, sich nicht genügend um die Sicherheit ihrer Kinder zu kümmern; der Dom im Hintergrund evoziert diese Gefühle der

Unsicherheit in einer unheilvollen Symbolik. In einem weiteren Plakat ist eine weinende, vermutlich in Not geratene Jugendliche zu sehen, im Hintergrund nur Umrisse männlicher Gruppen, die jedoch unweigerlich an die Bilder der Kölner Silvesternacht erinnern. Der Slogan „Köln-Essen-Bochum-Düsseldorf... Mehr Sicherheit für unsere Frauen und Töchter!“ suggeriert zum einen, dass die Silvesternacht kein Einzelfall war, sondern dies alltäglich geworden sei. Zum anderen appelliert das Plakat direkt an die Männer der Gesellschaft, die sich für den Schutz ihrer Frauen und Töchter stärker einsetzen müssten, der unter den herrschenden Bedingungen in den Städten nicht mehr gegeben sei. Auch hier wird letztlich ein patriarchalisches Bild reproduziert, das Frauen nur als Opfer sieht und Männern die Rolle der Beschützenden zuweist, die sich tatkräftig für ihren *Besitz* einsetzen müssen.

---

## 5 Fazit und Ausblick

Die Beschäftigung mit Erzählformen der populistischen Sprache kann einen weiteren Beitrag zur interdisziplinär angelegten Populismusforschung leisten, die sich nicht auf die empirische Wahl- und Parteienforschung beschränken lassen sollte. So hat die hier an einigen exemplarischen Fällen durchgeführte Narrativanalyse ergeben, dass fünf Erzählformen von zentraler Bedeutung sind, die je nach kulturellem Kontext mehr oder weniger genutzt werden. Die Aversion gegen das Establishment und die Elitenfeindlichkeit ist erzählerisch stark mit dem Topos des Verrats verbunden und in vielen Ländern sichtbar; regierende Akteure werden als *Volksverräter* gebrandmarkt und die Medien als *Lügenpresse* diffamiert. Diese erzählerische Strategie einer Kriminalisierung (Verräter) der politischen Eliten, ermöglicht Populisten nicht nur die Forderung der Absetzung, sondern auch deren moralische Verurteilung. Die Reaktivierung von Heldengeschichten und Opfermythen arbeitet meist mit dem Bild einer idealisierten, glorreichen Vergangenheit und operiert mit Verschwörungsplots (Polen). Die Beschwörung des zu schützenden *Volkskörpers* vor vermeintlich externen Feinden, insbesondere Migranten, ist für Rechtspopulisten besonders attraktiv, da hierdurch Ängste mobilisiert werden können, die das Sicherheitsbedürfnis betreffen und den drohenden Kontrollverlust beschwören. Die Berufung auf die *einfache Herkunft* als Glaubwürdigkeitsversprechen und die Verklärung der Heimat zeigt die erzählerische Strategie, mit lebensweltlichen Bildern zu arbeiten und Problembeschreibungen in ihrer narrativen Kausalität extrem zu verkürzen. Die Inszenierung von Moral und Exzess ist in ihrer Erzählform besonders widersprüchlich und biegsam, da sie zwischen den scheinbar unvereinbaren

Gegenpolen Traditionalismus und Reichtum schwankt. Einerseits geht es um die Verklärung eines rechtskonservativen Frauen- und Familienbildes, andererseits um die Ablehnung des üblicherweise an politische Führungspersönlichkeiten gestellten Profils und das Leben der Neureichen als Traum zu evozieren.

In den populistischen Erzählformen zeigt sich, dass der Gegensatz zu einer liberalen Erzählung nicht ausschließlich konfrontativ geführt wird, sondern liberale Elemente (Freiheit, Gleichheit) narrativ eingebunden werden und Begriffe wie ‚Volkssouveränität‘ oder ‚Pressefreiheit‘ metaphorisch gedreht werden. Aus demokratietheoretischer Sicht ist dies bedenklich, da sich neue Formen von Anti-Politik zeigen, die in der Verachtung des Staates als Verräter am Volk gipfelt. Politik wird destruktiv und verliert ihren Gestaltungswillen. Zudem ist eine Rückkehr zu chauvinistischen und nationalistischen Weltbildern zu beobachten. Die Verteidigung des liberalen Narrativs als Gesamtkunstwerk scheint kaum noch möglich zu sein, zumal populistische Narrative durchaus einen wunden Punkt treffen und bestehende Widersprüchlichkeiten, wie die steigende Ungleichheit in den Gesellschaften oder den unterdrückten Rassismus, öffentlich anprangern. Da populistische Narrative häufig mit dem Topos des Verrats und der Verschwörung arbeiten, verpufft eine liberale Gegenerzählung unweigerlich, da der berechtigte Hinweis auf die Komplexität der Welt gegen eine bewusst vereinfachende Haltung den Protest nur bestärkt.

Vor diesem Hintergrund hat die Schriftstellerin Kathrin Röggla (2017) vorgeschlagen, „Zwischengeschichten“ zu erfinden, die sich weniger an großen Reden eines Makronarrativs orientieren, sondern den ideologischen Antagonismus bewusst umgehen und der vermeintlichen Dringlichkeit akuter Krisenpolitik in ihrer Politik des Überrumpelns entkommen. Für Röggla (2017) sind dies Geschichten, „die noch unterwegs sind und nicht immer schon angekommen, die niemals ganz im sozialen Hier und Jetzt landen können, sondern immer darüber hinaus ragen, und uns insofern auch Zeit verschaffen, Momente des Aufatmens – denn sie können und wollen nicht in ihrer Zeit aufgehen“. Zwischengeschichten im Feld der Politik sind nach dieser Lesart narrativ so gespannt, dass die Erzählfäden nach außen weisen und dadurch ein „Gängesystem“ freilegen und „das unselige identitäre Spiel“ (Röggla 2017), wie es im Populismus auf die Spitze getrieben wird, unterbrechen. Dadurch könnten beispielsweise Geschichten Handlungsverknötungen zeigen und auf Dilemmata hinweisen, die durch den ausschließlichen Fokus auf den Konflikt häufig übersehen werden. Für Röggla (2017) sind es gerade die plötzlich wahrgenommenen, harten Selbstwidersprüchlichkeiten, die in politischen Handlungen interessanter sind als die manipulative Widersprüchlichkeit zwischen antagonistischen Positionen. Das wiederentdeckte Paradigma des Rechts ist ein gutes Beispiel für eine Zwischengeschichte in

postfaktischen Zeiten, da Gerichte noch Verbindlichkeit ausstrahlen und der Raum dafür besteht, philosophische und moralische Fragen zu verhandeln, wobei Wahrheit immer noch als Bezugsgröße fungiert und „Residuen der Aufklärung“ zu finden sind (Röggla 2017). So scheint es in dieser Hinsicht kein Zufall zu sein, dass beispielsweise Richter und Sonderermittler in populistisch umkämpften Zonen, wie beispielsweise in Trumps restriktiver Einwanderungspolitik, plötzlich zu Helden werden und das Geschehen mitbestimmen. Aber auch andere Widerstandsbewegungen, wie die Protestmärsche für Frauen- und Menschenrechte (*Women's March* in den USA, *Czarny-Protest* in Polen) und für die Unabhängigkeit der Wissenschaft (*March for Science*) können als Zwischengeschichten verstanden werden, die sich an neuen Erzählformen versuchen jenseits einer ideologischen Polarisierung. Solche Bewegungen zielen nicht auf eine komplette Erneuerung der liberalen Erzählung, sondern heben einzelne Elemente hervor (Wissenschaftsfreiheit) und versuchen, den Wert nicht in ein ideologisches Programm einzuordnen, sondern durch Solidarität und Selbstironie Unterstützung zu generieren und neue Ausdrucksformen des Gemeinwillens zu entwickeln.

Während Rögglas Vorschlag, Zwischengeschichten zu erfinden, eine mögliche Antwort aus literaturwissenschaftlicher Sicht darstellt, hat jüngst Pierre Rosanvallon aus demokratietheoretischer Perspektive vorgeschlagen, über Formen einer „narrativen Demokratie“ nachzudenken. Für ihn bedeutet demokratischer Fortschritt derzeit eine „Verkomplizierung der Demokratie“, da es eine Vervielfachung der Ausdrucksformen des Gemeinwillens gebe und eine Ausweitung der Modalitäten von Repräsentation geschaffen werden müsse. Wer die Demokratie vereinfacht, „verrät sie an die ‚autoritär-illiberalen‘ Regime und an die populistischen Bewegungen, die den Aufstieg solcher Regime herbeiführen“ (Rosanvallon 2017). Für Rosanvallon meint Demokratie nicht nur Volkssouveränität, öffentliche Deliberation und die Wahl von Personen, sondern auch die Aufmerksamkeit für alle und die Berücksichtigung aller Lebensbedingungen, woraus für ihn folgt, dass „neben der klassischen Repräsentation durch Delegation eine narrative Repräsentation zu entwickeln ist“ (Rosanvallon 2017). Die narrative Demokratie kann als Instrument verstanden werden, um eine Gesellschaft von Individuen zu konstituieren, die in ihrer Menschenwürde vollkommen gleich sind, gleichermaßen anerkannt und wertgeschätzt, und die sich als Gleiche vergesellschaften können. In Rosanvallons Vorschlag sind Lesbarkeit und Sichtbarkeit Schlüsselbegriffe, die Gesellschaften sowohl besser regierbar als auch reformierbar machen. Aus seiner Sicht schwankt eine Gesellschaft, der es an Repräsentation mangelt, stets zwischen Passivität und Ängsten und neigt dazu „vom Ressentiment beherrscht zu werden, in dem Wut und Ohnmacht sich vermählen, und kann

daher gar nicht konkret darüber nachdenken, wie sie auf sich selbst einwirken will“ (Rosanvallon 2017).

Wie diese Denkanstöße von Rögglä und Rosanvallon zusätzlich nahelegen, ist das Phänomen des Populismus so komplex, dass eine wissenschaftliche Beschäftigung aus unterschiedlichen Perspektiven notwendig ist, die sich nicht mit der Suche nach simplen Erklärungsfaktoren zufriedengibt. Der Versuch in diesem Beitrag, die Narrativforschung stärker auf den Populismus zu beziehen, kann in dieser Hinsicht nur ein Anfang sein. Die intensivere Beschäftigung mit weiteren Forschungsperspektiven aus der Soziologie, Kulturanthropologie und Kommunikationswissenschaft ist in dieser Hinsicht mehr als lohnenswert, wie dies etwa die Ethnologin Arlie Russell Hochschild (2016) in ihrem Buch *Strangers in Their Own Land* eindrucksvoll gezeigt hat, in dem sie sich auf die Spuren in die verarmten Südstaaten der USA begeben hat, um zu verstehen, wie die Bürger den Glauben an den *American Dream* verloren haben.

---

## Literatur

- Breithaupt, F. (2017). Ausrede und Rechtfertigung. In Matías Martínez (Hrsg.), *Erzählen. Ein interdisziplinäres Handbuch* (S. 220–223), Stuttgart: J. B. Metzler.
- Ciensi, J. (2015). New media law gives Polish government fuller control. *Politico*, 30 (12). <https://www.politico.eu/article/poland-crisis-constitution-kaczynski-duda/>. Zugegriffen: 03. Januar 2017.
- Crouch, C. (2011). *Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus*, Berlin: Suhrkamp.
- Decker, F., & Lewandowsky M. (2017). Rechtspopulismus: Erscheinungsformen, Ursachen und Gegenstrategien, Dossier. <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/240089/rechtspopulismus-erscheinungsformen-ursachen-und-gegenstrategien>. Zugegriffen: 21.12. 2017.
- Dehnel, J. (2017). Sprache der verbrannten Erde. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 29 (07).
- Diehl, P. (2012). Populismus und Massenmedien, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 5–6, 16–21.
- Freeden, M. (2017). After the Brexit referendum: revisiting populism as an ideology, *Journal of Political Ideologies*, 22, 1–11.
- Freistein, K., & Gadinger, F. (2017). Competing Narratives and the Crisis of Europe. Working Paper, präsentiert auf der Tagung “Narrating Crisis: Mapping the Contested Terrain of Normative Meaning”, Trento, Oktober 2017.
- Friedmann, M.P. (2018). Lügen als politische Strategie. Deutschlandfunk Kultur. [http://www.deutschlandfunkkultur.de/luegen-als-politische-strategie-trump-luegt.1005.de.html?dram:article\\_id=407340](http://www.deutschlandfunkkultur.de/luegen-als-politische-strategie-trump-luegt.1005.de.html?dram:article_id=407340). Zugegriffen: 03. Januar 2018.
- Gadinger, F., Jarzebski, S., & Yildiz T. (2014a): Politische Narrative. Konturen einer politikwissenschaftlichen Erzähltheorie. In F. Gadinger, S. Jarzebski & T. Yildiz (Hrsg.), *Politische Narrative. Konzepte – Analysen – Forschungspraxis* (S. 3–38), Wiesbaden: Springer VS.

- Gadinger, F., Jarzebski, S., & Yildiz, T. (2014b). Vom Diskurs zur Erzählung: Möglichkeiten einer politikwissenschaftlichen Narrativanalyse, *Politische Vierteljahresschrift*, 55, 67–93.
- Gadinger, F., Jarzebski, S., & Yildiz, T. (2015). Progressive Politik in pragmatischen Zeiten. Politische Narrative gesellschaftlichen Wandels, Werkbericht Nr. 6, Denkwerk Demokratie. [https://www.denkwerk-demokratie.de/wp-content/uploads/2015/07/DD\\_Werkbericht\\_6-fin.pdf](https://www.denkwerk-demokratie.de/wp-content/uploads/2015/07/DD_Werkbericht_6-fin.pdf). Zugegriffen: 03. Januar 2018.
- Gadinger, F., & Yildiz, T. (2017). Politik. In Matías Martínez (Hrsg.), *Erzählen. Ein interdisziplinäres Handbuch* (S. 158–165), Stuttgart: J.B. Metzler.
- Geis, A., Nullmeier, F., & Daase, C. (2012). *Der Aufstieg der Legitimitätspolitik. Rechtfertigung und Kritik politisch-ökonomischer Ordnungen*, Leviathan Sonderheft 27, Baden-Baden: Nomos.
- Herrmann, F. (2015). Das Märchen vom überkochenden Brei. Narrative in der medialen Berichterstattung zum Flüchtlingsthema im Herbst 2015. *Communicatio Socialis. Zeitschrift für Medienethik und Kommunikation in Kirche und Gesellschaft*, 49. <http://ejournal.communicatio-socialis.de/index.php/cc/article/view/1161>. Zugegriffen am 04. Januar 2018.
- Hofmann, W., Renner, J., & Teich, K. (Hrsg.). (2014). *Narrative Formen der Politik*, Wiesbaden: Springer VS.
- Huizinga, J. (2014). *Das Spielelement der Kultur*, Berlin: Matthes & Seitz.
- Koschorke, A., Lüdemann, S., Frank, T., & de Mazza E.M. (2007). *Der fiktive Staat. Konstruktionen des politischen Körpers in der Geschichte Europas*, Frankfurt am Main: Fischer.
- Koschorke, A. (2012). *Wahrheit und Erfindung. Grundzüge einer Allgemeinen Erzähltheorie*. München: Fischer.
- Koschorke, A. (2017). Populisten und Liberale. Eröffnungsvortrag bei der Tagung „Wettbewerb der Narrative. Zur globalen Krise liberaler Erzählungen“, Berlin, März 2017.
- Lakoff, G., & Johnson M. (1998). *Leben in Metaphern. Konstruktion und Gebrauch von Sprachbildern*, Heidelberg: Carl Auer.
- Lewandowsky, M. (2015). Eine rechtspopulistische Protestpartei? Die AfD in der öffentlichen und politikwissenschaftlichen Debatte – Literaturbericht, *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 25, 119–134.
- Löwenstein, S. (2016). Bei „1956“ hört der Spaß auf. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 27 (10).
- Mackenthun, G. (2010). Von Hybriden und Geisterschiffen. Metaphern im postkolonialen Wissenschaftsdiskurs. In Matthias Junge (Hrsg.), *Metaphern in Wissenskulturen* (S. 123–139), Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Marcinkiewicz, K. (2016). Der politische Rechtsruck in Polen: Analyse von Ursachen und außenpolitischen Konsequenzen, *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik*, 9, 463–476.
- Mijnssen, I. (2016). Das schallende Echo von 1956. *Neue Zürcher Zeitung*, 22 (10).
- Mijnssen, I. (2017). Fünf Antworten zum bizarren Prozess um den Flugzeugabsturz von Lech Kaczyński. *Neue Zürcher Zeitung*, 03 (08).
- Miskimmon, A., O’Loughlin, B., & Roselle, L. (2013). *Strategic Narratives. Communication Power and the New World Order*, London: Routledge.
- Mudde, C. (2004). The Populist Zeitgeist, *Government and Opposition*, 39, 541–563.

- Nachtwey, O. (2016). *Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*, Berlin: Suhrkamp.
- Priester, K. (2011). Definitionen und Typologien des Populismus. *Soziale Welt*, 62, 185–198.
- Priester, K. (2012). Wesensmerkmale des Populismus, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 5–6, 3–8.
- Röggla, K. (2017). Zwischengeschichten. Im Zeitalter von Populismus, Postfaktischem und Politikberatung. Eröffnungsvortrag zum Kölner Kongress „Erzählen in den Medien“. [http://www.deutschlandfunk.de/zwischen geschichten-im-zeitalter-von-populismus.1184.de.html?dram:article\\_id=380073](http://www.deutschlandfunk.de/zwischen geschichten-im-zeitalter-von-populismus.1184.de.html?dram:article_id=380073). Zugegriffen: 22. Dezember 2017.
- Rosanvallon, P. (2012). *Demokratische Legitimität*, Hamburg: Hamburger Editionen.
- Rosanvallon, P. (2017). Wider alle Vereinfachung. Zur Demokratie im 21. Jahrhundert, *Soziopolis*. <https://soziopolis.de/beobachten/politik/artikel/wider-alle-vereinfachung/>. Zugegriffen: 22. Dezember 2017.
- Russell Hochschild, A. (2016). *Strangers in Their Own Land. Anger and Mourning on the American Right*. New York: The New Press.
- Schröder, H., & Mildenerberger, F. (2012). Tabu, Tabuvorwurf und Tabubruch im politischen Diskurs, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 5–6, 42–48.
- Seeßlen, G. (2017). Eine unheilige Familie. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 19 (01).
- Streeck, W. (2013). Gekaufte Zeit. *Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*, Berlin: Suhrkamp.
- Taggart, P. (2004). Populism and Representative Politics in Contemporary Europe, *Journal of Political Ideologies*, 9, 269–288.
- Yildiz, T. (2015). Gekränkte Souveränität? Beschwichtigung als hegemoniale Praktik der Überwachungs-politik. In Karl Rudolf Korte (Hrsg.), *Emotionen und Politik* (S. 317–332), Baden-Baden: Nomos.
- Yildiz, T., Gadinger, F., & Jarzebski, S. (2015). Das narrative Element des Politischen: Überlegungen zu einer Poetologie des Wissens in der Politikwissenschaft, *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 25, 243–253.
- Yildiz, T., Gadinger, F., & Smith, C. (2018). Narrative Legitimierung: Exekutive, repräsentative und subversive Erzählstrategien in der Überwachungskontroverse, *Leviathan: Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft*, 46, 135–162.

**Frank Gadinger** ist Forschungsbereichsleiter und Senior Researcher am Käte Hamburger Kolleg/Centre for Global Cooperation Research an der Universität Duisburg-Essen. Er hat an der Goethe-Universität in Frankfurt zum globalen „Krieg gegen den Terror“ als politisch wirkungsmächtiger Erzählung promoviert. Seine Forschungsinteressen liegen im Feld der Internationalen Beziehungen, der Praxistheorie, der Narrativforschung und der globalen Kooperationsforschung. Er ist Mitherausgeber des Buches „Politische Narrative“ (mit Sebastian Jarzebski und Taylan Yildiz) und der Publikation „Political Storytelling“ (mit Martina Kopf, Aysem Mert und Christopher Smith). Er hat insbesondere zu Legitimationsproblemen moderner Demokratien unter praxistheoretischen und narrativanalytischen Zugängen in zahlreichen Fachzeitschriften publiziert.



# Unbemerkte Botschaften. Wie Populismus in die Leitmedien einfließt

Friederike Herrmann

Köln, genauer: die Übergriffe auf der Kölner Domplatte Silvester 2015/2016, haben in der deutschen Debatte einen Symbolwert gewonnen, der durch das Ereignis selbst nicht zu erklären ist (vgl. Dietze 2016, S. 93). Von einem „Exzess im Diskurs“, der auf den Exzess der sexualisierten Gewalt gefolgt sei, spricht der Migrationsforscher Martin Zillinger (Werthschulte 2017, S. 12). Die Berichterstattung auch seriöser Medien über das Thema Flucht ist seither deutlich stereotyper gerahmt: „Die deutschen Medien haben den gewalttätigen Einwanderer als Angstfigur neu entdeckt“ zitiert die Frankfurter Rundschau (2017) den Wissenschaftler Thomas Hestermann, der die Auswirkungen der Silvesterdebatte in überregionalen Tageszeitungen und TV-Sendern untersucht hat: „Ernüchterung und Alarmismus zögen sich ,wie ein roter Faden durch die gesamte Berichterstattung““ (Frankfurter Rundschau 2017). Auch die Wochenzeitung „Die Zeit“, die insgesamt differenziert und aufgeklärt über das Thema berichtet, hat nach den Silvesterereignissen häufiger als zuvor Artikel veröffentlicht, die gegen Einwanderung argumentierten und zum Teil auch Argumente rechtspopulistischer Kreise aufgriffen (vgl. Humm und Humm 2018). „Gut drei Wochen nach der Silvesternacht hatten sich die großen Medien in der Berichterstattung immer stärker den Narrativen angeglichen, die jahrelang nur auf rechtsextremen Internetseiten wie ‚PI-News‘ kursiert waren“, fasst der Kölner Journalist Christian Werthschulte zusammen (Werthschulte 2017, S. 11). Diese Diskursdynamik

---

F. Herrmann (✉)

Journalistik und Kommunikationswissenschaft, Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt, Eichstätt, Deutschland

E-Mail: Friederike.Herrmann@ku.de

werde „lang anhaltende[n] Auswirkungen auf die europäische Migrationspolitik“ haben, meint der Migrationsforscher Martin Zillinger (Zillinger 2016, S. 47).

Wie kann ein singuläres Ereignis eine solche Dynamik und Macht gewinnen? Und wie kann es geschehen, dass rechtspopulistische Thesen – vermutlich ungewollt – in der Berichterstattung liberaler Medien mitschwingen?

Ich will im Folgenden zeigen, welche Rolle latente Narrative in diesem Prozess spielen. Über sie fließen populistische Inhalte in den öffentlichen Diskurs ein und werden oft unbemerkt von Journalistinnen und Journalisten aufgegriffen. Ich beziehe mich zunächst auf eine Debatte, die darüber entstand, wie die Medien über die Festnahme im Fall eines Sexualmordes in Freiburg berichten. Ich zeige anschließend, wie diese Debatte mit den Silvesterereignissen 2015/2016 verknüpft ist. Beide Diskussionen – über Köln und über Freiburg – waren ihrerseits von einem Narrativ bestimmt, das im Herbst 2015 zum Thema Flüchtlinge in der Bundesrepublik entstanden ist. Es hat die Debatte über Flüchtlinge entscheidend geprägt.<sup>1</sup>

Wenn ich hier von Narrativen spreche, beziehe ich mich nicht auf Geschichten, die Journalisten bewusst erzählen, zum Beispiel in Reportagen oder Features. Diese Unterscheidung ist für das Verständnis des Folgenden wichtig. Ich beziehe mich vielmehr auf Narrative des öffentlichen Diskurses, die oft unausgesprochen in Alltagsgesprächen, Aussagen von Politikern oder Medienberichten mitschwingen (vgl. Gadinger et al. 2014; Miskimmon et al. 2013; Viehöver 2006, 2015). Sie gleichen Mustern in unseren Köpfen, die unser Verstehen und Wahrnehmen bestimmen, oft ohne dass uns dies bewusst wird. Vor der Folie dieser Narrative interpretieren wir Ereignisse und Fakten. Nachrichten bilden Ausschnitte der Wirklichkeit nicht einfach ab. Sie vermitteln stets mehr als bloße Fakten und Daten, Nachrichten organisieren Ereignisse, sie strukturieren und interpretieren diese nach bestimmten vorgängigen Mustern. Solche Muster stellen Narrative dar. Ich werde weiter unten noch einmal darauf zurückkommen, will nun aber zunächst die Debatte um den Freiburger Fall vorstellen.<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup>Das Konzept zu den hier analysierten Narrativen habe ich in kontinuierlichen Austausch mit Prof. Dr. Ilka Quindeau entwickelt, der ich für zahlreiche wichtige Anregungen und Gespräche danke.

<sup>2</sup>Ich übernehme die Schilderung der Beispiele teilweise zwei an anderer Stelle erschienen Aufsätzen. Dort finden sich jeweils auch ausführlichere Herleitungen und Hinweise auf die untersuchten Medien und angewandten Methoden (Herrmann 2016a, 2018).

## 1 Nur eine Möglichkeit zu berichten? Die Debatte um die Festnahme eines Afghanen in Freiburg

Im Dezember 2016 wurde in Freiburg ein junger Afghane festgenommen. Er wurde verdächtigt, einige Wochen zuvor einen Sexualmord an einer Studentin begangen zu haben. Diese Festnahme fand große Beachtung in den Medien, die meisten berichteten ausführlich darüber. Die *ARD-Tagesschau* jedoch verzichtete auf diese Meldung. Die Redaktion hatte sich anscheinend bewusst dagegen entschieden. Das schien zunächst folgerichtig: Die *Tagesschau* hatte auch vor der Festnahme nicht über den Freiburger Fall berichtet. Das hält man bei solchen Taten meist so. Morde und Vergewaltigungen sind nur in Ausnahmefällen ein Thema für die überregionalen Nachrichtensendungen öffentlich-rechtlicher Anstalten.

Bis zur Festnahme des jungen Afghanen hatte dies auch niemand kritisiert. Aber nach der Verhaftung sah sich die *Tagesschau* plötzlich heftigen Angriffen ausgesetzt. Die meisten anderen Medien brachten die Meldung an prominenter Stelle. So hervorgehoben wurde die Tat aber erst, nachdem bekannt geworden war, dass möglicherweise ein Flüchtling die Tat begangen hatte.

Das *ZDF* berichtete in der Hauptnachrichtensendung *heute*. Zeitungen wie die *Süddeutsche* veröffentlichten den Bericht über die Verhaftung auf Seite eins. Vor der Festnahme des Flüchtlings war das Thema auf der *Panorama*-Seite abgehandelt worden, zwischen Prominentenklatsch und -tratsch.

Die Kritik, die plötzlich über die *Tagesschau* hereinbrach, kam nicht nur von den üblichen Verdächtigen. Sie kam nicht nur von den Boulevardmedien und den ausländerfeindlichen Hetzern in den sozialen Medien. Sie kam zum Beispiel von der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, die meinte: „Die *ARD*-Nachrichtenredaktion weiß nicht mehr, was relevant ist und was nicht“ (Hanfeld 2016). Die *Süddeutsche Zeitung* widmete der Kritik an der *Tagesschau* einen langen Kommentar auf ihrer Seite Vier, der Meinungsseite, da hieß es: Die Verantwortlichen hätten unprofessionell gehandelt und arbeiteten damit den Falschen in die Hände (Käppner 2016). Der *Deutsche Journalisten Verband* erklärte in einem Kommentar: Man habe doch an der Berichterstattung der anderen Medien sehen können, wie wichtig das Thema sei (Zörner 2016).

Diese Kritik ist in ihrer Absolutheit interessant. Es brach also nicht etwa ein Dialog oder Streit darüber aus, wie man zu berichten habe. Es wurden nicht Meinungen und Argumente ausgetauscht und ein Für und Wider abgewogen. Die Kritiker stellen vielmehr kategorisch fest, dass es in diesem Falle nur eine richtige Art der Berichterstattung gäbe und sprachen der *Tageschau* schlichtweg

die Professionalität ab. Solches Verabsolutieren von Sichtweisen kennen wir als populistische Redemuster: Wer nicht zustimmt liegt falsch (vgl. Reinemann 2017, S. 173).

Die Journalisten nannten als Grund dafür, dass sie das Thema nun plötzlich so ausführlich und an prominenter Stelle behandelten: Der Fall gehöre in den Kontext des derzeit aktuellen und wichtigen Themas Flüchtlinge. Vor allem betonten sie: Die Medien dürften sich nicht wieder den Vorwürfen des Verschweigens aussetzen wie Silvester 2015.

Der Bezug zu Silvester 2015 war zentral für die Kritik. So warf die Zeitung *Die Welt* der *Tagesschau* vor, sie habe schon Silvester zu spät berichtet. Damit habe sie sich schon damals „dem Verdacht einer ‚Es kann nicht sein, was nicht sein darf‘-Berichterstattung“ ausgesetzt. Das scheine sie nun zu bestätigen (Rosenfeld 2016).

Niemand fragte danach, ob diese beiden Ereignisse überhaupt vergleichbar sind. Silvester 2015 hatte eine große Gruppe von Männern, unter denen vermutlich viele Nordafrikaner waren, am Kölner Hauptbahnhof sexuelle Übergriffe, Vergewaltigungen und Diebstähle an mehreren hundert Frauen begangen. Das war ein in dieser Form noch nicht dagewesenes Ereignis, das eine große Zahl von Menschen betraf und Nachrichtenwert auch für überregionale Medien besaß. Den Medien wurde vorgeworfen, zu spät berichtet zu haben und die Herkunft der Männer zu verschweigen.

Das Sexualverbrechen in Freiburg wurde vermutlich von einem einzelnen Mann begangen, der Tatverdächtige ist ein Afghane. Experten verwiesen darauf, dass solche Taten glücklicherweise sehr selten sind, in allen Kulturen vorkommen und überall geächtet sind (vgl. z. B. Goergens 2016).

Sicher ist: Wäre der Tatverdächtige ein Deutscher gewesen, hätte niemand von der *Tagesschau* erwartet, dass sie berichtet.

Es ist nicht einfach erklärbar, dass der Freiburger Fall und die Kölner Silvesterereignisse mit solcher Selbstverständlichkeit in einem Atemzug genannt wurden. Dem Sog dieser Berichterstattung entzogen sich nur wenige Medien, wie die Berliner *tageszeitung*. Der Chefredakteur von *ARD-aktuell*, Kai Gniffke, sah sich genötigt, die Entscheidung der *Tagesschau* öffentlich zu rechtfertigen. Zwei Tage später berichteten die *ARD-Tagesthemen* doch über Freiburg. Ihre Begründung: Der Fall habe durch die bundesweite Debatte überregionale Relevanz gewonnen.

Die These liegt nahe: Erst durch den Bezug auf Silvester 2015 wurde der Freiburger Fall zu einem Ereignis, dem die Mehrzahl der Medien überregionale Bedeutung zubilligte. Wie aber entstand dieser Zusammenhang? Immerhin lagen die Silvesterereignisse fast ein Jahr zurück und hatten offensichtlich einen deutlich anderen Charakter.

## 2 Narrative im öffentlichen Diskurs

Nach meiner These stellten Narrative diesen Zusammenhang zwischen den verschiedenen Ereignissen her. Dieses Narrativ zum Thema Flüchtlinge ist im Herbst 2015 in der Bundesrepublik entstanden. Bevor ich genauer beschreiben werde, wie sich dieses Narrativ entwickelt hat und welche Bedeutungen es dem Flüchtlingsthema beimisst, möchte ich meinen Begriff des Narratives in diesem Zusammenhang kurz erläutern.

Narrative bieten durch ihre Struktur Erklärungen für Ereignisse und definieren Zusammenhänge. Dies erklärt sich zum einen aus der zeitliche Dimension von Narrativen und zum anderen aus der Beziehung, die Narrative zwischen einzelnen Elementen des Narratives herstellen. Betrachtet man den zeitlichen Verlauf, bietet dieses „In-Beziehung-Setzen“ eine Herleitung von Ursachen, Begründungen und Erklärungen. Wir verstehen im Zeitverlauf geschilderte Ereignisse in einem Ursache-Wirkung-Zusammenhang, auch wenn dies nicht ausdrücklich gesagt wird (vgl. Nünning 2011/12, S. 90 f., Miskimmon et al. 2013, S. 5). So verwandeln sich „Ereignisse in eine zusammenhängende Geschichte [...], die zwischen vergangenen Erfahrungen, Gegenwart und künftigen Erwartungshorizonten vermittelt“ (Viehöver 2014b, S. 137). Narrative haben also einen dreifachen Zeitbezug: Sie machen Aussagen über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.

Bezogen auf aktuelle gesellschaftliche Probleme, die wir in der Gegenwart haben, kann man sagen: Das Narrativ benennt eine mögliche Ursache des Problems, es beschreibt, wie dieses Problem in der Vergangenheit entstanden ist. Und aus dieser Ursache ergeben sich Handlungsanweisungen zur scheinbaren Lösung dieses Problems in der Zukunft.

Zu einem aktuellen gesellschaftlichen Problem kursiert häufig nicht nur ein Narrativ, sondern mehrere Narrative konkurrieren miteinander um die Deutung des Ereignisses. Sie stehen miteinander in einem „Wettkampf“ (Gadinger et al. 2014, S. 9), aus dem ein Narrativ als dominant hervorgehen kann. Auch wenn die einzelnen Narrative nur eine Perspektive, eine mögliche Erklärung für ein Problem darstellen, sind sie doch in sich schlüssige Erklärungen, da sie Ursache und Wirkung benennen. Sie entsprechen darin unseren Denkmustern und gewinnen unter anderem daraus ihre Macht.

Ein solches dominantes Narrativ verband sich im Herbst 2015 mit dem Begriff der sogenannten „Flüchtlingskrise“. Mit ihm verknüpft war die Vorstellung, dass ein beständiger Zustrom von Flüchtlingen die Bundesrepublik überfordere, der Staat zunehmend die Kontrolle verliere, die Ordnung bedroht sei und Chaos auszubrechen drohe. Diese Vorstellung war gewissermaßen eine Umkehrung einer

berühmten Äußerung von Bundeskanzlerin Angela Merkel: Aus ihrem Statement „Wir schaffen das“ wurde ein „Das ist nicht zu schaffen“. Der Ort des Geschehens war in diesem Narrativ die Bundesrepublik. Deshalb waren auch die wichtigsten Akteure dieses Narratives Deutsche, als Ursache der konstatierten Probleme galt Merkels Entscheidung, eine große Zahl Flüchtlinge nach Deutschland kommen zu lassen, was häufig als „Merkels Grenzöffnung“ bezeichnet wurde (Blume et al. 2016). Und aus dieser Ursachenerklärung ergab sich denn auch die Vorstellung von der Lösung des Problems: das Schließen der Grenzen oder, wie es der CSU-Politiker Horst Seehofer immer wieder forderte, eine Obergrenze für die Zahl der Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen dürfen.

Solche Narrative haben keinen Autor, keinen eindeutigen Urheber. Narrative in diesem Sinne sind nicht ein Stilmittel des Journalismus, nicht das, was wir meinen, wenn wir von Storytelling oder von Reportagen sprechen. Sie sind Teil des öffentlichen Diskurses und geben einen übergreifenden Deutungszusammenhang, innerhalb dessen PolitikerInnen, JournalistInnen und BürgerInnen Ereignisse darstellen und Ereignisse verstehen (ausführlicher zum Verhältnis von Narration und Diskurs: Viehöver 2012). Diese Narrative prägen Aussagen der Politik, sie sind in den Alltagsgesprächen von Bürgerinnen und Bürgern enthalten. Unbemerkt diffundieren sie auch in die journalistische Berichterstattung – ohne dass JournalistInnen dies beabsichtigen müssen. Man kann sie in einzelnen journalistischen Beiträgen identifizieren, sie finden sich aber insbesondere in der Zusammenchau, in der gesamten Berichterstattung zu einem Thema über einen längeren Zeitraum. Wichtig ist: Die Narrative können latent sein, sie müssen nicht explizit dargestellt und vollständig erzählt werden. Die Narrative sind in der Kommunikation oft nur in Teilen dargestellt oder gänzlich implizit enthalten. Aber das Publikum versteht sie aus dem Zusammenhang heraus.

---

### 3 Ein dominantes Narrativ zum Thema Flüchtlinge

Ein solches Narrativ kann bewirken, dass der Sinn eines Beitrages ins Gegenteil dessen umschlägt, was JournalistInnen bewusst vermitteln wollten. Ich will dies am Beispiel eines zentralen Narratives zum Flüchtlingsthema zeigen: Im Oktober 2015 habe ich mir mit Studierenden in einem Seminar eine Tageschau-Sendung angeschaut. In dieser Tagesschau füllten vier Beiträge zum Flüchtlingsthema die ersten sieben Minuten, also knapp die Hälfte der Sendung (Tageschau 2015).

In einer ersten Reaktion zeigten sich die Studierenden angesichts der vier Berichte regelrecht erschlagen. Eine Studentin hob halb abwehrend, halb hilflos

beide Hände und sagte: Sie sei ja eigentlich aufseiten der Flüchtlinge – aber langsam habe sie das Gefühl, es krache an allen Ecken und Enden in Deutschland. Und wenn das mit der „Flüchtlingskrise“ so weiter gehe, werde dieses Land im Chaos enden. Die Berichterstattung erzeuge bei ihr den Eindruck: „Das ist nicht zu schaffen“. Auch andere Zuschauer äußerten sich ähnlich. Was aber hat die *Tagesschau* gezeigt?

Die Sendung beginnt mit einem Bericht über eine *Pegida*-Kundgebung in Dresden, die sich gegen Flüchtlinge richtete. Die Kundgebung habe, so die *Tagesschau*, etwa 40.000 Menschen „für oder gegen *Pegida*“ auf die Straße gebracht. Rund 2000 Polizisten seien im Einsatz gewesen. Die Kamerabilder zeigen Prügeleien und Fußtritte, im Hintergrund hört man Sirenen und sieht Feuerschein.

Der folgende Beitrag befasst sich mit den freiwilligen Helfern: „Nach Wochen der Flüchtlingskrise zeigt sich, dass viele Helfer langsam an ihre Grenze geraten“, heißt es. Die Bilder zeigen das müde Gesicht einer Frau, die „nur wenige Stunden geschlafen“ habe und mit schwacher Stimme von Helfern erzählt, die ihren Sommerurlaub für die ehrenamtliche Arbeit geopfert hätten und nun „natürlich körperlich und psychisch am Ende“ seien.

Der dritte Beitrag dieser *Tagesschau* zeigt einen Flüchtlingstreck auf der „Balkanroute“. Im Bild sieht man eine schier endlose Schlange ärmlich gekleideter Menschen, manche gehüllt in Decken, die in gleichmäßigem Tempo unaufhörlich vorwärts waten, durch den Schlamm, der ob der vielen Menschen entstanden war. Die Stimme aus dem Off erklärt, dass die „früheren jugoslawischen Teilrepubliken immer mehr Probleme mit den anhaltend hohen Flüchtlingszahlen“ hätten: „Mehrere tausend Schutzsuchende überrannten heute regelrecht Grenzposten nach Slowenien“, heißt es. Slowenien habe jetzt die EU um Hilfe gebeten.

Diese Beiträge dauerten jeweils etwa zwei Minuten, nun folgt noch ein wesentlich kürzerer 30-Sekunden-Beitrag darüber, dass die Menschen in Syrien durch den Bürgerkrieg immer stärker in Bedrängnis gerieten. Südlich von Aleppo seien 35.000 Menschen auf der Flucht, denen ebenfalls Lebensmittel und Notunterkünfte fehlten. Illustriert ist der Beitrag nur durch eine Landkarte hinter der Sprecherin.

Wie in einem Brennglas verdichten sich in dieser *Tagesschau* Bilder und Deutungsmuster des öffentlichen Diskurses in diesen Wochen im Herbst 2015: Da ist die Besorgnis über das Erstarken von Rechtsradikalen und Rechtspopulisten. Da ist die Rede von überforderten Helfern. Und da sind die Bilder eines anscheinend nicht enden wollenden Stroms von Flüchtlingen, die in dieser Metapher wie eine Naturgewalt über Europa hereinbrechen. Die Not der Menschen in Syrien bleibt dem gegenüber sehr abstrakt.

In der Zusammenschau dieser Beiträge entsteht in den Köpfen der Zuschauer das Bild einer heillos überforderten deutschen Gesellschaft. Eine unkalkulierbare und unbeherrschbare Gewalt scheint von außen an ihren Festen zu rütteln.

Man kann davon ausgehen, dass dies nicht die Absicht der RedakteurInnen der *Tagesschau* war.<sup>3</sup> Schaut man sich nur die Inhalte der beschriebenen Sendung an, findet man keine Parteinahme in der einen oder der anderen Richtung: Auf der inhaltlichen Ebene handelt es sich schlicht und einfach um solide Nachrichten, die so neutral wie möglich von allen Seiten berichten. Ein anderes Bild entsteht, wenn man sich die Sendung in ihrer Gesamtheit ansieht, ihre Struktur, die Chronologie, ihren Kontext und die Bilder untersucht. Dann erzeugt sie ein Gefühl der Überforderung, ein Land scheint an seine Grenzen zu stoßen: Das Boot ist voll. Diese Interpretation entdeckt man, wenn man die unmittelbaren emotionalen Reaktionen von Zuschauerinnen und Zuschauern nach der Sendung abfragt. In den Köpfen der Zuschauer entsteht das Narrativ von einer Überforderung der Bundesrepublik.<sup>4</sup>

Die Sendung der *Tagesschau* diene hier nur als ein Beispiel für einen großen Teil der Berichterstattung der Medien im Herbst 2015: Über Wochen, ja über Monate waren die Flüchtlinge das beherrschende Thema in den Nachrichten von Rundfunk und Zeitungen (vgl. Herrmann 2016a; IFEM 2015). Allein schon die schiere Flut der Beiträge konnte ein Gefühl der Überforderung berechtigt erscheinen lassen.

Das ist umso bemerkenswerter, als der Alltag der meisten Bürgerinnen und Bürger ganz anders aussah: Die meisten lebten unverändert und ohne Einschränkungen weiter. Sie hatten kaum Kontakt zu Flüchtlingen, trotzdem entstand offenbar der Eindruck, dass das Land die Situation nicht mehr bewältigen konnte. Vielleicht war es aber eher der Strom der Berichterstattung, der die Menschen überrollte? Performativ betrachtet, transportiert der Nachrichtenstrom der Medien in diesen Wochen eine Überwältigung durch das Thema. Man fühlt sich erinnert an das Märchen vom überkochenden Brei oder an Goethes Ballade vom Zauberlehrling: Die Flut droht alles unter sich zu begraben, weil der Zauberlehrling Geister rief, die er nicht beherrschen kann. Es ist, als ob der endlose Strom der Berichterstattung als Metapher für den endlosen Flüchtlingstreck erscheint.

---

<sup>3</sup>Ganz im Gegenteil wurde den öffentlich-rechtlichen Medien in diesen Wochen sogar vorgeworfen, „Willkommens-Rundfunk“ zu betreiben und die negativen Seiten der Flüchtlingsaufnahme auszublenden (vgl. z. B. Hanfeld 2015).

<sup>4</sup>Zu hier angewandten Methode des szenischen Verstehens vgl. Herrmann (2016b, 2018).



Dies war eine dominante Stimmungslage zum Ende des Jahres 2015, die von den Medien transportiert wurde. Die Willkommenskultur vom September 2015, als die Medien gezeigt hatten, wie Flüchtlinge begeistert an Bahnhöfen empfangen wurden, erschien in diesem Narrativ als Schönwetterpolitik und war in weite Ferne gerückt. Ohne es zu wollen, bestätigten die Medien in ihrer Performance, in der Art wie sie erzählten, die populistische These, dass Sicherheit und Ordnung gefährdet seien. Der Begriff „Flüchtlingskrise“ markiert dieses Narrativ.

---

## 4 Das Narrativ der Kölner Silvesternacht

In diese Stimmung trafen nun die Silvesterereignisse des Jahres 2015, die Belästigungen, Vergewaltigungen und Diebstähle durch Männer vor allem nordafrikanischer Abstammung auf der Kölner Domplatte am Hauptbahnhof. Sie führten sehr rasch zu einer sehr emotionalisierten Debatte (Wessel 2016, S. 5; Werthschulte 2017, S. 12). Die Ereignisse wurden als direkte Folge der Flüchtlingssituation interpretiert. Und den Medien wurde vorgeworfen, zu spät berichtet zu haben und die Sache zu verharmlosen sowie die Herkunft der Täter nicht zu benennen. Die CSU beispielsweise sprach von einem „Schweigekartell“ der Medien (Huber 2016). Die meisten dieser Vorwürfe halten einer detaillierten Analyse nicht stand (Wessel 2016, S. 46).

Die Gefühle von Angst und Überforderung, die im Herbst 2015 entstanden waren, wiederholten sich in den Silvesterereignissen. In diesem Geschehen findet man die Elemente dieses Narratives verdichtet: Die Fremden traten Silvester 2015 tatsächlich als eine überwältigende Gruppe auf, die nicht mehr beherrschbar und kontrollierbar schien. Der Münchner Soziologe Armin Nassehi beschrieb dies in einem Zeitungsinterview: „Die Täter in Köln wurden oft als amorphe Masse von Menschen beschrieben, die alle gleich wild sind, gleich gefährlich. Selbst wenn man das nicht selbst gesehen hat, konnte man es sich plastisch vorstellen. [...] Die Nacht von Köln hat inzwischen fast etwas Mythisches. Die Leute sagen „Köln“ oder „Domplatte“, und jeder weiß, was gemeint ist“ (Schulz 2016).

Der Kölner Domplatz wird zur Projektionsfläche, es entsteht eine konkrete Szene. Nun gibt es ein reales Bild für die zuvor diffusen Ängste, eine wehrlose Bevölkerung stehe einer überwältigenden Macht des Fremden gegenüber.

Fakten haben gegen ein solches machtvoll narratives Narrativ einen schweren Stand. Denn das Narrativ greift vorherrschende Gefühle auf, gegen die sich schlecht argumentieren lässt. Die Fakten finden dann Beachtung, wenn sie in das dominante Narrativ passen (vgl. zu diesem Mechanismus z. B. Hickethier 1993, S. 118). Andere Fakten verlieren an Bedeutung: Es wurde zwar berichtet, dass

die kriminellen Taten von einer bestimmten Gruppe in einer bestimmten Situation begangen wurden, dass Alkohol und wahrscheinlich auch Drogen eine Rolle spielten und Sicherheitsdienste und Polizei Fehler gemacht hatten (vgl. Egg 2016, S. 50 ff. zitiert nach Werthschulte 2017, S. 11 f.). Das änderte aber nichts an der ungeheuren Zeichenkraft, die von diesem Ereignis ausging: Es wurde zu einem Symbol angeblich gescheiterter Flüchtlingspolitik. Die Gefühle der Ohnmacht und Wut, Ängste vor Chaos und Überforderung hatten nun ein konkretes Bild.

Wenn wir uns nun das Sexualverbrechen von Freiburg anschauen, fügt es sich wiederum nahtlos in das Silvester-Narrativ: Es geht um einen Flüchtling, es geht um Sexualität, es geht um Gewalt. Es geht auch um den scheinbaren Kontrollverlust des Staates, der offenbar nicht in der Lage war, die kriminellen Flüchtlinge zu erkennen. Die Einzeltat wurde in das große Thema Flüchtlinge eingeordnet, als sei dies die Ursache für das Gewaltverbrechen.

Auch wenn besonnene Stimmen schon Silvester immer wieder dazu aufgerufen hatten, nicht alle Flüchtlinge unter Generalverdacht zu stellen – genau das passierte. Auch diese Vereinheitlichung der Fremden, die dem vermeintlich Eigenen gegenübergestellt wird, ist ein typisches populistisches Muster (Reinemann 2017, S. 174). Die Bildzeitung nahm ohne jede Selbstironie dieses Verbrechen zum Anlass, „die große Debatte um das Frauenbild von Flüchtlingen!“ zu eröffnen (Bild 2016).<sup>5</sup>

---

## 5 Rechtspopulismus und Narrative in den Medien

Die Vorwürfe an die *Tagesschau* konnten nur erhoben werden, weil das Freiburger Ereignis in das große Narrativ zum Thema Flüchtlinge eingeordnet wurde. Dies geschah, das ist wichtig zu sagen, ohne bewusste Absicht. Man fürchtete den Vorwurf, der Silvester erhoben worden war: Die Medien würden bei Verbrechen von Flüchtlingen schweigen. Tatsächlich aber war es genau umgekehrt: Die Festnahme in Freiburg wurde nur deshalb zu einer überregionalen Meldung, weil der Tatverdächtige ein Flüchtling ist.

Damit ist aber unversehens eine rechtspopulistische These in die Berichterstattung seriöser Medien gerutscht: die von der kriminellen Gefahr, die von Flüchtlingen ausgeht (vgl. Reinemann 2017, S. 176). Nach Faktenlage war die Nachricht von der Freiburger Festnahme eine Nachricht von nur regionaler Bedeutung. Ohne das

---

<sup>5</sup>Zur mangelnden Berücksichtigung des gesellschaftlichen Rahmens sexueller Gewalt durch die Medien bei diesem Ereignis vgl. auch Drücke (2016).

Narrativ der Überforderung durch die Flüchtlinge und die Silvesterereignisse 2015 hätte vermutlich niemand erwartet, dass die *Tagesschau* über diesen Fall berichtet.

Es wurde behauptet, dass man Rechtspopulisten in die Hände arbeite, wenn man über den Freiburger Fall nicht überregional berichte. Doch das Gegenteil ist richtig: Gerade die besonders prominente Berichterstattung über den Fall bediente das Narrativ, dass die Bundesrepublik mit den Flüchtlingen überfordert sei. Und das ist ein Narrativ, das Rechtspopulisten gerne aufgreifen.

Die Qualitätsmedien wollen so etwas ganz gewiss nicht fördern. Die Redakteure der *Tagesschau* scheinen die Gefahr gesehen zu haben und konnten sich doch nicht nachhaltig wehren. Die öffentliche Rechtfertigung, die Kai Gniffke gegeben hat, stärkte eher das Narrativ: Denn eine Entscheidung, die man begründen muss, ist nicht mehr selbstverständlich. Es wundert nicht, dass die *Tagesthemen* kurz darauf das Thema aufgriffen.

Ohne dass irgendein Journalist dies bewusst beabsichtigt hatte, entstand plötzlich eine Art Umkehrung des Paragraphen 12.1 des Pressekodex.<sup>6</sup> Wenn man es etwas zuspitzt, lautet die Forderung: Über Straftaten muss man dann an besonders prominenter Stelle berichten, wenn sie von Flüchtlingen begangen werden.

Interessant ist, dass der *Tagesschau* in diesem Fall das Recht abgesprochen wurde, den Freiburger Fall anders einschätzen zu dürfen als die Mehrzahl der Medien. Es gab keine Diskussion um ein Für und Wider. Stattdessen behaupteten die Vertreter eines „Mainstream“ der Berichterstattung, dass es die einzig mögliche Sicht der Dinge sei, die Meldung als überregional einzuordnen. Eine Vielfalt der Meinungen zum Thema wurde nicht akzeptiert. Dies zeigt, wie mächtig ein dominantes Narrativ die öffentliche Debatte bestimmen kann: Es wird dann schwer, überhaupt noch anderes zu denken. Bestimmte Fakten und Argumente verschwinden in diesem Narrativ. Sie werden vom Publikum nicht aufgenommen und verlieren ihre Bedeutung. Die hier aufscheinende Ablehnung von Vielfalt, eine anti-pluralistische Haltung, ist eigentlich typisch für rechtspopulistische Positionen (vgl. Reinemann 2017, S. 173).

---

<sup>6</sup>Paragraf 12.1. des Pressekodex lautete zum Zeitpunkt der hier betrachteten Berichterstattung: „In der Berichterstattung über Straftaten wird die Zugehörigkeit der Verdächtigen oder Täters zu religiösen, ethnischen oder anderen Minderheiten nur dann erwähnt, wenn für das Verständnis des berichteten Vorgangs ein begründbarer Sachbezug besteht. Besonders ist zu beachten, dass die Erwähnung Vorurteile gegenüber Minderheiten schüren könnte“ (Presserat 2017). (Seit dem 22.3.2017 ist eine leichte veränderte Version in Kraft.)

Narrative sind verführerisch, weil sie schlüssige Konzepte bieten, scheinbare Zusammenhänge herstellen. Sie geben damit unserem Wahrnehmen und Denken eine Form. Sie begrenzen es aber auch. Sie erscheinen in sich rund und überdecken damit mögliche Brüche und Fragen. Sie stellen der demokratischen Vielfalt der Meinungen die Überzeugung einer einzigen Wahrheit gegenüber. Deshalb können Narrative Ideologie transportieren, ohne dass diese erkennbar und benennbar wird. Das macht sie gefährlich, denn an die vermeintlichen Wirklichkeitsschilderungen können Ideologen andocken. So nutzen rechtspopulistische und rassistische Kreise das Narrativ von der „Flüchtlingskrise“ für ihre Propaganda.

Dies verknüpft sich Silvester 2015 mit der Kritik an der Presse. Der Vorwurf, die Medien würden bewusst Fakten verheimlichen, ein „Schweigekartell“ bilden, trifft ins Mark des journalistischen Selbstverständnisses. Diese Kritik hat auch deshalb eine neue Dimension, weil sie die Grundfesten der journalistischen Rolle in der Demokratie infrage stellt. Die Kritik erhält aber auch eine neue Dynamik, weil im Internet, und insbesondere in den sozialen Medien, Hass und Difamierung ein unkontrolliertes und doch öffentliches Forum haben. Auch dieser Mechanismus erklärt die heftige Kritik an der *Tagesschau*.

Die Tagesschau musste sich rechtfertigen, weil sie einen eigenen Zugang zu Themen beansprucht hat. Sie hat den Mainstream verlassen und musste sich für diese Haltung verteidigen. Sobald man sich aber in den Kreislauf der Legitimationsbemühungen begibt, wozu Kai Gniffke sich gezwungen sah, hat man schon verloren. Wer sich rechtfertigt, gerät in eine Legitimationsfalle, denn er bleibt im Narrativ gefangen.

---

## **6      Perspektive: zum Umgang mit Narrativen in den Medien**

Diese Narrative werden, wie ich oben gesagt habe, nicht von den Medien konstruiert. Sie sind in den gesellschaftlichen Diskursen vorhanden. Aber die Medien sind in deren unbewusste Dynamik eingebunden.

Man kann sagen: Das Narrativ bestimmt, wie berichtet wird. Es bestätigt sich dann durch die Berichterstattung. Und so verfestigt es sich immer mehr.

Ich halte es für wichtig, die Analyse solcher Narrative zu einem Teil der Ausbildung zu machen. Journalistinnen und Journalisten sollten trainieren, Narrative des öffentlichen Diskurses zu identifizieren. Narrative zu beschreiben bietet die Chance, über sie aufzuklären und sie dem Publikum bewusst machen zu können.

In der Kommunikationswissenschaft kann die Narrationsanalyse neuen Erkenntnisgewinn für die Untersuchung öffentlicher Kommunikation bieten, wie Studien aus Politikwissenschaft und Soziologie zeigen (vgl. Gadinger et al. 2014; Miskimmon et al. 2013; Viehöver 2006, 2014a, 2015). Speziell im Fachgebiet der Journalistik können Narrationsanalysen zu einer wissenschaftlich fundierten Medienkritik beitragen. Narrative überzeugen nicht in erster Linie auf einer rationalen Ebene (Nünning 2011/12, S. 93). Darum ist es oft wenig erfolgreich, gegen sie zu argumentieren oder sie mit Fakten widerlegen zu wollen. Hilfreicher kann es hingegen sein, Narrative sichtbar zu machen, sie auf einer Metaebene anzusprechen und ihre Wirkungsweise dem Publikum bewusst zu machen. Es geht darum zu zeigen, wie diese latenten Narrative funktionieren, welche Gefühle und Ängste damit verbunden sind, welche vermeintlichen Ursachen und scheinbaren Lösungsmöglichkeiten sie entwickeln. Das Vorgehen ähnelt der Ideologiekritik, es richtet sich gegen die praktische Ideologie, die in Narrativen enthalten sein kann. Wird ein Narrativ erkannt, benannt und beschrieben, ist es eher möglich, sich seiner Deutungsmacht zu entziehen. Es ist eher möglich, etwas Anderes zu denken.

---

## Literatur

- Bild (2016): Die große Debatte um das Frauenbild von Flüchtlingen! Bild, 7.12.2016, S. 1 und 7.
- Blume, G., Brost, M., Hildebrandt, T., Hock, A., Klormann, S., Köckritz, A., Krupa, M., Lau, M., von Randow, G., Theile, M., Thumann, M., Wefing, H. (2016). Grenzöffnung für Flüchtlinge : Was geschah wirklich? zeit.de, 22.8. 2016, <http://www.zeit.de/2016/35/grenzoeffnung-fluechtlinge-september-2015-wochenende-angela-merkel-ungarn-oesterreich>. Zugriffen: (Datum bitte angeben).
- Dietze, G. (2016): Das ‚Ereignis Köln‘. In: Femina Politica 1/2016. S. 93–102.
- Drüke, R. (2016): Die TV-Berichterstattung in ARD und ZDF über die Silvesternacht 2015/16 in Köln. Herausgeberin: Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin.
- Egg, R. (2016). Gutachterliche Stellungnahmen zu den anonymisierten Strafanzeigen der Ermittlungsgruppe Neujahr. Wiesbaden.
- Frankfurter Rundschau (2017). Seit Silvester in Köln. Medien erzeugen verzerrtes Bild von Flüchtlingen. fr.de, 1.8.2017. [www.fr.de/kultur/netz-tv-kritik-medien/medien/seit-silvester-in-koeln-medien-erzeugen-verzerrtes-bild-von-fluechtlingen-a-1323914](http://www.fr.de/kultur/netz-tv-kritik-medien/medien/seit-silvester-in-koeln-medien-erzeugen-verzerrtes-bild-von-fluechtlingen-a-1323914). Zugriffen: 20.2.2018.
- Gadinger, F., Jarzebski, S., Yildiz, T. (Hrsg.). (2014) *Politische Narrative*. Konzepte – Analysen – Forschungspraxis. Wiesbaden.
- Goergens, M. (2016). Mehr Kriminalität durch Flüchtlinge – oder eben nicht. wdr.de, Aktuelle Stunde, 19.12.2016, <http://www1.wdr.de/fernsehen/aktuelle-stunde/fluechtlinge-kriminalitaet-statistik-fakten-100.html>. Zugriffen 15.4.2017.

- Hanfeld, M. (2015). Willkommens-Rundfunk. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt, 6.11.2015, S.1
- Hanfeld, M. (2016). Jetzt berichten sie doch. Faz.net, Medien, 5.12.2016, [www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/tagesschau-berichtet-nicht-ueber-ermordete-studentin-in-freiburg-14560129.html](http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/tagesschau-berichtet-nicht-ueber-ermordete-studentin-in-freiburg-14560129.html). Zugriffen 11.4.2017.
- Herrmann, F. (2016a). Das Märchen vom überkochenden Brei. Narrative in der medialen Berichterstattung zum Flüchtlingsthema im Herbst 2015. In: *Communicatio Socialis* (1/2016), 6–20. Online unter: [ejournal.communicatio-socialis.de/index.php/cc/article/viewFile/1161/1159](http://ejournal.communicatio-socialis.de/index.php/cc/article/viewFile/1161/1159). Zugriffen: 15.4.2017.
- Herrmann, F. (2016b). Diskriminierung zwischen den Zeilen. Szenisches Verstehen – Das Doing Gender in der Kommunikationssituation journalistischer Texte. In: S. Kannengießer, et al. (Hrsg.): *Eine Frage der Ethik? Eine Ethik des Fragens. Interdisziplinäre Untersuchungen zu Medien, Ethik und Geschlecht*. Weinheim/ Basel, S. 95–110.
- Herrmann, F. (2018). Das Verschwinden von Fakten aus der Berichterstattung : Überlegungen zur Analyse von Narrativen des öffentlichen Diskurses am Beispiel des Flüchtlingsthemas. In: L. Blasch, D. Pfurtscheller, T. Schröder (Hrsg.). *Schneller, bunter, leichter : Kommunikationsstile im medialen Wandel*. Innsbruck : S. 37–53.
- Hickethier, K. (1993): *Film- und Fernsehanalyse*. Stuttgart.
- Huber, J. (2016): „Schweigekartell“ und „Nachrichtensperren“. Tagesspiegel.de, 7.1.2016, [www.tagesspiegel.de/medien/kritik-an-den-medien-wegen-koeln-berichterstattung-schweigekartell-und-nachrichtensperren/12797422.html](http://www.tagesspiegel.de/medien/kritik-an-den-medien-wegen-koeln-berichterstattung-schweigekartell-und-nachrichtensperren/12797422.html). Zugriffen: 16.4.2017.
- Humm, L., Humm, C. (2018). Der deutsche Migrationsdiskurs. Ein Vergleich von „Junger Freiheit“ und „Die Zeit“. Vortrag bei der Tagung „Medienkritik – zwischen ideologischer Instrumentalisierung und kritischer Aufklärung, 15.–17. Februar 2018, Trier. Eigene Mitschrift.
- IFEM (2015): *Info Monitor. TV-News Oktober 2015*. Institut für empirische Medienforschung. Köln. [www.ifem.de/infomonitor/jahr-2015/tv-news-2015-oktober](http://www.ifem.de/infomonitor/jahr-2015/tv-news-2015-oktober). Zugriffen: 16.4.2017.
- Käppner, J. (2016). Nur ein Mord in der Provinz? Süddeutsche Zeitung, 6.12.2016, S. 4. Online-Version unter dem Titel: Weglassen der Freiburg-Meldung: „Tagesschau“ spielt den Falschen in die Hände. Sueddeutsche.de, 5.12.2016, [www.sueddeutsche.de/medien/sexualverbrechen-weglassen-der-freiburg-meldung-tagesschau-spielt-den-falschen-in-die-haende-1.3280264](http://www.sueddeutsche.de/medien/sexualverbrechen-weglassen-der-freiburg-meldung-tagesschau-spielt-den-falschen-in-die-haende-1.3280264). Zugriffen: 14.4.2017.
- Miskimmon, A., O’Loughlin, B., Roselle, L. (2013). *Strategic Narratives. Communication Power and the New World Order*. New York and London.
- Nünning, V. (2011/12). Narrativität als interdisziplinäre Schlüsselkategorie. In: *Jahresbericht des Marsilius-Kollegs 2011/2012*. Online unter: [http://www.marsilius-kolleg.uni-heidelberg.de/md/einrichtungen/mk/publikationen/mk\\_jb\\_05\\_narrativitaet\\_als\\_interdisziplinare\\_schluesselfunktion.pdf](http://www.marsilius-kolleg.uni-heidelberg.de/md/einrichtungen/mk/publikationen/mk_jb_05_narrativitaet_als_interdisziplinare_schluesselfunktion.pdf). Zugriffen: 14.4.2017.
- Presserat (2017): *Neue Richtlinie 12.1*, presserat.de 22.3.2017, [www.presserat.de/fileadmin/user\\_upload/Aktuelles/UEbersicht\\_bisherige\\_Richtlinie\\_neue\\_Richtlinie12.1.pdf](http://www.presserat.de/fileadmin/user_upload/Aktuelles/UEbersicht_bisherige_Richtlinie_neue_Richtlinie12.1.pdf). Zugriffen 17.4.2017.

- Reinemann, C. (2017). Populismus, Kommunikation, Medien. Ein Überblick über die Forschung zu populistischer politischer Kommunikation. *ZfP Zeitschrift für Politik*, Jahrgang 64 (2017), Heft 2, Seite 167–190.
- Rosenfeld, D. (2016). Dem Publikum trauen. *Welt.de*, 6.12.2016, [https://www.welt.de/print/welt\\_kompakt/debatte/article160012983/Dem-Publikum-trauen.html](https://www.welt.de/print/welt_kompakt/debatte/article160012983/Dem-Publikum-trauen.html). Zugegriffen: 14.4.2017.
- Schulz, D. (2016). Die Diskussion ist vergiftet. Damals schien eine Fantasie von Rechten wahrgeworden zu sein. Armin Nassehi erklärt, warum diese Nacht mehr beeindruckt hat als Terroranschläge. *taz.de*, 31.12.2016, [www.taz.de/!5369637/](http://www.taz.de/!5369637/). Zugegriffen 16.4.2017.
- Tagesschau (2015). Tagesschau.de, ARD, 20.10.2015 <https://www.tagesschau.de/multi-media/sendung/ts-10727.html>. Zugegriffen: 15.4.2017.
- Viehöver, W. (2006). Diskurse als Narrationen. In: R. Keller et al. (Hrsg.), *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden*. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden, S. 179–208.
- Viehöver, W. (2012). Menschen lesbarer machen. Narration, Diskurs, Referenz. In: Arnold, Markus/Dressel, Gert/Viehöver, Willy (Hrsg.), *Erzählungen im Öffentlichen. Über die Wirkung von narrativen Diskursen. Reihe: Theorie und Praxis der Diskursforschung*. Wiesbaden. S. 65–132.
- Viehöver, W. (2015). Narration und Interpretation. Überlegungen zum hermeneutischen Strukturalismus Paul Ricoeurs. In: R. Keller, W. Schneider, W. Viehöver (Hrsg.). (2015). *Diskurs – Interpretation – Hermeneutik. Zeitschrift für Diskursforschung*, 3.Jg., 1. Beiheft.
- Viehöver, W. (2014a). Erzählungen im Feld der Politik, Politik durch Erzählungen. Überlegungen zur Rolle der Narrationen in den politischen Wissenschaften. In: F. Gadinger, S. Jarzebski, T. Yildiz (Hrsg.). (2014): *Politische Narrative. Konzepte – Analysen – Forschungspraxis*. Wiesbaden. S. 67–91.
- Viehöver, W. (2014b): Erzählungen und die partizipative Governance der Grünen Nanotechnologien. Methodologische und methodische Überlegungen. In: F. Gadinger, S. Jarzebski, T. Yildiz, (Hrsg.). (2014). *Politische Narrative. Konzepte – Analysen – Forschungspraxis*. Wiesbaden. S. 121–148.
- Werthschulte, C. (2017). Nach Köln ist wie vor Köln. Die Silvesternacht und ihre Folgen. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Köln. Aus Politik und Zeitgeschichte: 1–3/2017. 67. Jg. S. 10–17.
- Wessel, W. (2016). Die Silvesternacht von Köln: Wie berichtet die ARD-Tagesschau über die sexuellen Übergriffe auf Frauen? Eine qualitative Inhaltsanalyse der Tagesschau-Magazinbeiträge zu den Übergriffen von Köln. Bachelor-Arbeit im Studiengang Journalistik. Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt.
- Zillinger, M. (2016). „Nafri“ als Symbol für die Flüchtlingskrise? Marokkanische Perspektiven auf euromediterrane Migration. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Mahgreb. Aus Politik und Zeitgeschichte: 33–34/2016. 66. Jg. S. 47–53.
- Zörner, H. (2016). Mord in Freiburg: Falsche Entscheidung. *DJV Blog*, 5.12.2016, <https://www.djv.de/startseite/service/blogs-und-intranet/djv-blog/detail/article/falsche-entscheidung.html>. Zugegriffen: 15.4.2017.

**Friederike Herrmann** ist Professorin für Journalistik und Kommunikationswissenschaft an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. Von 2006 bis 2012 war sie Professorin für Medienwissenschaft mit dem Schwerpunkt Textproduktion im Studiengang Online-Journalismus der Hochschule Darmstadt, bis 2006 wissenschaftliche Assistentin an der Universität Tübingen. Zuvor Redakteurin beim Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt (Hamburg) und freie Journalistin für überregionale Tages- und Wochenzeitungen sowie Hörfunksender (z. B. Die Zeit, die tageszeitung, Süddeutschen Zeitung, NDR, SWR). Dozentin an verschiedenen Journalistenschulen in der Aus- und Weiterbildung. Schwerpunkte in Forschung und Lehre: Text und Sprache. Narrativität. Migration, Flucht und Medien. Medienethik. Privatheit und Öffentlichkeit. Medien und Gender.